Şahin Göksu

Die Politik der Türkei gegenüber den turksprachigen Minderheiten Südosteuropas

Dissertation

2025

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Interdisziplinäre Doktorschule
Leiterin der Doktorschule: Prof. Dr. Ellen Bos

Şahin Göksu

Die Politik der Türkei gegenüber den turksprachigen Minderheiten Südosteuropas

Betreuerin:
Dr. Christina Griessler

Promotionsausschuss:

Vorsitzender:
Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper

Gutachter:
Prof. Dr. Kerem Öktem
Dr. Jens Bastian

Mitglieder:
Prof. Dr. Birgül Demirtaş
Dr. habil. András Hettyey

Zusatzmitglieder:
Prof. Dr. Ellen Bos
Dr. habil. Mariano Barbato
Dr. Armina Galijas

Eingereicht am: 30. Januar 2025

Danksagung

Dies ist nicht nur eine Danksagung, sondern auch eine Entschuldigung. Diese Entschuldigung richtet sich an meine Frau und an meinen inzwischen volljährigen Sohn. Beide haben mich während meines Promotionsstudiums bedingungslos unterstützt, wofür ich ihnen nicht genug danken kann. Doch muss ich beide gleichzeitig um Verzeihung bitten. Unzählige Urlaubstage, Wochenenden und Feiertage habe ich im „stillen Kämmerlein“ mit meiner Dissertation zugebracht. Meine Frau und mein Sohn haben ihre eigenen Interessen meinem persönlichen Ziel, die Doktorwürde zu erlangen, hingebungsvoll untergeordnet. Daher gebührt ihnen an erster Stelle meine Dankbarkeit.

Von ganzem Herzen bedanke ich mich bei meiner Doktormutter Dr. Christina Griessler, die eigentlich nicht Doktormutter, sondern Betreuerin genannt werden möchte. Doch durch ihre aufopferungsvolle und unermüdliche Einsatzfreude, mit der sie mir während meines gesamten Promotionsvorhabens immer eine große Hilfe war, könnte ich sie nicht anders bezeichnen.

Mein aufrichtiger Dank gilt auch den beiden Gutachtern Prof. Dr. Kerem Öktem und Dr. Jens Bastian, sowie allen anderen Mitgliedern des Promotionsausschusses, für ihre Bereitschaft, sich mit meiner Forschungsarbeit auseinanderzusetzen. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei allen Interviewpartnern für ihr Engagement bedanken.

Danken möchte ich auch der Andrássy Universität, der ich immer verbunden sein werde. Budapest und Ungarn werden meine dritte Heimat bleiben. Mein tiefster Dank richtet sich ebenso an meine Doktorschwester Dr. in spe Edina Paleviq, die mir von Anfang an mit Rat und Tat zur Seite stand. Ein großes Dankeschön schulde ich auch weiteren Familienmitgliedern, Kommilitonen, Freunden und Kollegen, für ihre wertvollen Ratschläge und Inspirationen.

Meinen persönlichen Dank möchte ich meinem Arbeitgeber und meinem Vorgesetzten Dipl.-Ing. Ralf von der Weppen aussprechen, der mir die nötige Flexibilität ermöglichte, um Familie, Beruf und Doktorstudium unter einen Hut zu bringen.

Widmen möchte ich meine Dissertation meinem Großvater, der während meines Promotionsstudiums im hohen Alter, aber viel zu früh verstarb. Erinnern soll diese Arbeit auch an Rafet Karanlık, der kurz nach dem durchgeführten Forschungsinterview für immer von uns ging.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis ... 6
Abbildungsverzeichnis ... 9
Tabellenverzeichnis ... 9
1 Einleitung ... 10
1.1 Erkenntnisinteresse, Fragestellung und Hypothesen ... 13
1.2 Theoretischer Bezugsrahmen, Analyseverfahren und Methodik ... 16
1.3 Stand der Forschung ... 17
1.4 Definitionen und Kapitelgliederung ... 18
2 Theoretische Grundlagen und Modellbildung ... 22
2.1 Grundannahmen der realistischen Schule ... 22
2.2 Neorealistische Außenpolitiktheorie ... 26
2.3 Neoklassischer Realismus ... 28
2.4 Kin-state Ansatz und Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik ... 32
2.5 Modellentwicklung ... 46
3 Entwicklung der Grundzüge türkischer Außenpolitiken ... 49
3.1 Von der Republikgründung bis zum II. Weltkrieg ... 50
3.2 Türkische Außenpolitik im Ost-West-Konflikt ... 56
3.3 Die Außenpolitik der Türkei nach der Wende und die neue Außenpolitikkonzeption ... 67
4 Die Südosteuropapolitik der Türkei ... 73
4.1 Strategische Bedeutung der Balkan-Halbinsel ... 73
4.2 Geopolitik auf dem Balkan ... 80
4.3 Türkischer Einfluss in Südosteuropa ... 83
5 Die Türkei als Mutterstaat und ihre auswärtigen Minderheiten ... 94
5.1 Die externen Minderheiten der Türkei auf dem Balkan ... 94
5.1.1 Türken in Bulgarien ... 95
5.1.2 Türken in Griechenland ... 97
5.1.3 Türken in Nordmazedonien ... 98
5.1.4 Türken im Kosovo ... 100
5.2 Die allgemeine türkische Minderheitenpolitik ... 101
6 Zwischenfazit und Untersuchungsansatz ... 107
6.1 Rückblick und Reflexion ... 107
6.2 Methodik ... 112
7 Analyse der externen türkischen Minderheitenpolitik auf dem Balkan (1983-2024) ... 118
7.1 Türkische Minderheitenpolitik während der Özal-Zeit (1983-1991) unter besonderer Berücksichtigung Bulgariens ... 118
7.1.1. Innen- und außenpolitische Ausgangslage ... 118
7.1.2 Kurzresümee ... 125
7.1.3 Türkische Minderheitenpolitik in Bulgarien ... 126
7.1.4 Zwischenfazit zur türkischen Minderheitenpolitik in Bulgarien ... 142
7.1.5 Türkische Minderheitenpolitik in Griechenland und Jugoslawien ... 143
7.2 Türkische Minderheitenpolitik im Schatten der Koalitionsregierungen (1992-2002) unter hauptsächlicher Betrachtung Griechenlands ... 146
7.2.1 Innen- und außenpolitische Ausgangslage ... 146
7.2.2 Kurzresümee ... 156
7.2.3 Türkische Minderheitenpolitik in Griechenland ... 157
7.2.4 Zwischenfazit zur türkischen Minderheitenpolitik in Griechenland ... 170
7.2.5 Türkische Minderheitenpolitik in Bulgarien, Mazedonien und Jugoslawien (Kosovo) ... 172

7.3 Türkische Minderheitenpolitik unter Erdoğan als Ministerpräsident (2003-2013) mit Schwerpunkt auf Mazedonien 176
7.3.1 Innen- und Außenpolitische Ausgangslage 176
7.3.2 Kurzresümee 186
7.3.3 Türkische Minderheitenpolitik in Mazedonien 188
7.3.4 Zwischenfazit zur türkischen Minderheitenpolitik in Mazedonien 197
7.3.5 Türkische Minderheitenpolitik in Bulgarien, Griechenland und Kosovo 199
7.4 Türkische Minderheitenpolitik unter Erdoğan als Staatspräsident (2014-2024) mit dem Fokus auf Kosovo 204
7.4.1 Innen- und Außenpolitische Ausgangslage 204
7.4.2 Kurzresümee 214
7.4.3 Türkische Minderheitenpolitik in Kosovo 216
7.4.4 Zwischenfazit zur türkischen Minderheitenpolitik in Kosovo 225
7.4.5 Türkische Minderheitenpolitik in Bulgarien, Griechenland und Nordmazedonien 227
8 Ergebnisse, Diskussionen und Interpretationen 235
9 Schlussfolgerungen 250
Literaturverzeichnis 260
Interviewpartner 278

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)
ANAP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei [in der Türkei])
AP	Adalet Partisi (Gerechtigkeitspartei [in der Türkei])
ASALA	Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia
BBP	Büyük Birlik Partisi (Große Einheitspartei [in der Türkei])
BFI	Bashkësia Fetare Islame e Republikës së Maqedonisë së Veriut (Islamische Glaubensgemeinschaft der Republik Nordmazedonien)
BSP	Balgarska sozialistitscheska partija (Bulgarische Sozialistische Partei)
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei [in der Türkei])
DEB	Dostluk Eşitlik ve Barış Partisi (Partei der Gleichheit, des Friedens und der Freundschaft [in Griechenland])
DEİK	Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu (Rat für Außenwirtschaftsbeziehungen [in der Türkei])
DOST	Demokrati za otgovornost, svoboda i tolerantnost (Demokraten für Verantwortung, Freiheit und Toleranz [in Bulgarien])
DP	Demokrat Parti (Demokratische Partei [in der Türkei])
DPA	Deutsche Presseagentur
DPS	Dwischenie sa Prawa i Swobodi (Bewegung für Rechte und Freiheiten [in Bulgarien])
DSP	Demokratik Sol Parti (Demokratische Linkspartei [in der Türkei])
DYP	Doğruyol Partisi (Partei des Rechten Weges [in der Türkei])
EOKA	Ethniki Organosis Kyprion Agoniston (Nationale Organisation zypriotischer Kämpfer)
FETÖ	Fethullahçı Terör Örgütü (Fethullahistische Terrororganisation)
FP	Fazilet Partisi (Tugendpartei [in der Türkei])

FSA	Freie Syrische Armee
HDP	Halkların Demokratik Partisi (Demokratischen Partei der Völker [in der Türkei])
HTS	Hai'at Tahrir asch-Scham (Komitee zur Befreiung der Levante)
İHH	İnsan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı (Stiftung für Menschenrechte, Freiheiten und Humanitäre Hilfe)
IS	Islamischer Staat
IWF	Internationaler Währungsfonds
KDTP	Kosova Demokratik Türk Partisi (Demokratisch Türkische Partei Kosovos)
KFOR	Kosovo Force
KTAP	Kosova Türk Adalet Partisi (Türkische Partei für Gerechtigkeit in Kosovo)
MATÜSİTEB	Makedonya Türk Sivil Teşkilatlar Birliği (Verbund türkischer Zivilgesellschaften in Makedonien)
MÇP	Milliyetçi Çalışma Partisi (Nationalistische Betätigungspartei [in der Türkei])
MGK	Milli Güvenlik Kurulu (Nationale Sicherheitsrat [in der Türkei])
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Nationalistische Aktionspartei [in der Türkei])
MÜSİAD	Müstakil Sanayici ve İş Adamları Derneği (Vereinigung unabhängiger Industrieller und Geschäftsleute)
OIZ	Organisation für Islamische Zusammenarbeit
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê (Arbeiterpartei Kurdistans)
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei [in der Türkei])
SHP	Sosyaldemokrat Halkçı Parti (Sozialdemokratischen Volkspartei [in der Türkei])
SNA	Syrische Nationale Armee
SRÜ	UN-Seerechtübereinkommen

TDB	Türk Demokratlar Birliği (Türkisch Demokratische Union [in Kosovo])
TDB	Türk Demokratlar Birliği (Türkisch Demokratische Union [in Nordmazedonien])
TDP	Türk Demokratik Partisi (Türkisch Demokratische Partei [in Nordmazedonien])
THP	Türk Hareket Partisi (Partei der türkischen Bewegung [in Nordmazedonien])
TİKA	Türk İşbirliği ve Koordinasyon Ajansı Başkanlığı (Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Koordination)
TMBH	Türk Milli Birlik Hareketi (Türkische Bewegung der Nationalen Einheit [in Nordmazedonien])
TMV	Türkiye Maarif Vakfı (Stiftung für Bildung der Türkei)
TOBB	Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği (Verband der Kammern und Börsen der Türkei)
TÜSİAD	Türk Sanayicileri ve İş Adamları Derneği (Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute)
UÇK	Ushtria Çlirimtare e Kosovës (Nationalen Befreiungsarmee Kosovos)
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
YEE	Yunus Emre Enstütüsü (Yunus-Emre-Institute)
YPG	Yekîneyên Parastina Gel (Volksverteidigungseinheiten)
YTB	Yurtdışı Türkler ve Akraba Topluluklar Başkanlığı (Präsidium für Auslandstürken und verwandte Gesellschaften)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gesamtmodell der Politik eines Mutterstaates in der Frage einer auswärtigen Minderheit 45
Abbildung 2: Grundmodell einer machtpolitischen externen Minderheitenpolitik. 48
Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung der türkischen Minderheit in Bulgarien. 95

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stellungnahmen des türk. Außenministeriums bzgl. Griechenland 232

1 Einleitung

„… Minderheitenpolitik ist … präventive Friedenspolitik …“ – so äußerte sich der deutsche Staatspräsident Franz-Walter Steinmeiner, als er die Situation der in der deutsch-dänischen Grenzregion ansässigen Minderheiten ansprach (Bundespräsidialamt 2017). Die Grenzziehung zwischen beiden Staaten erfolgte nach dem Ersten Weltkrieg und hatte zur Folge, dass auf beiden Seiten nationale Minderheiten hervorgingen. Nach anfänglichen Grenzdiskussionen und Streitfragen über Minderheitenrechte ist die Region um die Jütische Halbinsel heute zu einem Musterbeispiel einer ethnischen Pluralität ohne bedrohliche Konflikte geworden. Die neuzeitliche europäische Geschichte zeigte bereits vor den beiden Weltkriegen welches Konfliktpotential die Minderheitenfrage hat. Nur selten zeichnete sich wie im deutsch-dänischen Beispiel ab, wie durch eine integrative Minderheitenpolitik nicht nur potentielle Konflikte vermieden bzw. entschärft werden können, sondern gar ein Mehrwert zustande kommen kann. Oft waren die Beziehungen zu den Minderheiten, die sich generell als Bevölkerungsteil mit differenzierter Muttersprache oder kultureller Identifikation von der Mehrheitsgesellschaft eines Staates erkennbar machen, von Assimilation, Vertreibung oder gar Völkermord gekennzeichnet. Dieses Zerstörungspotential rief oftmals die Intervention von „Mutterstaaten“ – die eine gemeinsame Sprache oder Kultur mit extern ansässigen Volksgruppen pflegten – auf den Plan, um als Schutzmacht zu fungieren, was jedoch oftmals die Konflikte noch weiter anheizte und immer wieder zu Kriegen führte. Wie hoch dieses Bedrohungspotential ist, zeigte sich zuletzt in der russischen Okkupation auf der Krim in 2014 und im Donbass-Gebiet, welches in Februar 2022 in einem verheerenden Krieg mündete und unter anderem durch Minderheitenschutz gerechtfertigt wurde. Dass selbst im durch Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechtskonformität geprägten Europa des 21. Jahrhunderts Minderheitenprobleme zu Verbrechen und Krieg führen können, erwies sich Ende des Jahrtausends auf dem Balkan. Noch heute zeigt vor allem diese Region wie Minderheiten weiterhin ein Destabilisierungsfaktor im betroffenen Flächenstaat sein können und wie sich ein Minderheitenkonflikt durch die Einflussnahme externer (Schutz-)mächte oder Staatenbünde (Nato, EU) über die Region hinaus zu einer überregionalen Krise – selbst mit Gewaltanwendung – führen kann. Die Konfliktherde der Balkanregion demonstrieren aber auch, dass auswärtige Minderheitenpolitik ausländischer Mächte nicht immer eine humanitäre Nothilfe mit oder ohne militärischen Ausgang bezeichnen muss oder eine friedensstiftende Intention beinhaltet. Externe Minderheitenpolitik als ein Teil der Außenpolitik kann eben wegen diesem Destabilisierungspotential auch die Instrumentalisierung der konationalen Minderheiten für ei-

gene nationalstaatliche Zwecke und geostrategische Interessen verstanden werden. Ferner kommen auch kulturelle, identitäre und innenpolitische Motive des fremdnationalen Einflusses in Betracht.

Auch die Türkei verfolgt seit ihrer Gründung im Jahre 1923 eine rege auswärtige Minderheitenpolitik auf dem Balkan und betreibt seit jeher eine Außenpolitik, welche den Interessen der türkischsprachigen Ethnizitäten in den jeweiligen Ländern zugutekommen soll.

Ob nun diese Politik auf geostrategischen Motiven beruht oder eher mit den kulturell gewachsenen Beziehungen zu den *Volksbrüdern* begründet ist, so existiert allein durch die jahrhundertelange Herrschaft des muslimisch geprägten Osmanischen Reiches auf dem Balkan, dessen rechtliches Erbe die Türkei antrat, eine nicht zu verkennende historische Verbindung.

Die Interaktion zwischen dem türkischen Staat und den türkischen Minderheiten in Südosteuropa gründen einerseits auf den jahrzehntelangen muslimischen Flüchtlingsströmen – beginnend mit dem Rückzug des Osmanischen Reiches nach dem Berliner Vertrag 1878 bis zum geordneten Bevölkerungstausch nach dem Befreiungskrieg 1923 – und andererseits auf den verbliebenen Minderheiten in den südosteuropäischen Ländern. Gegenwärtig versucht die Türkei durch eine lokale Präsenz staatlicher oder staatsnaher Institutionen den Kontakt zu den Minderheiten aufrechtzuerhalten. Zu benennen ist die Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Koordination (*Türk İşbirliği ve Koordinasyon Ajansı Başkanlığı [TİKA])*, das Türkische Präsidium für Auslandstürken und verwandte Gesellschaften (*Yurtdışı Türkler ve Akraba Topluluklar Başkanlığı [YTB])* und die unzähligen Yunus-Emre-Institute (*YEE*), welche die türkische Kultur und Sprache im Ausland fördern sollen. Gleichwohl sind die zumeist mit staatlichen Mitteln geförderten Vertriebenenverbände (Landsmannschaften) in der Türkei stark vernetzt mit politischen und gesellschaftlichen Minderheitengruppen im jeweiligen Herkunftsland.

Nach nahezu 500 Jahren osmanischer Herrschaft wird die Zahl der Balkantürken heute auf knapp 0,8 Millionen Menschen geschätzt. Diese verteilen sich auf ca. 500.000 in Bulgarien, 130.000 in Griechenland, 75.000 in Nordmazedonien, 50.000 in Rumänien und 20.000 auf den Kosovo. Zu diesen kann das christlich-orthodoxe Turkvolk der Gagausen mit ihren ca. 150.000 Angehörigen, die mehrheitlich in der Republik Moldau beheimatet sind, hinzugezählt werden (Pan/Pfeil/Videsott 2016, S. 85-134).

Der ehemalige Ministerpräsident der Türkei Ahmet Davutoğlu, sieht in diesen Ländern und neben diesen aufgrund ihrer muslimischen Mehrheiten, in Albanien, Bosnien-Herzegowina und in der serbischen Region Sandžak (Novi Pazar) eine demografische Macht, die eine strategische Bedeutung für die Türkei darstellen (Davutoğlu 2009, S. 123). Der letzte Außenminister vor der noch andauernden Alleinregierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (*Adalet ve Kalkınma Partisi [AKP]*), İsmail Cem, brachte diesen Aspekt auf den Punkt: „Aufgrund ihrer türkischen Prägung, stellen diese immerwährend einen Nutzen für die Türkei dar“ (Cem 2004, S. 139 [Übersetzung durch den Autor]).

Dabei waren es unter anderem auch Cem und Davutoğlu, die als politische Akteure im Transformationsprozess der Türkei im Vordergrund standen. Diese Transformation beinhaltete zunächst einen Modernisierungs-, Demokratisierungs-, Globalisierungs- und Europäisierungsprozess, welche auch die geopolitische Stellung des Landes formte und das Interesse an diesem Staat nicht nur für Forschungsfragen steigerte. Als Folge dieser Transformation entwickelte die Türkei eine proaktive, multidimensionale, konstruktive Außenpolitik, mit dem der Anspruch Ankaras als regionale Führungsmacht stärker zum Vorschein kam. Die globale Bedeutsamkeit der Türkei zeigt sich jedoch nicht nur an ihrer geopolitischen Identität, der als sicherheitspolitischer Brückenkopf zwischen Balkan, Kaukasus und Nahem Osten zum Ausdruck kommt, sondern auch an ihrer kulturellen Identität als mehrheitlich muslimischer Staat mit säkularer und westlicher Orientierung. Seit 2008 stagnieren allerdings die Europäisierungstendenzen, wobei die AKP ihre Hegemonie immer mehr von Demokratisierung in Richtung Autokratie lenkt (Keyman/Gumuscu 2014, S. 1-4). Diese Verschiebung wird auch in der Außenpolitik deutlich. Die Türkei steuert von einem EU-Beitritt in ein Vordringen Richtung Europa über, in der Krisen mit der EU – sei es machtpolitisch mit den Nachbarländern im Mittelmeerraum oder soziokulturell mit den westeuropäischen Industriestaaten – immer mehr zu beobachten sind. Auch die Beziehungen zu Russland und zur USA sind instabil und nehmen eine große Spannweite von strategischen Allianzen bis hin zu Rivalitäten ein. Dieser Umstand lässt stärker auf den Balkan blicken, eine Grenzregion zwischen der EU, russischem Einflussgebiet und der Türkei, in der ethnische und kulturelle Diversitäten das Potential zu sicherheitspolitischen Bedrohungen haben und eine auswärtsgerichtete Minderheitenpolitik mehrdimensional motiviert sein kann.

1.1 Erkenntnisinteresse, Fragestellung und Hypothesen

Eine auswärtige Minderheitenpolitik ist kein explizit türkisches Politikfeld. Auch Russland und Ungarn – um beispielsweise zwei Staaten in der weiten Umgebung zu nennen – betreiben eine aktive Außenpolitik, in der der Minderheitenschutz ein hohes Gewicht zukommt (vgl. Bence 2020). Demgegenüber haben Minderheiten nahezu in allen Staaten der Welt eine Substanz und besitzen dabei fast immer einen außenpolitischen Bezug, ohne jedoch unbedingt Gegenstand von Machtinteressen zu sein. Welche außenpolitischen Absichten Staaten mit einer auswärtigen Minderheitenpolitik verfolgen, ist nicht abschließend erforscht worden. Demnach soll das Forschungsthema, explizit die Motive der Türkei mit ihrer Minderheitenpolitik in Südosteuropa beleuchten, und damit durch eventuelle kausale Ergebnisse auch einen Beitrag zu einem noch bestehenden Forschungsproblem aufzeigen.

Selbst wenn auswärtige Minderheiten keinen Automatismus für eine aktive Außenpolitik in diese Richtung darstellen sollten, sind sie doch zumeist im Fokus der staatlichen Akteure. Staaten machen demgemäß auswärtige Minderheitenpolitik. Zur Frage, warum Staaten das tun, gibt es länderspezifische, verschiedenartige Gründe. Spezifisch sowohl bei den Mutterstaaten – so wird Russland generell andere Ziele verfolgen als Deutschland oder Ungarn – aber auch bezogen auf die jeweilige Minderheitengruppe. Deutschland wird beispielsweise verschiedenartige Zwecke sehen bei seiner Politik gegenüber Ungarndeutschen im Vergleich zu den Wolgadeutschen. Warum Staaten generell eine externe Minderheitenpolitik in Erwägung ziehen, wird theoretisch fundiert sein. In dieser Studie wird jedoch nicht untersucht, warum Staaten generell eine auswärtige Minderheitenpolitik betreiben, sondern warum sich die Türkei diesem Politikfeld bedient. Gleichwohl betreibt die Türkei auf der ganzen Welt Minderheitenpolitik, im Kaukasus, auf dem Balkan, in Westeuropa, in Amerika, sogar in Australien. Die Gründe dieser Politik werden in Zusammenhang mit der türkischen Gemeinde in Australien andere sein als im Nordirak mit den Kirkuk-Türken. Daher wird in der vorliegenden Arbeit nicht die allgemeine auswärtige Minderheitenpolitik der Türkei untersucht, sondern gezielt die Minderheitenpolitik auf dem Balkan erforscht. Bezüglich einer Minderheitenpolitik auf dem Balkan wird die Türkei wiederum verschiedenartige Intentionen haben. Dafür kommen beispielsweise sozio-psychologische Motive wie ein Verantwortungsgefühl gegenüber den dortigen Minderheiten genauso in Betracht, wie wahltaktische Gründe um die 4 bis 10 Millionen wahlberechtigten Balkan-Vertriebenen in der Türkei zu beeindrucken. In dieser Thesis wird aber nicht jedweder Grund, der in Frage kommt, analysiert, sondern gezielt stra-

tegisch-außenpolitische Motive operationalisierend behandelt. Andere Motive, wie identitätspolitische oder rein innenpolitische, werden deskriptiv in den zum Analysekapitel hinführenden Basiskapiteln beschrieben oder werden als Variablen für die machtpolitischen Außenpolitikstrategien verwendet. Vor allem die identitätspolitischen Aussagen der türkischen Akteure sind dahingehend interessant, da die Türkei den Anschein erweckt, ihre Minderheitenpolitik auf dem Balkan mit sozialen, wohltätigen und kulturellen Werten legitimieren zu wollen, aber eher das Ziel verfolgen könnte, ihren Einfluss in der Region auszubauen. Die zentrale zu erklärende Fragestellung der Dissertation soll daher folgendermaßen ausgedrückt werden:

Verfolgt die Türkei mit ihrer Politik gegenüber den türkischsprachigen Minderheiten in Südosteuropa machtpolitische Interessen?

„Machtpolitische Interessen" soll nicht nur heißen, dass die Türkei die externen Minderheiten für eigene außenpolitische Zwecke instrumentalisiert, sondern ebenso, dass sie ihre Funktion als Mutterstaat bzw. Schutzmacht nur so weit ausübt, dass ihre Eigeninteressen dadurch nicht negativ berührt werden.

Anders ausgedrückt, sind es internationale Zwänge bzw. die Machtstellung der Türkei, die die auswärtige Minderheitenpolitik des Landes ermöglichen oder einschränken? Noch anders gefragt, verdient die Türkei die Bezeichnung „Mutterstaat", da die Muttermetapher eine aufopferungsvolle Hingabe suggeriert und nicht die eigenen außenpolitischen Motive und Schutzinteressen in den Vordergrund stellt.

Neben dieser expliziten Fragestellung sollen andere Leitfragen das Dissertationsthema begleiten. Denn andererseits betreibt die Türkei auch außerhalb der Minderheitenfrage eine aktive Politik in Südosteuropa. Generell forciert Ankara in den letzten zwei Jahrzehnten eine aktive, offensive, vorwärtsgerichtete Außenpolitik, welche auch als regionale Großmachtpolitik bezeichnet werden kann. So stellt sich die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen der auswärtigen Minderheitenpolitik und den allgemeinen außenpolitischen Ansätzen der Türkei bezüglich dieser Region gibt und inwiefern systemische und innenpolitische Zwänge diese Politiken beschränken bzw. ermöglichen. Die Studie geht aber über die beiden letzten Dekaden hinaus und untersucht auch die externe Minderheitenpolitik in den 1980er und 1990er Jahren. Dieser Zeitraum stand minderheitenpolitisch noch unter dem Eindruck der türkischen Offensive in Nordzypern 1974, während allgemein außenpolitisch Ankara eher eine reaktive

und defensive Politik verfolgte. Demnach soll ferner untersucht werden, ob im Betrachtungszeitraum (1983-2024) die strukturellen und innergesellschaftlichen Faktoren zu einer Transformation in der externen Minderheitenpolitik führten bzw. inwieweit diese Variablen die außenpolitischen Entscheidungsträger in der Wahl an Intensität und Instrumenten in diesem Politikfeld beeinflusst haben könnten und somit nicht nur die Lage bzw. die Situation der Minderheiten eine Rolle spielte.

Die zentrale Fragestellung gewinnt deshalb an gesellschaftlicher und politikwissenschaftlicher Relevanz, da einerseits auch andere Staaten (wie bspw. Russland) scheinbar machtpolitische Motive bei ihrer Minderheitenpolitik im ausländischen Umfeld hegen – sogar offensichtlich Minderheiten für ihre eigenen hegemonialen und imperialen Interessen instrumentalisieren – während andererseits die Türkei mit dieser Art von Politik nicht in Südosteuropa Halt macht, sondern durch aktive Politikgestaltung über die zahlenmäßig viel größere türkische Diaspora, ihren Arm bis in die Industriestaaten in West- bzw. Mitteleuropa hineinragt. Dementsprechend soll die Fragestellung anhand folgender Allgemeinhypothese geprüft werden:

Die Türkei betreibt eine auswärtige Minderheitenpolitik, um damit ihre sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen in der Region zu bekräftigen.

Nochmals sei betont, dass nicht nur postuliert wird, dass die Türkei über ihre externen Minderheiten ihren Einfluss auf einen Wohnsitzstaat oder auf die gesamte Region ausbauen will, sondern dass die Türkei auch nur so weit als Mutterstaat agiert, solange ihre eigenen Interessen dadurch keinen Schaden nehmen.

Zusammenfassend liegt das Erkenntnisinteresse darin, einerseits die Außenpolitik der Türkei gegenüber den türkischsprechenden Minderheiten in der Balkanhalbinsel darzustellen sowie andererseits aber hauptsächlich die machtpolitischen Gesichtspunkte dieser auswärtigen Minderheitenpolitik analytisch aufzuzeigen. Für die aus den obigen Herleitungen herauskristallisierte Eingrenzung des Forschungsvorhabens ist Südosteuropa nahezu prädestiniert. Als eine große Nachbarregion mit wirtschaftlichem Potential, ist der Balkan aus türkischer Sicht das Tor zu Europa mit zusätzlicher sicherheitspolitischer Relevanz. Das dort die EU, Russland, USA, China oder Saudi-Arabien mitwirken, stellt außen- sowie innenpolitisch (Radikalisierung) eine Gefahr für die Türkei dar, so dass ein Autonomiebestreben im Sinne des Klassischen Realismus zu beobachten sein könnte.

1.2 Theoretischer Bezugsrahmen, Analyseverfahren und Methodik

Folgernd aus der spezifischen Fragestellung und Hypothese, handelt es sich bei der vorliegenden Forschungsarbeit größtenteils um eine explorative Einzelfallstudie, wobei aber auch Vergleiche zwischen den jeweiligen türkischen Aktionen bezüglich der Minderheiten in den behandelten Wohnsitzstaaten gezogen wird. Einerseits wurde eine deduktive Analysenmethode gewählt, die den speziellen Fall Türkei in machtspezifischen Belangen untersucht, andererseits zeigt die Arbeit induktive Bezüge auf, die ein kausales Teilergebnis für das Allgemeine – insbesondere zum Einsatz von auswärtiger Minderheitenpolitik – erlauben soll. Rückschlüsse auf andere Fälle, d.h. auf andere Staaten, die eine auswärtige Minderheitenpolitik betreiben, sollen dennoch nur bedingt gezogen werden können.

Die Studie wird durch Zuhilfenahme einer Großtheorie durchgeführt. Dabei setzt die Forschungsarbeit an dem Grenzgebiet der Makro- und Meso-Ebene an. Diese theoretische Perspektive liefert der Realismus. Der klassische Realismus nach Morgentau adaptiert das negative Menschenbild, in dem stets nach Macht und Einfluss gestrebt wird, auf Staaten und deren internationale Beziehungen. Innerhalb des Realismus scheint für die Forschungsfrage jedoch der Neorealismus nach Waltz geeigneter zu sein. Dieser relativiert das schlechte Menschenbild und ersetzt den Machthunger der Staaten als außenpolitische Antriebskraft mit Sicherheits- und Wohlstandsstreben. Dieser ist aber mit zwei Problemen behaftet. Erstens ist der Neorealismus nach Waltz, eben nach Waltz (1996), keine Außenpolitiktheorie. Jedoch haben Neorealisten wie Elman (1996) oder Baumann/Rittberger/Wagner (1998) eine außenpolitische Analysefähigkeit des Neorealismus erarbeitet, auf die zurückgegriffen wird. Die Annahmen des Realismus werden dabei mit dem Kin-state Ansatz verzahnt und daraus eigens für diese Studie ein Grundmodell entwickelt.

Ferner wurde eine Längsschnittanalyse durchgeführt, welche die nahe Vergangenheit und die Gegenwart berücksichtigt. Die theoriegeleitete Analyse erfolgt nach der qualitativen Methode. Primäre Quellen wurden nicht ungeachtet gelassen, so dass es sich zwar um keine ausschließliche, aber dennoch weithin um eine Sekundäranalyse handelt. Hierzu waren gründliche Recherchen in den Presseveröffentlichungen des türkischen Staats- und Ministerpräsidentenamtes sowie des Außenministeriums unerlässlich. Das Studieren in einschlägigen Zeitschriften sowie überregionalen Zeitungen waren notwendig und wurden durch drei Forschungsreisen in die Türkei und einer in die Balkanregion untermauert. Zusätzlich wurden durch Expertenin-

terviews mit Forschungspersönlichkeiten der türkischsprachigen Minderheiten in den jeweiligen Ländern, geeignetes und auswertbares Material recherchiert und ausgewertet. Für das Forschungsvorhaben wurden die Bestrebungen der Türkei ab Gründung der Republik betrachtet, wobei aber erst die Jahre nach der osteuropäischen Wende einer gründlichen Analyse operationalisierend unterzogen wurden.

1.3 Stand der Forschung

Die Minderheitenpolitik als Forschungsfeld erfreut sich sowohl im englisch- als auch im deutschsprachigen Raum immer größerer Beliebtheit. Dabei geht es aber häufig um sozio-psychologische Phänomene und betrifft zumeist die Innenpolitik der Staaten mit relevanten, internen Minderheitengruppen. Zur Minderheitenpolitik als verallgemeinerbare Außenpolitik sind weiterhin trotz Aktualität und öffentlicher Diskussion nur spärliche Forschungsarbeiten zu finden. Dieses gilt vor allem für Monografien, welche die Thematik ganzheitlich betrachten. Häufiger geht es um Einzelfallstudien, die die auswärtige Minderheitenpolitik eines bestimmten Staates fokussieren. Besonders zu nennen ist dabei die Forschungsarbeit von Franz Preissler, der die auswärtige Minderheitenpolitik Russlands im Baltikum erforscht und danach fragt, ob Russland die russischsprachigen Minderheiten in den Nachbarstaaten zur Durchsetzung hegemonialer Interessen instrumentalisiert. Dabei geht es Russland nach Preissler nicht nur um die Erhaltung des Status Quo in sicherheitspolitischen Belangen, sondern auch um die Zurückweisung vor allem westlicher Vorstöße zu Menschenrechts- und Demokratiefragen. Franz Preissler geht jedoch nicht nur auf das Fallbeispiel Russland ein, sondern entwickelt Bestimmungsfaktoren für eine differenzierte Analyse zur auswärtigen Minderheitenpolitik im Allgemeinen.

Hervorzuheben ist auch eine Dissertation an der Andrássy Universität von Ines Gruber (2015), die sich der Außenpolitik Ungarns gegenüber den Minderheiten an den angrenzenden Staaten widmet. Gruber zeigt auf, wie die diversen ungarischen Regierungen mit der Frage zu den vielzähligen konationalen Minderheiten nach der Wende in den Nachbarstaaten Ungarns umgingen. Im Fokus steht daher Ungarn nicht als kollektiver Akteur, sondern die regierungsbildenden Parteien, welche unterschiedliche Ansätze und Instrumente zur Problematik angewandt haben. Mit Ungarn als Kin-state beschäftigt sich auch die Monografie „Between State an Nation“ von Myra Waterbury (2010). In dieser qualitativen Studie argumentiert Waterbury,

dass nicht die ethnischen Bindungen zu den Minderheiten die Kin-state Politik Ungarns bestimmen, sondern hauptsächlich die innenpolitischen Interessen der ungarischen Entscheidungsträger.

Im Falle der Türkei und einer außenpolitisch gerichteten Minderheitenpolitik, ragt eine Dissertationsschrift von Kader Özlem (2016) heraus, der die Politik der Türkei im Fokus der Balkantürken politikwissenschaftlich untersucht. Dabei spielen jedoch im Gegensatz zu diesem Forschungsvorhaben machtpolitische Motive nur eine untergeordnete Rolle. Kader Özlem untersucht vielmehr unter Anwendung des Konstruktivismus, ob die gemeinsame Identität zwischen *Türkei-Türken* und *Balkantürken* ein „Wir-Gefühl“ erzeugt und die Türkei norm- und wertegetrieben agiert. Mit der auswärtigen Minderheitenpolitik der Türkei beschäftigt sich ebenfalls der Politikwissenschaftler Hüsrev Tabak (2016), der die türkische Minderheit im Kosovo ins Zentrum seiner Studien legt. Tabak zufolge sind die Ambitionen der Türkei bezüglich der türkischen Minderheiten auf dem Balkan innenpolitisch motiviert. Ein innenpolitischer Wertewandel führt demnach zu veränderten Normen und Interessen in Bezug auf die Balkantürken.

Neben diesen wichtigen Monografien gibt es eine Vielzahl von fachlichen und objektiven Studien zu den türkischsprachigen Minderheiten in Südosteuropa – jedoch zumeist in türkischer Sprache – die freilich nicht immer die Außenpolitik der Türkei untersuchen und selten aneinander anknüpfen. Literatur über außenpolitisch fokussierte Studien über türkische Minderheiten auf dem Balkan sind vorhanden jedoch rar. Diese Forschungsarbeit, die sich explizit mit machtpolitischen Motiven der Türkei in dieser Thematik befasst, hat das Ziel den bisherigen Forschungsstand um eine geostrategische Komponente zu erweitern.

1.4 Definitionen und Kapitelgliederung

Das Forschungsgebiet des Dissertationsvorhabens liegt eindeutig in Südosteuropa, dessen Grenzen in dieser Dissertation nach dem Vorschlag des deutschen Ständigen Ausschusses für geographische Namen gesetzt wird (vgl. Brunnbauer 2012). Demnach wurde auf die Einbindung der türkischsprachigen Minderheiten in der Ukraine (Krimtataren) verzichtet. Ausgeklammert werden aber definitiv türkische Bevölkerungsgruppen in Österreich oder Deutschland und auch andere türkischsprachige Minderheiten, beispielsweise im Kaukasus oder im

Nahen Osten – nicht nur geographisch. Denn ohnehin werden Minderheiten in dieser Studie von Migranten getrennt. Türkischsprachige oder turksprachige Minderheiten werden demnach hier als historisch beheimatete, altansässige Türken oder Turkvölker definiert. Türkei-Türken, die in den letzten Jahrzehnten mehrheitlich aus ökonomischen Gründen in die Staaten Südosteuropas aussiedelten, werden als Migranten bezeichnet und sind nicht Teil der zentralen Analyse. Begriffe wie Balkan oder Balkanhalbinsel werden Synonym zu Südosteuropa verwendet.

In Kapitel 2, dem Theoriekapitel, sollen zunächst die Grundannahmen der realistischen und der neorealistischen Schule dargestellt werden, ehe dann nachfolgend die Ansätze der neorealistischen Außenpolitiktheorie sowie des neoklassischen Realismus aufgezeigt werden. Wie oben beschrieben, hielt Kenneth Waltz den von ihm größtenteils entwickelten Neorealismus als ungeeignet für außenpolitische Analysen. Die Tübinger Schule um Rittberger entwickelte dagegen aus dem Grundgedanken des Neorealismus eine Außenpolitiktheorie, die operationalisierend angewendet werden kann und im Analyseteil der Arbeit eingesetzt werden soll. Da die Außenpolitik der Türkei im Transformationsprozess der letzten Dekaden vielfältig von internen Zwängen beeinflusst wurde, wird auf den neoklassischen Realismus eingegangen, der innenpolitische Zwänge als intervenierende Variable mit einnimmt. Neben diesen in der Forschung vielfach angewendeten Theorien kommt zusätzlich der Kin-state *Ansatz* zum Einsatz, der vielleicht noch nicht durchgängig ein Ansatz, aber auf jeden Fall als eine Ansammlung von Bestimmungsfaktoren angesehen werden kann. Dazu wurde für diese Studie auf die Vorarbeiten von Franz Preissler zurückgegriffen. Preissler beleuchtet detailliert, mit welchem Antrieb und für welche Zwecke Mutterstaaten auswärtige Minderheitenpolitik betreiben und wovon das Ausmaß dieser Politik abhängig ist. Aus der herausragenden Arbeit Preisslers wurde unter Hinzunahme der realistischen Annahmen eine eigene Modellbildung entwickelt. Die dort gebildeten Einflussgrößen werden in der späteren Analyse berücksichtigt.

Vor dem Analysekapitel sollen noch weitere Basiskapitel folgen, welche aufbauend aber abweichend von der Analyseebene deskriptiv das Forschungsthema beschreiben. So wird in Kapitel 3 auf die historische Entwicklung der Grundzüge der türkischen Außenpolitik eingegangen, die die sicherheits- und geopolitischen Motive sowie die Großmachtpolitik der Türkei aus der systemischen Perspektive heraus betrachtet. Darüber hinaus werden in diesem Kapitel aber auch Motivationen, Identitäten, Werte, Grundsätze sowie Anreize, die die auswärtige Politik der Türkei provozieren, beeinflussen oder editieren, hervorgebracht.

Bewusst wurde für die Zeit nach der Wende auf eine tiefe historische Betrachtung verzichtet, da dieser Epoche ohnehin im Hauptkapitel größeres Gewicht zuteilwird. Als ein Teil der Außenpolitik werden in der Beschreibung der Südosteuropapolitik der Türkei in Kapitel 4 Maßnahmen aufgezeigt, die die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, kulturellen, aber auch die innenpolitischen Interessen und Motive der Türkei auf dem Balkan verdeutlichen sollen und Hinweise auf die auswärtige Minderheitenpolitik der Türkei in dieser Region geben können. In Kapitel 5 wird auf die allgemeine Minderheitenpolitik der Türkei eingegangen, die einerseits auf ihre in diesem Gebiet völkerrechtlichen Rechte und Pflichten eingeht und andererseits die Instrumente aufzeigt, die eine auswärtige Minderheitenpolitik möglich machen. Hier wird auch die aktuelle Lage der auswärtigen Minderheiten in den ausgewählten Ländern dargestellt sowie die Beziehungen zu diesen Staaten aus Sicht der Türkei kurz beschrieben. In Kapitel 6 wird ein Zwischenfazit gezogen, welches nicht nur die wichtigsten Gesichtspunkte aus den vorherigen Kapiteln zusammenstellen soll, sondern vielmehr die Aspekte aufzeigen soll, die für die nachfolgende Analyse relevant sind. Dem Zwischenfazit folgt ebenfalls in Kapitel 6 das Methodenkapitel. Hier werden die theoretischen Inhalte aus Kapitel 2 zusammengefasst und die angewendeten Methoden vorgestellt.

Im zentralen Kapitel 7 wird zunächst epochenweise die innen- und außenpolitische Ausgangslage dargestellt. Es folgt ein Kurzresümee, in dem die modellbezogenen Variablen schlussfolgernd markiert werden. Der Untersuchungszeitraum wurde dazu in die vier Abschnitte 1983-1991, 1992-2002, 2003-2013 und 2014-2024 gegliedert. Pro Epoche wird ein Wohnsitzstaat besonders in den Fokus genommen. Die Gründe für die Auswahl werden im Methodenkapitel benannt. Im weiteren Verlauf werden in Kapitel 7 die Instrumente, Aktionen vor Ort, Aussagen relevanter Akteure und offiziellen Stellungnahmen bezüglich der türkischen Minderheitenpolitik dargestellt. Anschließend wird theoriegeleitet ein Zwischenfazit gezogen, in dem der Beitrag zur Hypothese aufgezeigt werden soll.

Die Studie erfolgt über eine länderbezogene Fallauswahl in der turksprachige Minderheiten beheimatet sind. Für die Analyse kamen die Länder Griechenland, Bulgarien, Nordmazedonien[1] und Kosovo in Betracht, wobei für die Auswahl der Fälle eine Diversifikation angestrebt wurde. Bei den türkischsprachigen Minderheiten in Bulgarien handelt es sich bevölkerungs-

[1] Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien änderte am 12. Februar 2019 – und damit innerhalb des Untersuchungszeitraums – ihren Namen in „Nordmazedonien“ um. Es wurde darauf geachtet, in den unterschiedlichen Zeitepochen den jeweils gültigen Namen zu nennen, doch gab es teilweise inhaltliche und zeitliche Überschneidungen, so dass dem nicht immer Rechnung getragen werden konnte.

mäßig um die größte Minderheitengruppe sowohl für Bulgarien als auch für die Türkei, während Nordmazedonien im Gegensatz dazu kein EU-Mitglied ist und andere Bindungskräfte zur Türkei vorliegen könnten. Außerdem sind die dortigen Balkantürken wiederum eine Minderheit innerhalb der muslimischen Minderheit. Währenddessen ist die Mehrheit im Kosovo muslimisch. Bei dieser Fallauswahl ist es interessant zu messen, ob die Türkei hier ohnehin Einfluss über die Mehrheitsgesellschaft ausübt und daher eine differenzierte Politik gegenüber den dortigen Minderheiten verfolgt. Die Auswahl Griechenlands ist in der konfliktreichen Geschichte mit der Türkei begründet, in der immer wieder die türkischsprachigen Minderheiten eine Rolle spielten. In Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro leben zu wenige Balkantürken (jeweils <1000), so dass ein türkischer Machtzuwachs über diese Minderheiten heraus nicht zu erwarten ist. Ausgeklammert wurde ebenfalls die Minderheit in der Republik Moldau, die aus einer anderen türkischsprachigen Kultur außerhalb des Osmanischen Reichs entstanden ist und daher nur sekundäre Bindungen zur Türkei hat. Auch wurde die Situation in Rumänien nicht der Analyse unterzogen, da hier kein zusätzlicher Mehrwert gegenüber Bulgarien gesehen wurde.

In Kapitel 8 wird über die aus dem Theoriekapitel herausgefilterten Merkmale die Fragestellung der Arbeit beantwortet. Hierzu wird die Hypothese zur Frage, ob die Türkei machtpolitische Interessen mit ihrer externen Minderheitenpolitik auf dem Balkan verfolgt, theoriegeleitet getestet. Das Kapitel 9 bilden den Schlussteil, in der die Schlussfolgerungen aus der Analyse dargestellt, die Ergebnisse zusammengefasst und ein Ausblick gegeben wird.

2 Theoretische Grundlagen und Modellbildung

Der Realismus ist eines der Groß-Theorien der internationalen Beziehungen. Mittlerweile gibt es ein breites Spektrum an realistischen Ansätzen, so dass man nicht von einem Realismus, sondern von mehreren Realismen nebeneinander sprechen kann. Die verschiedenen realistischen Schulen gleichen sich in der Grundtendenz, bilden aber keine straffe Einheit. Anhand der Kernaussagen von Hans J. Morgenthau (klassischer Realismus) und Kenneth N. Waltz (Neorealismus) – zwei herausragenden und einflussreichen Vertretern des Realismus – werden diese Hauptgedanken dargestellt, bevor dann auf die Ansätze der neorealistischen Außenpolitiktheorie und des neoklassischen Realismus eingegangen wird (Göksu 2011, S. 11).

2.1 Grundannahmen der realistischen Schule

Der Realismus entstand in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts und wurde als Gegenkonzeption zum Idealismus, Marxismus und Kant'schen Liberalismus konzipiert. Die prägende Figur dieses neuen Ansatzes war vor allem Hans J. Morgenthau (Masala 2005, S. 23). Während der Idealismus danach fragt, wie die internationale Politik im Sinne einer normativen Zukunftsorientierung im Idealfall beschaffen sein sollte, analysiert der Realismus im Rahmen einer pragmatischen Gegenwartsorientierung die internationale Politik so, wie sie tatsächlich geformt ist (Lemke 2018, S. 16). Morgenthau (1946) zufolge ist das Menschenbild der idealistischen Denkschule nicht überzeugend. Der Mensch ist laut seinem realistischen Menschenbild egoistisch und verspürt einen ständigen Hunger nach Macht (Masala 2005, S. 25-26). Diesen Machttrieb des Individuums überführt Morgenthau über das menschliche Kollektiv in ein nationales Machtstreben und sieht diesen als das Wesen der Politik an (Siedschlag 1997, S. 53). Demzufolge ist Politik selbst das grenzenlose Ringen um Macht. Dieser Wettstreit wird durch die drei Idealtypen des politischen Handelns ausgetragen: Machterhalt, Machtsteigerung und Machtdemonstration (Masala 2005, S. 26-27).

Die Frage, wie dieses Machtstreben beschränkt werden kann, beantwortet Morgenthau (1948) mit seinem Balance-of-Power-Ansatz: Demzufolge kann der Machttrieb nur durch die Etablierung von Gegenmacht eingeengt werden. Durch die Bildung von Gegenmacht wird das Gleichgewicht aufrechterhalten (Masala 2005, S. 27-28). Aus dieser These heraus „leitet Morgenthau die Hauptaufgabe jedes politischen Realismus ab, ein solches Gleichgewicht

künstlich zu etablieren, sei es im Bereich der inneren oder der internationalen Politik“ (Siedschlag 1997, S. 53).

In den späten 1960er-Jahren begannen Politikwissenschaftler der internationalen Beziehungen die Kernaussagen des Realismus kritisch zu hinterfragen. Aufgezeigt wurde beispielsweise, dass der Realismus nicht erklären könne, warum Staaten zu institutionell verankerten Kooperationen bereit seien, die mit einer teilweisen Hergabe der Souveränität einhergehen. Zudem sei das realistische Paradigma ungeeignet dafür, außenpolitische Prioritäten, die im Widerspruch zueinanderstehen, zu analysieren. Die realistischen Denkweisen griffen zwar, wenn sicherheitspolitische Interessen im Fokus der Betrachtung standen, konnten aber der zunehmenden Bedeutung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Staaten – die mit sicherheitspolitischen Wahrnehmungen im Dissens stehen können – nicht gerecht werden (Lemke 2018, S. 19).

Auch Kenneth N. Waltz übte eine konstruktive Kritik an den Thesen von Morgenthau aus. Aus dieser schöpferischen Auseinandersetzung entwickelte sich der Neorealismus. Dieser auch als struktureller Realismus bezeichneter Ansatz, knüpft zwar an dem klassischen Realismus an, grenzt sich aber auch bedeutend von ihm ab (Siedschlag 1997, S. 84). So teilt er beispielsweise die Annahme, dass internationale Beziehungen nicht primär durch Kooperationen, sondern aufgrund der anarchischen Struktur des Weltsystems vielmehr durch Konflikte und Konkurrenzen gestaltet werden (Lemke 2018, S. 20). Andererseits verlangt Waltz das negative Menschenbild Morgenthaus aufzugeben – den er mangels eines empirischen Nachweises als unzureichende Behauptung eingeordnet – sowie die Modifikation des Balance-of-Power-Gedankens. Zudem löst er den ontologischen Machtbegriff des klassischen Realismus durch den zentralen und analytischen Begriff Sicherheit ab (Siedschlag 1997, S. 84).

Waltz (1979) richtet anders als Morgenthau den Blickwinkel auf ein systemisch-strukturelles Theorieverständnis. Demzufolge ist größtenteils die Struktur des internationalen Systems und nicht der Eigenantrieb der Staaten die zentrale Variable, welches die zwischenstaatlichen Aktionen und Interaktionen herbeiführt (Masala 2005, S. 33). Die staatlichen Einheiten zielen nach einem Machtzuwachs, jedoch im Rahmen der Möglichkeiten, die das internationale System ihnen einräumt (Lemke 2018, S. 20). Aus diesem Grund hält Waltz (1996) seinen Ansatz für eine Außenpolitikanalyse nicht für geeignet. Seinen Ansatz betrachtet er als eine Systemtheorie (Hellmann 2010, S. 58).

Zwar sind im internationalen System nach wie vor die Staaten die zentralen Akteure, bilden jedoch nicht die einzigen Einheiten in dieser Struktur. Die Merkmale des internationalen Systems formen die einzelnen Einheiten (units) – insbesondere die Staaten als wesentliche units – und stellen sie in ein konkretes Verhältnis zueinander, wodurch eine gewisse Handlungsweise dieser Einheiten animiert wird (Siedschlag 1997, S. 88).

> "To define a structure requires ignoring how units relate with one another (how theyinteract) and concentrating on how they stand in relation to each other (how they arearranged or positioned) (. . .). The arrangement of units is a property of the system" (Waltz 1979, S. 80).

Das wichtigste Merkmal des internationalen Staatensystems ist das Nichtvorhandensein einer vorangingen Autorität, die die Kompetenz hätte, die unabhängig zusammengesetzten und agierenden Staaten in ihrem Verhalten zu regulieren oder zu sanktionieren (Hellmann 2010, S. 55). Das Fehlen dieser vorrangingen Ordnungsmacht, also der Zustand der Anarchie, führt dazu, dass Staaten für ihre eigene Sicherheit selbst Sorge tragen müssen. Sicherheit, welches sich als erfassbares Objekt der Überlebensfähigkeit bezeichnen lässt, ist somit das oberste Ziel eines jeden Staates im internationalen System (Siedschlag 1997, S. 93).

> "Beyond the survival motive, the aims of states may be endless varied; they may range from the ambition to conquer the world to the desire merely to be left alone. Survival is a prerequisite to achieving any goals that states may have other than the goal of promoting their own disappearance as political entities. The survival motive is taken as the ground of action in a world where the security of states is not assured, rather than as a realistic description of the impulse that lies behind every act of state" (Waltz 1979, S. 91-92).

Da alle Staaten die Aufgabe haben, ihr eigenes Überleben zu sichern, sind Staaten funktional gesehen gleich. Unterschiede zwischen den Einheiten im internationalen System werden im Machtpotenzial deutlich, wobei Macht kein eigenständiges Ziel ist, sondern ein Instrument zur Gewährleistung der Sicherheit darstellt (Masala 2005, S. 46).

So gesehen kann Macht als die Kompetenz einer unit verstanden werden, auf ein bestimmtes Ziel hin zu agieren. Morgenthau zufolge muss jede rationale Außenpolitik, durch die Bildung von Macht und Gegenmacht, unweigerlich zu einem Mächtegleichgewicht führen. Kenneth

N. Waltz stellt allerdings heraus, dass es von der internationalen Struktur abhängt, ob politische Akteure versuchen, sich gegenseitig auszubalancieren. Der Balance-of-Power-Politik bedarf zweier Bedingungen: Zum einen, die anarchische Ordnung des Systems und zum zweiten, den Überlebenswillen der units (Siedschlag 1997, S. 96-97)

Waltz überarbeitet die Machtgleichgewichts-Theorie wie folgt: Den als einheitliche Akteure handelnden Staaten, deren Minimalziel das Überleben sowie deren Maximalziel die universelle Vorherrschaft ist, stehen zur Zielerreichung Ressourcen zur Verfügung. Dabei ergeben sich für Staaten zwei Optionen. Entweder erfolgt eine interne Machtsteigerung, wie bspw. durch die militärische Hochrüstung oder Steigerung der Volkswirtschaft; und/oder es vollzieht sich eine externe Machtsteigerung wie zum Beispiel durch Bildung von Allianzen (Masala 2005, S. 56-57).

> "Because power is a means and not and end, states prefer to join the weaker of two coalitions (...) If they wished to maximize power, they would join the stronger side, and we would see no balances forming but a world hegemony forged. This does not happen because balancing, not bandwagoning, is the behavior induced by the system. The first concern of states is not to maximize power but to maintain their position in the system" (Waltz 1979, S. 126).

Die gegebene Systemstruktur sorgt somit für permanente Wettbewerbsbedingungen. Die internen und externen Anstrengungen eines oder mehrerer Staaten die eigene Sicherheit per Machtsteigerung zu stärken, führt dazu, dass sich wiederum andere Staaten bedroht fühlen. Diese wiederum versuchen, ihre Macht auszubauen, um so durch Gegenmacht die eigene Sicherheit zu gewährleisten. Jede staatliche Einheit befindet sich demzufolge in einem Macht- und Sicherheitsdilemma, welches sich im internationalen Staatensystem permanent in nahezu automatischen Macht- und Gegenmachtbildungen äußert. Die Unternehmungen der Staaten, ihre Stellung im anarchischen System zu behaupten bzw. zu verbessern, ruft oft zwischenstaatliche Auseinandersetzungen hervor (Masala 2005, S. 58-59). Doch lässt sich sagen, dass neben den Sicherheitsinteressen auch wirtschaftlichen Interessen im Neorealismus eine immer größere Bedeutung zukommt (Lemke 2018, S. 20).

Waltz zieht den Schluss, dass Staaten im Allgemeinen defensive Positionalisten sind, die nicht auf grenzenlose Macht hinarbeiten, sondern eher eine zu große Machtakkumulation anderer

Staaten abwehren wollen. Denn diese Machtkonzentration könnte die eigene Sicherheit, welche das Fundament für Autonomie und Wohlfahrt ist, in Gefahr bringen (Masala 2005, S. 60-62).

2.2 Neorealistische Außenpolitiktheorie

Wie bereits erwähnt, sah Waltz seine Theorie als nicht geeignet für eine Außenpolitikanalyse an. Daher erarbeiteten Rainer Baumann, Volker Rittberger und Wolfgang Wagner eine neorealistische Außenpolitiktheorie. Hierzu wurde die systemische Variable „internationale Machtverteilung“ in eine positionale Variable umgeformt, die lediglich einen bestimmten Staat betrifft und aus der sich ihre „relative Machtposition“ deutlich macht. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die internationale Struktur kein entscheidendes Element mehr im außenpolitischen Verhalten der Staaten ist. Im Gegenteil kommt der Anarchie im internationalen Staatensystem eine entscheidende Bedeutung zu: Sie zwingt die Staaten dazu, sich um ihre Sicherheit zu kümmern bzw. nach Macht zu streben (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 3-4).

Zur Veranschaulichung der neorealistischen Außenpolitiktheorie sollten zunächst die zentralen Begriffe Macht, Einfluss und Autonomie definiert werden. Der besonders bedeutungsvolle Terminus „Macht ist die Fähigkeit, seine Interessen im internationalen System durchzusetzen. Sie beruht nach neorealistischer Auffassung auf dem Besitz von dazu geeigneten Mitteln bzw. Ressourcen (capabilities)“ (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 5). „Einfluss“ hingegen misst, in welchem Ausmaß ein Staat die Kontrolle über seine Umwelt einnehmen und die Staaten im Umfeld beeinflussen kann. Um ihre Sicherheit zu gewährleisten, bemühen sich Staaten um einen erheblichen Einfluss in ihrer potenziell feindseligen Umgebung. Viel wichtiger ist jedoch die „Autonomie“ (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 5-6).

Hierbei ist:

> „ … nicht nur formale, sondern auch faktische Unabhängigkeit von anderen Akteuren gemeint. Ein Staat ist umso autonomer, je weniger seine Handlungsfähigkeit von anderen Staaten … beschränkt wird. (…) Je geringer die Kontrolle anderer Staaten über einen Staat ist, und das heißt, je größer seine Autonomie ist, desto sicherer ist dieser Staat“ (Baumann/Rittberger/ Wagner 1998, S. 5).

Eine steigende Autonomie und ein steigender Einfluss, wirkt sich stärkend auf die Sicherheit

eines Staates aus. Die Machtposition eines bestimmten Akteurs beschränkt dessen auf Autonomie und Einfluss abzielende Politik. Je mehr Macht ein Staat hat, desto mehr autonomie- und einflussmaximierende Politik wird dieser in seinem Verhalten nach Außen auferlegen (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 7). Dies macht deutlich, weshalb Staaten laut der neorealistischen Außenpolitiktheorie nach möglichst viel Macht greifen. Obwohl Staaten nach maximaler Macht streben, heißt das nicht, dass Akteure stets ein aggressives und expansives Verhalten aufzeigen (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 6-7).

Um eine Außenpolitikanalyse anhand der neorealistischen Außenpolitiktheorie durchzuführen, ist es zunächst erforderlich, die Machtposition des betreffenden Staates zu bestimmen. Die Machtstellung einer Einheit kann über drei strukturelle Merkmale des internationalen Systems hergeleitet werden. Allerdings sind zwei dieser Merkmale – die Anarchie und der Faktor, dass Staaten Einheiten des Systems bilden – konstant. Als einzig zu ermittelnde Variable verbleibt die Bestimmung der Machtressourcen eines Akteurs. Waltz zählt sieben unterschiedliche Machtressourcen auf, zu der er neben der Wirtschaftskraft auch die politische Stabilität aufführt. Bei Morgenthau finden sich hingegen acht Faktoren, wie u.a. industrielle Kapazitäten und die Qualität der Diplomatie. Auch wenn im Gegensatz zu wirtschaftlicher und militärischer Stärke, der Größe und Lage des Territoriums, kein besonderer Stellenwert als Machtressource eingeräumt wird, kann auch dieses Element den eigenen Handlungsspielraum bedeutend erweitern. Ferner hängt die Machtposition eines Akteurs von der Polarität des Systems ab. Die Polarität ist durch die Anzahl der Großmächte bzw. (Macht-)Pole im System gegeben (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 7-8).

> „Die Polarität des … Systems beeinflusst die Machtposition eines Staates, weil die Zahl der Großmächte den Handlungsspielraum aller Staaten im … System bestimmt und damit auch, wie Staaten ihre Machtressourcen einsetzen können“ (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 8).

Wurde die Machtposition eines Akteurs ermittelt, kann die Machtpolitik des betreffenden Staates aufgegriffen werden. Dabei übertragen Staaten ihre Machtstellung in die wirkungsvolle Realisierung ihrer Interessen. Zur Auswahl stehen dazu zwei Formen der Abwehrpolitik: die autonomiemaximierende Politik und die einflussmaximierende Einflusspolitik. Abwehrpolitik zielt darauf ab, neue Abhängigkeiten von anderen Staaten zu verhindern oder bestehende abzuwenden. Einflusspolitik hingegen strebt an, bei bestehenden Interdependenzen mit ande-

ren Staaten Ergebnisse zum eigenen Vorteil zu erreichen (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 9-10).

Dabei muss berücksichtigt werden, in welcher Beziehung die Abwehr- und Einflusspolitik eines Staates zueinander steht bzw. wann ein Staat die eine oder die andere Art der Machtpolitik einsetzt. Dazu muss klargestellt werden, was aus der Perspektive des Neorealismus als Einfluss- oder Autonomiegewinn betrachtet werden kann. Einflusspolitik ist besonders wirksam, wenn ein Akteur durch sein Verhalten den Handlungsspielraum des anderen Akteurs einschränken kann. Beispielsweise im Rahmen einer ungünstigen asymmetrischen Abhängigkeit, etwa bei politischen, wirtschaftlichen (Importe, Sanktionen) oder infrastrukturellen Gegebenheiten (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 10-12).

Wichtig ist jedoch zu erwähnen, dass jede Einflusspolitik auch Einbußen von der Autonomie zur Folge haben kann. Durch diesen Extremfall ist es unabdingbar, dass Akteure Autonomie- und Einflusspolitik abwägen. Stephan G. Brooks (1997) ist der Ansicht, dass die Sicherheitsbedrohung ein variabler Faktor ist und immer wieder neu bestimmt werden muss (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 12-15):

> „Je prekärer die Sicherheitslage eines Staates ist, desto stärker wird er auf die Wahrung … seiner Autonomie bedacht sein. Je weniger hingegen die Sicherheit eines Staates unmittelbar bedroht ist, desto eher können für Einflussgewinne auch Autonomieverluste in Kauf genommen werden“ (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 15).

Zusammengefasst verbleibt die relative Machtposition als ausschlaggebende unabhängige Variable, während die Variablen Technologie, Geographie und Ökonomie lediglich die Rolle der intervenierenden Variablen in der Identifikation einer Sicherheitsbedrohung innehaben (Baumann/Rittberger/Wagner 1998, S. 16).

2.3 Neoklassischer Realismus

Zu den jüngeren realistischen Ansätzen gehört der neoklassische Realismus. Häufig wird er als Verschmelzung zwischen dem klassischen und dem strukturellen Realismus gesehen. Im Einklang steht der neoklassische Realismus mit den anderen Ansätzen des Realismus in der Auffassung, dass Politik – in einer Welt der knappen Ressourcen und der Anarchie – ein steti-

ger Wettkampf zwischen Staaten um Macht und Sicherheit ist (Lobell/Ripsman/Taliafero 2009, S. 4).

Mit der neorealistischen Schule sind Gemeinsamkeiten in der methodischen Aufarbeitung vorhanden, so gehen beide Ansätze deduktiv vor und prüfen Hypothesen oftmals mit qualitativen Methoden. Die Differenzen zum strukturellen Realismus sind in diversen Punkten zugleich die Ähnlichkeiten mit dem klassischen Realismus. Beispielsweise ist die Perspektive auf die Staatenwelt differenziert und die internationale Politik akteurszentriert. Spezifisch ist dem Ansatz, dass er innerstaatliche Bedingungen als intervenierende Variable mit in die Analyse einfließen lässt (Lobell/Ripsman/Taliafero 2009, S. 19-20).

> „Neoclassical realism shares classical realism's concern for the state and its relation to domestic society. It also defines its mission largely in terms of building theories of foreign policy, rather than theories of the system within which states interact. Nonetheless, neoclassical realists aspire to greater methodical sophistication than their classical realist predecessors. Moreover, they begin with the fundamental assumption of neorealists that the international system structures and constrains the policy choices of states“ (Lobell/Ripsman/Taliafero 2009, S. 19).

Demnach ist der neoklassische Realismus bestrebt, den Fokus bei der Analyse des außenpolitischen Verhaltens der Staaten wieder stärker auf deren Innenleben zu lenken. Zahlreichen Realisten zufolge, hat sich der Neorealismus zu sehr darauf fokussiert, den Einfluss systemischer Variablen wie die der Machtverteilung, auf das auswärtige Handeln von Staaten hervorzuheben. Auch für den neoklassischen Realismus bleibt die Struktur des internationalen Systems ein sehr bedeutsamer Faktor für die Erklärung internationaler Politik, jedoch schafft es Raum für die Ansicht, dass die internationale Ordnung ihre Wirkungskraft nicht unmittelbar, sondern immer über Umwege entfalten lässt. Vor allem die Wahrnehmungen politischer Entscheidungsträger bzw. die Ebene der handelnden Akteure filtern aus der internationalen Struktur wesentliche Elemente heraus und formen diese um (Auth 2015, S. 75).

Das Hauptziel des neoklassischen Realismus stellt den Anspruch dar, Entscheidungen von Staaten auf Basis struktureller Gegebenheiten in Kombination mit innerstaatlichen Faktoren erklären zu wollen. Dieses schwierige Unterfangen ist mit zwei wesentlichen Problemen behaftet: innenpolitische Faktoren lassen sich nicht abstrakt und einheitlich bewerten, da die

analytisch maßgebende innenpolitische Konstellation von Staat zu Staat und dies gar je nach historischem Kontext variiert. Zweitens können innenpolitische Aspekte die Auswirkungen der strukturellen Gegebenheiten verstärken oder abschwächen, so dass eine ausführliche Betrachtung der Innenpolitik mit Blick auf ihre spezifischen raumzeitlichen Gegebenheiten unausweichlich wird (Auth 2015, S. 75).

Der neoklassische Realismus deutet sozusagen die internen Zwänge der Staaten als eine Richtschnur zu einer übereinstimmenden nationalen Politik gegenüber Bedrohungen aus dem Ausland. Demzufolge bestimmen politische Führer die nationalen Interessen und gestalten die auswärtige Politik unter Beachtung der innenpolitischen Charakteristika. So lassen sich politische Handlungen der Staaten auf dem internationalen Feld als ein Resultat der staatlich-gesellschaftlichen Strukturierung bezeichnen. Häufig sind es Bedürfnisse gesellschaftlicher Mitspieler (z.B. die gesetzgebende Gewalt, Opposition, wirtschaftliche Akteure, Öffentlichkeit), die die ausführende Gewalt bei der Einschätzung und beim Ausbalancieren der internationalen Bedrohungen steuern (Lobell/Ripsman/Taliafero 2009, S. 22-27).

Steven E. Lobell zählt zu den neoklassischen Realisten, die den Interessengruppen im Inland eine zentrale Funktion in der Formierung von Außenpolitik zuschreiben. In dem von ihm entwickelten Modell des neoklassischen Realismus wird anfangs die Ermittlung externer Bedrohungen behandelt. Dabei können diese Gefahren einen systemischen oder aber auch subsystemischen Ausgangspunkt haben. Während regionale Mächte systemische Bedrohungen eher durch Großmächte vernehmen, wird im Subsystem die Gefahr wahrgenommen, dass eine führende Regionalmacht danach trachten könnte, eine Hegemonie aufzubauen. Somit dient der neoklassische Realismus nicht nur der Analyse des außenpolitischen Verhaltens der Großmächte, sondern kann auch für Mittelmächte und Kleinstaaten angewendet werden (Lobell 2009, S. 43-49).

Die politische Führung und darunter insbesondere die außenpolitischen Entscheidungsträger (foreign policy executive, FPE) sind dafür verantwortlich, Bedrohungen zu registrieren und geeignete Abwehrmaßnahmen zu generieren. Dazu befinden sie sich in Schlüsselpositionen und können auf nötige Mittel zugreifen. Allerdings unterliegt die außenpolitische Elite dem Zwang, parallel zu agieren. Zum einen muss gegen auswärtige Gefahren eingeschritten werden, zum anderen muss die Neigung der inländischen Antriebe berücksichtigt werden. Denn auch die innergesellschaftlichen Gruppen sind Spezialisten bei der Wahrnehmung von Gefah-

ren aus dem Ausland. Vor allem dann, wenn die Erfüllung individueller Bedürfnisse auf dem Spiel steht (Lobell 2009, S. 56-57):

> „... societel elites (i.e. socioeconomic leaders) maxime their sector or factor's economic welfare, and the foreign policy executive devises grand strategy and maximizes national security. When societal leaders assess a foreign state they ask whether the shift in its components of power (such as territory, population, ideology, industry, land-based military, and naval and air power) threatens their firms, sectors, or factors of production. That is, is the shift in the element of power complementary (foreign state is a natural partner) or competitive (foreign state is a rival and threat)“ (Lobell 2009, S. 57)?

Andererseits muss dem entgegnet werden, dass die Einschätzungen der außenpolitischen Elite den Einsatz staatlicher Macht in der Außenpolitik prägen. Wahrnehmungen können verfehlt sein und Akteure zu inkorrekten Schlussfolgerungen verleiten, indem beispielsweise einer offensiven Außenpolitik nachgegangen wird, wo eine defensive angebrachter wäre. So können auf unzutreffenden Wirklichkeitsvorstellungen beruhende Entscheidungen den gegenteiligen Effekt hervorrufen, als das, was die Entscheidungsträger eingangs beabsichtigt haben (Auth 2015, S. 77-78).

Ferner kann man aus dem Modell Lobell’s schließen, dass nicht nur eine gesamtheitliche Machtverschiebung zu Gunsten eines konkurrierenden Staates von Belang ist, sondern eher, dass Machtverschiebungen in einem wesentlichen Segment als Bedrohung aufgefasst werden. Innerstaatliche Kräfte stellen sich zwar für eine gemeinsame Position aufeinander ein, greifen jedoch zumeist nach unterschiedlichen Zielen. Diese innerstaatlichen Gemeinschaften umschließen im Inland ansässige Interessengruppen und variieren je nach ihrer Ausrichtung (Lobell 2009, S. 58-59).

Der Regierung kommt die Aufgabe zu, einen parteiübergreifenden Konsens zwischen den innergesellschaftlichen Eliten über die außenpolitische Linie herzuleiten. Dazu muss es die verfügbaren Ressourcen einsetzen und nach einem starken Rückhalt in der Bevölkerung streben. Daraus ergibt sich die nationale Stärke, die den Handlungsspielraum der politischen Führung beeinflusst und somit die außenpolitische Strategie entwickelt (Auth 2015, S. 78).

Schlussendlich postuliert der neoklassische Realismus, dass Staaten sich zwar in einem Zu-

stand der Unsicherheit befinden, jedoch deswegen nicht nur ihre (materiellen) Verteidigungskapazitäten maximieren, sondern eher langfristig kalkulieren und danach streben, „…gegenüber anderen Staaten an Macht und Einfluss zu gewinnen, um das internationale System zu ihren Gunsten verändern zu können“ (Auth 2015, S.77).

2.4 Kin-state Ansatz und Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik

Die Minderheitenfrage hat aus der Sichtweise der Minderheiten oftmals zwei Seiten: das Verhältnis zum Staat in dem sie Leben, dem Wohnsitzstaat, und – sofern vorhanden – die Beziehungen zu dem Staat, welcher über eine Mehrheitsbevölkerung verfügt, mit der sie ein ethnisches oder zumindest sprachlich-kulturelles Nahverhältnis nachweisen: dem Mutterstaat. Daraus geht hervor, dass Minderheiten einen Mutterstaat haben können, aber nicht zwangsläufig haben müssen. Minderheiten mit Mutterstaat (aus Sicht des Mutterstaates die externen, auswärtigen oder konationalen Minderheiten), können oftmals einen Schutzanspruch durch den Mutterstaat geltend machen, der entweder durch bilaterale Verträge oder multilaterale Instrumente vereinbart ist. Einige Mutterstaaten haben sich in ihrer Verfassung oder anderer Gesetzgebung dazu verpflichtet, ihre konationalen Minderheiten zu fördern und zu unterstützen. Wohnsitzstaaten hingegen müssen einerseits den Minderheiten Staatsbürgerrechte zugestehen (wie alle anderen Staatsangehörigen auch), andererseits müssen sie Schutzmaßnahmen gewährleisten, für die sie primär zuständig sind. Völkerrechtlich ist damit die Minderheitenschutz-Verpflichtung des Wohnsitzstaates geregelt, während Mutterstaaten sich lediglich auf Völkergewohnheitsrecht oder internationale Vereinbarungen berufen können. Dies bedeutet, dass, wenn ein Wohnsitzstaat seinen Verpflichtungen gegenüber der Minderheit nicht nachkommt, dadurch für den Mutterstaat kein Hilfsanspruch entsteht. Dieser liegt bei der internationalen Gemeinschaft. Häufig tun sich Wohnsitzstaaten schwer, den Ansprüchen und Anliegen der Minderheitsbevölkerung zuzustimmen. Zugeständnisse an Minderheiten bedeuten Machtteilung und somit aus staatlicher Sicht die Machtreduktion. Währenddessen befinden sich die Wohnsitzstaaten oft im Fadenkreuz der Mutterstaaten, die aus unterschiedlichen Motiven besonderes Interesse an ihren auswärtigen Minderheiten darlegen (Pan 2016, S. 311-323). Dieses Interesse ist selten rechtlicher Natur. Das heißt, Mutterstaaten agieren gegenüber ihren externen Minderheiten nicht allein aus dem Hintergrund, da sie sich in bilateralen Verträgen oder in ihrer eigenen Verfassung dazu (selbst)verpflichtet haben, sondern vielmehr aus

anderen Beweggründen.

In seiner umfangreichen Auswertung von Sekundärliteratur geht Franz Preissler (2014) den Fragen nach, wie und warum sich Staaten für als ethnisch zugehörig angesehene Bevölkerungsgruppen in anderen Ländern einsetzen, ob Regierungen diese gar instrumentalisieren, ob die Instrumentalisierung externer Minderheiten eine verbreitete Erscheinung ist und wann und wie eine Regierung „ihre“ auswärtigen Minderheiten instrumentalisiert. Ferner wird danach gefragt, in welchem Maße die Innenpolitik die auswärtige Minderheitenpolitik beeinflusst und welche Wirkungen das Letztgenannte in zwischenstaatlichen Beziehungen hat (Preissler 2014, S. 33-34). Bereits Friedrich Heckmann unterschied drei Formen der externen Minderheitenpolitik. Einem Irredentismus, wonach hier eine politische Bewegung innerhalb einer Minderheit und/oder im dazugehörigen Mutterstaat den Anschluss der Minderheit an den zugehörigen Nationalstaat erreichen möchte. Zweitens, die Unterstützung der Minderheit im Wohnsitzstaat und schließlich die Instrumentalisierung der ethnisch zugehörigen Minderheit für eigene außenpolitische Zwecke (Heckmann 1992, S. 219-221). Nichtinstrumentale und instrumentale Formen der auswärtigen Minderheitenpolitik erkennt auch Paul Smith (1990), wonach ein Mutterstaat „seine“ Minderheit in einem Wohnsitzstaat moralisch, kulturell oder wirtschaftlich fördern, aber genauso für eigene Zwecke benutzen kann. Unter anderem aus diesen Betrachtungen können drei Arten der externen Minderheitenpolitik unterschieden und vier Variablen abgeleitet werden. Bei den drei Arten handelt es sich um 1. die Unterstützung bzw. das Eintreten (bilateral oder international) für die Minderheit, 2. die Instrumentalisierung der Minderheit für außenpolitische Zwecke sowie 3. die Instrumentalisierung der Minderheitenfrage für innenpolitische Zielsetzungen. Diese Politikarten können auf vier Faktoren zurückgeführt werden: 1. die Situation, Entwicklung und Status der Minderheit im Wohnsitzstaat, 2. das Ausmaß der Konflikte zwischen Mutterstaat und Wohnsitzstaat in anderen Politikfeldern und somit nicht primär in der Minderheitenfrage, 3. die Intensität oppositioneller (oftmals nationalistischer) Kräfte auf die außenpolitischen Akteure im Mutterland und schließlich 4., die Reichweite einer potentiellen Zuwanderung von Minderheiten Richtung Mutterstaat (Preissler 2014, S. 35).

Bezogen auf die erste Variable, wonach die auswärtige Minderheitenpolitik von der Lage der Minderheit im Wohnsitzstaat abhängig gemacht wird bzw. formuliert als Frage, ob sich Regierungen für ihre ethnischen Verwandten in einem anderen Nationalstaat einsetzen und wenn ja, wie und warum sie das tun, bedient sich Preissler zunächst einem Grundmodell des Soziolo-

gen Rogers Brubaker (1996), in der zunächst dem Mutterstaat eine Politik des Schutzes bzw. des Eintretens für die (in der Regel als diskriminiert wahrgenommene) Minderheit unterstellt wird. Das Grundmodell Brubaker besteht dabei aus drei Einheiten: einem Wohnsitzstaat, einem in ihr lebenden Minderheit und einem (oftmals an ihm geographisch angrenzenden) Mutterstaat (Preissler 2014, S. 52-53).

> „This is the triangular relationship between national minorities, the newly nationalizing states in which they live, and the external national "homelands" to which they belong, or can be construed as belonging, by ethnocultural affinity, though not by legal citizenship. This relationship has been engendered, or given new urgency, by the new (or newly salient) mismatch between cultural and political boundaries" (Brubaker 1995, S. 108).

Diese triadische Konstellation muss nicht zwangsläufig zu Spannungen führen, tut es aber oftmals schon (Preissler 2014, S. 53):

> „In Fällen, wo die Beziehung zwischen den Einheiten durch tiefere Konflikte bestimmt ist, sieht sich das neue Europa wie das Europa der Zwischenkriegszeit einem potenziell explosiven – und in einigen Fällen tatsächlich explosiven – dynamischen Zusammenspiel zwischen einer Gruppe … *Staaten* … gegenüber, die ethnisch Heterogen sind, jedoch als Nationalstaaten … aufgefasst werden und deren dominante Eliten (in unterschiedlichem Ausmaß) die Sprache, Kultur, demographische Position, die wirtschaftliche Entwicklung oder die politische Hegemonie die nominell staatstragende Nation fördern; zwischen substanziellen, selbstbewussten sowie (in unterschiedlichem Grade) organisierten und politisch entfremdeten *nationalen Minderheiten* in diesen Staaten, deren Führer kulturelle oder territoriale Autonomie verlangen und sich tatsächlichen oder wahrgenommenen Politiken oder Prozessen der Assimilation oder Diskriminierung widersetzen; (und) den *externen nationalen Mütterländern* … der Minderheiten, deren Eliten (wiederum in unterschiedlichem Ausmaß) die Situation ihrer co-ethnics in den … Staaten genau beobachten, mit Nachdruck gegen angebliche Verletzung ihrer Rechte protestieren und das Recht, ja sogar die Pflicht beanspruchen, ihre Interessen zu verteidigen" (Preissler 2014, S. 53 nach Brubaker 1996).

Brubaker bezeichnet diese Form der Minderheitenpolitik als Mutterlandnationalismus. Dabei beobachten die Eliten des Mutterlandes kontinuierlich die Integrations- und Nationalisierungsprojekte der Wohnsitzstaaten und können bei einer ungerechten und unterdrückerischen

Politik materielle und moralische Unterstützung zu den Konationalen leisten oder den nationalisierenden Staat in internationalen Organisationen verurteilen. Ob ein Mutterstaat das tatsächlich tut, hängt jedoch davon ab, wie die Minderheiten wahrgenommen und ihre Situation dargestellt werden. Ferner wird die Gesamtbeziehung respektive die außenpolitische Interessenlage zu dem Staat, in der die externe Minderheit lebt, in Betracht gezogen (Preissler 2014, S. 55-56).

> "National minorities, nationalizing states, and external national homelands are bound together in a single and highly interdependent relational nexus. Projects of nationalization or national integration in the new nation-states, for example, "exist" and exercise their effects not in isolation but in a relational field that includes both the national minority and its external national homeland" (Brubaker 1995, S. 110).

So gesehen befinden sich die Minderheiten in einer misslichen Lage zwischen zwei konkurrierenden Erwartungen, nämlich denen der Wohnsitzstaaten und denen der Mutterstaaten. Demzufolge können nach Brubaker die ethnischen Verwandten in einem anderen Staat sogar aufgegeben werden, wenn dies geopolitische Gegebenheiten erfordern. Insgesamt lässt sich bei den Ausführungen Brubakers jedoch festhalten, dass sie nur auf einer unabhängigen Variable beruht, nämlich der Politik des Wohnsitzstaates gegenüber ihren inneren Minderheiten (Preissler 2014, S. 56-58).

Daher wurde das Grundmodell Brubakers früh in der politikwissenschaftlichen Diskussion aufgegriffen. So wurde unter anderem dafür plädiert, die triadische Konfiguration in eine quadratische umzuformen, in der auch das internationale System, vielleicht eingrenzender die regionalen Machtverhältnisse, mit einbezogen werden sollten. Hierin könnte eines der Erklärungen liegen, warum sich Staaten zwar nicht selten, jedoch auch nicht immer für ihre Minderheiten einsetzen. Dem Diaspora-Forscher Gabriel Sheffer (1986) zufolge sind die Regierungen der Mutterstaaten keine zuverlässigen Verfechter der Interessen ihrer Minderheiten. Die außenpolitischen Eigeninteressen der Mütterländer setzen sich demnach gegenüber ihren Verpflichtungen zu den externen Minderheiten durch. Damit will gemeint sein, dass Staaten wegen ihren ethnischen Verwandten in einem ausländischen Staat keine bedeutenden Sicherheits- und Wirtschaftseinbußen riskieren. Trotz dieser Eingrenzung – dies kann sogar so weit gehen, dass Regierungen wegen ihrer eigenen Ziele die auswärtige Minderheit dem Schicksal überlassen – kann dennoch behauptet werden, dass Mutterstaaten der Lage und Behandlung

ihrer Konationalen Achtung schenken. Kalevi J. Holsti (1992) sieht den Schutz auswärtiger Minderheiten durchaus als ein außenpolitisches Ziel an, stellt ihn aber hinter den Interessen nach Sicherheit, Autonomie, Wohlfahrt und selbst Prestige (Preissler 2014, S. 58-61). Für Reuter-Hendrichs (1992) jedoch können solche Prioritäten nicht verallgemeinernd dargestellt werden. So kann eine Regierung des Mutterstaates bspw. einer Auseinandersetzung über die Diskriminierung einer auswärtigen Minderheit sowohl eine große als auch eine unbedeutende Beachtung schenken (Preissler 2014, S. 62). So führt sie aus:

> „der *Stellenwert* bilateraler Kontroversen, die dadurch entstehen, dass den Connationalen im Nachbarland Unrecht zugefügt wird, hängt davon ab, welche Bedeutung das jeweilige ‚Mutterland' ihnen einzuräumen bereit ist. Das Schicksal der Connationalen berührt zwar die Ehre und das Gewissen; eine existenzielle Bedeutung für den eigenen Staat kommt ihm jedoch selten zu. Dies ist hingegen a priori bei territorialen Konflikten der Fall, wobei es gleichgültig ist, ob diese Bedeutung auch objektiv gegeben ist" (Preissler 2014, S. 62-63 nach Reuter-Hendrichs 1992).

Doch muss es nicht nur um existenzielle Risiken gehen. Oftmals müssen Mutterstaaten Kosten auf sich nehmen, um die Lage ihrer externen Minderheit zu verbessern. Somit eröffnet eine Minderheit außenpolitisch nicht nur Handlungsmöglichkeiten, sondern kann diese auch einschränken. So können externe Minderheiten eine gravierende Belastung für den Mutterstaat darstellen und macht- sowie sicherheitsrelevant sein. Im Extremfall kann das Mutterland in einen gewaltsamen Konflikt verwickelt werden, welches gar zu einem Krieg gegen den Wohnsitzstaat führen kann. Da solche Interventionen kosten- und ressourcenintensiv sein können und andere außenpolitische Nachteile drohen, versuchen Regierungen oftmals eine starke Diskriminierung ihrer auswärtigen Minderheit in einem Wohnsitzstaat zu verringern, um damit einer größeren bspw. kriegerischen Auseinandersetzung zuvor zuzukommen. Verstärkt wird eine zurückhaltende Minderheitenpolitik, wenn sich im eigenen Land selbst innere Minderheiten als ethnische Verwandte aus dem Nachbarstaat befinden. In einer solchen Konstellation halten sich beide Mutterstaaten mit Forderungen zugunsten „ihrer" jeweiligen externen Minderheit meistens zurück. Auch kann aus den Ausführungen oben abgeleitet werden, dass, wenn ein Mutterstaat dem Wohnsitzstaat machtpolitisch unterlegen ist, es stärker an guten Beziehungen interessiert ist und somit seine Ansprüche für die externe Minderheit zurückstellen wird (Preissler 2014, S. 63-65). So ist eher nicht zu erwarten, dass Georgien aufgrund seiner ethnischen Verwandten an der östlichen Schwarzmeerküste, die Türkei mit einer Min-

derheitenfrage herausfordern wird.

Ferner kann im regionalen Kontext eine weitere Schlussfolgerung gezogen werden: eine zurückhaltende auswärtige Minderheitenpolitik eines Mutterlandes ist auch dann eher zu erwarten, wenn es bestrebt ist, in die EU und/oder NATO aufgenommen zu werden und daher kooperativ in der Ausübung seiner außenpolitischen Aktivitäten wirken möchte. Dies gibt auch bereits an dieser zu erkennen, dass neben außenpolitischen Zuständen, auch innenpolitische Ziele für die eine Gestaltung einer friedensbasierten externen Minderheitenpolitik sind. „Eine dauerhafte Kooperation wird umso wahrscheinlicher, je stärker die Regierungen bereit sind, übergeordneten außenpolitischen Prioritäten zu folgen, und sich gleichzeitig von internen Veto-Gruppen lösen können“ (Schneckener 2002, S. 229). Beispielhaft kann hier die zaghafte Minderheitenpolitik Ungarns Ende der 1990er Jahre als EU-Beitrittskandidat aufgeführt werden. Im Umkehrschluss ist nicht zu erwarten, dass Russland seine Patronage-Rolle abschwächen wird, da es ohnehin kein aktuelles Ziel hat, in die EU- und NATO-Strukturen eingebunden zu werden bzw. der Erfolg eines solchen Vorhabens überdies unwahrscheinlich wäre (Preissler 2014, S. 66-67). Als Resümee für die erste Variable kann hervorgehoben werden, dass eine externe Minderheitenpolitik nicht nur von der Situation der Minderheit im Wohnsitzstaat abhängig ist, sondern auch die Beziehungen und Machtposition des Mutterstaates gegenüber dem Wohnsitzstaat berücksichtigt und darüber hinaus auch die Belange im internationalen System eine Rolle spielen, vor allem wenn es um die Integration in die westlichen Bündnissysteme der EU und NATO geht. Somit können an dieser Stelle die Formen des Einsatzes eines Mutterstaates für ihre auswärtigen Minderheiten aufgeführt werden, sofern sie diese zu schützen und stützen bereit ist. Nach Reuter-Hendrichs (1992) kann der Mutterstaat über diplomatische Kanäle versuchen, die Situation der Minderheiten in einem anderen Nationalstaat zu verbessern, besonders dann, wenn Konflikte vorhanden sind, noch weitere Eskalationen drohen und wenn an einer friedlichen Lösung Interesse besteht. Dies kann auch in institutionalisierter Gestalt über Verträge und Abkommen erzielt werden. Oftmals setzen sich Mutterstaaten über eine Mobilisierung von internationalen Akteuren für ihre Minderheiten ein. Zu nennen sind die EU, die UNO, Europarat und NATO, aber auch Drittstaaten. Doch konnte bisher nicht beobachtet werden, dass die Internationalisierung von Minderheitenkonflikten zu nennenswerten Erfolgen führt. Ungern möchten sich Außenstehende in die Streitigkeiten einbeziehen lassen. Eine weitere Möglichkeit, die vor allem bei unrechter Behandlung der Minderheiten angewendet werden kann – sofern eine Machtbasis dafür besteht – ist die Ausübung von politischem und wirtschaftlichem Druck auf den Wohnsitzstaat. Im Extremfall

kann sogar mit einer militärischen Intervention gedroht werden. Als letztes soll eines der häufigsten Instrumente externer Minderheitenpolitik benannt werden, nämlich die direkte Unterstützung von Minderheitengruppen durch moralische, kulturelle, wirtschaftlich-finanzielle Maßnahmen und weitere Hilfestellungen durch Informationen, Ausbildung und Kommunikationsmöglichkeiten (Preissler 2014, S. 67-68).

Der zweite Faktor, Politik gegenüber ethnisch verwandten Bevölkerungsgruppen im Ausland zu realisieren, spiegelt sich im außenpolitischen Interesse gegenüber dem Wohnsitzstaat. Hier stehen die Fragen im Vordergrund, wann, warum und in welcher Weise das Mutterland die entsprechende Minderheit für seine eigenen außenpolitischen Ziele instrumentalisiert. Eine ethnisch zugehörige Minderheit in einem anderen Nationalstaat als Instrument zu nutzen, ist eines der charakteristischsten Varianten der auswärtigen Minderheitenpolitik (Heckmann 1992, S. 219). Eine eher gewöhnliche und schlichte Form der Instrumentalisierung stellt sich über Beziehungen und Unterstützungen des Mutterlandes zur Minderheit dar, durch die der kulturelle und wirtschaftliche Einfluss auf die entsprechende und oftmals angrenzende Region erhalten oder ausgedehnt werden soll. Über Vertreter innerhalb der Minderheit versuchen Mutterstaaten ferner, die Politik des betreffenden Staates ihnen gegenüber zu prägen. Dabei wird oftmals die externe Minderheit in bilateralen Verhandlungen vom Mutterstaat als *bargaining counter*, also als taktisches Druckmittel bzw. Schachfigur, verwendet. Damit wird die externe Minderheit, genauer gesagt Forderungen zu ihren Gunsten, an den Verhandlungstisch gebracht, um Forderungen der Gegenseite, also des Wohnsitzstaates zu entschärfen oder Konzessionen von der Gegenseite in anderen Fragen zu erzielen. Neben der Minderheit als kollektiv, können auch einzelne Angehörige der Minderheit für eigene Zwecke benutzt werden, bspw. zur Spionage oder andere Aktivitäten, die sich auch auf die Sicherheit der Wohnsitzstaaten auswirken können. Eine weitere brisante Variante der Instrumentalisierung von auswärtigen Minderheitengruppen besteht darin, diese zur politischen Illoyalität gegenüber ihrem Heimatstaat zu animieren. Zum Beispiel kann sich der Mutterstaat an die gesamte Minderheitengemeinschaft wenden und diese zu einer harten Linie ermuntern, wie z.B. die Weigerung, bestimmte Gesetze im Sinne des zivilen Ungehorsams zu befolgen. Somit können die Wohnsitzstaaten in gesellschaftliche Probleme geraten und die Regierung schwächen. Oft wird diese Form der Instrumentalisierung jedoch nur dann genutzt, wenn der Mutterstaat machtpolitisch zumindest auf Augenhöhe ist und die Gegenseite nicht in ähnlicher Weise zurückschlagen kann, da er selbst keine eigenen externen Minderheiten im rivalisierenden Staat vorweisen kann. Eine noch extremere Instrumentalisierung kann durch die Nutzung der aus-

wärtigen Minderheit als Speerspitze für eine territoriale Revision, gar als Schwächung oder Zerstörung des anderen Staates, realisiert werden. Hierin muss der Mutterstaat jedoch dem Wohnsitzstaat gegenüber machtpolitisch überlegen sein und die Minderheit ebenfalls eine starke Basis haben. Für die weniger extremen Fälle, bspw. die Minderheit als Druckmittel in zwischenstaatlichen Verhandlungen einzusetzen, wird die Instrumentalisierbarkeit als hoch angesehen (Preissler 2014, S. 37-39).

> „Ganz gleich ob es sich um annähernd drei Millionen Albaner in Jugoslawien oder nur um wenige hundert Griechen in der Türkei handelt, die ‚Schutzmacht' hat es jederzeit in der Hand, die Frage einer numerisch noch so kleinen Minderheit hochzuspielen – … aus außenpolitischen Motiven als Instrument in einer größer angelegten Kontroverse mit dem Nachbarland" (Preissler 2014, S. 39-40 nach Reuter-Hendrichs 1992, S. 426).

Preissler vermutet, dass Reuter-Hendrichs wohlbedacht den Terminus „Schutzmacht" in Anführungszeichen aufführt. Damit will sie verdeutlichen, dass es bei dieser Politik nicht um den Schutz oder die Anliegen der externen Minderheit geht, sondern die Interessen des Mutterstaates gegenüber dem Wohnsitzstaat zum Ausdruck gebracht werden sollen. Doch warum machen innere Minderheiten den Wohnsitzstaat anfällig für einen Druck seitens des Mutterstaates? Auch wenn es gelungene Beispiele wie etwa die Schweiz aufzuführen gibt, so ist eine ethnische oder gar nationale Heterogenität mit der Gefahr verbunden, dass der Zusammenhalt, die Stabilität, die Souveränität und Integrität des betreffenden Staates beeinträchtigt werden. Kommt es tatsächlich zu Konflikten innerhalb von ethnischen oder religiösen Bevölkerungsgruppen, kann dies in hohem Maße Zeit und Kraft der politischen Eliten kosten und finanzielle, im Extremfall polizeiliche und militärische Ressourcen binden, die dann nicht in anderen Politikfeldern zur Verfügung stehen. Ferner wird einem Staat, dem durch Minderheitenkonflikte eine gewisse Instabilität bescheinigt wird, eine niedrigere Kooperationsfähigkeit mit anderen Staaten zugesprochen, da diese fürchten, mit in die Konflikte hineingezogen werden zu können. Hat sich in einem Staat ein Minderheitenproblem offenbart, so ist es auch empfänglicher für Kritik, Einmischung und Druck von Drittstaaten oder internationalen Organisationen. Damit geht oftmals ein Ansehensverlust einher und kann die Verhältnisse zu anderen Staaten beeinträchtigen und zu Sicherheits- und Wohlfahrtsverlusten führen. Daher neigen häufig die politischen Eliten in Staaten mit bedeutenden Minderheiten dazu, per Integrations- oder Assimilationspolitik die kulturellen und sprachlichen Differenzen zu entschärfen und somit die eigene Verwundbarkeit zu reduzieren. Eine strikte Assimilierungspolitik oder bereits

das Ablehnen von grundlegenden Forderungen der Minderheit kann aber im Umkehrschluss eine Gefahr für den betreffenden Staat bedeuten, da sich die Minderheit in solch einem Fall stärker entfremden und ihre Loyalität verringern kann, welches zu weiteren Spannungen in der Gesellschaft führen kann. Dies kann ein Dilemma für den heterogenen Staat bedeuten, welches kein Mittelweg in seiner Minderheitenpolitik finden kann und sich fortwährend im Kreislauf einer Unsicherheit sieht (Preissler 2014, S. 41-43).

Das Potential einer Stabilitäts-, Souveränitäts-, Integritäts- und im Extremfall Existenzproblematik eines Staates aufgrund vorhandener Minderheiten im Land, kann sich noch weiter verschärfen, wenn im Umfeld ein Mutterstaat vorhanden ist. Bereits die bloße Existenz eines Staates in der Nähe, in dem Angehörige der inneren Minderheit politisch dominant sind bzw. die Regierung stellen, kann zu Misstrauen zwischen Mehrheitsgesellschaft (in der Regel auch Entscheidungsträger) und Minderheitsgesellschaft führen. Das Vorhandensein eines Mutterstaates muss jedoch nicht zwangsläufig spannungssteigernd wirken. So ist es genauso plausibel, dass ein Wohnsitzstaat aufgrund der Existenz eines machtpolitisch starken und die Minderheit zum Schutz bereiten Mutterstaates, in ihrer Politik gegenüber den Minderheiten eher zurückhaltend ist (Preissler 2014, S. 44-45). Inwieweit das Vorkommen einer inneren Minderheit kritisch für einen Staat ist, hängt von mehreren Faktoren ab. Es wird danach unterschieden, ob ein Patronagestaat vorhanden ist oder nicht sowie nach Staatstruktur (multinational o. national) und nach der Siedlungsstruktur der Minderheit (territorial kompakt o. verstreut). Das Konfliktpotential ist höher, wenn jeweils die erste Erscheinungsform der drei Faktoren zutreffend ist. Folglich ist das Eskalationspotential am höchsten, wenn die erste Ausprägung der drei Dimensionen in Kombination vorhanden ist (Schneckener 2002, S. 48-50). Die obigen Ausführungen erzeugen im Umkehrschluss für einen (vor allem starken) Mutterstaat die Möglichkeit, über die bedeutungsvolle Minderheit im Wohnsitzstaat einen Ansatzpunkt zu generieren, um Druck auf diesen Staat auszuüben oder ihn in seiner Handlungsfreiheit einzuschränken. Somit wird der Mutterstaat ein starkes außenpolitisches Interesse am Erhalt dieser auswärtigen Minderheit haben und keine Beihilfe zur Integration bzw. zur nationalen Einheit leisten. Eher noch, wird es das Fortbestehen von Spannungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheitsgesellschaft wohlwollend erhoffen. An dieser Stelle soll jedoch an eine wichtige Einschränkung erinnert werden: weder für den Wohnsitzstaat noch für den Mutterstaat muss die betreffende Minderheit zwangsläufig eine Schwachstelle bedeuten. Die Existenz einer Minderheit kann auch positiv für beide Seiten wirken, indem sie als Brücke für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit fungieren kann (Preissler 2014, S. 47-48).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass für einen Wohnsitzstaat macht- und sicherheitspolitische Gefahren durch innere Minderheiten entstehen können, diese verstärkt werden, wenn die nationale Homogenität nicht gegeben ist, sich ein Mutterstaat in der Nähe befindet und dieser Mutterstaat bereit ist, über seine auswärtige Minderheit Druck auszuüben. Dieser Umstand verschärft sich, wenn sich die Minderheit kompakt und im grenznahen Bereich befindet. Mutterstaaten nutzen diese Möglichkeit aus und sehen die Minderheiten als taktische Schachfigur, um andere Interessen gegenüber dem Wohnsitzstaat durchzusetzen. Daher haben Mutterstaaten ein starkes Interesse an dem Erhalt der Substanz der Minderheit. Währenddessen neigen Wohnsitzstaaten im Umkehrschluss dazu, die Minderheit zu assimilieren, was jedoch auch entgegengesetzte Auswirkungen haben kann. Schließlich sei noch zu betonen, dass die Instrumentalisierung nicht nur aus negativen Motiven erfolgen muss, sondern auch für eine wirtschaftliche Kooperation dienen kann. Die Instrumentalisierung einer Minderheit muss also nicht unbedingt mit einer offensiven Grundhaltung gegenüber dem Wohnsitzstaat ansetzen. Dennoch entsprechenden die bisherigen Erkenntnisse den Annahmen der realistischen und neorealistischen Außenpolitiktheorie. Hierbei sind Staaten, wie in den vorherigen Unterkapiteln ausführlich beschrieben, nach Sicherheit und Macht bestrebt. Externe Minderheiten werden jedoch in den Klassikern der realistischen Schule nicht als Machtfaktor bzw. Ressource aufgeführt. Vermutlich liegt das darin begründet, dass Minderheiten kein universales Gut sind, d.h. für viele Staaten kein allgemeines oder zentrales Mittel zur Erreichung des Hauptziels ist (Preissler 2014, S. 50).

In der dritten Variable zur machtpolitischen auswärtigen Minderheitenpolitik wird nicht nur der Frage nachgegangen, ob die Innenpolitik hierbei eine Rolle spielt, sondern eher, ob die Innenpolitik für substanzielle Resultate sorgt, oder ob es sich lediglich um Rhetorik handelt. Vorneweg kann gesagt werden, dass eine Minderheitenfrage nicht nur in bilateralen Beziehungen, sondern genauso in der Innenpolitik des Mutterstaates instrumentalisiert wird. Auswärtige Minderheiten fungieren im Inneren des Mutterstaates häufig als Symbolisierung sowie Stimulierung des Nationalgefühls. Reuter-Hendrichs (1992) zufolge spielen Regierungen die Minderheitenfrage nicht nur aus außenpolitischen, sondern auch aus innenpolitischen Motiven hoch. Oftmals wird die Karte der Minderheiten dann gezückt, wenn Regierungen innerpolitisch unter Druck stehen. Somit steht die externe Minderheitenpolitik einerseits in einem Zusammenhang mit außenpolitischer Machtpolitik, andererseits geht es um einen Machtkampf im Mutterstaat (Preissler 2014, S. 71-72):

> „Die Existenz ‚ethnischer' Stammländer und die Existenz ‚nationaler' Auswanderergruppen führt damit leicht eine Situation herbei, in der ein jeweiliger Konflikt … zum Gegenstand außenpolitischer, diplomatischer Intervention gemacht werden kann. Diese Intervention ist nicht zwingend und sie ist selten altruistisch. Sie leitet sich oft aus einem innenpolitischen Kalkül ab, sie lenkt die Aufmerksamkeit der Wähler auf eher abgelegene Herausforderungen eines nationalen Prestiges. Die diplomatische Intervention erweist sich in diesen Fällen als eine Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln" (Preissler 2014, S. 72 nach Braun/Rösel 1988).

Generell schrecken außenpolitische Entscheidungsträger davor zurück, eine Außenpolitik zu betreiben, die auf Kosten ihrer Machtbasis geht. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass die Außenpolitik dazu dienen kann, allgemein Zustimmung und Unterstützung für den Machterhalt zu erzielen bzw. die Opposition zurückzudrängen. Somit spielt das politische Regime, also die Gesamtheit der entscheidungsrelevanten Akteure, die politischen Führer respektive die außenpolitischen Entscheidungsträger und die Opposition in ihrer unterschiedlichen Stärke und auf unterschiedlichen Ebenen im Verhältnis Innenpolitik zu Außenpolitik eine Rolle. Die außenpolitischen Entscheidungsträger reagieren mit drei verschiedenen Strategien auf die unterschiedlichen Arten von Opposition. Ziel der ersten Strategie ist die Schaffung von policy-Koalitionen durch Aushandeln. Die zweite Strategie verfolgt das Ziel, heftige innenpolitische Kontroversen zu vermeiden, während die dritte Strategie durch Instrumentalisierung der Außenpolitik die Opposition zurückdrängen soll (Preissler 2014, S. 73-75).

Bezogen auf die Minderheitenpolitik bedeutet das zum Beispiel, dass bei einer erhofften bilateralen Regulierung von zwischenstaatlichen Minderheitenproblemen, häufig die Zusammenarbeit der beiden Staaten an innenpolitischen Widerständen, also an der öffentlichen Meinung oder an einflussreichen Gruppen, scheitert. Dies kann entweder bereits vor Aufnahme der Verhandlungen eintreten oder die Opposition kann die Annahme der Ergebnisse blockieren (Schneckener 2002, S. 223). Somit bestimmen Vetogruppen bis zu einem bestimmten Grad den außenpolitischen Handlungsspielraum von Mutterstaaten in der auswärtigen Minderheitenpolitik. Es erklärt sich von selbst, dass Vetogruppen dabei einen umso größeren Einfluss haben, je stärker die Regierung aus rechtlichen oder politischen Gründen auf diese angewiesen ist. Bestehen auf beiden Seiten Vetogruppen, so tritt eine gegenseitige Blockade auf, die eine bilaterale Lösung in den meisten Fällen verhindert. Verstärkt wird dieser Umstand, wenn

historisch gewachsene und verfestigte Vorurteile vorhanden sind. Dann vermeiden es Regierungen, über sich die öffentliche Meinung ergehen zu lassen, da diese jeder Annäherung zu einem „Erbfeind“ eher ablehnend gegenüber stehen wird. Reuter-Hendrichs (1992) glaubt, dass dadurch die Handlungsweise der politischen Entscheidungsträger in den Balkanländern der neunziger Jahre beeinflusst wurde. Damit hat die Situation der externen Minderheiten zwar kaum eine existenzielle Bedeutung für den Mutterstaat, wohl aber für dessen politische Führer. Diese können im Inland unter Druck geraten, wenn der Eindruck entsteht, dass nicht genug für die ethnischen Verwandten im Ausland getan wird (Preissler 2014, S. 77-79).

Eine weitere Form der Interdependenz zwischen Außenpolitik und Innenpolitik ist, dass außenpolitische Akteure einen bestimmten Kurs in der Außenpolitik offensiv nutzen, um Zustimmung bei der relevanten Bevölkerung, also dem Wahlvolk, zu gewinnen und somit die Opposition zurückzudrängen. Oftmals werden dazu populistische und nationalistische Politiken verfolgt, die der Öffentlichkeit das Gefühl der Selbstbestätigung und Überlegenheit geben. Nicht selten wird dabei Stimmung gegen vorherige Regierungen oder Parteien bzw. die Opposition gemacht. Eines der Motive hierbei ist, von strittigen innenpolitischen Themen abzulenken. Reuter-Hendrichs nennt als klassische Beispiele dieser Innenpolitik Griechenland und die Türkei und Anfang der 90er Jahre Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und Albanien (Preissler 2014, S. 79-80):

> „Die Wiederbelebung von Feindbildern mit dem Ziel, nationalistische Ressentiments zu schüren, ist ein beliebtes [sic!], um an die Macht zu gelangen, Macht zu erhalten oder Macht zu legitimieren“ (Preissler 2014, S. 80 nach Reuter-Hendrichs 1992, S. 424).

Durch eine solche Politik schaffen es die außenpolitischen Entscheidungsträger zudem, eine starke Führung zu demonstrieren und die Unabhängigkeit bzw. den Status des eigenen Staates im internationalen System hervorzuheben. Doch diese Mittel machen sich nicht nur die politischen Führer bzw. die Regierung zu Nutze. Genauso verfahren oppositionelle respektive an Machterwerb interessierte Gruppen und ergreifen außenpolitische Themen, um der Regierung die Legitimität abzusprechen und selbst Zustimmung zu erzielen (Preissler 2014, S. 79-80).

Doch muss erneut einschränkend darauf verwiesen werden, dass die Regierung nicht nur brisante Fragen wie bspw. die Abwehr von Unrechtmäßigkeiten gegenüber den auswärtigen Minderheiten instrumentalisieren, sondern gleichwohl die moralische, kulturelle und wirt-

schaftliche Förderung der Minderheiten besonders zur Schau stellen kann. Wie auch immer können diese Mittel als Instrumentalisierung der externen Minderheitenpolitik zur Erzeugung von Zustimmung – besonders in Form von Wählermobilisierung – und letztendlich zur Zurückdrängung der Opposition definiert werden. Als weiteres Resümee kann festgehalten werden, dass Regierungen heftige innenpolitische Kontroversen über außenpolitische Themen vermeiden wollen, um die eigene Machtbasis nicht zu gefährden. Ethnische Minderheiten im Ausland, vor allem dann, wenn eine Diskriminierung dieser in der Öffentlichkeit festgestellt wird, sind als Streitthema besonders prädestiniert.

Die letzte Variable in Bezug auf Machtpolitik gegenüber auswärtigen Minderheiten beschreibt die massenhafte Zuwanderung der ethnischen Verwandten im Ausland als nichtmilitärisches Sicherheitsproblem. Mutterstaaten sind besonders geeignet und begehrt als Zufluchtsort, wenn es aufgrund von ethnischen Konflikten zur erheblichen Auswanderung von Minderheiten kommt. Dies ist selbsterklärend, da Angehörige einer Minderheit nach Möglichkeit in Gebiete flüchten, die nicht weit entfernt sind und derer man sprachlich und kulturell vertraut ist. Mutterstaaten sind jedoch nicht an einer unkontrollierten, mannigfaltigen Zuwanderung ihrer auswärtigen Minderheitsbevölkerung interessiert. Im Gegenteil fürchten eher die Regierungen aus Gründen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität eine umfassende Einwanderung – auch wenn diese manchmal einen wirtschaftlichen und demographischen Gewinn für das Aufnahmeland darstellen können. Deshalb drängen außenpolitische Entscheidungsträger auf die Einhaltung grundlegender Rechte und Anliegen ihrer Minderheit im Wohnsitzstaat. In dieser Konstellation ist die auswärtige Minderheitenpolitik von defensiver Natur. Der Mutterstaat soll *vor* der externen Minderheit geschützt werden. So oder so sind es jedoch wieder Eigeninteressen des Mutterstaates, die diese Politik vorantreiben (Preissler 2014, S. 85-86).

Über alle Variablen hinweg, kann das Modell Preissler folgendermaßen zusammengefasst werden: Mutterstaaten setzten sich oft für ihre externen Minderheiten ein. Sie verlangen die Berücksichtigung ihrer Grundrechte und ihrer Anliegen. Dies kann sowohl kooperativ als auch konfrontativ erfolgen. Nicht immer (um nicht zu sagen: selten) treten Mutterstaaten aus uneigennützigen humanitären oder ideologischen Gründen für ihre auswärtigen Minderheiten ein. Oft sind es Eigeninteressen, die die Regierung zu einem Einsatz für ihre ethnischen Angehörigen verleiten. Diese können politischer (bspw. als Einflusskanal), sicherheitspolitischer oder wirtschaftlicher Natur sein. Allein die Tatsache, dass Minderheiten in der Zukunft als po-

litisches Druckmittel genutzt werden könnten, besteht an deren Erhalt ein Interesse für den Mutterstaat. Auch innenpolitische Gründe spielen in der Minderheitenpolitik eine Rolle. Sei es, um der Opposition keine Angriffsfläche zu bieten oder eine massenhafte Zuwanderung zu verhindern oder die Förderung und Unterstützung der Minderheiten in Wahlzeiten hervorzuheben. Die Politik gegenüber einer auswärtigen Minderheit kann jedoch zu Konflikten mit dem Wohnsitzstaat führen, so dass die machtpolitische Lage bilateral oder international die auswärtige Minderheitenpolitik einschränkt.

Andererseits instrumentalisieren Mutterstaaten die externe Minderheit. Vor allem dann, wenn andere Konflikte außerhalb der Minderheitenfrage mit dem Wohnsitzstaat vorhanden sind. Die Minderheit wird dann eher konfrontativ als taktisches Druckmittel genutzt, um in anderweitigen Fragen Vorteile zu erzielen bzw. den Wohnsitzstaat zu schwächen. Auch hierbei geht es um Eigeninteressen des Mutterstaates bzw. darum, Macht zu erhalten oder gar zu mehren. Nicht zu vergessen ist jedoch, dass Minderheiten trotzdem ein kulturelles, wirtschaftliches und politisches Mittel darstellen, mit der kooperativ Einfluss ausgeübt werden kann, welches sich dann bspw. wohlstandssteigernd auf den Mutterstaat auswirken kann.

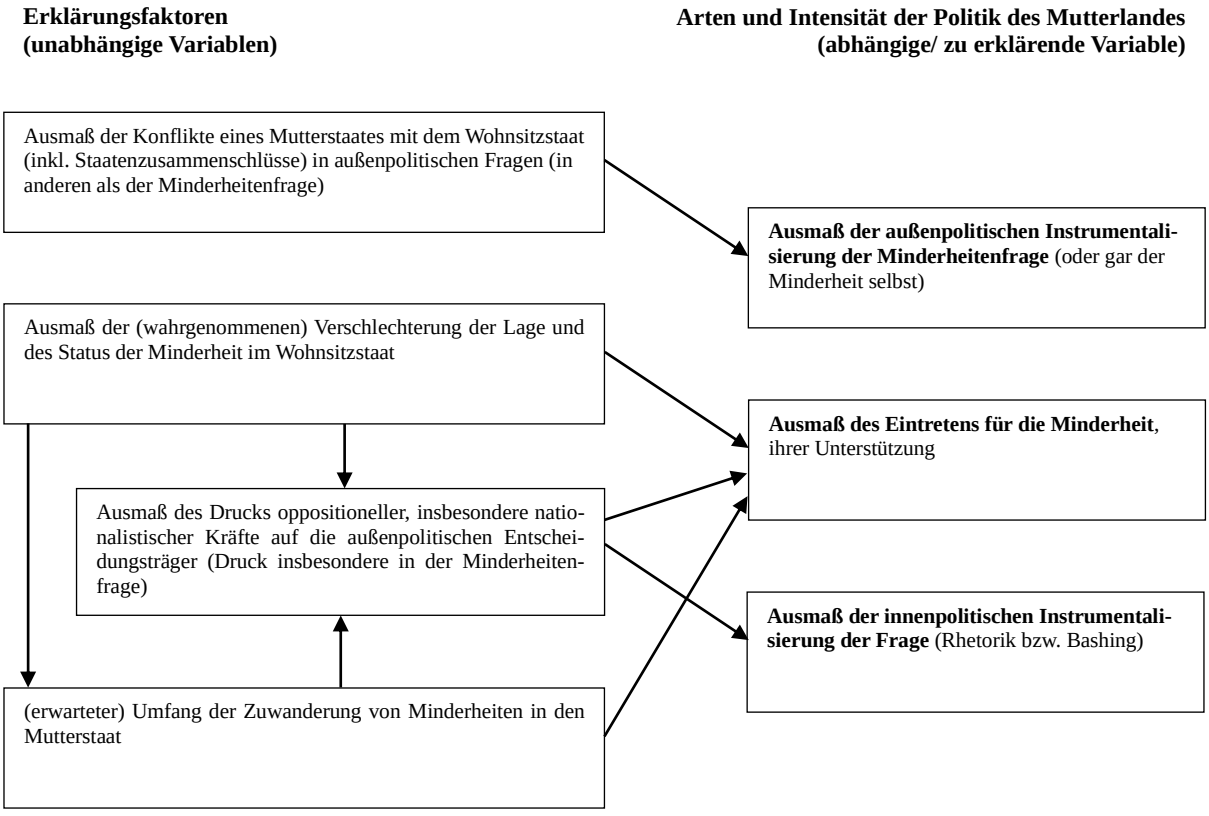


Abbildung 1: Gesamtmodell der Politik eines Mutterstaates in der Frage einer auswärtigen Minderheit, eigene Darstellung in Anlehnung an Preissler 2014, S. 91.

Ob Staaten in ihrer Außenpolitik die Minderheiten instrumentalisieren oder sich für diese einsetzen, muss – auch bezogen auf einen spezifischen Wohnsitzstaat – nicht in Reinform erfolgen. „Instrumentalisierung und das Eintreten stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander“ (Preissler 2014, S. 89). Nochmals sei erwähnt, dass eine Minderheitenpolitik aus Eigeninteressen bzw. aus machtpolitischen Beweggründen nur eine Art der Politik gegenüber Konationalen darstellt, so dass die von Preissler gebildeten Bestimmungsfaktoren auch nur auf die Analyse dieser Politikform angewendet werden sollte. Abbildung 1 zeigt schemenhaft das Grundmodell Preisslers, in der die Kausalität der unabhängigen Variablen zu den abhängigen Variablen dargestellt werden.

2.5 Modellentwicklung

Preissler nutzte sein Grundmodell für die Erklärung der russischen Politik gegenüber den russischsprachigen Minderheiten in Lettland. Doch sind seine Bestimmungsfaktoren auch für andere Fallstudien anwendbar. Kein Grundmodell kann jedoch uneingeschränkt und universell alle Eventualitäten einer Politik abbilden. Erst recht nicht, wenn es um komplexe Beziehungsmuster in der machtpolitischen Minderheitenpolitik geht. Daher soll das Modell Preisslers modifiziert werden. Dabei geht es nicht darum, es für den Einzelfall Türkei anschaulicher zu machen, sondern es eher zu vereinfachen und anwendbarer für andere Studien zu gestalten. Freilich soll nicht kritisiert werden, dass Preisslers Modell keine Drittstaaten berücksichtigt, die auch auf die Minderheiten eines Mutterstaates in einem Wohnsitzstaat einwirken können (bspw. die Türkei auf die albanische Minderheit in Nordmazedonien) oder dass der Stabilitätsfaktor in der Minderheitenpolitik wenig Beachtung findet. Vielmehr sollen grundlegende Faktoren angesprochen werden. So kommt das Modell Preissler zu kurz, wenn es um die Situation innerhalb des internationalen Systems geht. Zwar betont Preissler, dass sein Modell eher in der realistischen und neorealistischen Theorie angesiedelt werden kann, doch bindet er kaum die strukturellen machtpolitischen Gegebenheiten an. Auch wenn er beispielhaft die Politik Russlands gegenüber den Minderheiten im Baltikum mit der Komponente EU und NATO durchaus verzahnt, tauchen in seinem Modell keine elementaren außenpolitischen Machtfaktoren auf. Es kommt also nicht nur auf die machtpolitischen Verhältnisse zwischen Mutterstaat und Wohnsitzstaat an, die die Form und Intensität einer Minderheitenpolitik begründen, sondern auch auf die Sicherheitslage bzw. die machtpolitische Stellung des Mutterstaates im

internationalen System. Kurz gesagt: in der hiesigen Modellbildung sollen die Grundannahmen der realistischen Schulen nicht nur stärker Berücksichtigung finden, sondern sollen in Bezug auf die machtpolitische Struktur des internationalen Systems (Neorealismus) und auf die innenpolitischen Gegebenheiten (Neoklassischer Realismus) als wegweisend betrachtet werden. Damit sind auch die innenpolitischen Faktoren angesprochen. In den anderen drei unabhängigen Variablen, in der es nicht primär um Innenpolitik geht, schenkt Preissler ebenso den innenpolitischen Merkmalen Beachtung. Daher bleibt es nebulös, warum die innenpolitischen Motivationen (nur) einen eigenständigen Erklärungsfaktor darstellen. Die Innenpolitik sollte nicht nur eigenständig, sondern auch grundlegend als Bestimmungselement platziert werden. Ferner ist die potentielle Zuwanderung einer auswärtigen Minderheit in den Mutterstaat als vierte Variable von Preissler benannt worden. Die vergleichsweise kurze Darstellung dieses Faktors lassen die Diskussion aufkommen, ob es angemessen ist, diese in ungebundener Form zu verkörpern. Selbstverständlich kann das Ausmaß einer mannigfaltigen Zuwanderung sehr bedrohlich wirken und den Aufnahmestaat geradezu erschüttern (wie aktuell die Flüchtlingskrise aus Syrien zeigt), doch erscheint es aus visueller Sicht sinnvoll, diese mit in die erste Variable, wobei es um die Lage der auswärtigen Minderheit geht, einfließen zu lassen. Zumal beide dieser unabhängigen Variablen in die gleiche abhängige Variable, des Eintretens für die auswärtige Minderheit, einfließen. Somit verbleibt neben dem ersten Faktor nur noch die zweite Variable, nämlich das Ausmaß an Konflikten des Mutterstaats mit dem Wohnsitzstaat. Hierzu ist bei Preissler zu bemängeln, dass zumindest die Abbildung seines Modells suggeriert, als ob diese Variable immer zu einer Instrumentalisierung führt. Bei den zuvor beschriebenen Faktoren der Innenpolitik und des internationalen Systems handelt es sich um grundlegende unabhängige Variablen, die nicht nur direkt in die abhängigen Variablen einwirken können, sondern auch die anderen beiden *losen* Faktoren beeinflussen können. Dies soll mit folgender Abbildung (Abb. 2) veranschaulicht werden.

Zum besseren Verständnis des Grundmodells soll die Gebäudemetapher herangezogen werden. Die machtpolitische Lage eines Staates, seine (empfundene) Sicherheitsbedrohung, ist eine elementare Komponente, die seine allgemeine Außenpolitik und somit aber auch seine auswärtige Minderheitenpolitik beeinflusst. Dies wird hier als Fundament des Gebäudes dargestellt. Das Fundament wirkt auf die beiden Säulen ein, welches ebenfalls unabhängige Variablen sind. Die erste Säule ist das Ausmaß der Konflikte mit einem Wohnsitzstaates einer externen Minderheit aus Preisslers Modell. Die Situation der auswärtigen Minderheiten bzw. deren Status, werden mit der zweiten Säule repräsentiert. Das Dach soll die innenpolitischen

Gegebenheiten darstellen. Zwar könnte man aus dieser Ansicht schlussfolgern, die internationale Struktur und die beiden Säulen tragen die Innenpolitik, doch nicht dies soll damit angedeutet werden. Im Gegenteil: eher ist es das Dach, welches mit seinem „Gewicht“ auf die Säulen und den Bogen „drückt“. Damit wirkt die Innenpolitik als eine übergeordnete, unabhängige Variable auf die Säulen ein. Eine gewisse Wechselwirkung ist jedoch vorhanden. Zwischen beiden Säulen und unter dem Dach befindet sich ein physisch nicht autarker Bogen. Dieser illustriert die abhängige Variable. Da sich die linke Säule eher in einer Instrumentalisierung äußert, füllt sie es eher den linken Teil der Bogenfläche. Folglich ist die rechte Bogenhälfte eher mit dem Eintreten für die Minderheit verknüpft, welches sich aus der Lage der Minderheit im Wohnsitzstaat ergibt. Beide dieser Politikarten und deren Intensität sind ist jedoch nicht exklusiv, so dass beide Bogenräume über einen Spalt miteinander verbunden sind.

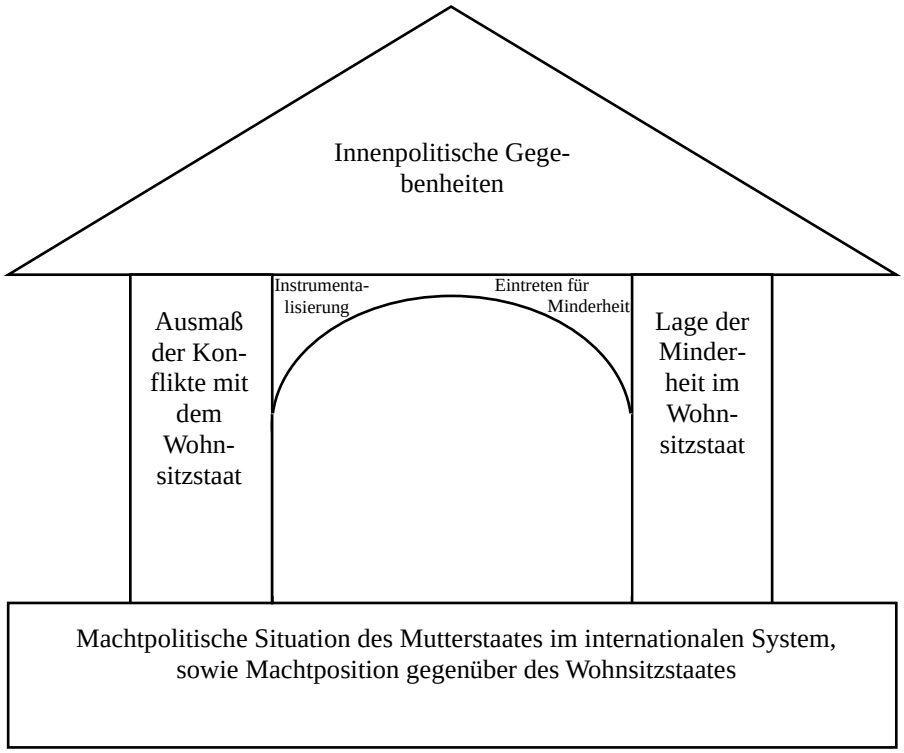


Abbildung 2: Grundmodell einer machtpolitischen externen Minderheitenpolitik, eigene Darstellung unter rudimentärer Anlehnung an Preissler 2014, S. 91.

Auch dieses Modell wird eine machtpolitisch motivierte Minderheitenpolitik im Ausland nicht umfassend erklären bzw. veranschaulichen können. Doch dient ein Modell der Vereinfachung von komplexen Beziehungen. Daher hat auch diese Darstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zumal oft in der Minderheitenthematik historisch festgefahrene und emotionale Belange sehr bedeutsam sind.

3 Entwicklung der Grundzüge türkischer Außenpolitiken

Mit Beginn der modernen türkischen Außenpolitik im Laufe des 19. Jahrhunderts stand eine Minderheitenproblematik im Raum: das Russische Reich, welches sich im vorherigen Jahrhundert zu Ungunsten des Osmanischen Reiches immer weiter nach Süden verbreitete, unterstützte die unzähligen christlichen Minderheiten im Balkan bei ihren Unabhängigkeitsbestrebungen. So griff Russland militärisch in den griechischen Aufstand von 1827 ein und fügte dabei der osmanischen Marine schwere Verluste zu. Der herben Niederschlagung des bulgarischen Aufstands von 1877 folgte ebenso eine russische Kriegserklärung. Überdies forderte Moskau 1853 den offiziellen Status des Schutzpatrons über sämtliche orthodoxe Minderheiten im Osmanischen Reich ein, welches von Konstantinopel abgelehnt wurde und der abermaligen Zerstörung der gesamten osmanischen Flotte bei Sinop zur Folge hatte. Das Zarenreich erkannte früh, wie die Kontrolle der Minderheiten im Osmanischen Reich den eigenen Interessen zuspielte (Balcı 2017, S. 33-34). Russlands Politik, auf dem Balkan Fuß zu fassen und somit den Zugang zum Mittelmeerraum zu kontrollieren, wurde durch den Panslawismus vorangetrieben und das aufkeimende Nationalgefühl der Balkanvölker, welches sich nach der französischen Revolution mehr und mehr verbreitete, gestärkt. Dieses Nationalbewusstsein hatte nicht an den Grenzen zum Osmanischen Reich Halt gemacht und bedrohte die ehemalige Großmacht, die sich nach ihrer 500-jährigen Herrschaft in Südosteuropa eher als europäischen Balkanstaat, denn als asiatisch-anatolischen Staat betrachtete, nicht nur in ihrem Zusammenhalt, sondern auch in ihrer Existenz (Balcı 2017, S. 25-26). Konstantinopel, welches dem starken Nachbarn im Norden militärisch hoffnungslos unterlegen war, versuchte einen Machtausgleich durch Bündnisse mit den anderen europäischen Mächten Frankreich und England herbeizuführen. Diese Hilfe sollte aber auch einen Preis für das Osmanische Reich haben: während England weitreichende Autonomie für die christlichen Minderheiten forderte, beanspruchte Frankreich gar die Schutzmachtstellung gegenüber den Katholiken im Lande (Balcı 2017, S. 27).

Russland bemühte sich am Vorabend des I. Weltkriegs, seinen Aktionsradius noch weiter in Richtung persischen Golf zu treiben. Eine effiziente Umsetzung dieser Politik sollte durch die Stärkung der Minderheiten im Durchgangsgebiet, vor allem der Armenier, erzielt werden. Moskaus Forderung an die osmanische Regierung, ein autonomes armenisches Gebiet in Ostanatolien zu schaffen, sollte zwei weitreichende Folgen mit sich bringen: während die osmanischen Verantwortlichen durch eine brutale Vertreibung der Armenier die dortige Minder-

heitenfrage endgültig zu lösen versuchten, wurde das Deutsche Reich als neuer Bündnispartner entdeckt, da sowohl England als auch Frankreich bereits mit Russland eine Allianz bildeten (Balcı 2017, S. 35). Die traditionelle Gleichgewichtspolitik des Osmanischen Reiches geriet in eine Krise, aus der jedoch eine neue Strategie in Gang gesetzt wurde: die türkischen Machthaber wollten die Großmächte mit ihren eigenen Waffen zurückschlagen. Der jahrzehntelangen Einmischung in ihre „inneren Angelegenheiten“ über die diversen Minderheitengruppen im Reich sollte durch einen Anti-Imperialismus Paroli geboten werden. So wurde der Pan-Islamismus, der England und Frankreich in ihren islamischen Kolonien sowie Russland im muslimisch geprägten Kaukasus und Zentralasien schwächen sollte, zu einem aktiven Gegenmittel erklärt. Diese Kampagne eines „Heiligen Krieges“ war es, die den Eintritt des Osmanisches Reiches in den I. Weltkrieg für das Deutsche Reich attraktiv machte und für die Machthaber in Konstantinopel einen Befreiungsschlag im jahrhundertelangen Zerfall-Prozess darstellte. Doch konnte das Osmanische Reich diese Politik nicht erfolgreich umsetzen. Auch die arabischen Völker im Reich gewannen ein Nationalbewusstsein und unterstützen die Entente in den diversen Kriegsschauplätzen auf der arabischen Halbinsel (Balcı 2017, S. 28-29).

3.1 Von der Republikgründung bis zum II. Weltkrieg

Der I. Weltkrieg sollte mit einer Kapitulation für das Osmanische Reich enden. Nachdem in den Jahrzehnten zuvor die Territorien auf dem Balkan, im Kaukasus und Nordafrika verloren gingen, wurden nun auch die Gebiete im Nahen Osten und selbst das türkische Kernland mitsamt der Hauptstadt Konstantinopel besetzt. Unter der Führung Mustafa Kemal Paschas, dem späteren Atatürk, begann ein Unabhängigkeitskrieg, welcher siegreich in der Gründung der Republik Türkei als Rumpfstaat in Anatolien mündete, jedoch das Endziel, alle türkischsprachigen Gebiete in der Peripherie in diesen neu gegründeten Staat einzugliedern, verfehlte. Der Vertrag von Lausanne (1923) mit den Siegermächten bestätigte die Türkei zwar als souveränen türkischen Nationalstaat, verwehrte ihr jedoch die türkischsprachigen Gebiete auf dem Balkan und in den neu gegründeten und unter britischem sowie französischen Schutz stehenden Mandatsgebieten Irak und Syrien.

Diese neue türkische Republik hatte in ihrer Außenpolitik ein grundlegendes Attribut: eine durch ein anfälliges Unabhängigkeitsstreben sowie durch eine potentielle Verletzlichkeit der

Sicherheit und Integrität erregte Neutralität gegenüber mächtigen Staaten. Diesem permanenten Gefühl der Unsicherheit, getrieben aufgrund der geographischen Lage und der Traumatisierung durch den Zerfall des Osmanischen Reiches, versuchte die junge Republik über eine starke Westorientierung und in einer Anpassung in regionale und globale Machtverhältnisse entgegenzuwirken (Sander 2013, S. 71). Die Bildung eines modernen Nationalstaates nach westlichem Vorbild sollte einerseits der Türkei einen unanfechtbaren Platz im internationalen System bieten sowie durch eine strikte Vereinheitlichung aller religiösen, sprachlichen und kulturellen Unterschiede zu einer Verschmelzung in einer laizistischen und nationalen Republik führen. Der nicht aufhaltbare Untergang des Osmanischen Reiches, getrieben durch Aufstände und Separationsbestrebungen nahezu aller ethnischen und religiösen Minderheiten, hatte tiefe Narben im nationalstaatlichen Kollektiv hinterlassen. Diesen Zerfall-Prozess galt es zu stoppen, trotz – oder eben wegen – im neuen Staat befindlicher Minderheiten. Die chronisch gefühlte Unsicherheitslage, ausgelöst durch Großmächte im Umfeld und Minderheiten im Inneren, wurde durch den Leitsatz Atatürks: „Friede in der Welt, Friede in der Heimat“ in eine Friedenspolitik transformiert. Atatürk, der als Anführer im Unabhängigkeitskrieg als Sieger hervorging und in der Bevölkerung starken Halt hatte, war von der Gründung der Republik 1923 bis zu seinem Tode 1938 uneingeschränktes Staatsoberhaupt. In dieser Funktion leitete er auch die Geschicke in der Außenpolitik und forcierte hierbei die Versöhnung und Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern (Balcı 2017, S. 48). Auch wenn diese Friedenspolitik durch eine sanfte Abtretung der Territorien auf der Arabischen Halbinsel und den Opfern plausibler Ansprüche in Thrakien konsequent zum Ausdruck kam, sah sich die Türkei bereits in ihren ersten Jahren außenpolitisch durch ihre externen sowie auch internen Minderheiten herausgefordert (Sander 2013, S. 76-77).

Die erste Herausforderung der jungen Republik kam in der Frage zur heutigen irakischen Stadt Mossul auf. Diese in weiten Teilen türkisch dominierte Stadt konnte entgegen der Maxime des Unabhängigkeitskampfes „alle nationaltürkischen Gebiete zu befreien“ nicht in die Republik aufgenommen werden. Mossul befand sich im Zentrum des Erdölfördergebiets und Stand wie der gesamte Irak unter britischem Mandat. Im Vertrag von Lausanne wurde die Mossulfrage nicht endgültig gelöst, sondern auf eine nachträgliche bilaterale Lösung innerhalb von neun Monaten zwischen der Türkei und dem Vereinigten Königreich verwiesen. Als London nicht nur die erhoffte Eingliederung von Mossul in die Türkei ablehnte, sondern die eindeutig vertraglich der Türkei überlassenen Stadt Hakkari zur Abtretung verlangte, kam es zu einer ersten Erschütterung des Sicherheitsgefühls. Währenddessen kam es in den von

mehrheitlich Kurden bewohnten Gebieten zu einem Aufstand. Auch wenn diese Unruhen vermutlich losgelöst von der Mossulfrage ausbrachen, so waren sie geographisch und zeitlich miteinander gekoppelt. Die Türkei erkannte hierin eine Aufwiegelung Londons und sah sich erneut wie zu Zeiten des zerfallenden Osmanischen Reichs durch eine Großmacht, die eine Minderheit im Inneren militärisch mobilisierte, bedroht (Balcı 2017, S. 56).

Dieser Türkisch-Britische Konflikt um Mossul, die nach einem Beschluss im Völkerbund 1925 letztendlich dem Irak überlassen wurde, veranlasste die Türkei, ihre Pläne zum Aufbau von friedlichen Beziehungen zu den westlichen Großmächten zu überdenken. Die außenpolitischen Verantwortlichen in der Türkei konnten die Absichten Londons nicht klar einordnen und fühlten eine Übermacht im Süden, die es genau wie in der Vorkriegszeit auszugleichen galt. So sahen sich die Machthaber in Ankara gezwungen, sich zu dem Erzfeind im Norden zu wenden und die seit dem Ausbruch des I. Weltkriegs nicht vorhandenen Beziehungen zu Russland wieder aufleben zu lassen. Am Tag nach der Abstimmung im Völkerbund zu der Mossulfrage, unterzeichneten die Türkei und die Sowjetunion einen Friedens- und Nichtangriffspakt (Pınar 2018, S. 32).

Eine weitere Bedrohung kam von Westen auf. Nach dem Machtantritt Mussolinis beabsichtigte Italien seinen Einflussbereich im Mittelmeerraum und auf dem Balkan auszudehnen. Begünstigt wurde die Stellung Italiens durch die Dodekanes-Inseln und der Insel Kastelorizo, deren Kontrolle ihr im Vertrag von Lausanne übertragen wurde. Diese Inseln befinden sich nur wenige Kilometer entfernt von der türkischen Süd- und Westküste. Die Ankündigung Italiens 1934, die Dodekanes zu bewaffnen und einen Militärflugplatz zu errichten, führte zu Anspannungen mit der Türkei. Die Bedrohungslage für die Türkei verfestigte sich, nachdem Italien Albanien besetzte und somit Mussolini sein Expansionsbestreben verdeutlichte (Balcı 2017, S. 60). Das Mächtegleichgewicht im Balkan- und Mittelmeerraum verschob sich darüber hinaus zu Gunsten Italiens, als auch Bulgarien in die Einflusssphäre Roms gelangte. Bulgarien hatte sowohl im Balkankrieg als auch im nachfolgenden I. Weltkrieg schmerzliche Verluste erlitten und hegte revisionistische Absichten. Die Aggression Bulgariens wandte sich gegen alle Nachbarstaaten und stellte somit auch eine Gefahr für die Türkei dar. Dabei waren die türkisch-bulgarischen Beziehungen in den ersten Jahren nach der Gründung außerordentlich gut und wurden bereits 1925 früh durch einen Friedensvertrag zementiert. Demnach durften sowohl bulgarische Minderheiten in der Türkei als auch türkische Minderheiten in Bulgarien auf Wunsch freiwillig in das jeweils andere Land übersiedeln. Der Schutz für die

verbleibenden Minderheiten wurde geregelt und gewährleistet (Sander 2013, S. 185).

Doch der unhaltbare Wille Bulgariens, einen Zugang zur Ägäis zu erhalten und dafür den Schulterschluss mit Italien zu suchen, verschlechterten die Beziehungen rapide. Dafür verbesserte sich aus Sicht der Türkei das Verhältnis zu Griechenland, welches ebenfalls durch Italien und Bulgarien bedroht wurde. Dabei waren die Verbindungen beider Staaten von Anfang an zerrissen. Der Einmarsch griechischer Truppen in Anatolien nach dem I. Weltkrieg und der Sieg der Türkei im daraus folgenden Unabhängigkeitskrieg war auf beiden Seiten nicht spurlos vorbeigegangen. In beiden Staaten lebte eine beachtliche Anzahl an Minderheiten, die die inneren Anspannungen permanent aufrecht hielten. Beide Staaten einigten sich daher im Vertrag von Lausanne auf einen Bevölkerungstausch. Jedoch wurden Griechen, die in Istanbul und Türken, die in Westthrakien beheimatet waren, davon ausgenommen, was jedoch schnell zu weiteren Streitpunkten führte. So stand die Frage im Raum, wer den ökonomischen Patriarchen von Konstantinopel ernannte und aus welchen Kreisen dieser zu wählen war. Griechenland beanspruchte hierzu das Ernennungsrecht und sollte diesen auch außerhalb der griechischen Gemeinde in Konstantinopel berufen dürfen (Balcı 2017, S. 62-64). Die Türkei, welche den Einfluss eines Drittstaates auf diese Minderheitengruppe fürchtete, war genau entgegengesetzter Auffassung. Dabei widersetzte sich die Türkei noch während der Verhandlungen zum Vertrag von Lausanne, das ökonomische Patriarchat überhaupt in Konstantinopel zu belassen. Atatürk fragte in einem Interview 1922, aus welchem Grund das Patriarchat, welches seiner Meinung nach gefährliche und verräterische Machenschaften betrieb, unbedingt in Konstantinopel verbleiben sollte? Streitpunkt waren auch die Besitztümer der zwangsumgesiedelten Bevölkerung. Da weitaus mehr Menschen von der Türkei aus nach Griechenland als umgekehrt umgesiedelt wurden, nahm der Raumdruck in Griechenland zu, während in der Türkei weites Brachland entstand. Griechenland forderte daher eine Reparation in Form von Ausgleichszahlungen (Toprak 2018, S. 156-158).

Um dem auszuweichen und die nach dem Krieg quantitativ und qualitativ geschwächte Bevölkerung wieder aufzuwerten, verfolgte die Türkei eine geordnete Migrationspolitik aus dem Balkan. Durch den Zuzug von türkischen und muslimischen Aussiedlern sollte die Türkei sozioökonomisch wachsen und einen Beitrag in ihrem Autonomiebestreben leisten. Andererseits hatte man Sorge, dass in den Balkanstaaten durch nationalistische Tendenzen in der Mehrheitsbevölkerung, die dortigen türkische und muslimischen Minderheiten diskriminiert werden könnten. Da die junge Republik sich außer Stande sah, hier eine Schutzmacht darzustel-

len, war es vorteilhafter, diese ins Mutterland zu holen und einer potentiellen Gefährdungslage auszuweichen. So siedelten von 1923-1938 ca. 400.000 Migranten aus Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien in die Türkei um. Diese übernahmen hauptsächlich die Höfe, Ländereien und Handwerksbetriebe der zwangsumgesiedelten Griechen (Toprak 2018, S. 159). In allen Balkanstaaten verblieb aber dennoch eine beachtliche Zahl muslimischer und türkischer Minderheiten.

Die neue Bedrohungslage durch Italien und Bulgarien sorgte für ein rasches Beilegen bestehender Probleme mit Griechenland und ebnete einen Weg für ein Militärbündnis: den Balkan-Pakt. Die Bestrebungen Italiens, im östlichen Mittelmeer mitsamt Balkanregion über Albanien hinaus Fuß zu fassen und Bulgarien in seinem Revisionismus zu unterstützen, beunruhigte neben der Türkei und Griechenland auch Jugoslawien sowie Rumänien. Nach mehreren Konferenzen schlossen sich diese vier Staaten zum Balkan-Pakt zusammen. Vor allem die Erklärung Bulgariens, im Land ansässige Serben nicht als Minderheit anzusehen, belastete das Verhältnis zu Jugoslawien (Balcı 2017, S. 68-69). Denn umgekehrt forderte Bulgarien für seine auswärtigen Minderheiten umfangreiche Rechte ein. Die Mitglieder des Balkan-Pakts sahen es als erwiesen an, dass Sofia die Minderheitenfrage als Vorwand für einen Angriff provozierte. Alle Mitgliedsstaaten sicherten sich bei einem Angriff durch einen anderen Balkanstaat uneingeschränkte militärische Hilfe zu. Dies bedeutete jedoch, dass der Balkan-Pakt eine bedeutende Einschränkung hatte: bei einem Angriff außerhalb eines Balkanstaates, wie beispielweise durch Italien oder der Sowjetunion, kam das Militärbündnis nicht zum Tragen. Zumindest sollte der Pakt Bulgarien und somit einen indirekten Krieg mit Italien verhindern. Der Vertrag sicherte der Türkei auch das Recht zu, den europäischen Teil der Türkei zu militarisieren, welches ihr im Vertrag von Lausanne noch verwehrt wurde (Pınar 2018, S. 36-39).

Die gefühlte Bedrohungslage der Türkei vergrößerte sich, als Italien Äthiopien besetzte und seine Expansionspolitik damit auch in Gebiete östlich der Türkei erweiterte. Wieder einmal sah sich die Türkei mit ihrer geographischen Lage konfrontiert (Pınar 2018, S. 43). Anatolien, über das sich die Türkei größtenteils erstreckt, bildet eine nahezu einzigartige Landbrücke zwischen Ost und West und verbindet die Kontinente Asien, Europa und Afrika zu einem zentralen Punkt. Dies macht die anatolische Halbinsel seit der erfassbaren Menschheitsgeschichte zu einem der meist genutzten Migrationswege und zu einem ständigen Überfallpunkt. Jeder anatolische Staat fühlt demzufolge eine geostrategische Bedeutung, aber gleichwohl eine permanente Unsicherheit in Bezug auf Unabhängigkeit und Integrität. Dies trifft

unweigerlich auch auf die Türkei zu. Hinzu kommt der Umstand, dass nach Most und Starr (1980) die quantitative Anzahl an Nachbarstaaten das außenpolitische Verhalten von Staaten beeinflusst. In den Gründungsjahren hatte die Türkei sieben Nachbarn, davon mit der Sowjetunion, Frankreich (Mandat Syrien), dem Vereinigten Königreich (Mandat Irak) und mit Italien (Dodekanes) vier Großmächte. Dass überdies das Osmanische Reich nach einem Zwei-Fronten-Krieg zusammenbrach, gab der jungen türkischen Republik von Beginn an eine immerwährende Verletzlichkeit (Sander 2013, S. 80-81).

Neben diesen festen Komponenten nahm der systemische Druck in der internationalen Politik in den 30er Jahren noch weiter zu. Der ehemalige Waffenbruder Deutschland suchte nach einer Befreiung aus dem verhassten Versailles-Vertrag und gab zu erkennen, dazu auch nicht vor umfangreicher Waffengewalt zurückzuschrecken. Italien, welches sich nach dem I. Weltkrieg um seinen Profit beraubt fühlte, hegte als Wiedergutmachung imperialistische Gedankengüter. Frankreich versuchte seine vorteilhafte Position aus dem Weltkrieg zu bewahren und alle Gefahren, die diesem Status-Quo zuwiderlaufen, zu beseitigen. Das Vereinigte Königreich betrieb eine Außenpolitik, in der die Vormachtstellung Londons weiter gesichert werden sollte. Die Sowjetunion versuchte, ihr kommunistisches System im eigenen Land zu konsolidieren und bei vorhandener Gelegenheit in die Staatenwelt zu exportieren. Neben all diesen Rivalitäten begünstigte die Weltwirtschaftskrise ab 1929 die unsichere Staatenordnung. Daher befanden es die türkischen Machthaber als Priorität, die Grenzen der Türkei zu sichern, Friedensverträge mit den umliegenden Staaten zu schließen, einen Sicherheitskreis durch Bündnisse zu errichten und somit vor außenpolitischen Gefahrenlagen abzuschirmen. Trotz der widrigen Umstände, die die Türkei in eine defensive Außenpolitikgestaltung zwangen, traten durch die weltpolitischen Gegebenheiten für die junge Republik mit einem imperialen Erbe, auch Chancen hervor (Pınar 2018, S. 24-27).

Neben Mossul wurde der Status der Provinz Alexandrette ebenfalls im Vertrag von Lausanne nicht abschließend geregelt. Diese wurde zunächst in das Mandat Syrien eingegliedert und stand damit unter französischer Kontrolle. Auch in Alexandrette waren mehrheitlich Türken beheimatet. In einem Protokoll mit Frankreich wurde festgehalten, dass die Mandatsregierung die türkische Kultur und Sprache fördern sollte und die ethnische Zusammenstellung der Provinz nicht angetastet werden durfte. Die Türkei gab die Provinz nicht auf, sah sich aber anfänglich außer Stande, diese für sich zu beanspruchen. Die Faktenlage änderte sich, als Frankreich 1936 in einem Vorvertrag die Übertragung der Mandatsrechte an den Völkerbund

ankündigte. Ankara witterte nun die Chance, Alexandrette aus dem syrischen Mandatsgebiet herauszulösen und forderte in einer diplomatischen Note Frankreich auf, die Provinz einer autonomen Regierung zu überlassen. Frankreich lehnte die Forderung ab und erklärte Alexandrette zum Teil Syriens. In einer erneuten diplomatischen Note bekräftigte die Türkei, dass es sich bei Alexandrette um ein hauptsächlich von Türken bewohntes Gebiet handelte und deren Verbleib im arabisch geprägten Syrien gegen den Willen der Bevölkerung nicht tolerierbar sei. Daraufhin schlug Frankreich vor, die Alexandrette-Frage im Völkerbund zu lösen. Der Völkerbund entschied 1937, dass Alexandrette in inneren Angelegenheiten frei, in auswärtigen Angelegenheiten an Syrien abhängig, im Kern autonom bleiben sollte (Balcı 2017, S. 66-67).

Diese Kompromisslösung stellte sowohl die Türkei als auch Frankreich nicht zufrieden. Infolgedessen brachen Unruhen in der Provinz aus, die von der französischen Mandatsregierung niedergeschlagen wurden. Daraufhin kündigte die Türkei einseitig das Friedensabkommen mit Frankreich und verlegte 30.000 Soldaten an die Grenze zu Alexandrette. Diese zum ersten Mal aggressive Haltung der türkischen Republik war gekoppelt an die unsichere Lage in Europa. Frankreich fühlte sich zu dieser Zeit von der zunehmenden deutschen und italienischen Expansionspolitik in ihren Interessen bedroht und wollte einen militärischen Konflikt in Vorderasien vermeiden. London, welches die Türkei als potentiellen Verbündeten in einem sich langsam ankündigenden Krieg gegen Deutschland betrachtete, appellierte an Frankreich, die Provinz aufzugeben. Kurz nach den ersten Wahlen in Alexandrette erklärte die mehrheitlich türkischsprachige Autonomieregierung ihre Unabhängigkeit und rief die Republik Hatay aus. Die Nationalversammlung der kurzlebigen Republik Hatay entschied sich 1939 für den Anschluss an die Türkei. In einer Deklaration erkannte Frankreich Hatay als türkische Provinz an und verzichtete auf alle Ansprüche (Pınar 2018, S. 45-49). Zum ersten Mal seit der vergeblichen Belagerung Wiens 1683, konnte die Türkei ihr Territorium, wenn auch nur im kleinen Umfang, erweitern.

3.2 Türkische Außenpolitik im Ost-West-Konflikt

Der gefeierte Erfolg in der Alexandrette-Frage änderte an der gefühlten Unsicherheitslage nichts. Die Machthaber in Ankara waren sich vor und während des II. Weltkriegs bewusst, dass nur eine Friedens- und Neutralitätspolitik die Türkei vor einer Invasion einer Drittmacht schützen könnte. Atatürk war 1938 verstorben. Sein langjähriger Wegbegleiter Ismet Inönü,

der ihm im Unabhängigkeitskrieg zur Seite stand und über viele Jahre das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete, wurde von der türkischen Nationalversammlung zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Inönü knüpfte an der autoritären Führung Atatürks an und formte als „Nationaler Chef“ nahezu allein die Außenpolitik des Landes. Kurz nach seinem Amtsantritt unterzeichnete die Türkei einen Nichtangriffspakt mit Frankreich und verfasste eine Deklaration mit dem Vereinigten Königreich. Demnach würden beide Staaten bei einer Beteiligung an einem Krieg im Mittelmeerraum sich gegenseitig zur Seite stehen, wobei der Türkei das einseitige Recht eingeräumt wurde, nicht in einen Krieg mit der Sowjetunion ziehen zu müssen. Auch wenn die Türkei sich weiterhin vor allem durch Italien bedroht fühlte, wusste Ankara, dass eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem übermächtigen Nachbar im Norden ihr Ende bedeuten könnte. Als Italien im Juni 1940 in den Krieg eintrat, forderten Frankreich und England die Türkei ebenfalls zum Kriegseintritt auf. Die Türkei lehnte ab mit der Begründung, dass die zugesicherten Waffenlieferungen nicht erfolgten und die Teilnahme an den Kampfhandlungen früher oder später einen Krieg mit der Sowjetunion provozieren würden (Balcı 2017, S. 77-83).

Nach wie vor sah die Türkei die Sowjetunion als große Bedrohung an. Die türkisch-sowjetischen Beziehungen entspannten sich jedoch, als Nazi-Deutschland Druck auf den Balkan ausübte. Als Hitler der Sowjetunion den Krieg erklärte, forderte nun Stalin die Türkei auf, in den Krieg gegen Deutschland und Italien einzutreten und einen Teil der deutschen Offensive im Balkan zu binden. Inönü sah jedoch einen schnellen Sieg Deutschlands kommen und hielt an der Neutralität fest. Tatsächlich stand die Wehrmacht Anfang 1941 an der türkischen Grenze in Thrakien. Trotz großer Bedenken der Alliierten, dass Deutschland über die Türkei an die Erdölfelder im Nahen Osten greifen könnte, griff Deutschland die Türkei nicht an. Beide Staaten unterzeichneten einen Nichtangriffspakt. So konnte Deutschland ihre Einheiten noch weiter in Richtung Sowjetunion mobilisieren. Nach dem Sieg der Sowjets in Stalingrad wendete sich das Blatt erneut. Churchill glaubte, dass bei einem Sieg Stalins, dieser das Machtvakuum auf dem Balkan füllen würde. Abermals forderte England die Türkei auf, eine Balkanoffensive zu starten, um die Kontrolle nicht ganz den Sowjets zu überlassen. Inönü wollte jedoch keine Konfrontation mit einer siegreichen Sowjetunion eingehen (Sönmezoğlu 2016, S. 11).

Churchill sollte Recht behalten. Nach und nach rückte das sowjetische Heer auf den Balkan vor. Dies übte Druck auf die Türkei aus, die kurz vor der Kapitulation, Deutschland den Krieg

erklärte. Die Türkei sah eine Expansionspolitik aus Moskau kommen und wollte sich Unterstützung aus den westlichen Siegermächten sichern. Die strikte Neutralitätspolitik Inönüs konnte zwar die Türkei vor einem Krieg bewahren, doch nun fürchtete das Land, gegen die übermächtige Sowjetunion alleingelassen zu werden. In der Tat änderte Stalin seine Türkei-Politik und stellte eine bedrohliche Forderung an Ankara. Die Meerengen Bosporus und Dardanellen, die einen natürlichen Zugang der Sowjetunion in das Mittelmeer darstellen und von der Türkei kontrolliert wurden, sollten unter der Führung der Sowjetunion internationalisiert werden. Zudem forderte Moskau die Türkei auf, ihre Provinzen an der georgischen Grenze Kars und Ardahan an die Sowjetunion abzutreten. Ferner teilte die sowjetische Regierung mit, den türkisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag nicht verlängern zu wollen. Diese verbale Aggression, verbunden mit den niederschmetternden Erlebnissen zum Ende des Osmanischen Reiches sowie die Zangenstellung zwischen Balkan und Kaukasus, lösten erneut Ohnmachtsgefühle bei den türkischen Verantwortlichen aus (Balcı 2017, S. 87-88).

Doch auch die Gegenmittel dazu waren bekannt. Eine intensive Westorientierung sollte die Türkei stärker an die Westmächte binden und somit der sowjetischen Dominanz entgegenwirken. Die in der Regierung befindliche Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi [CHP]*) Inönüs war dafür bereit, das Land zu öffnen. Das autoritäre Einparteiensystem sollte abgeschafft und die Demokratisierung vorangetrieben werden. Kurze Zeit später wurde die Demokratische Partei (*Demokrat Parti [DP]*) gegründet, die mit den Wahlen 1950 die Macht übernahm. Die Türkei wollte ihren Platz im westlichen Staatensystem einnehmen. Neben ökonomischen Gesichtspunkten war dies sicherheitspolitisch notwendig. Beide Parteien, sowohl die DP als auch die nun in der Opposition befindliche CHP Inönüs, sahen die Zukunft der Türkei in der Mitgliedschaft in der NATO (Balcı 2017, S. 90-94). Doch auch die NATO konnte geostrategische Vorteile in einer türkischen NATO-Beteiligung erkennen. Die Türkei könnte die Südflanke im Bündnis bilden und somit die Sowjetunion nicht nur vom Mittelmeer abschneiden, sondern auch einen Korridor zu den Nahoststaaten bilden. Durch eine lange Landgrenze zur Sowjetunion könnte sie im Kriegsfall in den Kaukasus einfallen und dort sowjetische Einheiten binden. Nachdem die Türkei durch ihre Teilnahme am Koreakrieg ihren Wunsch zur Aufnahme in die NATO bekräftigte, wurde sie zusammen mit Griechenland 1951 in die Allianz aufgenommen (Sönmezoğlu 2016, S. 54-55).

Damit geriet die Türkei in den starken Einflussbereich der USA. Dem Umstand, dass die Vereinigten Staaten eine große und schlagfertige Armee sowie Luftstützpunkte von der Türkei

forderten, kamen mit umfangreichen wirtschaftlichen und militärischen Hilfen zusammen. Der Demokratischen Partei unter Ministerpräsident Menderes waren diese Hilfen willkommen: „Die Türkei kauft sich für wenig Geld viel Sicherheit ein“ (Sönmezoğlu 2016, S. 64 [Übersetzung durch den Autor]). Neben den türkischen Streitkräften überlassenen schweren Waffensystemen sorgten im Land stationierte US-Soldaten sowie umfangreiche Luftabwehrsysteme für ein zufriedenes Sicherheitsgefühl. Im Zuge der Kuba-Krise 1962 gaben die USA jedoch bekannt, die Jupiter-Abwehrraketen in der Türkei zu demontieren. Die Türkei, in der zwischenzeitlich nach einem Militärputsch Menderes abgesetzt und hingerichtet wurde, war über diesen Schritt nicht erfreut. Zum ersten Mal kamen bei den Machthabern in Ankara Zweifel auf, ob die USA sich von ihren eigenen Interessen leiten ließen, auch wenn diese den Interessen der NATO-Partner zuwiderliefen. Dieser Aspekt verdeutlichte sich, nachdem die Türkei Zypern mit einem Militärschlag drohte. In dem als Johnson-Letter bekannt gewordenen Brief, bekräftige der US-Präsident Johnson, dass die Türkei keine Waffen aus den Beständen der USA für einen Angriff nutzen dürfe und im Fall eines Sowjetangriffs auf die Türkei, dies nicht als Bündnisfall ansehen werde. Dies führte zu einem Schock in der türkischen Sicherheitswahrnehmung und zu einer tiefen Enttäuschung bei den türkischen Verantwortlichen. Deren Ansicht nach hatte die Türkei jahrelang unter der Prämisse der Bündnistreue ihre eigenen Interessen immer wieder zurückgesteckt und eine kooperative Politik betrieben. Nachdem nun die Türkei in einem Fall, wo sie ihren eigenen Sicherheitsinteressen nachgehen wollte, eine Brüskierung erfahren musste, signalisierte sich eine Trendwende in der türkischen Sicherheitspolitik (Sönmezoğlu 2016, S. 80).

Die Einflusssphäre der Sowjetunion vom Iran über das Schwarze Meer bis nach Albanien erregte Besorgnis in der Türkei. Der steigende Einfluss Moskaus auf dem Balkan und die damit einhergehende kommunistische Machtergreifung in den einzelnen Staaten, nahm die Türkei als Bedrohung war. Auch wenn später Albanien und Jugoslawien eine blockfreie Politik betrieben und dies für eine kleine Entspannung in der türkischen Sicherheitswahrnehmung sorgte, beunruhigte eine aggressive Rhetorik Bulgariens die Machthaber in der Türkei. Bulgarien spielte die Minderheitenkarte und wurde als sowjetischer Satellitenstaat angesehen. Entgegen bilateralen Vereinbarungen wurden 250.000 Menschen türkischer Herkunft grausam zur Flucht in die Türkei getrieben (Sander 2013, S. 138). Ankara bevorzugte es, keine Konfrontationen einzugehen und nahm trotz sozio-ökonomischen Bedenken die Migranten auf. Der Zeitpunkt der diplomatischen Note, in der Sofia die Zwangsmigration der türkischstämmigen Bevölkerung von Ankara verlangte, war bemerkenswert: der 10. August 1951. Dies war der

Tag, an dem die Türkei bekanntgab, sich auf Seiten der USA an dem Koreakrieg zu beteiligen. Tatsächlich sollte die wirtschaftliche Integration der Flüchtlinge eine Herausforderung für das Land darstellen. Um der Lage Herr zu werden, stellten die USA 30 Mio. $ an Wirtschaftshilfen zur Verfügung. Es sollten noch weitere Wirtschafts- und Waffenhilfen seitens Washington erfolgen, die die Türkei noch stärker an die USA banden. Dies verstärkte den Wunsch zu einer NATO-Mitgliedschaft, vor allem unter dem Aspekt, dass es keine natürlichen Hindernisse zwischen Istanbul und dem Kernland Bulgarien gab. Der aufkommende bulgarische Druck, ließ eine Invasion in Richtung der größten türkischen Metropole und das Wirtschaftszentrum befürchten (Sander 2013, S. 190-191). Auch Jugoslawien und Griechenland standen mit Bulgarien in schwierigen Verhältnissen. Vor allem Ansprüche Bulgariens an Makedonien richteten sich gegen beide Staaten. Die bulgarische Aggressionspolitik führte zu einer Annäherung von Athen, Ankara und Belgrad. Ähnlich wie vor dem II. Weltkrieg der Balkan-Pakt, gründeten die drei Staaten den Balkanbund. Getreu des Bündnisvertrages sollten bei einem Angriff eines Drittstaates auf einen Mitgliedsstaat, die anderen Mitglieder einen Beistand leisten. Der Balkanbund war von kurzer Lebensdauer. Nach dem Tod von Josip Stalin 1953, näherte sich die Sowjetunion wieder Jugoslawien an. Somit schwand der sowjetische und bulgarische Druck auf Belgrad, so dass der Balkanbund an Bedeutung verlor (Balcı 2017, S. 114-115).

Nahezu zeitgleich verschlechterten sich die türkisch-griechischen Beziehungen aufgrund des aufkeimenden Zypern-Konflikts rapide. Obwohl sich Griechenland bereits früh nach dem II. Weltkrieg um die Unabhängigkeit von Zypern vom Vereinigten Königreich bemühte, war London zunächst nicht bereit, die Insel aufzugeben. Die strategische Lage Zyperns inmitten des östlichen Mittelmeers und somit unmittelbar nah an Ägypten mit dem Suezkanal, an Israel sowie an der Türkei, war dafür außerordentlich hoch. England bot Griechenland anstelle einer Unabhängigkeit der Insel den Bau von Luftstützpunkten an. Damit wollte sich aber weder Griechenland noch die griechischen Zyprioten, die nicht nur die Unabhängigkeit, sondern den Anschluss der Insel an Griechenland anstrebten, zufrieden geben. Nachdem mehrere Sitzungen in den Vereinigten Nationen kein Ergebnis herbeiführten, begann die griechisch-zypriotische Widerstandsbewegung der Nationalen Organisation zypriotischer Kämpfer (*Ethniki Organosis Kyprion Agoniston [EOKA]*) den bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung in Zypern. Die türkischen Zyprioten, die bevölkerungsmäßig in der Unterzahl waren und bei einem Anschluss Zyperns an Griechenland um ihre Rechte fürchteten, begannen ebenfalls einen organisierten Kampf (Sönmezoğlu 2016, S. 155-161). Anders als Griechenland hatte die Türkei zunächst wenig Ambitionen in Zypern. Man fürchtete, dass ein zu großes Engagement

den guten Beziehungen zu London schaden könnte. In der Phase der heiklen Sowjetbedrohung und der daraus folgenden starken Westorientierung, konnte man einen Streit mit England nicht riskieren. Außerdem befand sich die Insel mit dem Vereinigten Königreich in den Händen eines freundschaftlichen Staates, mit der man eine militärische Allianz eingegangen war. Selbst als vermehrt türkische Tageszeitungen über die Kämpfe auf der Insel berichteten und auf die prekäre Lage der Inseltürken hinwiesen, rückte das Thema nicht auf die Tagesordnung. Der damalige türkische Außenminister, Necmettin Sadak, bekundete 1948, „es gibt kein Problem, welches sich als Zypern-Problem bezeichnet“ (Sönmezoğlu 2016, S. 169 [Übersetzung durch den Autor]). Auch die neue Regierung der DP um den Ministerpräsidenten Menderes und der erfolgte NATO-Beitritt der Türkei, brachten keine Änderung in der türkischen Zypern-Politik. Doch war auch Griechenland im selben Jahr in die NATO eingetreten und machte nun mehr Druck für eine Lösung. Nachdem das Thema erneut einen Platz in der türkischen Öffentlichkeit einnahm, konnte das Problem in Ankara nicht mehr totgeschwiegen werden. Außenminister Fuat Köprülü versuchte zu beschwichtigen (Sönmezoğlu 2016, S. 170):

> „…aufgrund ihrer geographischen Lage und unseren dortigen Volksbrüdern ist Zypern für uns unentbehrlich. Jedoch sehen wir keine Notwendigkeit, den rechtlichen Status der Insel anzufechten. Erst wenn sich abzeichnet, dass es dort zu einer Änderung kommt, werden wir uns der Sache stellen“ (Sönmezoğlu 2016, S. 170 [Übersetzung durch den Autor]).

Als der bewaffnete Kampf der EOKA erste Todesopfer zu vermelden hatte, lud London unter Teilnahme der Türkei und Griechenlands zu einem Dreiergespräch ein. Die Türkei saß nun mit am Verhandlungstisch, stellte sich aber neben England und beanspruchte weiterhin den Status-Quo zu halten (Sönmezoğlu 2016, S. 170).

Erst 1956 kam es zu einer Trendwende in der Zypern-Politik aus türkischer Sicht, als sich nach und nach abzeichnete, dass London bereit war, die rechtliche Situation der Insel zu ändern. Da man aufgrund der Kampfhandlungen der EOKA und den großen Willen Griechenlands befürchtete, dass die Insel an Athen übergehen könnte und dies sicherheitspolitisch als bedrohlich empfunden wurde, warf die Türkei die Zweiteilung Zyperns in den Raum. Auch wenn es bis dato gute Verhältnisse zu Griechenland gab und man gemeinsam in die NATO eingetreten war, wollte und konnte man in Ankara die strategisch wichtige Insel nicht Grie-

chenland überlassen. So war bereits die Dodekanes Inselgruppe, die sich bogenförmig von Nord nach Süd über die gesamte türkische Westküste spannte, Griechenland zugesprochen worden. Sollte überdies Zypern an Athen übergehen, wäre zudem die Südflanke der Türkei durch den heutigen Freund, aber einstigen Feind angreifbar und als Nachschublinie nutzbar gewesen (Sönmezoğlu 2016, S. 171-173). Nachdem die EOKA ihre Forderungen mit noch weiter steigender Gewalt zum Ausdruck brachte und auch zivile türkischsprachige Opfer zu beklagen waren, kühlten sich die türkisch-griechischen Beziehungen ab. Als während weiteren Verhandlungen zu Zypern in London, Falschmeldungen über einen Anschlag auf das Geburtshaus Atatürks in Thessaloniki verbreitet wurden, kam es in den türkischen Großstädten zu Massenkundgebungen. Zwar ist bis heute nicht erwiesen, dass die türkische Regierung die Fehlinformationen selbst inszenierte und damit die Bevölkerung mobilisierte, doch ist anzunehmen, dass den türkischen Verhandlungsführern damit Argumente in die Hand gegeben werde sollten, die aufzeigten, dass die türkische Öffentlichkeit empfindsam für die Lage in Zypern war. Dies sollte Nachdruck für eine Zwei-Staaten-Lösung leisten. Die Proteste in der Türkei liefen jedoch aus dem Ruder und es kam zu einem Pogrom an der griechischen Bevölkerung in Istanbul. Der Druck auf die griechische Minderheit in der Türkei wurde auch in den folgenden Jahren größer. Nachdem es zu tödlichen Überfällen von Zyperngriechen auf türkischsprachige Dörfer kam und ein Eingreifen von türkischer Seite durch die USA blockiert wurde, reagierte die Regierung mit der Enteignung von Vermögenswerten im Land lebender griechischen Staatsbürger, die in einem weiteren Schritt ganz außer Landes verwiesen wurden. Zwar richteten sich die Maßnahmen nicht an türkische Staatsbürger griechischer Herkunft, doch verließen nach den Repressalien viele notgedrungen die Türkei (Sönmezoğlu 2016, S. 156-158).

In der Zwischenzeit kam es 1958 im Irak zu einem Militärputsch, welcher den westlich orientierten König Faisal entmachtete und weitreichende Folgen für die Zypernfrage hatte. Die USA sowie England sahen ihre Interessen im Nahen Osten gefährdet und landeten daraufhin mit Marinesoldaten im Libanon und in Jordanien. Die USA sah durch den türkisch-griechischen Streit um Zypern die Einheit der NATO bedroht und forderte beide Parteien auf, eine für alle Seiten akzeptable Lösung herbeizuführen. Die Türkei, die weiterhin ihre Außenpolitik einer starren Bündnistreue nach ausrichtete, signalisierte Bereitschaft für einen Kompromiss und stellte ihre eigenen Forderungen zurück. Nach mehreren und intensiven Verhandlungen wurden schließlich die Züricher und Londoner Abkommen unterzeichnet. Demnach entließ das Vereinigte Königreich die Republik Zypern 1960 in die Unabhängigkeit. Dieser

Bestand als einheitlicher Staat mit den beiden staatstragenden Völkern der Zyperngriechen und der Zyperntürken, die sich verfassungsrechtlich die politische Macht über eine komplizierte Struktur teilten. Ferner sollten Großbritannien, Griechenland und die Türkei als Schutzmacht über Zypern und deren Bevölkerung fungieren. Jede Schutzmacht erhielt die Garantie, zur Wahrung des Status-Quo eingreifen zu können. Bereits 1963 kam es jedoch zu einer ersten Regierungskrise in Zypern. Der zum ersten Staatspräsidenten des Landes gewählte Erzbischof Makarios, forderte eine Verfassungsänderung, die den griechischen Zyprioten mehr politische Rechte zukommen lassen sollten, was jedoch von den Inseltürken abgelehnt wurde. Nachdem es wieder zu Kampfhandlungen zwischen beiden Volksgruppen gekommen war, in der vor allem türkischsprachige Bewohner ums Leben kamen, erinnerte die Türkei an ihre Funktion als Schutzmacht und drohte mit einem Militärschlag. In diesem Zuge kam es zum bereits oben zitierten Brief vom amerikanischen Präsidenten Lyndon Johnson an Ministerpräsident Inönü. Dieses, die türkische Sicherheitspolitik zum Umdenken bringende Schreiben, wurde nicht nur als Verrat der USA an einen immer treuen Bündnispartner gesehen, sondern auch als Bekundung einer prioritären Stellung Griechenlands gegenüber der Türkei aus Sicht der US-Regierung begriffen. Zwar konnten die Drohungen Johnsons die Türkei vor einem Eingreifen in Zypern abhalten, doch sollte dieser Schritt die türkische Außenpolitik nachhaltig verändern (Sönmezoğlu 2016, S. 173-176). Dies machte Inönü mit folgenden Worten deutlich: „Es gründe sich eine neue Welt und die Türkei nehme dort ihren Platz ein“ (Sönmezoğlu 2016, S. 177 [Übersetzung durch den Autor]).

Wenn auch keine neue Welt, so konnte man zumindest auf die „andere Welt“ des Ostblocks blicken. Nutzte anfangs die Sowjetunion nach dem NATO-Beitritt Griechenlands und der Türkei die Zypernkrise, um die Südflanke der westlichen Militärallianz zu schwächen, indem es Makarios diplomatischen und militärischen Beistand leistete, so änderte der Johnson-Letter auch dies. Die türkischen Interventionen in Zypern wurden bis dato als bevorstehender Übergriff der NATO gesehen (Sönmezoğlu 2016, S. 151). Die Beziehungen zwischen Moskau und Ankara verdichteten sich nach dem Eklat jedoch spürbar. Während die Sowjetunion die Gelegenheit gekommen sah, die starre Bindung der Türkei an die USA aufzulockern, steuerten die türkischen Entscheidungsträger ihr Land auf eine Entspannungspolitik zu. Bereits nach Stalins Tod 1953 bekundete Außenminister Molotow, dass die Sowjetunion keine territorialen Ansprüche auf türkischem Staatsgebiet hegte (Sönmezoğlu 2016, S. 137). Auch wenn dies bereits zu einem Tauwetter in den Beziehungen geführt hatte, so betrachtete die Türkei ihren mächtigen Nachbarn weiterhin mit Argwohn. Die Zypernkrise sollte jedoch zu einer Annähe-

rung führen und die Bedrohungslage weiter minimieren. Den türkischen Machthabern gelang es, die pro-griechisch-zypriotische Haltung der Sowjetunion in eine neutralere Politik hin aufzuweichen (Sönmezoğlu 2016, S. 154). Nachdem es Ende 1964 zu überfallartigen Angriffen der EOKA auf türkischsprachige Dörfer in Zypern kam und die dortige Gemeinde Erenköy eingekesselt wurde, schlug die türkische Luftwaffe „als Garantiemacht zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe“, unbeeindruckt etwaiger Sanktionen durch die USA, zu. Sowohl die Sowjetunion als auch die USA, die die Türkei nicht weiter in die Arme Moskaus treiben wollten, forderten zwar ein Ende der Kampfhandlungen, vermieden aber eine Vorverurteilung Ankaras (Sönmezoğlu 2016, S. 177).

Die türkischen Luftschläge konnten die EOKA zurückdrängen und einen Waffenstillstand auf Zypern erzwingen. Ministerpräsident Inönü konnte trotz der Popularität der Zypernfrage in der türkischen Öffentlichkeit daraus keinen Profit schlagen. Bei den Wahlen 1965 unterlag er der Gerechtigkeitspartei (*Adalet Partisi [AP]*) unter der Führung des bis dahin politisch unbekannten Süleyman Demirel. Die AP war Nachfolgepartei der Demokratischen Partei, die nach dem Militärputsch verboten wurde. Demirel bemühte sich anknüpfend an Inönü die Beziehungen zur Sowjetunion aufrechtzuerhalten. Der politischen Annäherung folgte auch eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Einerseits sollte die potentielle Gefährdung durch die Sowjetunion nicht nochmal in eine Aggression wie in der Nachkriegszeit umschlagen, andererseits sollte die Nähe zu Moskau eine Mündigkeit gegenüber den USA zum Ausdruck bringen (Balcı 2017, S. 145-150). Hier wird deutlich, dass sich in der Außenpolitik der Türkei ab Mitte der 60er Jahre ein Paradigmenwechsel vollzog. Ankara strebte eine mehrdimensionale Diplomatie an, in der kein strenges Bündnisdenken, sondern eine offene Außenpolitik herrschen sollte. Das größere Gewicht der Türkei sollte nicht nur durch die guten Beziehungen zum Ostblock, sondern auch zu den blockfreien Staaten, vor allem im Nahen Osten, verankert werden. In diesem Zuge konnte die Türkei zunehmend selbstbewusst agieren und Anforderungen der Allianz, zumeist aus Richtung der USA, ablehnen. Gleichzeitig führte die Distanzierung zu Washington dazu, dass die Türkei sich unabhängiger von militärischer Hilfe durch die Bündnispartner machen wollte. Die Türkei baute erste Rüstungsindustrien auf, erwarb Waffensysteme aus unterschiedlicher Produktion und stärkte qualitativ und quantitativ das Heer. Vor allem die gesteigerte Eigenproduktion von Landungsfahrzeugen zeigte, dass das Thema Zypern noch nicht als abgeschlossen betrachtet wurde (Sönmezoğlu 2016, S. 239-241).

Die neue Rüstungs- und Außenpolitik des Landes lässt sich jedoch nicht nur mit dem Bruch mit der USA in der Zypernpolitik erklären. Der Einsatz von atomar bestückbaren U-Booten sowie Landstreckenraketen in der US-Armee, ließ die strategische Wichtigkeit der Türkei als Südostpfeiler zur Sowjetunion schwinden. Die türkische Führungsriege erkannte, dass nicht nur ihre Verbündeten austauschbar waren, sondern die Türkei als Partner auch. In dieser nach wie vor vorhandenen Unsicherheitslage, konnte man sich den westlichen Mächten nicht bedingungslos fügen. Dennoch sahen die Machthaber in Ankara keine Alternative zur NATO. Obwohl durch das Zerwürfnis mit China international geschwächt, stellte die Sowjetunion und ihre militärische Aufrüstung auf dem Balkan und im Kaukasus eine permanent ernstzunehmende Bedrohung dar (Sönmezoğlu 2016, S. 242-243).

Schon bald zeichnete sich ein Ende der Waffenruhe in Zypern ab, die in Folge des türkischen Luftangriffs von 1964 währte. Drei Jahre später kam es erneut zu größeren Gefechten zwischen den Inselgriechen und Inseltürken. Die Türkei beschuldigte das griechische Militär, welches kurz zuvor in Griechenland geputscht hatte, an den Kampfhandlungen beteiligt zu sein. Ankara stellte Athen ein Ultimatum: die Stationierung griechischer Soldaten auf der Insel stand entgegen der Zürcher und Londoner Abkommen von 1959. Sollte es binnen Frist nicht zu einem Rückzug kommen, würde die Türkei in den Konflikt militärisch eingreifen. Die Putschisten, die international keine Rückendeckung erhielten, sahen sich gezwungen, den türkischen Forderungen Folge zu leisten (Sönmezoğlu 2016, S. 272-274). Die jahrelange Aufrüstung hatte das Kräfteverhältnis zwischen beiden Staaten zu Gunsten der Türkei verschoben. Die türkisch-griechische Rivalität sollte auch für die jeweiligen Minderheitengruppen in beiden Staaten nicht folgenlos bleiben. Türkische Ortsnamen im griechischen Westthrakien wurden umbenannt, türkischsprachige Schulen mit Auflagen belastet und Wahlen in den türkischen Gemeindebeiräten annulliert. Demgegenüber mussten griechische Staatsbürger die Türkei verlassen. Dies erschwerte unter anderem die Berufsausübung und den Handel auch der griechischen Alteingesessenen. Da im Zuge der Zypern-Krise diese Menschen staatliche Repressalien fürchteten, wanderten viele unaufgefordert nach Griechenland aus (Sönmezoğlu 2016, S. 394-395). Als es dann im Sommer 1974 zu einem Umsturz der zypriotischen Regierung durch die EOKA kam und Makarios abgesetzt wurde, sollte die Türkei ihre militärischen Fähigkeiten zur Schau stellen können.

Der Sturz Makarios‘ stand den Interessen der USA nicht zuwider. Der Staatspräsident sprach sich bereits seit Jahren gegen die britischen Militärstützpunkte aus und suchte die Nähe zur

Sowjetunion. Dem gegenüber befolgte die EOKA eher eine blockfreie Politik, welches jedoch ebenfalls keine favorisierte Bindung aus Sicht der USA darstellte. Optimal war zwar die Anbindung der Insel an einen NATO-Staat, doch dies bürgte die Gefahr, dass es zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den beiden NATO-Partnern Türkei und Griechenland kommen könnte (Sönmezoğlu 2016, S. 281-282). Washington beharrte auf einer diplomatischen Lösung der Zypernfrage und versuchte, die sich abzeichnende Invasion türkischer Truppen zu verhindern. Als es doch 1974 zu einem größeren Militäreingriff durch die Türkei kam, welches die EOKA niederzwang und den nördlichen Teil der Insel unter türkische Kontrolle brachte und schlussendlich den Austritt Griechenlands aus dem militärischen Arm der NATO zur Folge hatte, verhängte der amerikanische Kongress trotz erheblicher Bedenken der US-Regierung ein Embargo. Dies sollte die Beziehungen der Türkei zur USA nachhaltig bis zum Ende der 70er Jahre belasten (Balcı 2017, S. 171).

Die türkische Regierung, in der seit den Wahlen von 1972 Bülent Ecevit (CHP) als Ministerpräsident amtierte, protestierte scharf gegen die Sanktionen und erklärte „alternative Wege zur Waffenbeschaffung“ zu suchen (Sönmezoğlu 2016, S. 295). Wie zuvor sein Vorgänger und Parteigenosse Inönü, wollte Ecevit den erfolgreichen Zypern-Feldzug politisch nutzen und setzte auf Neuwahlen. Abermals konnte die CHP jedoch kein Kapital daraus schlagen: Ecevit unterlag Demirel, der zum zweiten Mal das Amt bekleiden sollte. Demirel versuchte durch bilaterales Einwirken das US-Embargo zu stoppen, was ihm jedoch trotz mehrerer Verhandlungen nicht gelang. Daraufhin erklärte die Türkei als Gegenmaßnahme die Schließung aller US-Stützpunkte im Land. Das abgekühlte Verhältnis zwischen den Bündnispartnern hatte seinen Höhepunkt erreicht (Sönmezoğlu 2016, S. 297). Ankara musste seine Sicherheitslage neu bewerten und scheute nicht davor zurück, sich der Sowjetunion anzunähern und auch die Beziehungen zu weiteren Ostblockstaaten noch weiter zu verbessern. Gleichermaßen versuchte die Türkei ihre Relationen zu Deutschland und zu den anderen europäischen Westmächten zu intensivieren. Auch rückte eine gute Nachbarschaftspolitik, vor allem zu den islamischen Staaten, wieder in den Fokus der türkischen Verantwortlichen (Sönmezoğlu 2016, S. 300).

Die wechselseitigen Strafmaßnahmen hatten auch Folgen für die US-Interessen im östlichen Mittelmeer. Vor allem die Schließung der US-Militärbasis mit Radaranlagen bei Sinop beeinträchtigte Washington in der Luftraumüberwachung und im Geheimdienst. Die Südflanke der NATO war ohne amerikanische Unterstützung der türkischen Streitkräfte durch Waffen und Ausrüstung geschwächt. Nachdem es trotz Verhandlungen über mehrere Jahre auf beiden Sei-

ten immer noch zu keiner Einigung kam, drohte der 1978 erneut zum Ministerpräsidenten gewählte Ecevit mit dem Austritt der Türkei aus der NATO (Sönmezoğlu 2016, S. 304). In dieser Zeit zeichnete sich das Ende der Entspannungspolitik im Ost-West-Konflikt ab. Der massive Rüstungsausbau des Warschauer Paktes vor allem mit Mittelstreckenraketen, sollte durch den sogenannten NATO-Doppelbeschluss ausbalanciert werden. Dies führte neben dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan erneut zu Spannungen mit den USA. Als es zudem im Iran zu der mit anti-amerikanischen Parolen begleiteten Islamischen Revolution unter Chomeini kam, wurde die Türkei und ihre für den Westen günstige geostrategische Lage wiederentdeckt. Der zu dieser Zeit amtierende NATO-Oberbefehlshaber in Europa, Alexander Haig, sprach der Türkei eine enorme Wichtigkeit in einem möglichen Zusammenstoß zwischen dem Westbündnis und dem Warschauer Pakt zu. Vor allem sollten die türkischen Verteidigungslinien in Ostanatolien und Thrakien eine Barriere für einen sowjetischen Vorstoß nach Süden darstellen. Zudem hatte das große türkische Heer die Kapazität, mindestens 30 feindliche Divisionen auf dem Balkan zu binden (Sönmezoğlu 2016, S. 310-311). Nachdem die Türkei in dieser heißen Phase Überflugrechte sowjetischer Kampfflugzeuge in Richtung Nahost über ihr Staatsgebiet gewährte, wollte die USA die Zypern-Krise nicht weiter eskalieren lassen. Obwohl die Türkei den Norden der Insel weiterhin besetzt hielt, hob der US-Kongress das Embargo gegen die Türkei auf. Im Gegenzug kündigte Ankara, welches ebenfalls durch die neue Eskalation im Ost-West-Konflikt beunruhigt war, die Reaktivierung der US-Stützpunkte im Land an (Sönmezoğlu 2016, S. 305-306).

Die Aufhebung der Sanktionen führten zwar wieder zu einem Aufblühen der Verhältnisse zu den westlichen Partnern, doch hatte die Türkei die Vorteile einer mehrdimensionalen Außenpolitik für sich entdeckt. Ankara strebte weiterhin gute Beziehungen zumindest zu den blockfreien Staaten an. Die guten Verhältnisse zur Sowjetunion sollten sich nach der türkisch-amerikanischen Versöhnung wieder abkühlen. Dies war nahezu ein Naturgesetz in der bipolaren Welt und kam nach der zweiten Militärjunta (1980-1983) in der Türkei stärker zum Ausdruck (Sönmezoğlu 2016, S. 400).

3.3 Die Außenpolitik der Türkei nach der Wende und die neue Außenpolitikkonzeption

Die Putschisten in Ankara hatten bereits nach einem Monat die erste außenpolitische Belas-

tungsprobe zu bewältigen. Der sich wieder vertiefende Ost-West-Konflikt sollte die USA dazu verleiten, Griechenland wieder in die militärischen Strukturen einzubinden. Treu dem Gebot der Einstimmigkeit musste dazu das Einverständnis der Türkei eingeholt werden. Mehrfach vor dem Militärputsch hatte sowohl die Regierung Demirel als auch die Regierung Ecevit ein Veto dagegen eingelegt. Die USA übten Druck auf die Militärregierung aus, die schließlich im Oktober 1980 nachgab und den Weg Athens zurück zur NATO ebnete. Dies geschah drei Monate vor der Vollmitgliedschaft Griechenlands in die EG. Die Befürchtung Ankaras, dass Griechenland wiederum die Mitgliedschaft der Türkei in die EG blockieren könnte, sollte sich bewahrheiten (Balcı 2017, S. 196). Dabei hatten bereits mehrere EG-Mitglieder aufgrund des Putsches und den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen der neuen Machthaber, den Stopp aller Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gefordert. Auch die USA mahnte die Türkei im Kampf gegen die 1978 gegründete Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistanê [PKK]*) keine Gewalttaten gegen die kurdische Bevölkerung im Land zu begehen. Die PKK und die von ihr verübten Terroranschläge in den östlichen und mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten der Türkei, erschütterten das Sicherheitsgefühl der Türkei rapide. Auch hatte das Land mit Terrorakten der Armenischen Geheimarmee zur Befreiung Armeniens (*Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia [ASALA]*) zu kämpfen. Obgleich die USA sowohl die PKK als auch die ASALA als terroristische Organisationen anerkannte, sollte das Vorgehen des türkischen Militärs im Anti-Terror-Kampf gegen die PKK sowie die immer wieder zur Abstimmung in das Repräsentantenhaus eingebrachte Resolution zur Einstufung der Massaker an den Armeniern im I. Weltkrieg als Völkermord, die türkisch-amerikanischen Beziehungen belasten. Doch der zu dieser Zeit (1980-1988) ausgebrochene Erste Golfkrieg (Iran-Irak-Krieg) lenkte die Aufmerksamkeit der beiden Verbündeten wieder in den Nahen Osten, wo beide Staaten ihre Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen gefährdet sahen (Balcı 2017, S. 192-193).

1983 fanden wieder freie Wahlen in der Türkei statt. Turgut Özal – der zuvor von den Putschisten als Wirtschaftsminister eingesetzt wurde – konnte sich gegen zwei vom Militär kontrollierte Parteien durchsetzen und eine zivile Alleinregierung bilden. Alle anderen Parteien sowie die Politikbetätigung mehrerer ehemaliger Staatslenker, darunter auch die ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel und Ecevit, waren verboten. Özal öffnete das Land in die freie Marktwirtschaft und begann einen Liberalisierungsprozess. Außenpolitisch führte die Türkei ihre multidimensionale Politik fort. Die Unsicherheitslage, hervorgerufen durch den weiter andauernden Iran-Irak-Krieg, einer Syrienkrise aufgrund der Unterstützung der PKK durch

das Asad-Regime, Territorialkonflikte mit Griechenland in der Ägäis sowie eine Minderheitenproblematik mit Bulgarien, sollte das Augenmerk Ankaras auf die eigenen Nachbarregionen lenken. Die stark regionale Ausrichtung der türkischen Außenpolitik, sollte nicht nur die Gefahrenlage begrenzen, sondern auch als Chance für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit dienen. Keiner zuvor wie Özal, handelte nach der Prämisse, dass eine enge ökonomische Kooperation zu wechselseitigen Abhängigkeiten führt und diese wiederum für eine sicherheitspolitische Stabilität sorgen kann. Dabei strebte die Özal-Regierung eine ausgeglichene Politik zwischen den westlichen Verbündeten und den islamischen Staaten im Nahen Osten an. Die Brückenfunktion des Landes sollte die Handelsbeziehungen in alle Richtungen ausbauen und dabei nicht nur geostrategische, sondern auch geokulturelle Aspekte beinhalten. In dieser Phase stellte 1987 die Türkei das erste Mal einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in die EG (Demiray 2001, S. 386-389).

Die Brücke zwischen Orient und Okzident kam mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende der bipolaren Welt ins Wanken. Das Land verlor seine strategische Bedeutung für die westlichen Bündnispartner. Gleichzeitig sah sich das Land mit einer Reihe von Konflikten konfrontiert. Der Nah-Ost-Experte Udo Steinbach brachte die Lage der Türkei auf den Punkt:

> „Die Türkei ist geographisch, ethnisch und politisch mit den Problemen des Iraks, Irans, Armeniens, Aserbaidschans, Zyperns, Griechenlands, Bulgariens, Russlands, Syriens und des islamischen Fundamentalismus verbunden … Die türkische Außenpolitik ist ein Alptraum von 360 Grad“ (Steinbach 1997, S. 185 nach International Herald Tribune 1995).

Nach Özals unerwartetem Tod 1993 stürzte die Türkei in eine nahezu permanente Regierungskrise. Eine breite Parteienlandschaft mit großen ideologischen Differenzen führte zu instabilen Regierungen, denen wiederum Neuwahlen folgten, so das zahlreiche Ministerpräsidenten nur von kurzer Dauer im Dienst waren oder nach Unterbrechungen erneut das Amt bekleideten. Von 1993-2002 wurden sieben Regierungen gebildet, die von fünf Ministerpräsidenten geführt wurden. Die Konzentration auf innenpolitische Machtkämpfe und die kurze Lebensdauer der Koalitionen ließen keine fundierte Außenpolitik zu. Dies führte vor allem im weiterhin konfliktreichen Umfeld zu einer hastigen Krisenbewältigung, die die einzelnen bilateralen Verhältnisse noch weiter belasteten. Dabei standen die Türkei und Griechenland 1996 kurz vor einem Krieg, als ein eher medial hochgeschaukelter Konflikt um die unbewohnte

Kleininsel Imia zu militärischen Handlungen führte. Zu einem Beinahe-Krieg kam es auch mit Syrien, da die PKK von dort aus mehrere Großangriffe auf die Türkei startete und Ankara die syrische Regierung als Unterstützer erkannte. Die zahlreichen Krisen und Konflikte mit den Nachbarstaaten und in der nahen Peripherie (z. B. mit Saudi-Arabien) begleitet und teilweise angestoßen durch innenpolitische Machtspiele, führten zu einer aggressiveren Tonlage in der türkischen Außenpolitik. Getrieben durch die Öffentlichkeit war allen Parteien mit Regierungsabsichten gemeinsam, dass es eine starke Türkei geben sollte. Die Türkei sollte „eine Macht in der Welt und eine Supermacht in der Region“ werden. Mit dem erdrutschartigen Sieg der neu gegründeten AKP unter Recep Tayyip Erdoğan, sollte nach Özal wieder eine Alleinregierung an die Macht kommen und eine neue Außenpolitik einschlagen. Architekt dieser neuen außenpolitischen Ausrichtung war der Professor für internationale Politik und Erdoğan-Berater Ahmet Davutoğlu (Gieler 2013, S. 37-42).

Davutoğlu, der in Nachhinein die Ämter des Außenministers und des Ministerpräsidenten innehaben sollte, entwickelte in den Nullerjahren eine neue Außenpolitik-Konzeption, die er unter dem Leitbild einer „strategischen Tiefe“ zusammenfasste. Hinter diesem Konzept verbirgt sich ein geostrategischer Fahrplan, der eine vorwärtsgerichtete, multidimensionale und multiregionale Außenpolitik ermöglichen soll. Unter der Berücksichtigung geographischer, historischer und kultureller Elemente stellt das Konzept eine Verbindung zu der modernen Republik her, die sich im Zentrum einer riesigen eurasisch-afrikanischen Landmasse sieht. Daraus erwacht dann die Rolle für die Türkei, für sich selbst und die Nachbarregionen Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten. Die einseitige Westorientierung, in der die Türkei nicht über einen Randstaat hinauskommt, soll gegeben durch die Zentralität der Erweiterung des Aktionsradius, in alle Richtungen weichen. Dies ist zwar nicht als Abwendung zum Westen zu verstehen, jedoch muss sich diese Region ihre Präferenzstellung gegenüber anderen Regionen behaupten. Mit Hilfe der neuen Außenpolitik-Konzeption soll die Türkei in der Lage sein, sich proaktiv in die zahlreichen Handlungsfelder, die in ihrem Umfeld entstanden sind, einzubringen. Durch Zusammenarbeit und Kommunikation sollen in der Region Stabilität und Wohlstand gefördert werden (Kramer 2010, S. 1-2).

Um dieses Ziel zu erreichen, sollen gemäß der neuen Außenpolitik, fünf Grundregeln zum Einsatz kommen: der ersten Regel nach nimmt sich die Türkei vor, ein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Demokratie im eigenen Land aufzubauen und somit innenpolitische Bedingungen für eine auf Stabilität und Ordnung gerichtete Außenpolitik zu erfüllen. Zweitens

gilt es, eine „Null Probleme Politik“ mit den Nachbarstaaten aufzubauen. Die drittens, durch aktive Beteiligung in der Konfliktbewältigung und durch die Etablierung guter Beziehungen zu allen relevanten Akteuren erreicht werden soll. Der vierte Grundsatz ist die multidimensionale Außenpolitik. Das bedeutet, dass die Türkei keine exklusiven Bindungen zu bevorzugten Partnern eingehen darf. Fünftens erfordert die Zielerreichung den Aufbau einer „rhythmischen“ – das heißt verstärkten – Diplomatie. In den ersten Regierungsjahren der AKP wurde die Türkei im Hinblick auf diese ambitionierten Zielsetzungen, durch die breite Öffentlichkeit in der Staatenwelt stärker wahrgenommen und als regionaler Akteur mit eher positiven Absichten gesehen. Vor allem die Vermittlungsbemühungen zwischen den Balkanstaaten förderten das internationale Ansehen der Türkei. Der daraus resultierende Statusgewinn auf internationalem Parkett führte zu einem gesteigerten Selbstbewusstsein, welches auch im Verhältnis zur EU sichtbar wurde. Verhielt sich Ankara über Jahrzehnte als Bittsteller um eine EU-Mitgliedschaft, sah man sich ab den Nullerjahren eher auf Augenhöhe und gleichrangig. Während dadurch bestärkt der Wunsch der türkischen Bevölkerung um eine EU-Mitgliedschaft abflaute, konnte sich auch die AKP-Regierung eine Zukunft außerhalb der EU vorstellen (Kramer 2010, S. 2-4).

Auch wenn der Ansatz Davutoğlus weiterhin eine Präsenz in der Gestaltung der Außenpolitik der Türkei hat, so ist, angefangen mit dem Arabischen Frühling 2010/2011, das Leitbild der rhythmischen Diplomatie und der Null-Probleme-Politik missglückt. Die Aufstände in den arabischen Staaten und ihre Nachwirkungen führten zu einer enormen Verschlechterung des inneren und äußeren Sicherheitsumfeldes. Hinzu kam, dass die Türkei ihre Sicherheitsinteressen durch die westlichen Bündnispartner als unzureichend beachtet sah. Die außen- und sicherheitspolitische Sprecherin Erdoğans, Gülnur Aybet, bezeichnet die neue Haltung der Türkei daher als „Selbsthilfestaat“. Dieser muss für die Durchsetzung seiner eigenen Sicherheitsinteressen sorgen und demzufolge seine Beziehungen mit den Großmächten und den regionalen Akteuren ausgleichen (Glos/Lange 2021, S. 89-93). Eine wichtige Ressource des Selbsthilfestaates ist der Aufbau von Hard Power, welcher den Soft Power-Gedanken aus dem Leitbild Davutoğlus zurückdrängt. Seit 2015 verfolgt die Türkei daher eine Militarisierungstendenz. Die türkische Rüstungsindustrie ist seitdem abrupt gewachsen. Ankara konnte seine selbst entwickelten Waffensysteme bereits an verschiedenen Kriegsschauplätzen zur Schau stellen. Allen voran ist die türkische Kampfdrohne „Bayraktar“ spätestens seit ihrem erfolgreichen Einsatz im Ukrainekrieg durch die ukrainische Luftwaffe zum Markenzeichen der neuen türkischen Rüstungspolitik geworden (Bastian 2024, S. 1). Neben der Errichtung

großer nationaler Verteidigungsindustrien sowie der Diversifizierung und Aufstockung von modernen Waffensystemen, ist die Türkei auch militärisch in den wichtigsten Konflikten in der Region beteiligt. Der Einfluss der Türkei reicht vom Balkan bis zur Somali-Halbinsel. In Zusammenhang mit der zunehmenden Abwesenheit der USA im Nahen Osten verfolgt die Türkei vermehrt eine unabhängige Politik, die zu einer gewissen Machtverschiebung in der Region führt. Diese regionale Machtpolitik führt unter anderem zu einem Wiederaufflammen von jahrzehntealten Konflikten im östlichen Mittelmeer, mit den anderen Anrainerstaaten wie Griechenland, Zypern, Israel, Syrien und Ägypten. Das ernsthafte Regionalmachtstreben Ankaras gipfelt in einem Leitsatz Erdoğans: „Die Welt ist größer als die Fünf.“ Damit ist der UN-Sicherheitsrat mit seinen fünf ständigen Mitgliedern gemeint, der einer Reform bedarf, um die neuen Machtverhältnisse auszudrücken (Glos/Lange 2021, S. 93-99).

4 Die Südosteuropapolitik der Türkei

Nach dem Balkankrieg 1912 verlor das Osmanische Reich nahezu alle Gebiete in Südosteuropa. Damit wurde die Südosteuropapolitik von einem innenpolitischen zu einem außenpolitischen Politikfeld. Dabei war der Verlust der europäischen Besitzungen mehr als eine Hingabe eines kolonialen Hinterlandes. Die Balkanregion gehörte mit Westanatolien zum osmanischen Kernland, wurde sie doch bspw. mehr als 200 Jahre vor der heutigen Osttürkei erobert. Hier konnte sich das osmanische Steuer- und Verwaltungssystem vollständig entfalten und das Großreich institutionell etablieren. Kein Wunder, dass nahezu die gesamte osmanische Elite – bis hin zu den Gründungsvätern der Türkei – aus den europäischen Gebieten entstammte. Das osmanische Erbe hinterlässt bis heute seine Spuren. Durch eine damalige Konversationspolitik sind viele große muslimische Bevölkerungsgruppen entstanden. Bei einigen dieser Gesellschaften handelt es sich um ethnische Türken, die sowohl vom Mutterland Türkei als auch teilweise von den Mehrheitsgesellschaften so eingestuft werden. Trotz der großen historischen, kulturellen und zum Teil ethnischen Verbundenheit stand für die Türkei die Rückeroberung der ehemals osmanischen Gebiete in Südosteuropa nie zu der Debatte (Reinkowski 2016, S. 25). Obwohl der Balkan auch strategisch gesehen eine überlebenswichtige Bedeutung für die Türkei innehat.

4.1 Strategische Bedeutung der Balkan-Halbinsel

Durch ihre Lage zwischen Europa und dem Orient stand der Balkan stets im Augenmerk von globalen Akteuren. Die Dichte an umliegenden Regional- und Großmächten machte sie seit jeher zu einem Spannungsfeld für Kriege und Konflikte. Vor allem die blutigen und verlustreichen Kriege Anfang, Mitte und Ende des letzten Jahrhunderts, hinterlassen heute noch offene Wunden in der Region. Begrenzt durch das Schwarze Meer im Osten, das Mittelmeer im Süden, der Adria im Westen sowie der bis hinein nach Westeuropa ragenden Donau im Norden, macht die Halbinsel zu einem Verbindungselement über wichtige Weltregionen und Transitrouten. Da der Zugang nach Südosteuropa sowohl über See- als auch über Landwege möglich ist, hat die Halbinsel militärisch, aber auch kulturell geprägt. Im Laufe der Geschichte sind viele Imperien nach der Besetzung dieser geostrategisch wichtigen Region geradezu aufgeblüht. So stellt sie auch heute jeder Macht, die über sie herrscht, die potentielle Kontrolle ihrer Nachbarregionen in Aussicht (Göral 2013, S. 101). Allerdings bestimmen vor allem

im Westen hohe und schwer zugängliche Gebirgsketten den militärgeographischen Charakter des Balkanraums. Dabei handelt es sich mit „Balkan“ um einen türkischen Begriff, welcher ein waldreiches Gebirge beschreibt. Trotz einiger isolierter Tallandschaften fehlt es dem Balkan an zusammenfassenden Zentralräumen, die eine Kontrolle des Gesamtraums fast unmöglich machen. Die Gebietsnatur zwingt also alle lokalen und globalen Mächte zu einer dezentralen Stützpunktbildung (Mennel 1999, S. 30). Dies macht zwar vor allem den Westbalkan resistenter gegen eine fremde Gesamtkontrolle, dafür bildet es aber ein Konfliktfeld mit mehreren Brandherden. Denn anders als die Alpen die Apenninenhalbinsel oder die Pyrenäen die Iberische Halbinsel, können die südeuropäischen Gebirgsstöcke eine Intervention von außen weniger robust verhindern. Im östlichen Südosteuropa indes vereinfachen leichter zugängliche Beckenlandschaften externe Eingriffe. Während in der Vergangenheit eher Handelswege und fruchtbare Ebenen den Balkan für geopolitische Zwecke schmackhaft machten, so sind es heute Energie- und Migrationsströme, die ihre strategische Bedeutung für die Weltpolitik noch weiter hervorheben (Göral 2013, S. 101).

Die in sich geschlossenen Naturräume des Balkans führten ebenfalls dazu, dass sich Bevölkerungsgruppen voneinander isolierten und eigene Identitäts- und Kulturräume bildeten. Aus der unwegsamen Landschaft resultierten Kommunikationsdefizite, die eine gemeinsame Geisteshaltung – vor allem die Erkenntnis, gemeinsam gegen fremde Mächte vorzugehen – kaum möglich machten. So bildeten sich einerseits die Trennungslinien zwischen Katholiken, Orthodoxen und Muslimen in Südosteuropa und andererseits förderten die räumlichen Verhältnisse die Etablierung von nationalistischem Gedankengut. Dabei sind die politisch-territorialen Trennungslinien vor Ort weniger durchsichtig. Dies fördert wiederum Grenz-, Land- und Minderheitenkonflikte. Die ethnisch-religiöse Zersplitterung in Verbindung mit militärgeographischen Gegebenheiten machen den Balkanraum vor allem ab dem 19. Jhd. zu einem Kampf- und Konfliktfeld, in der auch Welt- und Großmächte um die strategische Oberhand streiten (Öksüz 2016, S. 13-14).

Vor allem das Russische Reich war es, welches nach dem Rückzug des Osmanischen Reichs die Balkanhalbinsel zu kontrollieren versuchte. Sowohl das zaristische als auch das bolschewistische Russland versuchten das strategische Ziel, einen Zugang zum Mittelmeer zu erlangen, durch die Ausbreitung in den Balkanraum zu verwirklichen. Eine Kontrolle des Balkans würde fremden Mächten eine Angriffsfläche mit Blick auf Russland entziehen und gleichzeitig Moskau ermöglichen, auf Süd- und Mitteleuropa, Anatolien sowie Nordafrika Druck aus-

zuüben. Zur nachhaltigen Verwirklichung seiner Ziele in der Region, förderte Moskau slawische und orthodoxe Verbundenheitsgefühle, um die Balkanvölker an sich zu binden. Österreich-Ungarn wiederum, welches nach der Gründung des Deutschen Reichs seine Ausbreitung nur noch gen Süden für möglich sah, konkurrierte mit dem Russischen Reich um die Vorherrschaft in Südosteuropa und versuchte dabei katholische Mitstreiter aus der slawischen Bevölkerung Südosteuropas zu mobilisieren. Die Einflussnahme der Großmächte auf die Balkanregion verlagerte die Konfliktfelder immer weiter in dieses Gebiet, welches die ethnisch-religiösen Differenzen noch weiter verfestigte. So war es eine Frage der Zeit, bis das „Pulverfass“ explodierte (Sander 2018, S. 17-18). Die verheerenden beiden Weltkriege konnten jedoch die Konfliktlinien in Südosteuropa nicht auflösen. In der Mitte des 20. Jhd. beginnenden bipolaren Machtverhältnisses fand sich der Balkanraum als Grenzgebiet zwischen Osten und Westen wieder. Südosteuropa wurde für die Sowjetunion das Tor zur Adria und somit zu den Weltmeeren und für die Westmächte das Gebiet, in der der Vormarsch des Kommunismus mit allen Mitteln zum Stoppen gebracht werden musste. Trotz intensiver Bemühungen scheiterte im nach dem I. Weltkrieg gegründeten Jugoslawien, aus den separaten Bevölkerungsgruppen des Westbalkans, eine Einheitsnation zu bilden. Am Ende des Kalten Krieges entflammten die ethnisch-kulturellen Unterschiede wieder neu. Die Zerwürfnisse der lokalen Bevölkerungsgruppen endeten in einem vernichtenden Bürgerkrieg, in der die Großmächte, vor allem die einzig verbliebene Weltmacht USA, nicht nur aus humanen, sondern auch aus geostrategischen Gründen intervenierte. So hat sich Moskau nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts und Jugoslawiens aus Südosteuropa militärisch weitgehend zurückgezogen und das Feld den USA überlassen, die nach dem Militärschlag gegen Serbien einen großen Luftwaffenstützpunkt im Kosova aufbauen und somit in diesem wichtigen geographischen Brückenkopf präsent werden konnte (Özgöker/Batı 2016, S. 32-33).

Die militärische Präsenz der USA sowie die Aufnahme der meisten südosteuropäischen Staaten in die NATO, haben zumindest zu keiner Beschleunigung einer Einflussnahme seitens Westeuropa bzw. der EU geführt. Dabei war die geopolitische und strategische Lage der Halbinsel annähernd bei jedem Krieg in Europa sowohl für die Angreifer als auch für die Verteidigungseinheiten von außerordentlicher Bedeutung. Die Integration Südosteuropas in die Strukturen Resteuropas ist vor allem für die Einheit und den Schutz des gesamten Kontinents essenziell. Zwar leitet die EU davon Maßnahmen ab, die Region stärker an sich zu binden und versucht dies durch politische und wirtschaftliche Einflussnahmen zu bekräftigen, doch blieb die vollständige Eingliederung bisher aus. Mit der Förderung der demokratischen und öko-

nomischen Entwicklung stuft sich Europa als naheliegendsten Bindungspartner herauf, doch zeigt sie selten den Willen, die Homogenität des gesamten Kontinents herzustellen (Kurt/Yaşar 2018, S. 440). Dabei war das Verhältnis zwischen Balkan und Kerneuropa auch in der Vergangenheit oft ambivalent. Während noch im Vorfeld des II. Weltkriegs Italien und Frankreich durch diverse Bündnisse mit lokalen Staaten versuchten, auf dem Balkan Fuß zu fassen und einen geostrategischen Vorteil zu erzwingen, kamen Deutschland und Großbritannien erst während des Kriegsverlaufs zum Zug. Dadurch, dass bis auf Griechenland ganz Südosteuropa unter kommunistischem Einfluss stand, ebbte das Interesse an der Region zunächst ab. Abgesehen von der strategischen Bedeutung der Halbinsel war die Sicht Europas auf die Region eher niederträchtig. Das zeigt sich bereits an der variablen Definition der nördlichen Grenze des Balkanraums. Denn da, wo der Balkan anfängt, beginnt auch der südöstliche – um nicht zu sagen orientalische – Kulturkreis. Die gängige und heute oft gebräuchliche Balkandefinition korreliert größtenteils mit dem osmanischen Europa. Dies führt oftmals zu einer gewissen Ausgrenzung der Balkanvölker von den anderen Völkern Europas. Die häufigen Kriege und Krisen in der Region, machen das Gebiet zum Inbild für Chaos und Barbarei, was auch durch die Kontamination mit orientalischen Elementen aus der osmanischen Zeit begründet wird (Çağ 2021, S. 19-20). Doch ungeachtet wohlmöglicher Ressentiments, sind erhöhte Gewaltbereitschaft, das Eskalieren von punktuellen Zwischenfällen und das Infragestellen des staatlichen Gewaltmonopols immer wieder beobachtbare Eigenschaften in Südosteuropa. Politische und gesellschaftliche Unstimmigkeiten können schnell in innenpolitische Gewalt umschlagen und die gesamte Region in eine Destabilisierung befördern. Dies macht den gesamten Balkanraum anfällig für externe Einflussnahmen, die gesteuert von Eigeninteressen die bereits zugespitzten Umstände noch weiter vorantreiben. Das einige auswärtige Akteure aus der Labilität des gesamten Balkanraums einen Eigennutz erzielen möchten, ruft wiederum andere Staaten auf den Plan, die aus Furcht vor einem bedrohlichen Lauffeuer ein Bedürfnis in einer sicheren und stabilen Ordnung in der Region haben. Das sich genau hier die diversen Einflusslinien kreuzen, macht Südosteuropa zu einem Spannungsfeld, was durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der damit verbundenen Machtverschiebungen noch weiter erkennbar gemacht hat. Es wird angenommen, dass Russland im Zuge dieser Konfrontation noch intensiver versuchen wird, Einfluss auf den Balkan auszuüben und hierfür den historischen Verbündeten Serbien dazu animieren wird, Zerwürfnisse innerhalb der westlichen Allianz zu schnüren. Zumindest wird Moskau versuchen, die geopolitischen Aktivitäten anderer Mächte auf dem Balkan zu beschneiden. Auch die EU hat kein anderes Hauptziel in der Region, als die Bestrebungen nicht-westlicher Mächte in die Schranken zu weisen. So hat

die russische Invasion dazu geführt, dass die EU – nachdem seit Jahren die Assoziationsstrategie ruhte – wieder die Beitrittsprozesse der Westbalkanstaaten beschleunigt hat (Herdegen/Schlie 2023, S. 16).

In der Vergangenheit zeigte sich die EU, zumindest militärisch während den Jugoslawienkriegen, eher als schwache Ordnungsmacht in der Region. Wirtschaftliche Anreize genügten nicht, um ältere machtpolitische Vorstellungen wie eines Großalbanien oder Großserbien weiter zurückzuhalten. Vor allem Bosnien und Nordmazedonien mit ihren großen serbischen bzw. albanischen Minderheiten, fühlen sich durch diese Konzepte territorial bedroht. Die nun durch den Ukrainekrieg hervorgerufene neue Bedrohungslage zwingt die EU, ihren geostrategischen Ordnungsanspruch stärker wahrzunehmen. So war es nicht überraschend, dass nun auch Bosnien-Herzegowina im Eiltempo zum Beitrittskandidaten erhoben wurde. Doch ist davon auszugehen, dass die EU eher unter amerikanischem Druck sich dazu hat bewegen lassen, rasch und mit wenig bürokratischem Aufwand diesen Schritt zu vollziehen. Die USA haben mit ihren Militärstützpunkten und als Teil von internationalen Friedensmissionen weiterhin ein großes Interesse in der Region. Dies ist nicht losgelöst vom Umstand zu betrachten, dass die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks entstandene Machtposition der USA als einzig verbliebene Weltmacht heute in Frage gestellt wird. Vor allem technologische und sicherheitspolitische Neuerungen begünstigen eine Entwicklung, in der sich die Vereinigten Staaten global und strategisch zurückziehen. Russland wiederum, bemüht sich geopolitisch wieder Boden gut zu machen, nachdem es mit Ende des Kalten Krieges große Machtverluste einbüßen musste. Dazu versucht es weiter aktiv auf der Halbinsel zu sein bzw. seine Handlungsfähigkeit zu steigern, ökonomische Vorteile zu sichern und den Einfluss der USA und der EU zurückzudrängen. Obwohl Moskau mit der Aggression gegenüber der Ukraine seinen Platz als gleichberechtigter Partner in der Staatenwelt aufs Spiel gesetzt hat, wird es als globaler Machtblock weiterhin eine große Rolle spielen. Bezogen auf Südosteuropa verursacht dies eine veränderte russische Haltung, in der zwar das politische Engagement reduziert, die diplomatischen Einflussbereiche minimiert, aber dafür die Unberechenbarkeit und Interventionsbereitschaft gestiegen ist. Dabei gehört die Hervorhebung der militärischen Ressourcen zu einer der prägendsten russischen Großmachtstrategien. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass Russland auch in Zukunft seine militärischen Machtmittel – zumindest als Drohpotential für das Erreichen der geopolitischen Ziele – nutzen wird (Herdegen/Schlie 2023, S. 11-14).

Dies macht den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine zu einem Faktor in der Transformation

des internationalen Systems, in der die Überlegenheit der USA schwindet und Chinas machtpolitscher Aufstieg nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch sicherheitspolitische Gefahr darstellt. Chinas Aufstieg zur Supermacht zeichnet sich bereits seit Jahrzehnten ab und äußert sich insbesondere im wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt und in der Entfaltung der militärischen Fähigkeiten. Das strategische Ziel Chinas ist der Aufstieg zur größten Volkswirtschaft, die zwangsläufig zu einer Neuorientierung im internationalen System führen soll. Dies soll die Staatenwelt in Bezug auf die Beziehungen zu China in allen Bereichen der Diplomatie, des globalen Handels und der Militärstrategie nachhaltig formen. Daher baut Peking seine weltweite Dominanz sukzessive weiter aus und konkurriert mit der westlichen Allianz in technologischen, wirtschaftspolitischen und militärstrategischen Sachfragen in den unterschiedlichen Weltregionen. Vor allem in Afrika, aber auch in anderen Teilen der Welt, treibt China Entwicklungsländer durch günstige Kredite und verlockende Wirtschaftshilfen und Infrastrukturprojekte in eine langfristige Abhängigkeit. Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts, so die Zielsetzung Pekings, soll Amerika der Rang der weltweiten Hegemonie abgekauft werden. So ist auch in Südosteuropa der Einfluss Chinas in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen (Herdegen/Schlie 2023, S. 24-28).

Vor allem im Westbalkan hat die russische und chinesische Machtpolitik, die politischen und ökonomischen Spielräume verändert. Russland nutzt in seiner Balkanpolitik nationalistische und prorussische Parteien sowie konservative und religiöse Kreise, insbesondere in Serbien und der Republik Srpska in Bosnien-Herzegowina. Dabei wird der orthodoxen Kirche eine besondere Rolle zuteil. Eine weitere bedeutende Komponente ist der Einsatz Russlands von Medieneinrichtungen. Des Weiteren versucht Russland seine für die Region lebensnotwendige Erdgaslieferungen für geopolitische Zwecke zu instrumentalisieren. China indes versucht vor allem, durch den Ausbau der geschäftlichen Beziehungen und Investitionen in Infrastrukturprojekte Fuß auf dem Balkan zu fassen. Mehrere Gipfeltreffen auf Ministerpräsidentenebene wurden als „17+1“-Initiative in eine Kooperation zusammengefasst und institutionalisiert. Dabei gelang es China, 17 mittel-, ost- und südosteuropäische Staaten für eine enge Zusammenarbeit besonders in Handel, Finanzwesen, Infrastrukturprojekte und Verkehrsverbindungen zu gewinnen. Die chinesischen Investitionen begünstigen den politischen, diplomatischen und medialen Einfluss Pekings auf die Balkanländer, welche jedoch im Gegensatz zu Moskau öffentlich für die EU-Mitgliedschaft der Westbalkanländer plädiert (Ajeti 2020, S. 3-7).

Ein weiterer wichtiger externer Akteur sind Saudi-Arabien und andere Golfstaaten wie Katar,

Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Vor allem Saudi-Arabien hat die muslimische Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina während der Jugoslawien-Kriege mit humanitären Hilfen unterstützt. Ferner sollen aber auch Gelder geflossen sein, um Kämpfer zu mobilisieren und illegale Waffentransporte zu organisieren. Das Engagement in Südosteuropa ließ vor allem beim mächtigsten Staat auf der arabischen Halbinsel – Saudi-Arabien – auch nach dem Krieg nicht nach. Anders als der Iran, der auf ähnliche Weise während der Jugoslawienkriege die Muslime mit Waffenschmuggel und inoffiziellen Kampfverbänden unterstützte, konnte Saudi-Arabien von den guten Beziehungen zur USA profitieren und Fuß fassen. Über verschiedene Kanäle versucht Riad, dass die nahezu staatstragende Ideologie des Wahhabismus sich auch im Balkan dauerhaft etabliert. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Moscheen, Koranschulen, Stiftungen und andere NGO's wie Begegnungsstätten gefördert und betrieben. Vor allem für Jugendliche aus den ärmlichen Bevölkerungsschichten sind diese Angebote vielversprechend. Die hohe Arbeitslosigkeit, korrupte und labile staatliche Strukturen, vereinfachen den Zugang der radikalen Akteure zu den jungen Menschen. Wahhabismus und Salafismus eröffnen jedoch den Eintritt zu noch radikaleren bis terroristischen Ideologien. Dass vor allem Kosovo und Bosnien-Herzegowina anfällig für die Rekrutierung von sogenannten foreign fighters sind, die in verschiedenen Kriegsregionen im Nahen Osten an Kampfhandlungen teilnehmen und dass sich viele Jugendliche dem Islamischen Staat (IS), der Al-Qaida und anderen Terrororganisationen angeschlossen haben, wird auch auf die religiösen Aktivitäten Saudi-Arabiens in der Region zurückgeführt (Petritsch 2018, S. 33-34). Seit einigen Jahren ist ein noch stärkeres machtpolitisches Interesse der arabischen Länder in der Balkanregion beobachtbar. Dieses geostrategische Interesse äußert sich auch hier insbesondere in wirtschaftlichen Einflussnahmen. Während Bosnien-Herzegowina hauptsächlich durch Investoren von Saudi-Arabien in den Fokus genommen wird, sind die Vereinigten Arabischen Emirate eher an Serbien interessiert. Die Investitionen werden vornehmlich im Verkehrswesen und in der Rüstungsindustrie getätigt. Dass die arabischen Staaten besonders diese strategischen Wirtschaftszweige im Blick haben, zeigt, dass die Wirtschaftsinteressen mit machtpolitischen Zielsetzungen korrelieren. Falls diese wirtschaftspolitischen Instrumente, die sich neben Investitionen auch in günstigen Darlehen äußern, eine nachhaltige Effektivität zeigen, kann dies unter Berücksichtigung diverser Allianzen zu weiteren Machtverschiebungen im Südosteuropa führen und die dortigen Staaten noch weiter von Resteuropa abschneiden (Herdegen/Schlie 2023, S. 23-24).

4.2 Geopolitik auf dem Balkan

Das stets vorhandene Gezerre auf dem Balkan zwischen globalen und regionalen Mächten ruft den Neorealismus auf den Plan. Sowohl in der multipolaren Welt vor dem II. Weltkrieg, des bipolaren Systems während des Kalten Krieges als auch in der monopolaren Staatenstruktur nach der Wende, machte die externe Einflusspolitik fremder Mächte nie Halt in der Region. Auch heute, in der die einzig verbliebene Weltmacht USA, dessen Status aber spätestens im Irakkrieg selbst durch befreundete Staaten in Frage gestellt und dessen Geltungsgrenzen durch Rivalen wie China ausgetestet wird, macht die Balkanhalbinsel zu einem Schauplatz internationaler Machtpolitik (Göral 2013, S. 102). Für die externen Supermächte USA und China ist Südosteuropa für die Kontrolle wichtiger interkontinentaler Transitrouten und der Machtbegrenzung regionaler Großmächte wie Russland, EU und der Türkei unverzichtbar. Russland, welches sowohl sprachliche als auch religiöse Verbindungen zu den meisten Balkanvölkern vorweisen kann, möchte als Hauptziel den Einfluss anderer Akteure in der Region merklich beschränken. Die EU sieht die Balkanhalbinsel als unerlässlich für ihre Sicherheitsstruktur an und macht sie zu einem Puffer gegenüber regionalen und teilweise globalen Bestrebungen Chinas, Russlands und der Türkei. Wie in der Vergangenheit auch, so ist in der heutigen Weltordnung der Balkan einer der relevantesten Schauplätze für eine verdichtete Machtpolitik und beeinflusst das internationale System gleichermaßen in einer Wechselwirkung. So wird die Balkanpolitik für jeden einzelnen Machtpol zu einem Selbstzweck, in dem den Rivalen möglichst wenig Spielraum geboten werden soll. Dies gilt auch für die Türkei, die darüber hinaus jedoch an die Balkanregion angrenzt, ihr mitunter sogar angehört. So sind die sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen der Türkei in Südosteuropa von essenzieller Natur, was sie in ihren Motivationen von der einen oder anderen Großmacht unterscheidet.

Der Balkanraum stellt nicht nur ein Verbindungsorgan nach Europa dar, sondern wertet sie bezogen auf die fundamentale Bedeutsamkeit Istanbuls, dem Bosporus den und Dardanellen – welches sie umschließt – für das gesamte Land auf. Sie macht die Region zu einem geopolitischen Verteidigungswall zu anderen Großmächten und Nachbarstaaten. Doch was eine Verteidigungslinie ist, kann auch als Einfallstor nach außen gesehen werden. Durch Südosteuropa verlaufen die kürzesten und somit wirtschaftlichsten Transitrouten nach Europa. Vor allem die Land- und Luftverkehrswege, teilweise aber auch der Wasserverkehr, stellen die Balkanhalbinsel als Brücke für die Türkei dar und machen wiederum das Land selbst zu einer belangvol-

leren und globaleren Brücke zwischen Asien, Afrika und Europa. Die elementare ökonomische Bedeutung des wohlhabenden Europas für die Türkei, macht das Land abhängig von einer stabilen und sicheren Struktur in ihrer nordöstlichen Peripherie. So war es nicht anders zu erwarten, dass die Türkei vor und nach dem II. Weltkrieg versuchte, mit den Balkanstaaten zu kooperieren und eine hegemoniale Stellung einer externen Großmacht zu beschneiden. Während des Kalten Kriegs und der dominanten Rolle der Sowjetunion in der Region, verfolgte die Türkei größtenteils eine partnerschaftliche Politik mit ihren Bündnispartnern, versuchte aber auch jede Eskalation zu vermeiden.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks kam es zunächst nicht zu einer wesentlichen Verschiebung in der türkischen Außenpolitikstrategie. Immer noch war die Friedenswahrung in der Region Hauptziel der türkischen Außenpolitik. Doch die geopolitischen Gegebenheiten bezüglich der Türkei sowie des Balkanraums, verleiteten die Türkei geradezu zu einer regionalen Machtpolitik. Daher zeigten sich bereits unmittelbar erste Tendenzen einer aktiveren Politik gegenüber den ehemaligen Sowjetstaaten in Zentralasien und den Staaten auf dem Balkan. Während die Türkei zu den zentralasiatischen Ländern ethnisch-kulturelle, sprachliche und religiöse Verbindungen vorweisen konnte, sollten ihr in Südosteuropa historisch-kulturelle Gemeinsamkeiten den Weg ebnen. Diese Verbundenheitsgefühle sollten für die Türkei einen Wettbewerbsvorteil darstellen und waren auch für die transatlantische Sicherheitspolitik von Bedeutung. Bereits in der Auflösungsphase des Ostblocks kam es zu ersten Vorwürfen, dass Ankara eine Neo-Osmanische Politik betreiben würde, was den Spielraum der türkischen Akteure früh eingrenzte (Dursun-Özkanca 2023, S. 63-64). Kurz nach der Auflösung des Warschauer Pakts kam es zu den ersten ethnisch-religiösen Konflikten in Jugoslawien.

Der Zerfall des Ostblocks hinterließ ein Machtvakuum auf der geopolitischen Landkarte Südosteuropas. Die neue Sicherheitsstrategie Moskaus war, dass die osteuropäische Staatenwelt als eine Art neutraler Puffer zwischen NATO und der Sowjetunion fungieren sollte. Auf der anderen Seite hatten die westlichen Staaten die Sorge, dass kommunistische und nationalistische Kräfte einen russischen Revanchismus in Osteuropa anregen könnten. Daher drang die USA auf eine rasche Aufnahme der ehemaligen Ostblock-Staaten in die NATO, um eventuelle russische Dominanzbestrebungen in der Region zu unterbinden. In den Jahren danach kam es zu einer NATO- und EU-Osterweiterung, die zur Stärkung des westlichen Einflusses in Ost- und Südosteuropa führte, während gleichzeitig der russische Einfluss immer weiter abnahm

(Gvodsdev/Marsh 2014, S. 207-210).

Diese neue internationale Machtstruktur hatte noch vor den Jugoslawienkriegen erhebliches Gewicht in der Balkanregion – vor allem im Innenleben Jugoslawiens. Während Serben die Konzeption Jugoslawiens als Unangemessen in Relation zum serbischen Gewicht im Vielvölkerstaat empfanden und eine stärkere Zentralisierung unter der Führung Belgrads forderten, strebten vor allem Slowenen und Kroaten neben der Demokratisierung auch mehr Kompetenzgewinn innerhalb der föderalen Struktur an. Unter den diversen Volksgruppen entflammten nationalistische Tendenzen, die bald darauf vor allem in Kroatien zu blutigen Zusammenstößen zwischen den diversen Volksgruppen, Territorialkräften und der zentralen Volksarmee Jugoslawiens führten. Diese nun festgewachsene Konfliktstruktur mit Gewaltanwendung, sollte sukzessive Unabhängigkeitsbestrebungen, insbesondere bei Kroaten und Slowenen, entwickeln. Als diese dann 1991 – trotz einer ablehnenden Haltung mehrere EG-Mitglieder – ihre Selbstständigkeit erklärten, begann die Reihe der verheerenden, langanhaltenden und blutigen Jugoslawienkriege. Obwohl es dabei zu gegenseitig verübten Massakern kam, hielten sich die USA zunächst noch weitgehend aus dem Konflikt zurück. Die EG war indes gespalten. Einige EG-Staaten, darunter auch Deutschland und Österreich, unterstützen die Unabhängigkeit der slowenischen und kroatischen Teilrepublik, wiederum andere EG-Staaten fürchteten, dass der sowjetische Reformprozess unter der Sezession ungünstig beeinflusst werden könnte. Moskau selbst mahnte den Zerfall Jugoslawiens an, ohne jedoch in den Konflikt aktiv einzugreifen. Nach dem Ausscheiden Sloweniens, Kroatiens und Mazedoniens wollten die Muslime und Kroaten in Bosnien-Herzegowina nicht mehr im serbisch dominierten Rest-Jugoslawien verbleiben. Um einer Unabhängigkeit zuvorzukommen, eröffneten serbische Kräfte das Feuer und der Bosnienkrieg brach aus. Berichte von Gräueltaten serbischer Milizen gegenüber Muslimen führte dazu, dass der UN-Sicherheitsrat die NATO für Luftschläge auf serbische Militäreinrichtungen autorisierte. Durch Luftangriffe der NATO konnte der Bosnienkrieg beendet und der Friedensprozess gestartet werden. Es entstand ein unabhängiges Bosnien-Herzegowina mit zwei Entitäten: der kroatisch-muslimisch geprägten Bosnischen Föderation und der serbisch dominierten Republik Srpska (Faulstroh 2015, S. 186-241).

Bereits mit den ersten Kampfhandlungen zeigte sich die Türkei auf Seiten der muslimischen Bevölkerung Jugoslawiens. Als vor allem Gräueltaten gegenüber den Muslimen publik wurden, forderte Ankara in internationalen Gremien wie UN, NATO und Europarat, die Weltgemeinschaft zur Intervention auf. Zwar zeigte sich die Türkei bereit, mit entsprechendem

UN-Mandat in die Kriegsgeschehnisse einzugreifen, vermied aber von Anfang an jegliche Alleingänge. Als letztendlich die NATO von der UN ermächtigt wurde, in Bosnien zu intervenieren, stellte die Türkei 17 Kampfflugzeuge zur Verfügung und öffnete ihre Militärbasen in der Marmara-Region für andere NATO-Einheiten (Ercan/Pektaş 2018, S. 164). Später beteiligten sich die türkischen Streitkräfte an den diversen Friedenstruppen der Vereinigten Nationen. Nach dem Ende des Bosnienkriegs versuchte die Türkei auch ihre Beziehungen zum serbisch dominierten Restjugoslawien zu verbessern. Diese wurden nach Kampfhandlungen zwischen Serben und Albanern im Kosovo jedoch kurze Zeit später wieder auf die Probe gestellt (Karadağ 2019, S. 3-4). Als ähnlich wie im Bosnienkrieg, Massaker an Muslimen durch serbische Truppen öffentlich wurden, protestierte die Türkei abermals. Diesmal ohne UN-Mandat, aber mit heftiger Kritik Russlands, begann die NATO im März 1999 eine Militäroperation und schlug die serbischen Militäreinheiten zurück. Die multinationale Streitmacht Kosovo Force (KFOR), an der sich auch die Türkei beteiligte, besetzte unter der Obhut der NATO den Kosovo. Dieser Akt war für die USA von strategischer Bedeutung, denn kurz nach der Besetzung durch die KFOR baute das US-Militär einen eigenen Stützpunkt auf. Für Russland stellte der Kosovo-Konflikt eine herbe Niederlage dar. An dieser im Kalten Krieg undenkbaren Militäraktion beteiligten sich darüber hinaus einige ehemalige Ostblockstaaten, die den schwindenden Einfluss Russlands in Ost- und Südosteuropa aufzeigte (Faulstroh 2015, S. 255-261). Obschon sich die Türkei für die muslimischen Bosniaken und der Albaner während der Jugoslawienkriege solidarisch zeigte, sie verbal in internationalen Gremien unterstützte, sich an Friedensmissionen beteiligte, war gleichermaßen zu erkennen, dass sie selbst bei den regulären Friedenskräften keine übergeordnete Rolle annahm und rhetorisch keine Eskalationen mit Restjugoslawien und Russland provozierte. Immer noch war es die Leitlinie der türkischen Außenpolitik, Probleme einzudämmen, ökonomisch und sicherheitspolitisch auf Stabilität zu setzten.

4.3 Türkischer Einfluss in Südosteuropa

Die steigende, aber noch zögerliche Balkanpolitik der Türkei in den 1990er Jahren, bekam in den 2000er Jahren frischen Aufwind. Die Intervention der USA in den Irak nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, lenkte den sicherheitspolitischen Blick der Türkei wieder verstärkt in den Nahen Osten. Damit sollte der Balkan keineswegs vernachlässigt werden, sondern im Gegenteil, durch eine friedensfördernde Politik die andere wichtige Nachbarregi-

on des Landes weitgehend von Konflikten ferngehalten werden. Mit dem Regierungsantritt der AKP und der neuen Außenpolitikkonzeption Davutoğlus, bekamen diese friedensfördernden Maßnahmen einen Namen. Mit einer „Null-Probleme-Politik“ zwischen den Akteuren in einer Region, sollte der politische und wirtschaftliche Aufschwung in die Gänge gebracht werden. Den Anfang machten die auf Initiative der Türkei zwischen Bosnien-Herzegowina und Kroatien sowie zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien gebildeten „Runden Tische“. Vorausgegangen war ein von der EU und den USA initiiertes Gipfeltreffen in der bosnischen Stadt Butmir. Die europäischen und amerikanischen Gastgeber beabsichtigten, den Kurs des Landes in Richtung euroatlantischer Strukturen zu fördern. Trotz Interessenbekunden aus Ankara, wurde der Türkei die Teilnahme verwehrt. Nachdem es in Butmir zu keinem Durchbruch kam und die Verhandlungen scheiterten, ergriff die Türkei die Initiative – ohne Absprache mit der EU und der NATO – und lud auf höchster politischer Ebene zu den Runden Tischen ein. In einer abschließenden Erklärung in Istanbul 2010 bekräftigten die drei Länder ihre Bereitschaft, alles Notwendige zu tun, um Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Region zu festigen. Diese Unternehmungen sollten nicht nur die trilateralen Beziehungen verbessern, sondern sollten eine Blaupause für Problemlösungen im Spannungsfeld Balkan sein. Einem serbischen Diplomaten zufolge, war die Istanbul-Erklärung ein Schlag ins Gesicht für die EU. Serbien gab damit der Türkei grünes Licht für nachfolgende Aktivitäten in der Region. Weitere Vermittlungsversuche folgten beispielsweise im Namensstreit zwischen Griechenland und der damaligen Republik Mazedonien. Mit dieser proaktiven Außenpolitik machte die Türkei als Vermittlungsland von sich reden. Durch diese Treffen zwischen ehemaligen verfeindeten Lagern sollte ein Beitrag für die regionale Stabilität geleistet werden. Ebenso nahm die Türkei eine aktivere Rolle im Regionalen Kooperationsrat (Südosteuropas) an und regte auch die anderen 13 Mitglieder des Gremiums zur Stärkung dieser Institution an, dessen Ziel die Friedens- und Wohlstandsförderung in der Region ist. Das Motto der türkischen Amtszeit (2009-2010) war vielsagend: „Von der gemeinsamen Vergangenheit zur gemeinsamen Zukunft“ (Dursun-Özkanca 2023, S. 69-73). Laut türkischem Außenministerium fußt die türkische Balkanpolitik auf vier Säulen: einem hochrangigen politischen Dialog, Sicherheit für alle, maximale wirtschaftliche Integration und die Aufrechterhaltung der multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Gegebenheiten. Diese Herangehensweise der Türkei wird mitunter als eine Prophylaxe gesehen, in der bei einer Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse zu Ungunsten der USA, der Balkanraum von keiner anderen Macht (wie etwa Russland) hegemonial beherrscht werden soll (Göral 2013, S. 111). Doch auch innerhalb eines Landes versucht die Türkei als Konfliktmanager die Befriedung der Re-

gion voranzutreiben. Ankara vermittelte bspw. in einem langanhaltenden Streit zwischen den muslimischen Vertretern in der serbischen Region Sandžak, die sich teilweise an dem muslimischen Oberhaupt Serbiens in Belgrad und teilweise an Sarajevo orientierten. Bemerkenswert ist, dass die Türkei zunächst auf politische Dialoge setzte und dann, nachdem diese gescheitert waren, auch wirtschaftliche Druckmittel einsetzte. So machte die Türkei die Baufinanzierung des Flughafens Sandžak von der Vereinigung der dortigen Muslime zu einer Gemeinschaft abhängig (Petrovic 2013, S. 117-118).

Auf der anderen Seite kommt in der Davutoğlu-These selbst ein Machtaufbau-Gedanke zum Tragen. Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Gewicht der Türkei im internationalen System sei abhängig vom Einfluss und der Leistungsfähigkeit des Landes in seinen Nachbarregionen. Darin ist die Richtung dieser Politik vorgegeben. Dem großflächigen Einfluss anderer Akteure soll entgegengetreten und die ökonomischen und sicherheitspolitischen Eigeninteressen bestärkt werden. Gemäß dieser Doktrin hat die Türkei in letzter Zeit die strategische Bedeutung der Balkanhalbinsel und ihre Balkanpolitik hervorgehoben. Die Mittel, die die Türkei dabei bedient, sind als Soft Power-Potentiale anzusehen. Dabei ist auch die Fähigkeit, eigene Ziele durch Attraktivität und gutes Image zu erreichen, ein Baustein des Soft Power-Gedankens. In der Tat hat die Regierung Erdoğans unter Verwendung des reichhaltigen historisch-kulturellen Erbes aus der osmanischen Herrschaft über den Balkan, mehrere diplomatische Schritte in der Region unternommen, die allesamt die machtpolitische Lage der Türkei stärken sollen. Oft versucht die Türkei dabei, eine integrative Rolle im Prozess der ethnischen Versöhnung einzunehmen und eine Friedenskonsolidierung zwischen den zerrissenen Volksgruppen anzuregen. Mit einer Politik, die vor Ort stattfindet und mutig experimentiert, hat sich die Türkei den Status einer Soft Power erarbeitet. Eine Soft Power, die aus dem Betrachtungswinkel der mittelmächtigen Balkanstaaten durchaus als regionale Großmacht angesehen werden kann. Mit einer Gesamtbevölkerung von ca. 85 Millionen, einer Fläche von nahezu 800.000 km^2, überragt die Türkei alle anderen Balkanländer. Auch wirtschaftlich gehört das G20-Mitglied zu den 20 größten Volkswirtschaften und ist eines der weltweit führenden Hersteller von Textilien, Baumaterialien, Haushaltsgeräten, aber auch Kraftfahrzeugen und Maschinen. Landwirtschaftlich ist es sogar bei vielen Erzeugnissen der weltweit größte Produzent. Militärisch gesehen hat sie mit ungefähr 400.000 aktiven Soldaten und umfangreichen konventionellen Waffensystemen ernstzunehmende Fähigkeiten. Nach Definition von Kenneth Waltz trifft damit für die Türkei der Status einer Großmacht zu. Doch auch eine qualitative Definition, wonach eine Großmacht ein Staat ist, welcher in der Lage ist, die Politikge-

staltung im internationalen System zu beeinflussen, würde die Türkei zumindest in Bezug auf den Balkan als Großmacht erscheinen lassen (Brljavac 2011, S. 83-84).

Neben den politischen Zielen bringt sich die Türkei wirtschaftlich immer stärker in den Balkanraum ein. Die Türkei ist für Griechenland, Rumänien und Bulgarien jeweils der fünftgrößte Exportpartner. Das Handelsvolumen der Türkei mit den Westbalkanländern hat sich von 3 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf über 16 Mrd. Euro in 2016 hin deutlich gesteigert. Im Jahr 2009 betrug der Gesamtwert der direkten Auslandsinvestitionen der Türkei auf dem Balkan etwa 4,6 Milliarden Dollar. Den überwiegenden Teil dieser Investitionen konnten Kroatien, Rumänien und Bosnien für sich beanspruchen. Türkische Finanzinstitutionen sind zunehmend auf den Märkten des Balkans vertreten. Die größten türkischen Banken, wie die TEB, die İşbank, die Ziraatbank und die Halkbank, haben in letzter Zeit Finanzinstitute in diversen Balkanländern übernommen. Ferner vergeben türkische Banken Kredite für Infrastrukturprojekte. Im Energiebereich zeigt sich das Land verstärkt im Ausbau von Erdgaspipelines. Ein besonderes Augenmerk liegt auch dem Flugverkehr. Hier baut und betreibt die Türkei nicht nur Flughäfen, sondern beteiligt sich über ihr Staatsunternehmen Turkish Airlines an diversen Fluggesellschaften. Mittlerweile wird Turkish Airlines als eigenständige Soft Power-Komponente angesehen (Dursun-Özkanca 2023, S. 66). Diese jüngsten und steigenden wirtschaftlichen Kooperationen der Türkei mit den Balkanländern erhöhen ihre Chancen, eine dominante Macht in dieser strategisch wichtigen Region zu werden. Viele Balkanstaaten haben eine stark beschädigte wirtschaftliche Infrastruktur und ein instabiles politisches Umfeld, was die mutigen Investitionen der Türkei zu einem wichtigen Faktor für ihre wachsende Einflussnahme macht. Diese Situation bietet der Türkei eine einmalige Gelegenheit, die Führung in der Balkanpolitik zu übernehmen (Brljavac 2011, S. 85). Ein anschauliches Beispiel für diese Entwicklung ist, dass jeder hochrangige diplomatische Gipfel türkischer Staatsbeamter in der Region von einer Delegation türkischer Geschäftsleute begleitet wird. Diese Unternehmungen zielen darauf ab, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der umliegenden Region zu stärken. Kirişci (2009) betont, dass die Türkei sich zu einem „Handelsstaat" entwickelt hat, die ihre nationalen Interessen nicht mehr allein aus der Brille der Sicherheitspolitik betrachtet. Ein hochrangiger türkischer Diplomat wies auf den neo-osmanisch geprägten Ton im neuen außenpolitischen Ansatz der Türkei hin und bemerkte, dass türkische Geschäftsleute heute als die „neuen Janitscharen" auf dem Balkan fungieren. Während die Westbalkanländer noch darauf warteten, in die EU aufgenommen zu werden, gewährte die Türkei ihnen einen privilegierten Zugang von Waren aus der Region, führte ein visumfreies Reiseregime für alle

Balkanländer ein und unterzeichnete mit allen Balkanstaaten Freihandelsabkommen. Den türkischen Entscheidungsträgern ist bewusst, dass die Balkanroute die Transportkosten senkt – jedes Jahr passieren rund 150.000 türkische Lastwagen den Balkan – und einen starken Anreiz bietet, das Handelsvolumen zu steigern sowie den wirtschaftlichen Aspekt der Beziehungen wiederzubeleben. Einem hochrangigen türkischen Diplomaten zufolge, möchte die Türkei ihre wirtschaftliche Einflussnahme in der Region ausbauen, noch bevor die Westbalkanstaaten der EU beitreten. Ein Wissenschaftler aus dem Kosovo stimmt dem zu und erklärt, dass Ankara beabsichtigt, zunächst in die Volkswirtschaften des Westbalkans vorzudringen, um dann anschließend türkische Produkte auf den EU-Märkten zu vertreiben, sobald diese Staaten in die EU aufgenommen wurden. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass, wenn die Westbalkanländer noch vor der Türkei EU-Mitglieder werden, es schwierig für die Türkei wird, mit den EU-Staaten zu konkurrieren und engere wirtschaftliche Beziehungen zum Balkan aufzubauen (Dursun-Özkanca 2023, S. 73-76).

Darüber hinaus hat die Türkei, gestützt auf ihr reichhaltiges osmanisches Erbe, traditionell enge kulturelle und historische Verknüpfungen zu den Staaten der Balkanregion. Seit der post-osmanischen Ära sieht die Türkei die Balkanländer als ihre engsten Verbündeten an, was auf die dynamischen historischen und soziokulturellen Beziehungen zu den dortigen Bevölkerungsgruppen zurückzuführen ist. Das türkische Außenministerium fasste ihre grundlegende Politik gegenüber Südosteuropa wie folgt zusammen: Aufbau von Beziehungen auf höchstem Niveau; Förderung von Frieden und Stabilität sowie Beibehaltung offener Verkehrsverbindungen der Türkei zu West- und Mitteleuropa. Gestützt auf diese intensiven historischen und kulturellen Verbindungen sowie ihr umfassendes Verständnis des sozio-politischen Kontextes, kann die Türkei ihre Rolle als konstruktiver Vermittler noch weiter ausbauen. Djukic-Dejanovic betont (nach Bozkurt 2010) die herausragende Rolle der türkischen Diplomaten auf dem Balkan und stellt fest, dass das türkische außenpolitische Establishment in der Lage ist, die häufig komplexe Situation Serbiens und seiner Nachbarn deutlich besser zu erfassen als andere Akteure. In der Tat kann die Türkei ihr weitreichendes kulturelles Kapital nutzen, um ihre Außenpolitik in der Region voranzutreiben. Dazu gehören auch die Restaurationen unzähliger historischer Bauwerke und Denkmäler, wie z.B. der Wiederaufbau der Mehmed Paša Sokolović-Brücke in der Stadt Višegrad über den Fluss Drina in Ostbosnien. Besonders wichtig ist der Neubau von Moscheen. Wurden in den 1990er Jahren gemeinsame Moscheeprojekte mit arabischen Staaten verwirklicht, so baut die Türkei heutzutage die Gotteshäuser in Eigenregie und hat bereits Zahlreiche errichtet. Hier zeigt sich, dass Ankara einerseits den

Einfluss anderer Staaten aus Nahost eindämmen möchte und andererseits einer eventuellen Radikalisierung der muslimischen Mehrheitsbevölkerung entgegentreten will (Brljavac 2011, S. 85-86). Das türkische Engagement in Religionsfragen wird von den Regierungen der Balkanstaaten im Vergleich zu dem arabischen und iranischen Einfluss als wohlwollender aufgenommen, da die Türkei vergleichsweise mit einem moderateren Religionsverständnis auftritt (Dursun-Özkanca 2023, S. 66). Ferner existieren von der Türkei finanzierte Universitäten in der Region und zahlreiche Grund- und weiterführende Schulen, die durch mehrere Kooperations- und Austauschprogramme die Völkerverständigung fördern sollen. Ein weiteres wesentliches Betätigungsfeld türkischer Akteure ist die Medienlandschaft. Das türkische Staatsfernsehen TRT und ein Ableger der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu betreiben Nachrichtenbüros in der Region und senden u.a. in Bosnisch-Kroatisch-Serbisch. Durch die zahlreichen türkischen Fernsehserien sollen ferner die kulturellen Gemeinsamkeiten der Balkanvölker mit Menschen in der Türkei zum Ausdruck gebracht werden (Petrovic 2013, S. 115-116).

Diese wirtschaftlichen und kulturellen Instrumente der türkischen Balkanpolitik beschleunigten sich Ende der 2000er Jahre. Dies kann nicht nur durch den Amtsantritt Davutoğlus als Außenminister erklärt werden, sondern auch durch die in die Ferne gerückten Beitrittsperspektiven der Türkei in die EU. Angesichts der Tatsache, dass die Türkei das Land mit der längsten Beitrittsgeschichte zur EU darstellt, ist es kaum verwunderlich, dass sie nach dem äußerst ernüchternden Stillstand in den Beitrittsverhandlungen neue Akzente und Ausrichtungen in ihrer Außenpolitik gesetzt hat. Die Europäische Union hat ebenfalls durch ihre langwierige Hinhaltetaktik bezüglich der Mitgliedschaft der Balkanstaaten den Raum geschaffen, der die Türkei in ihren Bestrebungen zur verstärkten Einflussnahme verleitet hat (Petrovic 2013, S. 101). Unter anderem durch diese zögerliche Politik der EU konnte die Türkei sich als bedeutende Regionalmacht positionieren und eine aktive Politik entfalten, die ihr Potenzial zur Großmacht sichtbar macht. Durch diplomatische Initiativen und wirtschaftliche Engagements hat sie sich als unverzichtbarer Akteur im Kontext der EU-Integration etabliert. John Feffer (2010) betont, dass die EU und die Türkei in einem Wettbewerb um Einfluss in der Region stehen, und dass die Aussichten auf einen EU-Beitritt der Türkei erheblich von diesem Wettbewerb abhängen. So könnte eines der Motivationen der proaktiven türkischen Außenpolitik im westlichen Balkan sein, die EU dazu zu bringen, sich mit der Frage ihrer Mitgliedschaft auseinanderzusetzen, trotz der Vorbehalte einzelner EU-Staaten. Diese Entwicklungen werden die geopolitische Landschaft im Balkan nachhaltig prägen und die Machtverhältnisse in der

Region neu definieren. Insbesondere die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen sich besorgt über die zunehmend aktive und gut sichtbare Rolle der Türkei in der Politik und Wirtschaft der westlichen Balkanregion. Diese sehen die proaktive türkische Außenpolitik als Bedrohung für die eigene Einflussnahme in der Region, insbesondere angesichts der historischen Schwächen der EU bei der Krisenbewältigung, wie während der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre. In den letzten Jahren hat die EU an Glaubwürdigkeit verloren, was ihre Fähigkeit betrifft, als stabilisierender Akteur in der Nachbarschaft zu fungieren. Die Türkei hingegen hat ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Balkanstaaten intensiviert, was die europäische Antwort herausfordert. Die zentrale Frage bleibt, ob die EU in der Lage ist, die komplexen Probleme der Region erfolgreich anzugehen oder ob sie dadurch an Einfluss und Glaubwürdigkeit verlieren wird. Die EU steht vor der Herausforderung, ihre Rolle als führender Akteur im westlichen Balkan zu behaupten, während gleichzeitig die Türkei ihre Ambitionen weiter verfolgt. Der Ausgang dieser geopolitischen Rivalität könnte entscheidend für die Stabilität und Entwicklung der Region sein (Brljavac 2011, S. 87-88).

Doch das türkische Engagement in Südosteuropa hat auch seine Tücken. Vor allem in den Anfangsjahren der Außenpolitik Davutoğlus wurden Vorbehalte, insbesondere von Stimmen aus den nicht-muslimischen Gesellschaften, laut. Allen voran eine Rede Davutoğlus in Sarajevo 2009 stärkte das Misstrauen an den neuen Vorstößen der Türkei. Davutoğlus Äußerungen zum Aufstieg der Osmanen zur Weltmacht nach ihren Erfolgen im Balkan und das Ziel der türkischen Außenpolitik, dies im Verbund mit dem Balkan, dem Kaukasus und dem Nahen Osten zu wiederholen, kamen selbst in Bosnien-Herzegowina nicht gut an. Es kam der Vorwurf auf, dass die türkischen Politiker – diesmal nicht mit Hard Power sondern Soft Power – von der Wiederbelebung des Osmanischen Reiches träumten und dafür einen Keil zwischen die muslimischen und nicht-muslimischen Bevölkerungsgruppen treiben wollten (Bechev 2023, S. 293). Dieser rhetorische und emotionale Neo-Osmanismus wurde auch in der Türkei aufgegriffen. So mahnte Birgül Demirtaş die Entscheidungsträger in der Türkei an, nicht den Eindruck eines Neo-Osmanentums in ihren Beziehungen zu erwecken (Petrovic 2013, S. 110). Tatsächlich stellte sich die türkische Balkanpolitik in dieser Phase – trotz der Prämisse umfassend für Frieden und Wohlstand sorgen zu wollen – eher zugunsten der Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung als einseitig dar. In Bosnien-Herzegowina etwa zeigte sich die Unterstützung der Türkei als subjektiv, insbesondere im Kontext der Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. Nach dem Dayton-Friedensabkommen von 1995 ist das Land weiterhin in zwei Entitäten aufgeteilt, was die nationale Einheit ohnehin erschwert.

Die bosnischen Serben und Kroaten empfinden die türkische Unterstützung der bosnischen Muslime als Bedrohung ihrer eigenen Interessen. Dies führt dazu, dass sie sich eher an Serbien oder Kroatien orientieren, anstatt die staatliche Einheit Bosnien-Herzegowinas zu fördern. Besonders kritisch ist die Situation der bosnischen Kroaten, die Bestrebungen zeigen, sich von der muslimisch-kroatischen Entität zu lösen und eine eigene kroatische Entität zu bilden. Solche Tendenzen könnten die bestehende Fragilität des bosnischen Staates weiter destabilisieren und dessen Legitimität in Frage stellen (Petrovic 2013, S. 119-120).

Eine Destabilisierung Bosniens kann und konnte aber auch die Türkei nicht wollen, so dass die Türkei nach der Ära Davutoğlus, auch in Verbindung mit der neuen regionalen Sicherheitslage und innenpolitischen Machtverhältnissen, wieder in eine pragmatischere Politik übergegangen ist. Zwar vernachlässigt die Türkei von da an und bis heute nicht die Bedeutung von Geschichte und Kultur, weil dadurch Interessengruppen vor Ort bedient werden können und diese wiederum dann als lokale Partner der Türkei eine Nachfrage bilden, die empfänglich für die Soft Power-Politik der Türkei sind und bereitwillig deren Rolle als diplomatischen Partner und Beschützer anerkennen. Doch werden diese identitären und emotionalen Faktoren vom außenpolitischen Realismus übertrumpft. Die sicherheitspolitischen Gegebenheiten, vor allem der Ukrainekrieg, erinnerten die Türkei daran, dass der Balkan in erster Linie ein physischer Raum zwischen der Türkei und Europa ist, die eine Passage, aber auch Verbindung darstellt. So kann bspw. Serbien nicht unbeachtet für die Türkei bleiben. Hüseyin Bağcı zieht eine Parallele zur Eisenbahnlinie Berlin-Belgrad-Bagdad, ein nicht-realisiertes historisches Projekt aus dem 20. Jahrhundert, der die strategische und zentrale Lage Serbiens auf der Balkanhalbinsel verdeutlichen soll (Vuksanović/Hercigonja 2023, S. 11). Auch möchte Ankara es vermeiden, dass das wirtschaftlich wieder solide Griechenland erneut einflussreich in Belgrad wird. Im Fokus der immer wieder aufflammenden Streitigkeiten mit Griechenland wäre die größte potentielle Bedrohung für die Türkei auf dem Balkan, die Bildung einer anti-türkischen Koalition zwischen Athen, Sofia und Belgrad. Daher ist er nicht verwunderlich, dass sich die Türkei aufgrund ihrer geostrategischen und geoökonomischen Interessen nicht bedingungslos auf die Seite Bosnien-Herzegowinas schlagen kann – auch wenn jede türkische Annäherung an Serbien auf Widerstand seitens Sarajevos stoßen kann. Doch ungeachtet dessen, kam es spätestens ab 2015 zu einem Wendepunkt der türkischen Politik gegenüber Serbien. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić brachte die nicht mehr emotionalen Beziehungen mit einem Hinweis auf die Schlacht auf dem Amselfeld zwischen Türken und Serben im Jahre 1389 auf den Punkt, indem er postulierte, dass dies nicht das Jahr 1389 wäre und Serbien und die

Türkei nun befreundete Länder seien. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Serbien gingen mit vielen wirtschaftlichen und militärischen Kooperationen einher, die noch weiter zum Ausdruck brachten, dass eine zu starke emotionale Balkanpolitik nicht einer Gleichgewichtspolitik vorzuziehen ist (Vuksanović/Hercigonja 2023, S. 11-18).

Die aktuell pragmatische und realistische Südosteuropapolitik zeigt, dass sich die Entscheidungsträger in der Türkei darüber bewusst sind, dass nicht nur sicherheitspolitisch Grenzen in dem Bestreben, eine stärkere Rolle einzunehmen, vorhanden sind. Trotz aller wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einflussnahmen, kann die Türkei die Region der EU nicht streitig machen. Während einige Staaten bereits jahrzehntelang Mitglied der EU sind, richten alle anderen Länder weiterhin vielmehr all ihre Anstrengungen in Richtung eines EU-Beitritts. Trotz der Skepsis und Enttäuschungen, die einige Beitrittskandidaten gegenüber der EU erfahren mussten, bleibt sie die zentrale politische und wirtschaftliche Verbündete der Balkanstaaten. Denn nur sie bietet eine strukturelle und umfassende Eingliederung in eine Gemeinschaft, die weitaus stabiler und sicherer ist als jede andere Handelsbeziehung. Ähnlich wie Russland oder China, kann die Türkei die EU nicht aus der deutlich stärkeren Position bringen. Denn die Verbindungen zur EU und der Wunsch, in die europäische Gemeinschaft integriert zu sein, sind so stark ausgeprägt, dass ein Abweichen vom europäischen Kurs der Balkanstaaten nicht in Betracht kommt. Es wirkt daher zu gewagt, von einer echten Konkurrenz zur EU zu sprechen, auch wenn einige Balkanstaaten aufgrund von Enttäuschungen dazu neigen, in der Türkei zumindest teilweise einen neuen Partner zu finden (Petrovic 2013, S. 122-123). Einigen Beobachtern zufolge, könnte die aktive Außenpolitik der Türkei im Westbalkan nicht nachhaltig und somit unfruchtbar sein. Beispielhaft wird ausgeführt, dass alle gemeinsamen Projekte mit Kroatien im Sande verliefen, nachdem das Land der EU beigetreten ist. Laut einem NATO-Funktionär, können sich Staaten, die einmal in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der EU eingebettet sind, im Nachhinein nicht mehr in die türkischen oder russischen Systeme integrieren. Türkische Politiker und Diplomaten betonen immer wieder, dass die aktive Außenpolitik der Türkei auf dem Balkan nicht als Konkurrenz oder Bedrohung für die euro-atlantische Sicherheitsphilosophie zu verstehen sei und dass diese mit der Politik der EU und der NATO im Einklang stehe. So hat die Türkei, anders als etwa Russland, den NATO-Beitritt Montenegros und Nordmazedoniens von Anfang an unterstützt. Viele türkische Vertreter heben hervor, dass die Türkei eine Modellfunktion für die Balkanstaaten darstellen könnte. Auch Birgül Demirtaş (2015) sieht die Türkei als am stärksten europäisierten Staat in Südosteuropa an, mit der sie in der Rolle eines *primus inter pares* ihre Politik in der Region zu legi-

timieren versucht (Dursun-Özkanca 2023, S. 82).

Bei allen Bestrebungen der Türkei, eine versöhnliche Politik zur Behebung regionaler Konflikte einzunehmen und als Modellland zu fungieren, muss beachtet werden, dass sie selbst mit internen politischen, rechtlichen und sozialen Herausforderungen konfrontiert ist. Die zunehmenden illiberalen und autoritären Tendenzen der türkischen Demokratie, schwächen ihren Anspruch als Modell für die ohnehin unter ethnischen Spannungen und festgefahrenen Strukturen leidenden Balkanstaaten. Abwärtsentwicklungen in den Grund- und Menschenrechten, die Aushöhlung des Rechtstaats sowie die Unterdrückung und Einschüchterung der Opposition beeinträchtigen die Türkei, sich als ein Land zu positionieren, das für mehr Demokratisierung, Multikulturalismus und Reformen eintreten will (Dursun-Özkanca 2023, S. 86). Ein zentrales Thema dabei ist das sogenannte Kurdenproblem, welches als eine der größten Unwägbarkeiten für den türkische Staat gilt. Einerseits empfinden viele kurdische Bürger seit Jahrzehnten die Maßnahmen der jeweiligen Regierungen als Unterdrückung, andererseits lebt die türkische Gesellschaft seit Jahren in ständiger Angst vor Anschlägen, die von der militanten kurdischen Terrororganisation PKK verübt werden. Ein weiteres Problem sind die nicht zu Ende gehenden Diskussionen um den Säkularismus, das seit der Gründung der modernen Republik im Jahr 1923 im Mittelpunkt steht, aber von diversen Gruppen in Frage gestellt wird. Auch wenn dessen Abschaffung nur noch von sehr marginalen Stimmen gefordert wird, ebben Diskussionen zum Ausmaß und Format der Religion in Staat und Gesellschaft nicht ab (Brljavac 2011, S. 88). Spätestens seit dem Putschversuch 2016 steht die bis dahin als moderat geltende und u.a. im Balkan aktive Gülen-Bewegung (im offiziellen türkischen Sprachgebrauch: *Fethullahçı Terör Örgütü [FETÖ]*) auch unter Verruf. Die türkische Regierung machte unmittelbar nach dem Putschversuch die in die Streitkräfte unterwanderten Gülenisten dafür verantwortlich. Die Absicht der Regierung, die Gülen-Bewegung auszuschalten, hatte auch erhebliche Auswirkungen in der Balkanregion. Während türkische Diplomaten zuvor vehement die Eröffnung von Gülen-Schulen forderten, drängten sie nun die Regierungen der Balkanländer, die Schulen umgehend zu schließen. So hat sich der Konflikt teilweise von der Türkei nach Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien und Kosovo verlagert, welches nicht förderlich für die Beziehungen ist. Neben allen diesen Negativentwicklungen ist in den letzten Jahren eine Weitere dazugekommen: die Türkei befindet sich seit Ende der 2019er Jahre in einer wirtschaftlichen Dauerkrise, die sich vor allem in hohen Inflationsraten bemerkbar macht. Eine labile und schwindende Wirtschaftskraft, wird früher oder später die Soft-Power Bemühungen der Türkei in Südosteuropa aufweichen (Dursun-Özkanca 2023, S. 86-87).

Schließlich sei noch darauf hinzuweisen, dass nahezu 30 % der türkischen Bevölkerung ihre Wurzeln in der Balkanregion haben. Mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches und in mehreren Perioden nach der Republikgründung, wanderten sowohl ethnische Türken als auch andere Muslime wie Pomaken, Albaner und Bosniaken in die heutige Türkei ein. Zu betonen ist aber, dass die meisten Nachkommen selbst der nicht-türkischen Migranten loyal gegenüber der Türkei auftreten und zum größten Teil sogar assimiliert sind. Dies kann auch daran liegen, dass die eingewanderten Balkantürken, aber auch die muslimischen Aussiedler, eine bedeutende Rolle bei der Gründung des modernen türkischen Staates hatten. Allen voran der Gründer der türkischen Republik, Mustafa Kemal Atatürk, und andere Schlüsselpersönlichkeiten stammten aus dem Balkan und brachten, wenn auch nur teilweise, die vorherrschende Gesinnung und Wertvorstellung aus ihrer Ursprungsregion mit (Bechev 2023, S. 286).

5 Die Türkei als Mutterstaat und ihre auswärtigen Minderheiten

Die vor allem außenkulturpolitischen und identitätspolitischen Aktivitäten der Türkei auf dem Balkan fundieren auf der Existenz der dort beheimateten türkischsprachigen Minderheiten. Das Vorhandensein alteingesessener Türken war die Folge der osmanischen Unterwerfung des Balkans, ausgehend ab dem 14. Jahrhundert. Die erst später 1453 erfolgte Eroberung Istanbuls durch die Türken und die damit einhergehenden Sicherheitsbedenken der neuen Hauptstadt, machten den Balkanraum erst zu einem wichtigen Puffer gegen Angriffe aus Europa und später zu einem Kernland des Osmanischen Reiches. So sahen sich die osmanischen Eliten mehr als einen balkanischen Staat, als einen anatolischen Staat. Zur strategischen Stärkung dieser wichtigen südosteuropäischen Flanke förderte die osmanische Administration die Islamisierung und Türkisierung der Region. Während weite Teile der Bosnier, Albaner und auch einige Bulgaren (Pomaken) zum Islam übertraten, wurden türkischsprachige Migrantenströme aus Anatolien in die Balkanregion gelenkt.

5.1 Die externen Minderheiten der Türkei auf dem Balkan

Wie viele Türken im Balkan angesiedelt wurden, lässt sich historisch schwer belegen. Aus einer Steuerzahlerzählung Anfang des 16. Jahrhunderts lässt sich ablesen, dass die westliche Schwarzmeerküste bis zur heutigen rumänischen Dobrudscha eine stark türkisch gefärbte muslimische Bevölkerung von über 50 % hatte. Weitere große Siedlungsgebiete waren Westthrakien (heute in Griechenland) und die Morava-Vardar-Furche (vor allem Nordmazedonien). Das letztgenannte Becken ist die strategisch wichtigste, natürliche Verbindungsroute auf dem gesamten Balkan. Über diese zentrale Schnittstelle drangen die Osmanen bis nach Mitteleuropa vor und verteidigten diese strategische Leitlinie bis zum Ersten Balkankrieg 1912. Die Niederlagen im Ersten Balkankrieg und im Ersten Weltkrieg führten nicht nur zum Niedergang des Osmanischen Reiches, sondern auch zum Verlust aller türkischen Gebiete auf dem Balkan bis auf Ostthrakien rund um den europäischen Teil Istanbuls. Dies führte zu großen Fluchtbewegungen vor allem türkischsprachiger Muslime nach Anatolien (Çeçen 2016, S. 68). Schätzungen zufolge flohen ca. 60 % der türkischen Bevölkerung auf dem Balkan in die heutige Türkei oder wurden dorthin vertrieben (Tayfur 2012).

Die Dagebliebenen wurden zu türkischsprachigen Minderheiten in den jeweiligen Ländern.

Noch bis ins 21. Jahrhundert gab es, hervorgerufen durch politischen und teilweise wirtschaftlichen Druck, mehrere Flüchtlingsströme türkischer Balkanbewohner in die Türkei. Zuletzt wanderten ca. 300.000 Türken aus Bulgarien zwischen 1985-89 ins Mutterland aus, um der dortigen Assimilationspolitik zu entkommen (Şahinbaş 2007). Heute liegt die Zahl der türkischsprechenden Bevölkerung auf der gesamten Balkanhalbinsel um die 0,8 Millionen. Die genaue Zahl lässt sich durch unzureichende Datenerhebungen bei Volkszählungen nicht nachbilden. Inoffizielle Quellen schätzen die Zahl auf bis zu 1,4 Millionen.

5.1.1 Türken in Bulgarien

Die größte Gruppe unter den türkischen Minderheiten auf dem Balkan stellen die Türken in Bulgarien dar. Laut der Volkszählung von 2021 beträgt ihre Anzahl etwas über 500.000, wobei andere Quellen die Zahl bis auf eine Million schätzen (Abb. 3). Die Hauptsiedlungsgebiete sind die Region um Burgas, im Norden um Razgrad und im Süden an der griechischen Grenze bei Kardschali (Pan/Pfeil/Videsott 2016, S. 85-88).

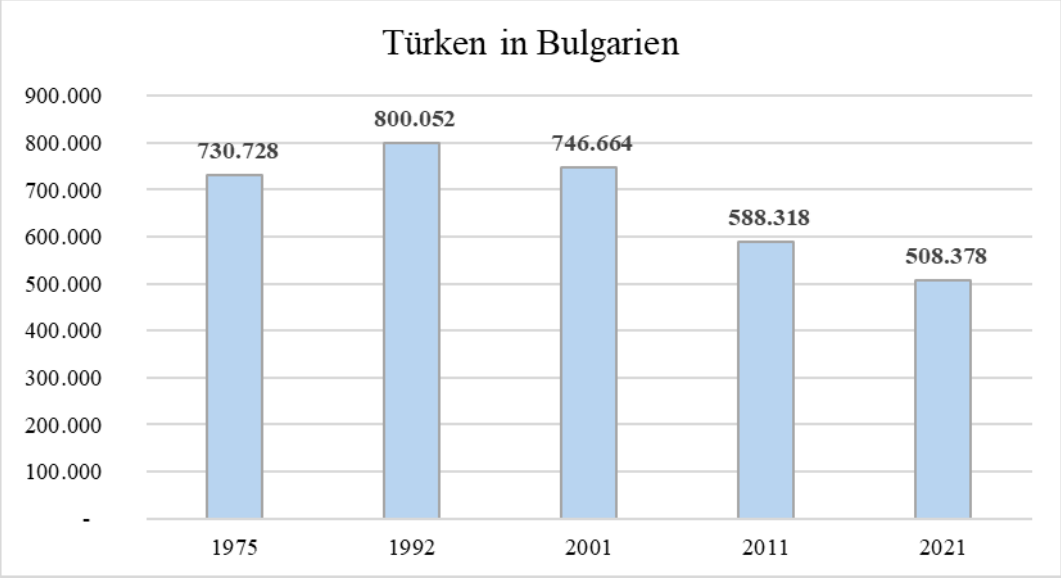


Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung der türkischen Minderheit in Bulgarien, eigene Darstellung nach NSI (National Statistical Institute, Republic of Bulgaria) 2025a und 2025b.

Dem bulgarischen Staat wird seitens der Minderheitenvertreter vorgeworfen, vor allem in Regionen mit türkischer Bevölkerungsmehrheit keine Investitionen zu tätigen, um somit Anreize für weitere Auswanderungen in die Türkei oder in die EU zu schaffen. Die rechtliche Situation der Türken in Bulgarien ist durch eine Reihe bilateraler und multilateraler Friedensverträge

nach dem Ersten Weltkrieg geregelt. Demnach verpflichtet sich Bulgarien, einen umfassenden Schutz für ethnische und religiöse Minderheiten zu liefern. Darüber hinaus wird jedoch auch die friedvolle Reduzierung der türkischen Bevölkerungsgruppen geregelt, in dem deren freiwilliger Zuzug in die Türkei garantiert wird. Die Aufnahme Bulgariens 1992 in den Europarat und 2007 in die EU, haben die Minderheitenschutzverpflichtungen noch einmal bekräftigt (Çeçen 2016, S. 261).

Um ihre Rechte zu stärken, sind die Türken Bulgariens über politische, religiöse und zivile Gesellschaften organisiert. Während der Demokratisierung Bulgariens nach der Wende wurden mehrere türkische Parteien gegründet, von denen sich jedoch nur die 1990 ins Leben gerufene Bewegung für Rechte und Freiheiten (*Dwischenie sa Prawa i Swobodi [DPS]*) politisch behaupten konnte. So stellte diese Partei, die neben den Interessen der türkischen Minderheit auch jene anderen muslimischen Minderheiten wie die Pomaken (bulgarische Muslime) sowie Roma vertritt, von 2013-2014 in einer Koalition mit der Bulgarischen Sozialistischen Partei (*Balgarska sozialistitscheska partija [BSP]*) die Regierung. Auch wenn die DPS gemeinhin als „Türkenpartei“ angesehen wird, versucht sie ihre ethnische Färbung in den Hintergrund zu stellen und allgemein liberale Thesen hervorzubringen. Zwar konnte die Partei während der kommunistischen Ära getätigte Enteignungen an türkischsprachigen Menschen entschädigen, das Recht auf das Tragen türkischer Namen durchsetzen sowie Türkisch als Unterrichtssprache einführen, doch wird ihr Handlungsspielraum als begrenzt angesehen, da sie auch mehrfach in Korruptionsskandale verwickelt war (Özlem 2016, S. 138-139). Dennoch schaffte sie es bei den Parlamentswahlen in 2024, erstmals mit 17,1 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft zu werden.

Das Amt des Großmuftis in Sofia bildet die religiöse Organisation der Türken in Bulgarien. Sie wurde bereits 1878 im Berliner Vertrag nach der Ausrufung eines autonomen Bulgariens als Folge des Türkisch-Russischen Krieges geschaffen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Bulgarien, konnte sich das Amt reorganisieren. Neben diversen Moscheen und Gemeindehäusern unterhält es mehrere religiöse Gymnasien und universitäre Institute. Das Amt pflegt sehr gute Beziehungen zum staatlichen Präsidium für Religionsangelegenheiten in Ankara und wurde lange Zeit von diesem finanziell gefördert (Öksüz 2016, S. 285).

Die Türkei bezeichnet Bulgarien als einen befreundeten Staat. Ankara unterstützte nach der Wende die Einbindung Bulgariens in die euro-atlantischen Strukturen. Ferner gehört die Tür-

kei zu den fünf wichtigsten Handelspartnern Sofias. Die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten sind im Vergleich zu den anderen Staaten Südosteuropas nicht ganz ausgeweitet. Weder die TİKA, noch die YEE betreiben Koordinationsbüros im Nachbarland (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2025a).

5.1.2 Türken in Griechenland

Mitte der 1990er Jahre gab Griechenland beim Europaparlament 120.000 Angehörige der muslimischen Minderheiten bekannt. Schätzungen gehen heute von bis zu 130.000 Menschen aus (Pan/Pfeil/Videsott 2016, S. 106-107). Aus dem Zensus von 2021 und den Bevölkerungszählungen davor liegen keine Zahlen vor. Da Griechenland keine ethnischen und sprachlichen Minderheiten anerkennt, ist die genaue Zahl der türkischsprachigen Minderheit unter den Muslimen nicht bekannt. Da jedoch nur wenige muslimische Slawen und Roma im Land beheimatet sind, ist die Zahl der Muslime mit den Türken nahezu gleichzusetzen. Die türkische Bevölkerung in Griechenland ist lediglich in der Verwaltungsregion Ostmakedonien und Thrakien beheimatet (einige wenige Leben auf den Inseln Rhodos und Kos). Komotini, Kavala, Xanthi sowie Alexandroupoli zählen dabei zu den größeren Städten mit signifikanter türkischer Bevölkerung (Pan/Pfeil/Videsott 2016, S. 109). Wirtschaftliche sowie vor allem während dem Zypernkrieg tobende politische Zwänge führten zu einer Migration von ca. 30.000 Türken als griechische Gastarbeiter nach Deutschland. Die Rechte der allgemein muslimischen Minderheiten in Griechenland sind vor allem im Vertrag von Lausanne (1924) geregelt. Griechenland hat das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten sowie die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nicht unterzeichnet. Da auch die Verfassung keine Minderheiten kennt, verbleibt für die türkischsprachige Bevölkerung in Griechenland lediglich die Mindestnormen bzw. Grundrechte der EU bzw. der Vertrag von Lausanne (Özlem 2016, S. 143-144).

Politisch gesehen konnten die Türken in Griechenland lediglich am Anfang der 1990er Jahre Akzente setzen. Der charismatische Chirurg Sadık Ahmet wurde mehrmals als Parteiloser in das griechische Parlament gewählt und gründete später die Partei der Gleichheit, des Friedens und der Freundschaft (*Dostluk Eşitlik ve Barış Partisi [DEB]*). Griechenland führte jedoch 1993 eine 3 %-Sperrklausel ein, die sowohl für Parteien als auch unabhängige Kandidaten zur Anwendung kommt und seitdem die DEB sowie die anderen parteilosen türkischen Kandida-

ten am Einzug ins Parlament hindert. Überdies darf nach griechischem Recht keine Partei Partikularinteressen für Volksgruppen vertreten, was die politische Arbeit der türkischen Volksgruppe erschwert (Öksüz 2016, S. 277-278).

Auch über den religiösen Weg ist die Repräsentation der Bevölkerung in Westthrakien kaum gegeben. Zwar existieren drei Ämter für religiöse Angelegenheiten, doch werden nach türkischer Lesart entgegen dem Vertrag von Lausanne diese durch den griechischen Staat benannt. Die von der türkischen Gemeinde in Komotini und Xanthi gewählten *Gegenmuftis* werden zwar von den Türken im Land sowie von der Türkei als Minderheitenvertreter angesehen, besitzen jedoch keinerlei rechtlichen oder offiziellen Status (Özlem 2016, S. 145-146).

Laut türkischem Außenministerium ist eine Reihe von Problemen mit Griechenland zu verzeichnen. Um den Dialog und die Zusammenarbeit zu fördern, wurden mehrere hochrangige Kooperationsgremien zwischen beiden Ländern ins Leben gerufen. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind ausbaufähig. Von 2014 bis 2024 stieg das Volumen nur um 0,2 Mrd. auf 5,8 Mrd. Dollar. Kulturpolitisch wird in den letzten Jahren eine Annäherung beobachtet, die sich vor allem in den gegenseitigen Touristenzahlen widerspiegeln (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2025b).

5.1.3 Türken in Nordmazedonien

Bei näherer Betrachtung der Bevölkerungsstatistiken fällt auf, dass der Anteil der Türken in Nordmazedonien bzw. in der SR Mazedonien seit den 1950er Jahren immer weiter abgeschmolzen ist. Während 1953 ca. 200.000 Menschen angaben, türkischen Ursprungs zu sein (15 % der Gesamtbevölkerung), waren es im Jahr 2011 nur noch ca. 70.000 bzw. 3,5 % der Gesamtpopulation (Pan/Pfeil/Videsott 2016, S. 131). Laut dem Zensus von 2021 beträgt der türkische Bevölkerungsanteil 3,98 % (SSO 2022). Grund des Bevölkerungsrückgangs waren mehrere Abwanderungswellen in die Türkei, die jedoch eher wirtschaftlicher als politischer Natur waren. Die Regierungen Jugoslawiens förderten den Abzug der Türken im Land, da von diesen aufgrund der unterschiedlichen Blockbindung ein Gefahrenpotential ausging (Özlem 2016, S. 146-148). Die türkischsprachige Bevölkerung lebt anders als in Griechenland oder Bulgarien in Streusiedlung. Einzig lassen sich im Osten des Landes wenige Gemeinden wie Plasnitsa, Centar Župa oder Dibra als Hochburgen erkennen (Pan/Pfeil/Videsott 2016, S. 134).

Selbst als Teilrepublik Jugoslawiens wurden Türkischsprachige als ethnische Minderheit anerkannt. Mit der Unabhängigkeit Nordmazedoniens wurde der Status der Türken gar zunächst gestärkt. Die Verfassung von 1991 bezeichnete das Land als „Staat der Mazedonier sowie der albanischen und türkischen Minderheiten“, welche jedoch nachfolgend als „Nationalstaat des Mazedonischen Volkes“ geändert wurde. Nordmazedonien verfügt jedoch über ein modernes Minderheitenrecht. Der Rahmenvertrag von Ohrid garantiert ethnischen Gruppen Unterricht sowie bei einem Bevölkerungsanteil ab 20 % den Verwaltungsdienst in der jeweiligen Muttersprache. Auch die bilateralen Verträge mit der Türkei bekräftigen die internationalen Schutzrechte der türkischen Minderheit (Öksüz 2016, S. 273).

Politisch gesehen ist die türkische Bevölkerung in Nordmazedonien in drei Parteien organisiert. Die kurz nach der Unabhängigkeit gegründete Türkisch Demokratische Partei (*Türk Demokratik Partisi [TDP]*) war vor allem in den Anfangsjahren im Parlament vertreten. Später gründete sich noch die Partei der Türkischen Bewegung (*Türk Hareket Partisi [THP]*) sowie die Türkische Bewegung der Nationalen Einheit (*Türk Milli Birlik Hareketi [TMBH]*). In den bisherigen Wahlen schafften diese Parteien vereinzelt den Weg ins Parlament, doch ist aufgrund der Dreiteilung der politischen Landschaft und die Streusiedlung, der Anteil der türkischen Parlamentarier niedriger als ihr Bevölkerungsanteil. Andererseits konnten die Türken in Nordmazedonien immer wieder Staatsminister hervorbringen. In religiösen Aspekten werden Nordmazedonien-Türken von der Islamischen Union vertreten. Hierbei handelt es sich jedoch um eine multiethnische Gemeinschaft, in der die größere albanische Minderheit dominiert (Özlem 2016, S. 150-152).

Nach Aussagen des türkischen Außenministeriums unterhält Ankara enge Beziehungen zu Nordmazedonien. Die guten Verhältnisse werden auf eine gemeinsame Geschichte und Kultur zurückgeführt. Immer wieder betont die Türkei dabei, dass es der erste Staat wäre, der Nordmazedonien unter dem damaligen Namen „Makedonien“ anerkannt hat. Das Außenministerium gibt an, dass es viel Wert auf die Stabilität und Integrität der nordmazedonischen Republik legt. Auch soll die ethnische Struktur des Landes gewahrt werden. Türkische Unternehmen sind in Nordmazedonien überdurchschnittlich aktiv. Das Handelsvolumen beide Länder beläuft sich mittlerweile auf 700 Mio. Dollar und erhöhte sich demnach gegenüber 2020 um mehr als 50 % (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2025c).

5.1.4 Türken im Kosovo

Mit ca. 20.000 Bewohnern stellen die Türken in Kosovo ca. 1 % der kosovarischen Bevölkerung. Doch werden die offiziellen Zahlen aus der Bevölkerungszählung von 2011 stark angezweifelt (Pan/Pfeil/Videsott 2016, S. 117). Unabhängige Quellen sprechen von bis zu 50.000 Menschen türkischen Ursprungs. Zahlen aus dem Zensus von 2021 liegen nicht vor. Die Stadt Mamusha ist die einzige Gemeinde im Kosovo mit türkischer Mehrheitsbevölkerung (Pan/Pfeil/Videsott 2016, S. 120). Daneben leben in der zweitgrößten Stadt des Landes Prizren überdurchschnittlich viele Türken. Ähnlich wie im benachbarten Nordmazedonien, sank über die letzten Jahrzehnte die Zahl türkischer Bewohner erheblich. Schätzungen zufolge sind 60 % der ursprünglichen Bevölkerung in die Türkei emigriert (Özlem 2016, S. 153-154).

Bereits zu Zeiten Jugoslawiens wurde die türkische Existenz im Kosovo staatlich anerkannt. Türkisch gehörte der jugoslawischen Verfassung nach zu den Amtssprachen der autonomen Region Kosovo. Der Status der Türken als eines der staatstragenden Völker Kosovos, wurde 1989 durch die Belgrader Regierung egalisiert. Die im Nachkriegs-Kosovo als Interims-Regierung von den Vereinten Nationen ermächtigte UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) ließ Türkisch nicht als Verwaltungssprache zu. Erst die 2008 in Kraft getretene Verfassung gab dem Türkischen einen offiziellen Status als amtliche Regionalsprache. Auch wenn die Türken im Kosovo sich gegenwärtig nicht auf dem Höhepunkt ihrer rechtlichen Stellung befinden, ist der Minderheitenschutz verfassungsmäßig garantiert. Zu erwähnen ist jedoch, dass im Gegensatz zu den anderen Republiken im Balkan mit wesentlicher türkischer Bevölkerung kein Hinweis zu den türkischen Minderheitenrechten in den bilateralen Vertragstexten mit der Türkei zu finden ist (Özlem 2016, S. 155-156).

Die 1990 gegründete Demokratisch Türkische Partei Kosovos (*Kosova Demokratik Türk Partisi [KDTP]*) ist die dominierende Kraft unter den türkisch geprägten Parteien im Kosovo. Seit 2001 sind in den jeweiligen Wahlperioden 2 bis 4 Abgeordnete von der KDTP entsandt worden, wobei die kosovarische Verfassung ein Mindestkontingent von zwei Parlamentariern für die türkische Minderheit gewährt (Özlem 2016, S. 157-158).

Da im Kosovo eine muslimische Mehrheitsbevölkerung existiert, gibt es keine speziell türkisch-religiöse Institution. Anders als in den anderen Balkanländern sind die Türken im Kosovo ausnahmslos eine ethnische und sprachliche Minderheit und demnach keine religiöse.

Dies macht das Leben in religiöser Hinsicht zwar leichter, doch ist der sprachlich-kulturelle Assimilationsdruck nicht weniger groß. Auch in einem albanisch kontrollierten Kosovo muss die dortige türkische Minderheit ihre nationale Identität behaupten (Öksüz 2016, S. 269-271).

Die Türkei bezeichnet ihre Beziehung zu Kosovo aufgrund historischer Verbindungen als sehr gut. Ankara betont, dass es eines der ersten Länder wäre, die Kosovo nach ihrer Unabhängigkeit am 17. Februar 2008 anerkannte. Laut Außenministerium wird der Stabilität und der territorialen Integrität sowie der Entwicklung des Landes ein hohes Maß an Bedeutung beigemessen. Außerdem unterstützt die Türkei die Einbindung Pristinas in die euro-atlantischen Strukturen. Türkische Firmen sind stark im Land vertreten. 2019 trat das Freihandelsabkommen in Kraft, welches die Handelsbilanz zwischen 2020 und 2023 verdoppelte (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2025d).

5.2 Die allgemeine türkische Minderheitenpolitik

Um ihre sprachlichen, kulturellen und religiösen Interessen zu verteidigen, können die türkischsprachigen Minderheiten in Südosteuropa neuerdings auf die Unterstützung Ankaras hoffen. Zwar war, wie in Kapitel 3 beleuchtet, die auswärtige Minderheitenpolitik seit jeher Teil der türkischen Außenpolitikstrategie, doch beschränkte sich diese entweder auf vereinzelt kriegerische Konflikte (wie in Mossul 1924 oder Zypern 1974) – und das auch nur dann, wenn die direkte Sicherheit der Türkei betroffen war – oder es wurde die Ansiedlung von türkischen Volksgruppen ins Land abgewickelt. Ein weiteres, viel genutztes Instrument, vor allem in den 1980er und 1990er Jahren, war eine verbale Kommunikation über Aussagen von türkischen Entscheidungsträgern, Stellungnahmen des Außenministeriums, diplomatischen Noten und Einberufung internationaler Organisationen zu Problemen und Anliegen der auswärtigen Minderheiten. Kulturpolitische Instrumente, die heute in der auswärtigen Minderheitenpolitik dominieren, spielten keine Rolle. Außenkulturpolitik betrieb die Türkei lediglich gegenüber eigenen Arbeitnehmern im Ausland.

In den letzten Jahren ist jedoch eine neue Art der Minderheitenpolitik wahrnehmbar. Die wachsende geopolitische Bedeutung von Minderheiten ist dabei kein Türkei-spezifisches Phänomen, sondern kann global beobachtet werden, auch wenn die politischen und wirtschaftlichen Triebkräfte different sein können. Kern der neuen Dynamik in Minderheitenfra-

gen sind die erheblich erleichterten internationalen Verkehrs- und Kommunikationswege. Dies ermöglicht den Minderheitengruppen, die Beziehungen zum Mutterstaat nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern gar auszuweiten und somit die Identifikation mit dem ursprünglichen Heimatland zu verfestigen (Dumont 2016). Für die Ursprungsstaaten kann die Existenz von Minderheiten zumindest eine Bindefunktion zu den Wohnsitzstaaten erfüllen.

Diese neue Antriebskraft in Minderheitenfragen sorgt in der Türkei für eine neue politische Strategie. Dabei ist zu beobachten, dass die in der Vergangenheit unterschiedlich gefahrenen Vorgehensweisen in Bezug auf die alteingesessenen türkischen Minderheiten und den türkischen Staatsbürgern in den Industriestaaten aneinanderwachsen. Die Grenzen zwischen Diasporapolitik, die sich eher an die türkischen Gastarbeiter in Westeuropa richtete, und der externen Minderheitenpolitik, die primär das osmanische Erbe in den Nachbarregionen ansprach, vermischen sich zu einer neuen Kin-state Politik, in der die Türkei selbstbewusst auftritt und alle türkischstämmigen Weltenbewohner dazu einlädt, die zumindest kulturellen Bindungen zur Türkei aufrechtzuerhalten. Sicherlich ist eine länderspezifische Politik gegenüber den jeweiligen Wohnstaaten der Auslandstürken – seien es Alteingesessene, wie auf dem Kaukasus, im Nahen Osten, oder auf dem Balkan – oder seien es türkische Staatsbürger in Westeuropa, Nordamerika, Australien und vermehrt in Russland und Nordafrika – immer noch Bestandteil der jeweiligen außenpolitischen Agenda und variieren an Intensität und Konjunktur. Doch vereint die neue auswärtige Minderheitenpolitik die Zielsetzung der Türkei, über kulturelle und soziopolitische Belange hinaus, allgemein den Aktionsradius zu vergrößern.

Ein weiterer Parameter in der Transformation der Minderheitenpolitik sind die sich ändernden Zielsetzungen und Präferenzen der Türkei. Dies wird vor allem von den Anfängen bis zur Gegenwart in der Diasporapolitik deutlich. Allein, dass Anfang der 1960er Jahre die Migration von hunderttausenden Arbeitskräften in die europäischen Industrieländer gefördert wurde, hatte das Ziel, den eigenen Arbeitsmarkt zu entlasten, um somit soziopolitische Spannungen in Zeiten der schwachen Wirtschaftsleistung zu vermeiden. Doch sollten die Arbeitsmigranten sich nicht assimilieren, sondern ihre Bindung an die Türkei beibehalten, um eines Tages als gut ausgebildete Fachkräfte zurückzukehren und die Entwicklung des Landes voranzutreiben. Bereits 1967 wurde die Generaldirektion für auswärtige Angelegenheiten und Dienstleistungen für Arbeitnehmer im Ausland (*Dış İlişkiler ve Yurt Dışı İşçi Hizmetleri Genel Müdürlüğü*) gegründet, um mit einer defensiven Identitätspolitik die Loyalität der türkischen Bürger im

Ausland aufrechtzuerhalten. Der erste Wandel in der türkischen Politik gegenüber Auslandstürken vollzog sich in den 1970er Jahren, in der politische und wirtschaftliche Instabilitäten im Land herrschten. Damals erkannten die türkischen Regierungen, dass die redlichen Devisentransfers der Arbeitnehmer im Ausland einen erkennbaren Anteil am Bruttosozialprodukt lieferten. So war es vielversprechender für die Türkei, wenn ihre Bürger dauerhaft im Ausland blieben, statt zurückzukehren. Um die dauerhafte Niederlassung zu fördern, aber dabei den Investitionsfluss türkischer Ersparnisse ins Land weiterhin zu sichern, wurden anstelle einer reinen Identitätspolitik erste Elemente einer Außenkulturpolitik aufgebaut. Der zweite große Wandel in der Diasporapolitik wurde Mitte der 1980er Jahre ausgelöst, indem die Türkei neben wirtschaftlichen, von nun an auch politischen Interessen nachging. Dies ging einher mit einer zweiten Migrationswelle nach dem Militärputsch 1980, als viele linksgerichtete, islamistische und separatistische Radikale politisches Asyl vornehmlich in Deutschland suchten. Diese Kräfte konnten sich im Ausland rasch politisch organisieren und versuchten über Vereine, ihre vorher emigrierten Mitbürger gegen den türkischen Staat zu mobilisieren. Linke und kurdisch-nationalistische Kräfte konnten dabei mit inländischen Gruppierungen zusammenarbeiten und versuchten über diesen Weg, die einheimischen Entscheidungsträger zu einer schärferen Außenpolitik gegenüber der Türkei zu bewegen. Dies rief das türkische Außenministerium auf den Plan, die Gründung staatlich-religiöser, konservativer und nationalistischer Vereine im Ausland zu unterstützen und durch den Aufbau von regierungsnahen Koordinationsräten deren Kräfte zu bündeln. Somit sollte den türkischen Landsleuten eine Plattform geboten werden, die nationalen Interessen der Türkei im jeweiligen Wohnsitzstaat zu verteidigen und dafür auch die einheimischen politischen Akteure zu beeinflussen. Somit entdeckten die türkischen Regierungen die staatsnahen Institutionen im Ausland für sich, die nicht nur reaktiv und defensiv zu agieren wussten, sondern die Türkei auch beispielsweise in Bezug auf die damals angestrebte EU-Mitgliedschaft hin unterstützen sollten. Dafür war es zweckmäßig, dass sich die türkischen Migranten in den jeweiligen Aufnahmeländern integrierten und am politischen sowie gesellschaftlichen Leben teilhatten. Neben einer verstärkten Elitenförderung trat 1982 eine Verfassungsänderung in Kraft, die die doppelte Staatsbürgerschaft für die im Ausland lebenden Türken ermöglichte (Aydın 2014, S. 8-10).

Bis zum Zusammenbruch des Ostblocks kann, abgesehen auf die auf türkische Staatsbürger im Ausland ausgerichtete Diasporapolitik, von keiner anderen systematischen Außenkulturpolitik der Türkei gesprochen werden. Das bipolare System mit ihren eigenen sicherheitspolitischen Dynamiken ließ hier keine Präferenz zu. Erst nach der Wende begann die Türkei eigene

Akzente auf dem Balkan, im Kaukasus, im Nahen Osten und in Zentralasien zu setzen. Für den Zugang in diese Regionen behalf sie sich in erster Linie mit kulturpolitischen Instrumenten. Dabei wandte sich die Türkei zunächst auf die nun unabhängigen Turkstaaten Zentralasiens und im Kaukasus zu. Nicht türkische Minderheiten, sondern mit Staaten wie Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan, sollten starke Beziehungen aufgebaut werden. Hierzu diente die Diasporapolitik, die vor allem in Deutschland in der Sprachbildung etabliert war als Blaupause. Ähnlich wie ab den 1980er Jahren nach Westeuropa wurden Türkischlehrer in die turksprachigen Nachfolgestaaten der UdSSR geschickt. Türkei-Türkisch sollte die neue Verkehrssprache innerhalb der Turkstaaten werden. Nach den Vorstellungen Ankaras sollte durch die enge Zusammenarbeit innerhalb der turksprachigen Länder unter der Führung der Türkei eine neue transregionale Macht entstehen (Türk 2014, S. 95). Anders als in den westeuropäischen Industriestaaten, konnte die Türkei kurze Zeit später ihr bildungspolitisches Angebot in Zentralasien ausweiten. Neben den ersten türkischen Sprachzentren wurden mehrere Primär- und Sekundärschulen gegründet. Die erste von der Türkei finanzierte Universität öffnete 1991 in Kasachstan.

Den kulturpolitischen Aktivitäten der Türkei in den zentralasiatischen Staaten, folgten ähnliche Bestrebungen in den Balkanländern. Zielgruppe waren diesmal die dortigen Minderheiten, die den kulturellen Anschluss an den Mutterstaat wiedererlangen sollten. Angefangen in Rumänien wurden auch hier Sprachzentren und nachfolgend Schulen für den Allgemeinunterricht gegründet. Damit begann in der auswärtigen Minderheitenpolitik der Türkei eine neue Dimension. Diese beschränkte sich nicht mehr auf die türkischen Staatsbürger im Ausland (obgleich rechtlich keine Minderheit), die es nicht zu verlieren galt, sondern weitete sich auf einheimische Türken in Südosteuropa aus, die wiedergewonnen werden sollten. Anders als zu den Gastarbeitern waren hier keine sozialpolitischen Instrumente relevant, sondern primär kultur- und bildungspolitische Maßnahmen. Das türkische Außenministerium, welches jahrzehntelang Erfahrung in Europa in außenkulturpolitischen Werkzeugen erlangt hatte, dehnte ihr Angebot somit nicht nur räumlich aus, sondern nutzte auch neue Instrumente in der Minderheitenpolitik. Die Gemeinsamkeiten zwischen Diasporapolitik und Minderheitenpolitik führte zu wechselseitigen Lerneffekten. So kam es letztendlich auch zu einem institutionellen Zusammenschluss der türkischen Aktivitäten in Fragen der Beziehungen zu türkischen Staatsbürgern und türkischen Volksgruppen.

So wurde 2010 das Präsidium für Auslandstürken und verwandte Gesellschaften (YTB) ge-

gründet. Diese sollte sich sowohl um die Belange der nunmehr auf 5,5 Millionen Menschen angewachsenen Migranten aus der Türkei im Ausland als auch der türkischsprachigen Alteingesessenen in den Nachbarregionen kümmern. Diese Organisation ist direkt dem Staatspräsidenten unterstellt und hat die verfassungsmäßige Pflicht, durch robuste institutionelle Strukturen und Strategien die kulturellen, soziökonomischen und politischen Aktivitäten der Auslandstürken zu koordinieren und zu steigern. Die YTB zielt dabei auf die Verbesserung der politischen Partizipation ihrer Zielgruppe ab, die wiederum in kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten zu einer engen Interaktion zwischen der Diaspora und der Türkei einerseits und zwischen der Türkei und dem Gastland andererseits, beitragen soll. In einer eigens herausgegebenen Zeitschrift nennt das Amt die Hilfestellung für türkischstämmige Menschen bei Diskriminierung außerhalb der Türkei als einer ihrer Aufgaben (Ünver 2013, S. 186). Somit stellt die YTB zusammen mit dem türkischen Außenministerium die einflussreichste staatliche Institution in der Minderheitenpolitik dar. Dabei ist das Ministerium selbst durchaus aktiv und unterhält in mehreren Ländern eigene Kulturzentren. Den Schwerpunkt der Arbeit mit externen Minderheiten bildet die Unterstützung bei allerlei Integrationsproblemen. Auch das Ministerium für Arbeit und Soziales sowie das Kultur- und Tourismusministerium sind wichtige Akteure in Bezug auf Türken im Ausland (Bilgili/Siegel 2011, S. 7-8). Ferner sind die im Jahr 2007 ins Leben gerufenen Yunus-Emre-Institute die neuen Eckpfeiler in der türkischen Außenkulturpolitik. Die mittlerweile in 45 Ländern mit insgesamt 66 Geschäftsstellen aktiven Institute haben als Hauptaufgabe die Förderung der türkischen Sprache, Kultur und Kunst. Hierzu werden vor allem Türkischkurse angeboten, die sich auch an Auslandstürken richten, mit dem Ziel, diese stärker an das Heimatland zu binden. Die meisten Yunus-Emre-Institute befinden sich im Balkanraum. Hier wurden drei der ersten vier Geschäftsstellen eröffnet. Das erste Institut öffnete in Sarajevo. Die Worte des damaligen Außenministers zeigen die Wichtigkeit der Region für die Türkei: „Dass das erste Kulturzentrum in Sarajevo eröffnet wird, ist kein Zufall“ (Aydın 2014, S. 20 nach Yunus Emre Bülteni 2009, S. 3). Das zweite Institut wurde in Tirana durch den damaligen Staatspräsidenten Abdullah Gül eingeweiht. Gül betonte die Bedeutung der Zentren für die Türkei in seiner Rede wie folgt: „Diese sind die eigentlichen, unsichtbaren Kräfte der Türkei“ (Türk 2014, S. 65 [Übersetzung durch den Autor]). Eine weitere tragende Säule in der türkischen Minderheitenpolitik ist die Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Koordination (TİKA), die 1992 gegründet wurde und anfänglich dem Außenministerium unterstand. Diese Agentur soll die ökonomische und kulturelle Interaktion zwischen den Turkstaaten und den türkischsprachigen Volksgruppen in Drittländern mit der Türkei weiter ausbauen. Den Schwerpunkt der Arbeit bildet

die Entwicklungshilfe für wirtschaftlich schwache Minderheitengruppen und konzentriert sich mehrheitlich in der Balkanregion. Hierzu zählen vor allem der Bau von Schulen, Moscheen, Museen und anderen Kulturzentren. Auch Stipendien und Elitenförderung gehören zu den Betätigungsfeldern der Agentur. Die geförderten Studenten sollen später als Eliten in ihren jeweiligen Wohnsitzstaaten nachhaltige wirtschaftliche und politische Beziehungen mit der Türkei aufbauen (Türk 2014, S. 97).

Die türkische Minderheitenpolitik in den 2000er Jahren konzentrierte sich darauf, sich institutionell zu komprimieren, um im zweiten Schritt – getragen durch Erkenntnisgewinne in den unterschiedlichen Regionen und Zielgruppen – ihre Arbeit effizienter zu koordinieren und letztendlich zu intensivieren. Anfang der 2010er Jahre kam allerdings eine neue Veränderung in der auswärtigen Minderheitenpolitik zum Vorschein, die jedoch verstärkt gegenüber ihrer Diaspora in Westeuropa beobachtbar ist. In dieser neuen Politik geht die Türkei auch über die sicherheitspolitischen Intentionen, die ab den 80er Jahren durch vornehmlich Vereinsförderungen zum Ausdruck kam, hinaus und ist eher offensiver Natur. Darin treten die Akteure der türkischen Außenpolitik, allen voran Staatspräsident Erdoğan selbst, als Fürsprecher für die Anliegen der türkischen Bürger in den europäischen Industriestaaten auf. Durch diese verbal aggressiven Einmischungen kam es immer wieder zu Anspannungen, die in diplomatische Krisen mit den Niederlanden 2017 und Deutschland 2019 gipfelten. Zunehmend führt sich Erdoğan vor allem in Deutschland als Ersatzkanzler gegenüber der dortigen Diaspora auf und beansprucht diese für sich und sein Land (Aydın 2014, S. 7). Wieweit sich diese direkten Interventionen, gemäß der sich in der Vergangenheit oft gezeigten Lerneffekte in der externen Minderheitenpolitik, auch auf andere Regionen mit beachtlicher Anzahl türkischer Bewohner ausweiten wird, bleibt abzuwarten.

6 Zwischenfazit und Untersuchungsansatz

6.1 Rückblick und Reflexion

Letztes Jahr – in 2023 – feierte die türkische Republik ihr 100-jähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung plagen sie Sorgen um Existenz, territoriale Integrität und der Kontinuität ihrer Staatsordnung. Die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg konnten nicht nachhaltig die erhoffte Versöhnung und Harmonie zwischen den Kriegsparteien bringen. Im Gegenteil: die teils hohen Reparationszahlungen und schmerzhaften Gebietsverluste führten zu noch größeren Spannungen und Polarisierungen, die Europa in den Zweiten Weltkrieg gleiten ließen. Auch die besiegten Staaten Südosteuropas – allen voran Bulgarien – hegten revisionistische Ziele. Für die junge türkische Republik, die ihre politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft in der vollen Integration in die westlichen Systeme sah, war die Balkanhalbinsel nach ihrem eigenen Territorium die wichtigste Region überhaupt. Bereits für das Osmanische Reich konnte der Balkan neben Anatolien als eines der beiden Kerngebiete aufgefasst werden. Dabei stand jedoch für die Türkei eine Rückeroberung der nahezu 500 Jahre lang beherrschten Gebiete nie auf der Agenda.

Nach dem Ersten Weltkrieg traten diverse Streitigkeiten zwischen der Türkei und ihren europäischen Nachbarn auf. Probleme mit Minderheiten, Zuwanderung und dem Patriarchat in Konstantinopel standen dabei im Vordergrund. Staatsgründer Atatürk verfolgte dazu eine umgängliche, realistische Politik. Zu schwach war das Land aus den jahrzehntelangen Kriegen hervorgegangen. So formte die innenpolitische und internationale Situation Ankaras eine auf Friedensstiftung und Stabilität beruhende Gleichgewichtspolitik in Südosteuropa. Wirtschafts- und sicherheitspolitisch hat die Balkanregion eine hohe Bedeutung für die Türkei. Hüseyin Bağcı bezeichnet den Balkanraum als die „Luftröhre" des Landes (*persönliches Interview am 24.09.2024*). Ereignisse im Balkan und in Anatolien stehen oftmals in Wechselwirkung zueinander. Es gibt kein Politikfeld, in der die Region keine Relevanz für die Türkei hat. Die geopolitischen Grundtatsachen zwingen Ankara, die Balkanhalbinsel nicht ungeachtet zu lassen, mehr noch, dort Einfluss auszuüben.

Die geostrategische Lage sowie die ethnische und religiöse Vielfalt haben die Region über die Jahrhunderte hinweg zu einem Schauplatz für Machtkämpfe gemacht. Südosteuropa entwickelte sich über die Jahrhunderte zu einer Region, auf die die Großmächte Einfluss ausüben.

Österreich-Ungarn, das Russische Reich, England, Frankreich, Italien, das Deutsche sowie das Osmanische Reich: die Balkanregion war eine Schnittstelle für die Einflusspolitik externer Mächte und Schauplatz vieler Kriege. Die Machtpolitik dauert bis heute an. Die Europäische Union, Russland, die Türkei und aus Übersee die USA und China haben unterschiedliche Interessen in der Region und versuchen, die dortigen Verhältnisse mitzugestalten. Die Herrschaftspolitik externer Mächte hat aber auch neben den topographischen Gegebenheiten die kulturelle und politische Ausdifferenzierung weiter gefördert. Über die Zeit sind heterogene Räume entstanden, in der nachhaltig Grenz- und Minderheitenprobleme auftreten.

Ab den 2000er Jahren lässt sich ein vermehrtes Treiben der Türkei auf der Balkanhalbinsel beobachten. Dabei setzt Ankara mehrheitlich auf soziale, kulturelle und ökonomische Instrumente und somit eher auf Soft Power. Vor allem Bestrebungen zur stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit sollen weitere Stabilität in die Region bringen und gleichzeitig dem Einfluss anderer Großmächte entgegenwirken. Auch wenn die Faktenlage eine engere Bindung Ankaras zu den Staaten mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung erkennen lässt, so betreibt die Türkei eine Balkanpolitik in alle Richtungen. Dennoch wird der Türkei immer wieder ein Neo-Osmanismus bescheinigt, der vor allem die Westbalkanländer von der EU entkoppeln und stärker an Ankara binden soll. Doch ist diese Auffassung überzogen und fast schon fiktiv. Die Türkei verfügt nicht über die notwendigen Machtmittel, den Balkanraum zu kontrollieren, geschweige denn zu beherrschen.

Bescheidene Bodenschätze und eine enorme Energieabhängigkeit, die nicht besonders im hohem Maße vorhandenen und verfügbaren Bildungschancen für ihre nennenswerte, aber nicht sehr große Bevölkerung, die geringe Innovationskraft und mangelnde spitzentechnologische Integration sowohl der Wirtschaft als auch des Militärs, die im Vergleich zu Europa mäßige und konventionelle Industrialisierung, innenpolitische Spannungen und Labilität, ließen die Türkei weltpolitisch bisher nicht über eine Mittelmacht hinauswachsen. Die genannten Faktoren beschränken die Wirtschaftskraft und grenzen auch die militärischen Fähigkeiten ein. Zwar verfügt die Türkei seit jeher über eine respektable und schlagkräftige Armee, doch hat sie gesamtgesellschaftlich nicht die Stärke in die kriegerischen Auseinandersetzungen in ihrem Umfeld stets militärisch einzugreifen. Diese seit Anfang der Republikgründung vorhandene Mittelmachtstellung zeigt sich bereits jahrzehntelang in ihren außenpolitischen Aktivitäten. Wie jede andere Mittelmacht auch, kann sie dem Druck von globalen Großmächten nur bis zu einem gewissen Grad wiederstehen, lediglich hin- und wieder ihre Interessen in Ver-

handlungen mit größeren Mächten behaupten und nur im begrenzten Umfang das Verhalten der Supermächte beeinflussen. Auch Mittelmächte müssen sich für ihr Überleben im internationalen System wappnen. Dazu liegen ihnen in der Regel zwei Möglichkeiten vor, die jedoch auch zumeist von der weltpolitischen Lage vorgegeben wird. Entweder betreiben Mittelmächte eine ausgewogene Gleichgewichtspolitik oder sie gehen eine Allianz mit einer globalen Großmacht oder anderen ebenbürtigen Staaten ein. Während in der Zwischenkriegszeit die Türkei eine Ausgleichspolitik zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion verfolgte und sich somit aus der Schusslinie halten konnte, lehnte sie sich im Kalten Krieg an die NATO bzw. die USA an. Dabei ordnete sich Ankara größtenteils der Bündnispolitik unter – solange ihre internationale Machtstellung dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Mittelmächte üben aufgrund dieser Voraussetzungen klassischerweise eher eine Außenpolitik im regionalen Umfeld aus. Die wirtschaftlichen und militärischen Kapazitäten und somit die Machtstellung, ist gegenüber den Nachbarstaaten ungleich als die Fähigkeiten auf globaler Ebene. Aber auch in der eigenen Region kann die Macht durch externe Supermächte begrenzt werden. Außerdem kann die Fülle an Konflikten in der näheren Umgebung den Aktionsradius einer Mittelmacht einschränken. Auch die Türkei betreibt durchgängig eine auf regionalen Gegebenheiten basierende Außenpolitik. Aufgrund ihrer vergleichsweise großen Bevölkerungszahl, ihres ausgedehnten Territoriums, ihrer bedeutenden Volkswirtschaft und ihrer gut gerüsteten Armee, kann sie regional gesehen als Großmacht gewertet werden. Doch sind die drei großen Gebiete, die sie umschließen – Balkan, Kaukasus und Naher Osten – konfliktbehaftet und durch die Präsenz interner und externer Supermächte gekennzeichnet. Beide Aspekte schränken die Möglichkeiten der Türkei ein. Dennoch verfolgt die Türkei vor allem ab den 2000er Jahren eine selbstbewusste, vorwärtsgetriebene und aktive Politik im nachbarschaftlichen Umfeld. Stärker ist diese Politik in der Balkanregion sichtbar, die einerseits aufgrund der wirtschaftlichen und militärischen Einbindung in die westlichen Strukturen bedeutender ist und andererseits mehr durch Kleinstaaten und somit positiver Machtbilanz zugunsten der Türkei charakterisiert ist. Ohne Zweifel hat der Zusammenbruch des Ostblocks, die Globalisierungs- und Liberalisierungstendenzen ab dem neuen Millennium sowie die Reduzierung von Kriegen im Umfeld der Türkei im Vergleich zu den 1990er Jahren und somit kurzgefasst die günstigere internationale Lage, zu der aktiven, gar machtpolitischen Außenpolitik Ankaras, auf dem Balkan beigetragen.

Aber auch schon vor und nach dem Zweiten Weltkrieg unternahm die Türkei aus ihrer regionalen Großmachtrolle heraus einige Vorstöße und Alleingänge. Beispielhaft sei die geplante, aber nach der Intervention Großbritanniens abgebrochene Offensive auf Mossul kurz nach der Republikgründung oder die Einverleibung der Region Alexandrettes, trotz französischem Schutz in den Wirren der Vorkriegszeit aufgeführt. Beide Ereignisse sind mit dem Realismus gut erklärbar, so konnte im zweiten Beispiel Frankreich eingeschüchtert von Deutschland und Italien 1939 nicht auch noch einen Krieg außerhalb des Kernlands mit der Türkei riskieren. Diese Handlungsunfähigkeit wurde von Ankara erkannt und ausgenutzt. Bemerkenswert ist, dass die Türkei bei beiden Vorkommnissen die türkischen Minderheiten als Motivation für die Vorstöße aufführte. Mossul sollte als mehrheitlich von Türken bewohnte Stadt aus der britischen Besetzung befreit werden. Doch ging es der Türkei primär um eigene Interessen bezogen auf die reichen Erdölfelder. Ähnlich verhielt es sich mit dem Zypernkrieg 1974. Obwohl es bereits in den 1960er Jahren zu Übergriffen auf die türkische Minderheit kam, schenkte man dem zunächst in Ankara wenig Beachtung. Erst als mit dem Staatsstreich der Zypern-griechen ein Anschluss der Insel an Griechenland wahrscheinlicher wurde und dies die Südflanke der Türkei gefährdet hätte, schlug das türkische Militär zu – offiziell um ein Pogrom an den Inseltürken zu verhindern.

Bis in die 1980er Jahre hat die Türkei demnach eine teilweise militärisch fundierte auswärtige Minderheitenpolitik betrieben, in der der Schutz der Minderheiten als Motivation aufgeführt wurde, aber vordringlich die eigene machtpolitische Stellung verteidigt oder ausgeweitet werden sollte – sofern es das internationale System erlaubte. Ein anderes, vielfach genutztes Instrument der Minderheitenpolitik war die vereinbarte Zuwanderung von türkischen Minderheiten, vornehmlich aus Bulgarien und Jugoslawien. Diese hatten eher defensiven machtpolitischen Charakter. Da wo keine oder nur geringe Minderheiten waren, konnten auch keine oder nur geringe Minderheitenprobleme auftreten. Aufgrund der enormen Relevanz des Balkans für den Handel mit Europa sowie der Verteidigung Istanbuls und der Meerengen, konnte die Türkei sich keine Destabilisierung der Region leisten. In der bipolaren Epoche kam auch die unterschiedliche Blockbindung hinzu, was eine türkische Intervention für die Minderheiten bei einer Eskalation unmöglich machen würde. Ab den 1980er Jahren ging die Türkei eher auf eine kommunikationsbasierte externe Minderheitenpolitik über, in der durch verbale Erklärungen, diplomatische Verhandlungen oder Aufrufe von internationalen Organisationen die Rechte der türkischen Minderheiten verteidigt werden sollten. Später entdeckte die Türkei die Außenkulturpolitik bzw. die Public Diplomacy für das Einsetzen für die aus-

wärtigen Minderheiten für sich. Hier diente die Politik Ankaras gegenüber den türkischen Gastarbeitern vornehmlich in Deutschland als Blaupause. Aber auch hier galt größtenteils das Eigeninteresse der Türkei für die Minderheitenpolitik. Anfänglich noch vernachlässigt, erkannten die politischen Akteure in Ankara den Nutzen der Deviseneinfuhren der Gastarbeiter für die türkische Wirtschaft. Um diese nachhaltig an sich zu binden, durfte keine Assimilation stattfinden. Außerdem sollten die Türken in Westeuropa extremistischen Kräften, die nach dem Militärputsch 1980 nach Europa geflüchtet waren und ideologisch der Türkei schädigten, entgegentreten.

Ferner zeigt die türkische Außenpolitik eine starke Korrelation zu innenpolitischen Gegebenheiten bzw. Machtkämpfen auf. Somit ist neben der internationalen Ordnung und dem daraus für die Türkei resultierenden Gefahrenlagen, auch das Innenleben des Landes bestimmend für seine Außenpolitik. Größtenteils kann das Innenleben durch das Vorhandensein miteinander konkurrierender Machtblöcke beschrieben werden. Dieser kann als demokratischer Wettstreit zwischen Parteien, Ideologien und gesellschaftlichen Gruppen definiert, aber auch als Machtkampf zwischen zivilen und militärischen Kräften aufgefasst werden. Für die Machthaber dient die Außenpolitik auch zur Konsolidierung ihrer Stellung, während für die Opposition durch die Nutzung auswärtiger Sachverhalte Raum für Machtsteigerung geboten werden soll. Bezogen auf die Türkei stehen laizistisch-kemalistische (oftmals unterstützt durch Militär und Bürokratie), islamisch-konservative sowie separatistisch-kurdische Machtblöcke im Vordergrund.

In Anbetracht der Tatsache, dass die grundsätzliche Außenpolitik der Türkei mit den machtpolitischen Annahmen des Realismus erklärt werden kann und in der Vergangenheit die externe Minderheitenpolitik (auch) auf Eigeninteressen Ankaras beruhte und dass Südosteuropa die wohlmöglich wichtigste Region außerhalb der Türkei für das Land darstellt und hier der türkische Staat immer stärker großmachtpolitisch auftritt, lässt die Frage zu, ob die seit Anfang der 1980er Jahre auf dem Balkan betriebene auswärtige Minderheitenpolitik unter anderem auf machtpolitischen Motivationen beruht. Hierbei ist anzumerken, dass Machtpolitik nicht nur einen offensiven, der Machtsteigerung dienenden Erklärungsansatz definiert, sondern auch einen defensiven, den Machterhalt bzw. einen autonomiefördernden Charakter umschreibt. Vor allem Letzteres kann auch durch eine passive, das heißt bis zur vollständigen Untätigkeit geformten Politik zustande kommen. Angesichts der bisherigen einflusspolitischen Tendenzen und der teilweise darauf basierenden Minderheitenpolitik der Türkei ist eine mitunter vorhan-

dene Machtpolitik anzunehmen. Daher sei noch einmal an die allgemeine Hypothese erinnert: die Türkei betreibt eine Minderheitenpolitik in Südosteuropa, um ihre eigenen sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen zu bekräftigen. Diese berechtigte Annahme soll anhand der Lage des internationalen Systems, den bilateralen Verhältnissen zwischen der Türkei und dem Wohnsitzstaat sowie den innenpolitischen Faktoren in der türkischen Republik gemessen werden. Die aus dem realistischen Erklärungsmodell hergeleiteten und in Kapitel 2 vorgestellten Indikatoren sowie die ebenfalls im Theorieteil herausgebildeten Bestimmungsfaktoren von Preissler stellen dazu das Analyseraster für die externe türkische Minderheitenpolitik dar.

6.2 Methodik

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Außenpolitikanalyse. Mit der Außenpolitik wird die Wahrnehmung von Interessen eines Nationalstaates gegenüber seinem internationalen Umfeld verstanden (Hacke 2003, S. 337). Dabei stehen diese Interessen in einem Spannungsfeld zwischen internationalen Gegebenheiten und innenpolitischen Eigengesetzlichkeiten. Auch wenn die stärksten Antriebskräfte von außenpolitischem Handeln auf dem internationalen Beziehungsmuster beruhen, sind die innenpolitischen und materiellen Gesichtspunkte nicht zu vernachlässigen (Hacke 2003, S. 337-339).

Die auswärtige Minderheitenpolitik wird in dieser Arbeit als Teilgebiet der Außenpolitik aufgefasst. Diese Art der Minderheitenpolitik befasst sich mit der Politik eines (Mutter-)Staates gegenüber seinen koethnischen Minderheiten außerhalb der Landesgrenzen sowie gegenüber den betreffenden (Wohnsitz-)Staaten bezüglich der entsprechenden Minderheit bzw. der Minderheitenfrage. Damit unterscheidet sie sich, insbesondere im Falle der Türkei, von der Diasporapolitik, die die Politik zu den eigenen Staatsbürgern oder Ex-Staatsbürgern im Ausland definiert. Gegenüber solchen hat ein Nationalstaat in der Regel ein höheres Verantwortungsgefühl bzw. eine andere Interessenslage. Die auswärtige Minderheidenpolitik ist in der Dreiecksbeziehung zwischen Mutterstaat-Minderheit-Wohnsitzstaat aufgrund von häufig unklaren Beziehungsmustern facettenreich und somit komplex.

Um Komplexitäten in der Politikwissenschaft zu entflechten und beobachtbare Phänomene erklären zu können, werden Theorien und Modelle gebildet. Franz Preissler entwickelte solch

ein Modell, um die externe Minderheitenpolitik anschaulicher zu machen. Das Modell versucht zu erklären, welche Ziele und Interessen Mutterstaaten mit ihrer auswärtigen Minderheitenpolitik verfolgen, welche Arten von Politik dafür in Frage kommen und welche Faktoren die Ausprägungen dieser Politik beeinflussen. Dieses Modell wurde vom Verfasser der vorliegenden Studie durch eine stärkere Einbeziehung der Grundannahmen des Realismus modifiziert. Dieser besagt, dass Staaten nach so viel Macht wie möglich streben. Hauptgrund dafür wiederum ist, wie im Theoriekapitel verdeutlicht, die internationale Struktur, in der Staaten für ihre Sicherheit selbst verantwortlich sind und demnach Macht ein Mittel ist, um diese Sicherheit zu gewährleisten. Die externe Minderheitenpolitik wird laut diesem Modell derart betrieben, dass dadurch entweder ein Machtgewinn oder zumindest kein Machtverlust droht.

Das auf Grundlage der Vorarbeiten von Franz Preissler (2014) entwickelte Modell definiert Variablen, die die Art und Intensität der externen Minderheitenpolitik bestimmen. Diese sind die *Bedrohungslage eines Staates in seinem Umfeld* bzw. die internationale Struktur, die *Machtposition eines Mutterstaates gegenüber dem Wohnsitzstaat*, die *Situation der Minderheit*, die *Anzahl und das Ausmaß an (anderen) Konflikten mit dem Wohnsitzstaat* sowie die *Gegebenheiten in der Innenpolitik des Mutterstaates*. Aus der Gemengelage dieser Zustände bildet sich eine Minderheitenpolitik aus, die sich entweder in einer *Instrumentalisierung* oder in einem *Eintreten* für die externe Minderheit äußert (Mischformen sind möglich). Das Eintreten kann bspw. durch *militärisches* oder *verbales* Eingreifen erfolgen oder aber auch durch ein *Wirtschaftsembargo*. Ein Eintreten kann aber auch durch materielle, kulturelle und religiöse Förderung in Form von *Entwicklungshilfe* oder *Außenkulturpolitik* zustande kommen. Auch ein *nicht-Eintreten* kann als Eintreten bemessen werden. Von *Zuwanderung* über *Wahlhilfen* bis hin zum *Verteilen von Staatsbürgerschaften* sind viele Formen des Eintretens möglich. Das Eintreten kann auch schlicht zum *Erhalt der Minderheit* dienen, um langfristig diese Ressource als Gut zu nutzen. Eine Instrumentalisierung wiederum äußert sich oftmals in der Nutzung der Minderheit als *Druckmittel* oder aber auch auf *kooperative Weise*, in dem über die Konationalen Einfluss auf den Wohnsitzstaat ausgeübt wird, bspw. zur Wohlstandssteigerung. Auch hier sind verschiedene Maßnahmen denkbar. Nochmals sei erwähnt, dass das räumliche und zeitliche Zusammentreffen der Bestimmungsfaktoren über die Instrumente der externen Minderheitenpolitik entscheidet, die ein Mutterstaat anwendet. Doch unabhängig davon, auf welche Art und mit welcher Intensität die externe Minderheitenpolitik betrieben wird: als ein Untersuchungsansatz, welches sich der realistischen Schule bedient, behauptet das Modell,

dass es dabei immer (ungeachtet ob Instrumentalisierung oder Eintreten) um Machterhalt oder Machtsteigerung zu Gunsten des Mutterstaates geht und somit das Wohl der Minderheit zweitrangig ist.

Diese Annahme soll bezogen auf die Türkei in der folgenden Analyse überprüft werden. Dazu wird die externe Minderheitenpolitik des Landes in Südosteuropa in den letzten 40 Jahren untersucht. Um die Minderheitenpolitik überschaubarer zu halten und vergleichbarer zu machen, wurde im Vorfeld eine zeitliche Vierteilung vorgenommen. Wie das Kapitel 3 zu den Grundzügen der türkischen Außenpolitik gezeigt hat, waren in den Zeiten 1983 bis 1991, 1992 bis 2002, 2003 bis 2013 sowie von 2014 bis 2024 jeweils unterschiedliche innen- und außenpolitische Gegebenheiten vorherrschend bzw. die Übergänge waren durch Umbrüche geprägt. Daran orientiert sich die Vierteilung der vorliegenden Studie und ist in dieser Form auch in der türkischen Politikwissenschaft gängig. In jedem dieser Zeitabschnitte wurde einer der betrachteten Wohnsitzstaaten in die besondere Berücksichtigung genommen. Für die Zeitperiode der Özal-Regierung (1983-1991) wurde Bulgarien gewählt, da es im gesamten Betrachtungszeitraum keinen weiteren Fall gab, in dem sich die Situation der Minderheitenpolitik derart verschlechterte und somit die Variable „*Lage der Minderheiten*“ besonders relevant war. Der Zeitraum, der durch Koalitionsregierungen geprägt war (1992-2002), nimmt Griechenland in den Fokus. Hier ist der Erklärungsfaktor „*Anzahl und Ausmaß an Konflikten*“ vorherrschend, da es in dieser Zeit dreimal zu einem Beinahekrieg zwischen Griechenland und der Türkei kam. In keiner weiteren Epoche als zwischen 2003 und 2013 war die *internationale Bedrohungslage* geringer. Zudem werden die *bilateralen Beziehungen* zwischen der Türkei und Mazedonien in dieser Zeit als sehr gut eingeschätzt. Die AKP übernahm die alleinige Regierungsverantwortung und hatte ein anderes außenpolitisches Paradigma. Dies wird sich auf die Minderheitenpolitik ausgewirkt haben, so dass Mazedonien hier im Besonderen betrachtet wird. Ab 2014 änderte sich die *internationale Bedrohungslage* wieder und die Außenpolitik der Türkei militarisierte sich. Dabei wird angenommen, dass die Türkei zu keinem anderen Wohnsitzstaat als gegenüber Kosovo eine größere *Machtposition* zu verzeichnen hat.

Das heißt, dass die Zeitperiode und die Auswahl des Wohnsitzstaates so kombiniert wurde, dass das Vorherrschen größtmöglicher Unterschiede in der Fallauswahl angestrebt wurde. In der Studie wird beabsichtigt, aufzuzeigen, dass trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und gar verschiedenartiger Instrumente in der türkischen Minderheitenpolitik, das Hauptresultat Ähnlichkeiten aufweist. Nämlich, dass die türkische Minderheitenpolitik machtpolitisch

getrieben ist. Demnach kommen in dieser Arbeit auch Elemente der vergleichenden Politikwissenschaft zum Einsatz. Diese bilden zusammen mit der theoriegeleiteten Analyse eine Triangulation. Durch die Einbindung des Vergleichens sollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten erkannt und Besonderheiten entdeckt werden. Dadurch sollen kausale Zusammenhänge erschlossen werden (Lauth/Winkler 2002, S. 42). Zwar handelt es sich mit der vorliegenden Studie um eine Einzelfalluntersuchung, doch können die vier Untersuchungseinheiten, in der es zu räumlichen und zeitlichen Abgrenzungen kommt, in sich genommen ebenfalls als Fälle betrachtet werden. Damit ist bereits die Fallauswahl getroffen und die Variablen ermittelt worden. Diese spiegelt den *most dissimilar case design* bzw. die Konkordanzmethode wider. Falls aber trotz der großen Unterschiede in den Fällen am Ende ein ähnliches Ergebnis vorliegen sollte, würde dies bedeuten, dass ein Bestimmungsfaktor ursächlich für die Wirkung ist (Lauth/Pickel/Pickel 2009, S. 72). Sollte dies in der externen Minderheitenpolitik der Türkei zutreffen, dann lautet die Annahme, dass die internationale Struktur bzw. das Sicherheitsstreben Ankaras die entscheidende Variable ist.

Im ersten Schritt werden im nachfolgenden Kapitel 7 pro Epoche die *systemischen* und *innenpolitischen* Herausforderungen der Türkei, da diese bisher sehr bestimmend für die allgemeine türkische Außenpolitik waren, detailliert beschrieben. Dabei werden schon erste Informationen zu den allgemeinen Beziehungen zu dem betrachteten Wohnsitzstaat und die Situation der dortigen Minderheiten bekannt. Daraus folgt ein Kurzresümee, welches die wichtigsten Punkte für die weitere Analyse zusammenfasst. Anschließend wird bezogen auf den jeweiligen Untersuchungsfall die tatsächlich betriebene auswärtige Minderheitenpolitik ohne ausdrückliche Nennung aber auf der Tonspur des Analysemodells ausführlich dargestellt. Ziel dabei ist es nicht nur aufzuzeigen, durch welche Erklärungsfaktoren die Art und Weise der fallbezogenen türkischen Minderheitenpolitik zustande kommt, sondern vielmehr, ob diese Politik im Sinne des Realismus stets mit einer *machterhaltenden* oder *machtsteigernden* Komponente versehen ist. Durch die Zuhilfenahme der abhängigen und unabhängigen Variablen aus dem Modell, wird jeweils in einem Zwischenfazit versucht, diese Komponente interpretierend herauszukristallisieren. Dazu werden die Erklärungsfaktoren und Instrumente aus dem Modell kursiv hervorgehoben (wie auch hier im Methodenkapitel), auch wenn nicht immer das jeweilige Schlagwort aufgeführt wird. Zum Schluss eines jeden Unterkapitels wird die Politik gegenüber den Minderheiten in den übrigen Wohnsitzstaaten zwecks Kontinuität und um weitere Vergleichsmasse zu liefern, kurz aufgeführt.

Die erfassten Erkenntnisse in Kapitel 7 werden in Kapitel 8 durch die Einbeziehung aller aufgeführten Wohnsitzstaaten und Zeitfenster vergleichend und in Anlehnung an das Modell zur Diskussion gebracht. Die Bewertung erfolgt ausführlicher als in den Zwischenfazits, doch werden, um den Lesefluss nicht zu stören, die abhängigen und unabhängigen Variablen nicht stringent so benannt.

Zur Darstellung der auswärtigen Minderheitenpolitik der Türkei in der jeweiligen Zeitperiode, wird größtenteils Sekundärliteratur verwendet, die jedoch hauptsächlich auf Primärquellen beruhen. Vor allem die Arbeiten von Ayşegül İnginar Kemaloğlu (2012), Kader Özlem (2016) und Bilal Şimşir (2012) basieren auf Primärliteratur. Es werden aber auch Primärquellen in Form von Zeitungsartikeln und amtlichen Veröffentlichungen wie offizielle Erklärungen und Pressemitteilungen des türkischen Außenministeriums *(Quellenbezeichnung: T.C. Dışişleri Bakanlığı)* oder Plenarprotokolle des türkischen Parlaments *(Quellenbezeichnung: T.B.M.M)* eigens ausgewertet. Dazu wurden mehrere Dutzend Stellungnahmen des Außenministeriums gesichtet. In den Datenbaken zu den Parlamentssitzungen wurde nach relevanten Beiträgen gesucht und Gefundenes verarbeitet. Nahezu 100 Ausgaben der Monatszeitung „Batı Trakya'nın Sesi", die über Westthrakien berichtet, wurden untersucht. Vor allem durch den Inhalt, den Zeitpunkt, die Frequenz und die Intensität der Äußerungen der türkischen Entscheidungsträger bzw. anderer innenpolitischer Kräfte in der relevanten Minderheitenfrage sowie durch die Art, das Ausmaß, die Intention der Maßnahmen vor Ort, soll die Ausprägung der externen Minderheitenpolitik belegt werden. Diese sollen dann wiederum Rückschlüsse auf die Ziele und Interessen der Türkei geben bzw. die Frage beantworten, ob das Vorgehen der Türkei als Machtpolitik interpretiert werden kann.

Ferner wurden durch Experteninterviews eigene Primärquellen erzeugt, die ebenfalls einer Inhaltsanalyse unterworfen wurden. Damit sollten Lücken geschlossen werden, die die vorhandene Literatur nicht ausfüllen konnte. Dazu wurden Forschungsreisen in die Türkei und nach Westthrakien unternommen. Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde eine Diversifikation angestrebt. Experten der türkischen Außenpolitik, der türkischen Balkanpolitik –aus der Türkei und aus den Balkanstaaten – sowie Angehörige der türkischen Minderheit wurden dazu befragt. Die Interviews wurden nicht-standardisiert über die offene Gesprächsführung abgehalten. Unerfreulicherweise konnte durch die Interviews kein großer Mehrwert geerntet werden. Zwar wurden viele Hintergrundinformationen gewonnen und die Gespräche waren für das Forschungsvorhaben insgesamt bereichernd, doch konnte kein Datenmaterial zur Beant-

wortung der Fragestellung extrahiert werden. Leider konnten zudem trotz persönlicher Kontakte und der Zusicherung, dass die Interviews anonymisiert werden können, keine Gesprächspartner aus dem türkischen Außenministerium oder den anderen staatlichen und staatsnahen Institutionen gewonnen werden. Diese wären für die Fragestellung umso bedeutender gewesen.

7 Analyse der externen türkischen Minderheitenpolitik auf dem Balkan (1983-2024)

7.1 Türkische Minderheitenpolitik während der Özal-Zeit (1983-1991) unter besonderer Berücksichtigung Bulgariens

7.1.1. Innen- und außenpolitische Ausgangslage

Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und die iranische Revolution 1979 beendeten die Entspannungspolitik, die noch Anfang dieses Jahrzehnts zwischen den beiden Machtblöcken Ost und West geherrscht hatte (Balıkel 2017, S. 126). Mehr noch verhärteten sich die Fronten, so dass dieser Zeitraum, der bis 1985 andauern sollte, als II. Kalter Krieg oder Neuer Kalter Krieg Bezeichnung fand. Die Sowjetunion erhöhte ihre Truppenstärke im Kaukasus, entwickelte ihre Beziehungen zu Syrien und stockte ihre Kampfschiffe im Mittelmeer auf. Somit verlagerte sich, getrieben durch diese Ereignisse, der Ost-West-Konflikt immer weiter in den Nahen Osten. Das Ausscheiden des Irans als westlicher Verbündeter hatte für die Türkei eine weitere Änderung der sicherheitspolitischen Lage zur Folge. Wurde die Region zuvor als eine Anhäufung größtenteils blockfreier Staaten gesehen, zu der sich Ankara weiter öffnen wollte, entstanden nun komplexe Beziehungsmuster. Die beabsichtigte Annäherung in den Nahen Osten war auch getrieben durch die neue Wirtschaftspolitik des Landes. Die Türkei wollte von einer importsubstituierenden Industrialisierung zu einer exportorientierten Wachstumspolitik übergehen. Daher sollten neue Absatzmärkte gefunden werden, für die die südliche Nachbarregion besonders in Frage kam. Die Außenwirtschaftspolitik wurde neben der Sicherheitspolitik zu einer der beiden wichtigsten Komponenten der Außenpolitik. Andererseits stieg die geopolitische und geostrategische Bedeutung der Türkei aus Sicht des westlichen Bündnissystems wieder an. Ziel war es nun, die Sowjetunion von einer Expansion in die Region fernzuhalten und radikal islamische Bewegungen wie im Iran einzudämpfen. Dazu sollten moderate muslimische Länder in der Region als Partner dazugewonnen und gefördert werden (Papuççular 2023, S. 213-217).

Die Türkei als NATO-Mitglied mit einziger muslimischer Mehrheitsbevölkerung konnte hierzu als Bindeglied wirken. Gleichzeitig wurde die Türkei in Zusammenarbeit mit der USA als Stützpunkt für militärische Operationen ausgebaut, so dass im Südosten des Landes zwei neue Militärflughäfen errichtet und die vorhandenen modernisiert wurden. Die angespannten Beziehungen der 60er- und 70er Jahre zwischen beiden Staaten wurden nun durch eine wechsel-

seitige Annäherung abgelöst. Unmittelbar nach der Machtübernahme des Militärs konnten die NATO-Generäle die Putschisten von der Bedeutung Griechenlands für das westliche Bündnis überzeugen. Athen war nach der Besetzung Zyperns durch die Türkei aus dem militärischen Arm der NATO ausgetreten. Nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen vor dem Putsch gipfelten die guten Beziehungen nun in der vollständigen Wiedereingliederung Griechenlands in das Verteidigungsbündnis. Neben der militärischen Hilfe leistete die USA zusätzlich Entwicklungshilfe an Ankara von jährlich bis zu 900 Millionen Dollar. In den nachfolgenden Jahren wurden diese Zuwendungen jedoch immer mehr mit der Menschenrechtssituation in der Türkei in Zusammenhang gebracht, was für Irritationen in Ankara sorgte. Dabei wurde nicht nur auf die Missstände in den Gefängnissen verwiesen, die die politischen Häftlinge nach dem Putsch 1980 in Form von Folter erleiden mussten, sondern es wurde immer mehr die Situation der Kurden im Südosten des Landes zur Sprache gebracht (Balcı 2017, S. 189-192).

Kurz nach dem Umsturz in 1980 kam es zu einer beispiellosen Repressionswelle an politisch Verfolgten. 120.000 Menschen wurden festgenommen, 30.000 Berufstätige aufgrund ihrer politischen Ansichten entlassen, weiteren 15.000 wurde die türkische Staatsangehörigkeit aberkannt. Dutzende Menschen wurden hingerichtet. Trotz Folter und anderen Menschenrechtsvergehen wurde der Militärputsch von der EG zunächst als Sicherstellung der demokratischen Funktionsfähigkeit wahrgenommen. Mit dem Ziel den Staatsstreich zu legitimieren und Wirtschaftseinbußen zu minimieren, verfolgte das neue Regime in Ankara eine angeglichene Politik gegenüber der EG und kündigte für die nahe Zukunft die Beantragung der Vollmitgliedschaft an. Nachdem der von den Putschisten gegründete Nationale Sicherheitsrat (*Milli Güvenlik Kurulu* [MGK]) alle politischen Parteien im Land verbot und somit klar wurde, die Regierungsgewalt beibehalten zu wollen, ging die EG zu einer härteren Gangart über und erteilte allen Beitrittsgesuchen eine Absage. Kenan Evren, als Generalstabschef der Vorsitzende des MGK und spätere Staatspräsident, zeigte sich davon zunächst unbeeindruckt: „Wir zählen uns zu den Europäern … doch wenn Europa dies nicht akzeptiert … dann ist es möglich, dass sich die Türkei in andere Blöcke einfügt“ (Balcı 2017, S. 194 nach Çalış 2006 [Übersetzung durch den Autor]). Forderungen der EG zum Übergang zur Demokratie wurden von wirtschaftlichen Verlusten begleitet. So schrumpfte der Anteil der EG im Außenhandel Ankaras nach nur einem Jahr von 43 % auf 30 % (Balcı 2017, S. 193-194).

In der Tat wurde durch das Militärregime die schrittweise Rückkehr zur Demokratie in Aus-

sicht gestellt und für Dezember 1983 zu Parlamentswahlen aufgerufen. Dazu wurden unter der Kontrolle der Putschisten und Führung ehemaliger Generäle zwei Parteien ins Leben gerufen. Weitere Parteien wurden nur nach Zustimmung des MGK zu den Wahlen zugelassen. Turgut Özal, der vor dem Staatsstreich in diversen Funktionen beim staatlichen Planungsamt von sich reden machte und später als stellv. Ministerpräsident im Militärregime in Erscheinung trat, konnte als einziger Ziviler die von ihm gegründete liberal-konservative Mutterlandspartei (*Anavatan Partisi [ANAP]*) zu den Wahlen zulassen. Aus den Parlamentswahlen trat die ANAP unstrittig als Sieger hervor, bildete die Alleinregierung und wählte Özal zum Ministerpräsidenten (Papuççular 2023, S. 218-219). Dieser bekräftigte kurze Zeit später den Wunsch, in die EG aufgenommen zu werden. Doch tat sich in der Zwischenzeit ein weiteres Problem neben den noch weiter vorhandenen Menschenrechts- und Demokratiedefiziten auf: Griechenland seit 1981 Mitglied der EG und votierte gegen die Aufnahme der Türkei – obwohl der Weg Athens zur NATO einige Jahre zuvor durch das türkische Militärregime freigemacht wurde. Özal versuchte einerseits die Menschenrechtslage im Land zu verbessern und andererseits gute Beziehungen zu Griechenland aufzubauen. Doch gab es festgefahrene Zerwürfnisse wie den Zypernkonflikt, auf den weitere Krisen folgen sollten (Balcı 2017, S. 195-196).

Nach dem Ausscheiden Griechenlands ging seinerzeit der Oberbefehl über die NATO-Truppen innerhalb der internationalen Zone der Ägäis auf die Türkei über. Mit der vollen Wiedereingliederung in die NATO Athens, entfachte unmittelbar ein Streit über diese Kommandostrukturen, der bis heute nicht gelöst ist. Neben der EG konnte somit auch die NATO keine Besserung der Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei herbeiführen. Im Gegenteil, die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO und die potentielle Partnerschaft innerhalb der EG wurden selbst zum Problem. Auch eine dritte wichtige internationale Organisation, die UN, sorgte mit dem 1982 geschlossenen Seerechtübereinkommen (SRÜ) für weiteren Zündstoff. Demnach hat ein Küstenstaat die volle Hoheit über seine Küstengewässer bis zu 12 Meilen, die zudem die Zollgrenze darstellen. Da aufgrund der zahlreichen Inseln Griechenland durch diese Regelung seine Territorialgewässer stark ausdehnen könnte, wurde es von Athen umgehend ratifiziert. Die Türkei trat indes nicht bei, so dass es völkerrechtlich zu einer Dissonanz kam und die Spannungen zwischen beiden Staaten erhöhte. Eine größere Krise wurde hervorgerufen, als Griechenland 1983 und 1984 bei der NATO den Aufbau einer Kommandozentrale auf der Insel Lesbos anforderte. Ankara wähnte dabei den Verdacht, dass Griechenland dadurch die Insel – die sich unmittelbar am türkischen Kernland befindet – mi-

litarisieren wollte und blockierte das Vorhaben. Daraufhin hielt Griechenland ein großangelegtes Militärmanöver über der Ägäis ab und sperrte den Luftraum für zivile Flugzeuge (Balcı 2017, S. 196-197).

Der größte Konflikt zwischen den NATO-Partnern sollte sich im März 1986 anbahnen und beide Länder an den Rand eines Krieges bringen. Vorausgegangen war die Beauftragung eines Bohrschiffes durch die griechische Regierung, um innerhalb seiner 12-Meilen-Grenze Erdöl zu erkunden. Die Türkei verwies auf den ungeklärten Status der Gewässer und drohte per diplomatischer Note: Sollte Griechenland die Bohrungen nicht beenden, würde die Türkei gleichermaßen auf den Gewässern nach Erdöl suchen. Daraufhin verkündete das griechische Militär just ein Manöver abzuhalten, was wiederum die Türkei provozierte, unter Begleitung der Marine ein Bohrschiff in das Gebiet zu entsenden. Als türkische Kriegsschiffe und griechische Kampfflugzeuge sich gefährlich nahe kamen, verhärteten sich die Fronten. Griechenland bat Bulgarien um militärische Unterstützung, mit dem es – trotz entgegengesetzter Blöcke – kurz zuvor einen Beistandspakt unterzeichnet hatte. Als hieraus weltpolitische Gefahren drohten, intervenierten Großbritannien und die USA und forderten beide Parteien auf, die Provokationen einzustellen. Infolgedessen beorderten beide Staaten ihre Kampfeinheiten zurück (Balıkel 2017, S. 125).

In der Zwischenzeit kam es in der Zypernfrage wieder zu einem Disput zwischen beiden Lagern. Ankara weigerte sich, den Konflikt über internationale Organisationen auszutragen und bestand auf bilaterale Verhandlungen, worauf Griechenland nun eigenständig das Problem auf internationaler Bühne einbrachte. Die Türkei empfand dies als Ausladung aus den Gesprächen und gab dem nordzypriotischen Parlament grünes Licht, die Unabhängigkeit auszurufen. Am 15. November 1983 erklärte sich Nordzypern für souverän, was umgehend von der Türkei anerkannt wurde. Über alle Streitfragen hinweg konnte Griechenland einen Vorteil für sich beanspruchen. Es saß an einem längeren Hebel, da es Mitglied der EG war und die Türkei weiterhin ein besonderes, ja schicksalhaftes Interesse hatte, ebenfalls aufgenommen zu werden. Dies veranlasste Özal – der immer mehr das Zepter in Innen- und Außenpolitik in die Hand nahm – Schritte für eine Annäherung zu unternehmen. Beim Weltwirtschaftsforum 1988 in Davos kam es nach einem Treffen zwischen Özal und dem griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreou nach langer Zeit wieder zu einer Beruhigung in den griechisch-türkischen Beziehungen. Özal versprach, das Verbot von Immobilienbesitz für die griechische Minderheit in der Türkei aufzuheben, wohingegen Papandreou die Unterstützung für weitere

Beitrittsverhandlungen mit der EG in Aussicht stellte (Balcı 2017, S. 198-199).

Doch die Annäherungsbemühungen fielen auf unfruchtbaren Boden. Während das Zypernproblem auf griechischer Seite alle anderen Themen überragte, konnte Özal die bürokratischen Kräfte im Außenministerium sowie das Militär, das immer noch viel Gewicht hatte, nicht von seiner Linie überzeugen. Für sie war dies eine konzessive Politik. Bereits seit dem Putsch von 1980 dominierte das Militär die Außenpolitik. Bis zu den Parlamentswahlen 1983 war die Außenpolitik fest in der Hand der Putschisten. Während die Kompetenz der Legislative und Exekutive vom MGK übernommen wurde, beanspruchte Kenan Evren als dessen Vorsitzender die Befugnisse des Staatspräsidenten für sich. In dieser Zeit wurde eine außenpolitische Elite im Außenministerium aufgebaut, die lange Zeit ein Gegengewicht zu den zivilen Entscheidungsträgern erzeugte. Mit der 1982 in Kraft getretenen neuen Verfassung, lag die Außenpolitik im Verantwortungsbereich der Regierung und des Staatspräsidenten. Doch sollte weiterhin per Gesetz der MGK parteienübergreifend die Geschicke des Staatsapparates leiten. Mit dem Amtsantritt Özals änderte sich an diesem Konstrukt zunächst nicht viel. Während die gewählten außenpolitischen Akteure allenfalls im Sinne des exportorientierten Kurses in der Außenwirtschaftspolitik tätig sein konnten, war die Sicherheitspolitik nach wie vor vom Militär bestimmt. In seinen ersten Amtsjahren überließ Özal das Feld der Bürokratie und widmete sich den Themen der Handelspolitik. Doch wurde er auch dabei vom Militär beschnitten. So unternahm Özal bereits 1986 einen Dialog mit seinem griechischen Konterpart, um die diversen Streitfragen aus dem Weg zu räumen, doch überreichte das Außenministerium ohne Absprache mit dem Außenminister und dem Ministerpräsidenten eine diplomatische Note an Athen, nachdem es wieder in der Ägäis zu einem Vorfall kam. Diese Note war eher als Rüge an Özal zu sehen, dessen Politik als zu beugsam von der Bürokratie missbilligt wurde (Balcı 2017, S. 186-199).

Das Blatt wendete sich mit den vorgezogenen Parlamentswahlen vom November 1987. Vorausgegangen war ein Referendum im September, welches das in der Verfassung auferlegte Betätigungsverbot für bestimmte Politiker aufhob. Nun konnten die vor dem Staatsstreich agierenden Alt-Ministerpräsidenten Süleyman Demirel und Bülent Ecevit wieder auf die politische Bühne treten. Doch Özals ANAP gewann eindrucksvoll 292 der 450 Parlamentssitze. Die von dem Militärregime vor den Wahlen 1983 gegründeten und kontrollierten Parteien waren in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Gestärkt aus den Wahlen konnte Özal seine Machtbasis immer weiter ausbauen. Als 1989 die Amtszeit von Kenan Evren endete, ließ sich

Özal zum Staatspräsidenten wählen und war nun der dominanteste Entscheidungsträger sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Dies auch deswegen, weil Özal seinen treuen Wegbegleiter Yıldırım Akbulut zum neuen Vorsitzenden der ANAP forcierte, der anschließend damit das Amt des Ministerpräsidenten übernahm (Balcı 2017, S. 212-214).

In der Phase des Zweiten Golfkriegs (1990/91) entfaltete Özal erstmals autoritäre Züge und bestimmte die Politik des Landes nahezu im Alleingang. Die Machtposition des Staatspräsidenten war jedoch nicht unbegrenzt. So leistete der Generalstabchef Necip Torumtay erbitterten Widerstand gegen die Pläne Özals, die Armee für eine Militäroperation im Irak in Bereitschaft zu halten. Die Oppositionsführer um Erdal Inönü (Sohn Ismet Inönüs), Vorsitzender der zweitstärksten Sozialdemokratischen Volkspartei (*Sosyaldemokrat Halkçı Parti [SHP]*) sowie den beiden ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel und Ecevit, widersprachen Özals Politik. Auch tat sich innerhalb der ANAP eine Opposition um den ehemaligen Außenminister Mesut Yılmaz auf, der nach Meinungsverschiedenheiten mit Özal, insbesondere während des Golfkriegs, zurücktrat. So wurde der Regierung trotz zahlenmäßig überwältigender Mehrheit der ANAP im Parlament, die Ermächtigung für die Entsendung des Militärs ins Ausland verweigert. Doch hatte der Zweite Golfkrieg nicht nur innenpolitisch Relevanz. Mit dem Einmarsch des Iraks in den Nachbarstaat Kuwait, hatten sich die Sorgen der Türkei bezüglich einer expansionistischen Politik Saddam Husseins bewahrheitet. Während Ankara im Ersten Golfkrieg (1980-88) zwischen dem Iran und Irak neutral blieb und gute Beziehungen zu beiden Ländern aufrecht erhielt, war nun die Politik des Landes, ein Erstarken von Hussein zu verhindern, der den Irak zur Regionalmacht etablieren wollte. Nachdem die UN ein Embargo auf den Irak nach dessen Angriff auf Kuwait verhängte, reagierte Özal umgehend und schloss die vom Irak in die Türkei führenden Erdölpipelines. Somit war das Signal gegeben, auf welcher Seite sich das Land im Golfkrieg positionieren wollte. Bemerkenswert war, dass Özal trotz gegenläufiger Entscheidung des MGK, die Erdölleitung eigenmächtig schließen ließ. Özal wollte seinen westlichen Partnern die geographische Bedeutung der Türkei vor Augen führen. Die türkischen Entscheidungsträger befürchteten seit der Entspannungspolitik Gorbatschows und dem Ende des Kalten Krieges, dass die Geltung des Landes im internationalen System schwinden würde. Im weiteren Verlauf sollte die Türkei ihre Militärbasen für Kampfeinsätze der US-Luftwaffe zur Verfügung stellen und Truppen an die Grenze zum Irak verlegen. Damit machte sich Ankara jedoch militärisch angreifbar, was die sicherheitspolitische Situation verschlechterte. Ökonomisch hatte der Krieg bereits für erhebliche Verluste gesorgt. Einigen Berichten zur Folge, summierten sich Einnahmenausfälle auf bis zu 100 Mrd. Dollar in einem

Jahr (Balcı 2017, S. 221-224).

Eine weitere Entwicklung des Zweiten Golfkrieges, die für die Türkei sowohl sicherheitspolitisch als auch wirtschaftlich weitreichende Folgen hatte, war der Angriff der irakischen Armee auf kurdische Gebiete im Nordirak. Die zerstörerische Offensive sollte einen Flüchtlingsstrom in Gang setzen, die 1,5 Mio. Kurden an die türkische Grenze trieb. Trotz aller Bedenken der türkischen Entscheidungsträger öffnete Ankara auf internationalen Druck die Grenzen (Balcı 2017, S. 224-225). Ohnehin stand die Türkei in den Augen ihrer Bündnispartner nicht im guten Licht bezüglich der Kurdenproblematik im inneren des Landes. Der Militärputsch von 1980 und die anschließenden Repressalien an ideologisch Andersdenkenden hatte auch für kurdische Aktivisten schwere Zeiten eingeläutet. Die Niederschlagung aller kurdischen Bewegungen, die für eine Lösung des Kurdenproblems über rechtmäßige politische Strukturen eintraten, führte zum Erstarken der PKK, die aus dem Ausland operierend mit Terror und Gewalt den Staat zum Einlenken in der kurdischen Sache zwingen wollte. Der Erste Golfkrieg hatte im Nordirak ein Machtvakuum hinterlassen, in dem die PKK neben anderen lokalen kurdischen Bewegungen Bastionen errichtete und das einen Rückzugsraum bot. Auch im Libanon und Syrien unterhielt die PKK militärische Ausbildungsanlagen. Nachdem sich Anschläge der PKK im Südosten der Türkei häuften, kam es im Mai 1983 zum ersten Einsatz der türkischen Armee im Nordirak. Bis 1987 konnte die PKK trotz allem ihre Machtbasis ausbauen. Als die Terrororganisation überdies in einem Kongress zusätzlich den Aufbau von zivilen Widerstandsstrukturen im Südosten der Türkei bekanntgab, dehnte die türkische Armee ihren Einsatz in Richtung Inland aus. Hierbei wurde auch die Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen und es wurden Berichte über Menschenrechtsverletzungen laut (Balcı 2017, S. 199-200). Unter diesen Vorzeichen hatte Özal bereits 1987 die Vollmitgliedschaft in die EG beantragt. Durch die Aufnahme in die EG erhoffte sich Özal nicht nur einen wirtschaftlichen Wohlstand im Land, sondern auch die vollständige Zurückdrängung der immer noch starken bürokratischen Eliten und des Militärs. Doch auch die tonangebenden kemalistischen Akteure befürworteten den EG-Eintritt des Landes und sahen darin den Endpunkt der vollständigen Verwestlichung. Als der EG-Antrag jedoch abgelehnt und dabei die Missstände im Südosten des Landes als eine der größten Ursachen dafür herangezogen wurde, kamen erste Zweifel innerhalb der Bürokratie gegenüber der EG auf (Balcı 2017, S. 215-216).

7.1.2 Kurzresümee

Zwei Merkmale prägten die ersten Jahre der Regierung Özals besonders. Eine äußere Unsicherheitslage, die einerseits durch eine neue Hochphase des Kalten Krieges und andererseits durch regionale Konfliktherde mit den Nachbarländern hervorgerufen wurde. Obwohl das Land im Ersten Golfkrieg neutral blieb, schwächte dies die Absatzmärkte Richtung Nahen Osten. Hatte sich das Land doch jüngst auf die Fahnen geschrieben, den Handel mit den südlichen Nachbarländern und deren Peripherie zu stärken. Mit Griechenland kam es dabei zu eigenen Konflikten, die beinahe in einem Krieg gemündet wären. Nun trat auch die PKK immer stärker mit Anschlägen in Erscheinung, was das Bedrohungspotential noch weiter erhöhte.

Das zweite Merkmal dieser ersten Jahre war der vorausgegangene Staatsstreich. Das Militärregime öffnete das Land lediglich schrittweise wieder in die Demokratie. Trotz der ersten Wahlen 1983 waren immer noch die Putschisten tonangebend – vor allem in der Außenpolitik. Von Oppositionsparteien und Öffentlichkeitsdruck konnte keine Rede sein. Der Putsch führte ferner zu beispiellosen Strafmaßnahmen, vor allem gegen links- und rechtsgerichtete Gruppen sowie gegen kurdische Bewegungen. Unter anderem diese schweren Menschrechtsvergehen und eine missliche wirtschaftliche Lage versperrten den Weg in die EG.

Ab Mitte der 1980er Jahre kam es zu einer weitreichenden Änderung der außenpolitischen Lage. Der Kalte Krieg war vorbei und die Ostblockstaaten mit sich selbst beschäftigt. Doch regional war die Unsicherheitslage unverändert. Saddam Husseins Ziel mit der Ausdehnung des irakischen Einflussbereichs und weitere Konflikte mit Griechenland ließen keine Entspannung zu. Die PKK wurde stärker und weitete ihre Aktivitäten aus. Die Wirtschaft konsolidierte sich zwar, doch waren die Lebensverhältnisse für die Bevölkerung weiterhin prekär.

Mit den Wahlen von 1987 änderten sich aber die innenpolitischen Verhältnisse. Durch den Wahlerfolg im Rücken konnte Özal das Militär und die elitäre Bürokratie nach und nach zurückdrängen, auch wenn diese Kräfte bis zum Ende seiner Regierungszeit markant blieben. Doch bestimmte nun Özal fast im Alleingang die Außenpolitik. Auch wenn im Parlament nur mäßig repräsentiert, traten wieder Altpolitiker hervor, die Özal rhetorisch in Bedrängnis bringen konnten.

Unter diesen innen- und außenpolitischen – aus Sicht der realistischen Theorien ungünstigen

– Gegebenheiten, änderte sich die Situation der türkischen Minderheit in Bulgarien erheblich. Zwischen 1984 bis 1989 wurden die Türken in Bulgarien gewaltsamen Assimilierungsmaßnahmen ausgesetzt. In den letzten Jahren hatte die Türkei dabei trotz unterschiedlicher Blockbindungen gute Verhältnisse zu Sofia. 1982 noch wurde Staatspräsident Evren dort feierlich begrüßt (ebenso in Belgrad und Bukarest) und die guten nachbarschaftlichen Beziehungen gepriesen. Zwar war Ankara machtpolitisch, zumindest den Machtfaktoren der realistischen und neorealistischen Schule nach, Bulgarien keineswegs unterlegen, doch herrschte weiterhin eine bipolare Welt und die Türkei hatte mit vielen Problemen zu kämpfen.

Bezogen auf die Variablen aus dem Grundmodell heißt das, dass das *sicherheitspolitische Umfeld* der Türkei größtenteils als *unsicher* galt, *innenpolitisch* das Land durch den Militärputsch von 1980 *geschwächt* war, die außenpolitischen Kompetenzen der Regierung ungewiss waren und zunächst keine parteipolitische Opposition vorhanden war. Die *Beziehungen* zu Bulgarien waren insgesamt *gut* und die *Machtstellung* gegenüber Sofia zumindest *nicht ungünstig* für die Türkei. Ab 1984 *verschlechtere* sich plötzlich *die Lage der türkischen Minderheit* in Bulgarien. Wie würde Ankara darauf reagieren?

7.1.3 Türkische Minderheitenpolitik in Bulgarien

Anfang Januar 1985 berichteten erstmals türkische Tageszeitungen von einer neuen Assimilierungspolitik Bulgariens. Demnach mussten alle Angehörigen der türkischen Minderheit ihre türkisch-muslimischen Namen aufgeben und einen neuen bulgarischen Namen annehmen. Auch wenn die Zwangsassimilation mit der unfreiwilligen Annahme eines bulgarischen Namens bekannt wurde, gab es noch weitere unterdrückerische Maßnahmen an der Minderheitsgesellschaft. Die Berichte machten nicht Halt vor der türkischen Staatsführung. So wurden der Finanzminister Kurtcebe Alptemoçin sowie Staatsminister und Regierungssprecher Mesut Yılmaz bei einem Besuch in der Stadt Bursa von in der Vergangenheit Zugewanderten Bürgern angesprochen. Verwandte in Bulgarien hätten über Repressalien an der dortigen türkischen Bevölkerung berichtet. Yılmaz erwiderte, dass die Staatsführung bereits Kenntnis über die Geschehnisse hätte und bat die Anwesenden um Ruhe und Geduld (Şimşir 2012, S. 380). Mileva Maeva (2006) zufolge liefen die unfreiwilligen Namenswechsel, die durch die bulgarische Volksarmee koordiniert wurden, oft nach dem gleichen Schema ab: demnach fielen nachts oder am frühen Morgen Militär- oder Polizeikräfte in die von Türken bewohnten Häu-

ser unvermittelt ein, vernichteten alle vorfindbaren Ausweispapiere und übergaben den Bewohnern neue Dokumente mit einem zugewiesenen bulgarischen Namen. Dabei mussten vorgefertigte Anträge unterschrieben werden, in der erklärt wurde, dass man die bulgarischen Namen freiwillig angenommen hat und nicht in die Türkei auswandern möchte. Solange die Beamten nicht auf Gegenwehr stießen, lief die Aktion nicht unsanft ab. Widerständen seitens der Hausbewohner begegneten die Bediensteten jedoch mit äußerster Härte (Sadal 2021, S. 126-127). Laut der Deutschen Presseagentur (DPA) wurden Gebiete mit mehrheitlich türkischer Bevölkerung abgeriegelt bzw. Zugangskontrollen durchgeführt. Angehörige der türkischen Minderheit durften nicht mit Ausländern sprechen und Journalisten wurden an der Berichtserstattung gehindert. Allerdings befanden sich aufgrund des geplanten jedoch abgesagten Gipfeltreffens des Warschauer Paktes in Sofia am 17. Januar 1985 viele westliche Journalisten im Land, die über die Assimilierungspolitik korrespondierten. Bereits mit den ersten Medienberichten in der Türkei veröffentlichten Landsmannschaften bzw. Migrantenverbände von balkanstämmigen Türken erste Stellungnahmen. Dabei suchten die Vereinsvertreter auch Parlamentarier auf, sowohl von der ANAP als auch der Oppositionsparteien, und übergaben dabei umfangreich dokumentierte Reports zu den Repressalien. Auch Anwaltskammern und Universitätsrektorate protestierten gegen die Zwangsbulgarisierung (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 70-79).

Ende Januar trat Außenminister Vahit Halefoğlu vor die Presse und erklärte, man wolle die Probleme auf eine Art und Weise lösen, in der die guten bulgarisch-türkischen Verhältnisse keinen Schaden nehmen. Noch im Januar entsendete Kenan Evren eine Botschaft an den langjährigen Staatspräsidenten Bulgariens, Todor Schiwkow. Evren verwies auf die guten nachbarschaftlichen Beziehungen und berichtete über die Klagen bezüglich einer Zwangsbulgarisierung, die ihn in letzter Zeit erreicht hätten. Diese Maßnahme könnte den guten bulgarisch-türkischen Verhältnissen Schaden zufügen und er richtete die Bitte an Schiwkow, sich des Themas anzunehmen (Şimşir 2012, S. 363-364). Kurz nach dem Eintreffen der Nachricht Evrens, wurden Parteifunktionäre nach Sofia berufen. Während Beobachter daraus schlossen, dass die Repressalien ein Ende nehmen werden, passierte Gegenteiliges: einige Dörfer mit mehrheitlich türkischer Minderheitsbevölkerung wurden von der bulgarischen Armee durch eine Blockade von der Außenwelt abgeschnitten (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 57). Schiwkow erwiderte gegenüber Evren, dass es sich bei den Muslimen in Bulgarien um keine Türken handelte, sondern um islamisierte Bulgaren, demnach wäre es eine bulgarische Angelegenheit. Außerdem habe jeder das Recht, in Bulgarien einen neuen bulgarischen Namen anzu-

nehmen (Şimşir 2012, S. 390).

Was die bulgarischen Machthaber veranlasste, gewaltsam die türkische Minderheit zu assimilieren, steht zur Debatte. Birgül Demirtaş-Coşkun (2001) zufolge, hatte die türkische Offensive 1974 in Zypern Befürchtungen in Sofia ausgelöst. So lag doch Bulgarien geographisch viel näher an der Türkei und die türkische Minderheit lebte zudem kompakt unmittelbar an der Grenze. Außerdem war die türkische Minderheit bevölkerungsreicher als die in Zypern – bei einer viel höheren Geburtenrate. Auch wenn vielleicht die bulgarischen Funktionäre keine direkte Invasion durch die Türkei erwarten dürften, so könnten die Türken in Bulgarien gegebenenfalls eines Tages die Autonomie einfordern, was früher oder später in einer Sezession und im Anschluss an das Mutterland enden würde (Sönmezoğlu 2016, S. 524). Dieser Aspekt hatte sich vermutlich verstärkt, als sich abzeichnete, dass der Westen die Oberhand gegenüber dem Osten behalten wird. Unabhängig von dem türkischen Einmarsch in Nordzypern, könnten auch erste Zerfallsprozesse nach Titos Tod in Jugoslawien die bulgarischen Entscheidungsträger beunruhigt haben. So gab es bereits 1981 Proteste und Unruhen im Kosovo, wo die muslimischen Albaner – angeblich unterstützt durch Albanien – mehr Autonomie einforderten.

Mitte Januar wurde das Thema zum erstmal mal in das türkische Parlament eingebracht. Murat Sökmenoğlu, Abgeordneter einer vom Militär kontrollierten Partei, richtete eine Anfrage an den Außenminister Vahit Halefoğlu und fragte, ob die Regierung nichts gegen diese Assimilationspolitik unternehmen kann. Die Frage blieb unbeantwortet. Mittlerweile wurde in der internationalen Presse auch über Tote berichtet, die sich der Zwangsbulgarisierung widersetzten. Der türkische Botschafter in Sofia, Ömer Engin Lütem, bemängelte in einem Bericht an Ankara die Tatenlosigkeit der Regierung. Dies würde auf bulgarischer Seite den Anschein erwecken, als interessiere sich die türkische Regierung nicht für das Minderheitenproblem. Doch setzte man im Außerministerium weiterhin auf Dialog. Nachdem auch Erdal Inönü von seinerzeit aus Bulgarien zugewanderten Menschen auf die Lage angesprochen wurde, äußerte dieser zurückhaltend, dass man von der Regierung wolle, dass diese sich für die türkische Minderheit unter Einhaltung des Völkerrechts, einsetze (Şimşir 2012, S. 388-394).

Erste kritische Töne kamen nicht aus der Türkei, sondern aus Nordzypern. Rauf Denktaş, Staatspräsident der Türkischen Republik Nordzypern, ordnete an, keine bulgarischen Botschaftsangehörigen mehr die Grenze zu Nordzypern passieren zu lassen. In einer Sitzung im Februar wurde die Zwangsbulgarisierung auf die Tagesordnung des türkischen Parlaments ge-

setzt. Nachdem Außenminister Halefoğlu die Anwesenden über die aktuelle Lage in Bulgarien aufgeklärt hatte, verkündete er die Politik der Türkei gegenüber den Repressalien Bulgariens. Demnach wollte die Regierung die mühevoll aufgebauten guten Beziehungen zu Bulgarien nicht aufs Spiel setzten und suchte nach einer Lösung im Dialog. Einige Tage später rief Turgut Özal alle zuständigen Minister und Staatsbeamtete in Ankara zu einer Sitzung zusammen. Dort wurde die weitere Vorgehensweise bestimmt. Demzufolge sollte das Thema bzw. die bulgarischen Unterdrückungsmaßnahmen in der nationalen und internationalen Presse hochgehalten werden. Ferner sollten türkische Gastarbeiter im europäischen Ausland animiert werden, Protestkundgebungen gegen das bulgarische Vorgehen abzuhalten. Als nächste Maßnahme kam die Aufrufung von internationalen Organisationen in Betracht. Dabei sollte stets die Aushandlung eines neuen Zuwanderungsabkommens offengehalten werden. Als letzte Möglichkeit sollten Stromlieferungen an Bulgarien ausgesetzt, Sofia vom Handel im Nahen Osten abgeschnitten und jegliche bilaterale wirtschaftliche Beziehungen auf Eis gelegt werden (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 115). Am 14. Februar 1985 äußerte sich Turgut Özal erstmals ausführlich zu den Vorfällen in Bulgarien:

> „… Im Bewusstsein der Regierungsverantwortung glauben wir, dass anstelle von impulsiven Aktionen eher rationale Handlungen sowohl für die Türkei als auch für unsere dort lebenden Volksbrüder angemessener ist …“ (Şimşir 2016, S. 380-381 [Übersetzung durch den Autor]).

Bis zum 19. Februar 1985 sollte es dauern, bis zum ersten Mal der bulgarische Botschafter in Ankara, Konstantinov, angehört wurde. Der Botschafter stellte erneut die bulgarische Sichtweise zu der türkischen Minderheit dar. Diese wären keine Türken, sondern bulgarische Muslime. Wobei die Annahme neuer bulgarischer Namen freiwillig geschehen würde. Er erneuerte den Vorwurf, dass sich die Türkei in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einmische und monierte, dass die Türkei selbst Menschen- und Minderheitenrechte mit Füßen treten würde. Der türkische Botschafter in Sofia, Lütem, der dem Gespräch beiwohnte, brachte als Lösung zum ersten Mal ein Zuwanderungsabkommen ins Spiel. Auch wenn Konstantiov dies in dem Moment für möglich erklärte, kam dieser Punkt für die bulgarische Seite nie in Betracht (Şimşir 2012, S. 394-401).

Am 20. Februar 1985 wurde das türkische Parlament zu einer Sitzung zur Beratung über die Vorkommnisse in Bulgarien einberufen. Das Zusammenkommen fand unter Ausschluss der

Öffentlichkeit statt. Botschafter Lütem konnte die Geheimhaltung nicht verstehen. Schlussendlich ging die Sitzung – an der zwar Ministerpräsident Özal ohne Wortbeitrag teilnahm, aber der Außenminister fernblieb – ohne Abstimmung und somit ergebnislos zu Ende. Lütem vermisste ein entschlossenes Auftreten des Parlaments für die Rechte der Minderheit in Bulgarien. Zwei Tage später kam es aber zu einem Fortschritt: die Türkei verabreichte an Bulgarien eine diplomatische Note. Die erste, längere Fassung, wurde jedoch verworfen, um nicht mit der bulgarischen Seite in eine Polemik zu geraten. Daher wurde der Text stark eingegrenzt und beinhaltete den Wunsch der Türkei, die guten Beziehungen fortzuführen und die vorhandenen Probleme durch Gespräche aus dem Weg zu räumen. Die Bereitschaft der Türkei, hierzu ein Zuwanderungsabkommen mit Bulgarien zu schließen, wurde wiederholt (Şimşir 2012, S. 381). Regierungssprecher Yılmaz erklärte den Schritt in einer Pressekonferenz folgendermaßen:

> „… Es wurde auch stets betont, dass die Türkei nicht beabsichtigt, sich in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einzumischen. In den letzten Monaten häufen sich Berichte in der Weltpresse über eine landesweite Kampagne in Bulgarien, in der die Namen der in Bulgarien lebenden Türken geändert werden. Die Namen der Türken werden gewaltsam durch bulgarische Namen ersetzt, gegen die, die sich widersetzen, wird Gewalt angewendet. Es gibt viele Verletzte und Todesopfer. Auch die türkische Regierung erreichen derartige Meldungen. Wir haben bereits mehrfach unsere Trauer, unser Unbehagen und unsere Besorgnis ausgedrückt. Der Druck auf unsere Volksbrüder in Bulgarien, insbesondere die Zwangsänderung türkischer Namen in bulgarische, ist eine Praxis, die von unserer Regierung und unserem Volk niemals toleriert wird“ (Şimşir 2012, S. 381-382 [Übersetzung durch den Autor]).

Wenige Tage später trat eine weitere Maßnahme in Erscheinung. Türkische Gastarbeiter veranstalteten in ganz Europa Massenkundgebungen gegen die Menschenrechtsverletzungen in Bulgarien. Karanlık zufolge, wurden die Massenproteste durch örtliche Gastarbeitervereine unter moralischer Unterstützung der lokalen türkischen Botschaften und Konsulate organisiert (*persönliches Interview am 14.04.2019*). Den Anfang machte Lyon, weitere Demonstrationen folgten in Den Haag, Brüssel, London, Paris, Köln, Berlin, Straßburg, Kopenhagen und Stockholm. Auch in New York und Ottawa kam es zu Protesten. Vor allem durch die Kundgebungen in Brüssel und Den Haag fühlten sich die bulgarischen Behörden gestört, so dass die jeweiligen Botschafter in Sofia in das Außenministerium berufen wurden. Beide antworteten auf ähnliche Weise, dass in ihren Ländern Demonstrationen erlaubt wären (Şimşir 2012, S.

403-412). In der Zwischenzeit antwortete Sofia auf die diplomatische Note und bekräftigte weiterhin den zuvor getätigten Standpunkt. Dem Vorschlag eines Zuwanderungsabkommens wurde eine Absage erteilt. Infolgedessen entsendete die Türkei eine zweite diplomatische Note mit der Aufforderung, dass Bulgarien seine Betrachtungsweise näher erläutert. In dieser zweiten Note trat die Türkei etwas entschlossener auf und bekräftigte, dass weder die türkische Regierung noch das türkische Volk die gezwungenen Namensänderungen akzeptieren würden (Şimşir 2012, S. 403). Dabei wurden nicht nur die Namen lebender Personen zwangsweise geändert, sondern selbst türkische Namen auf Grabsteinen durch bulgarische ersetzt. Ferner wurde das Sprechen der türkischen Sprache sowie das Hören türkischer Musik verboten und mit einer Geldstrafe sanktioniert. Eheschließungen innerhalb der türkischen Minderheit wurden erschwert, religiöse Feiern unterbunden, das Tragen traditioneller Kleidung verweigert. Öffentliche Gebete und der Besitz eines Korans wurden untersagt (Sadal 2021, S. 131-132). Viele Moscheen und türkische Bibliotheken mussten schließen. Gläubige, die die Pilgerfahrt nach Mekka antreten wollten, wurden daran gehindert. Westliche Diplomaten berichteten von Behinderungen seitens der Polizei bei Beisetzungen nach islamischer Tradition. Laut der westdeutschen Botschaft in Ankara wurden während Radiosendungen der Deutschen Welle in türkischer Sprache, die auch von Bulgarien aus zu empfangen waren, Störsender eingesetzt. Der Botschaft nach sollte damit die türkische Minderheit dem Hören türkischsprachiger Radiosendungen beraubt werden (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 55-57).

Nachdem so langsam klar wurde, dass die bulgarische Staatsführung nicht einlenken würde, entschied die Regierung, die Angelegenheit zu den internationalen Organisationen zu tragen. Ende Februar 1985 wurden dazu die Botschafter der Mitgliedsländer der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIZ) ins Außenministerium geladen. Die Mitgliedsländer wurden gebeten, Bulgarien aufgrund seiner Assimilationspolitik offiziell zu verurteilen. Der Generalsekretär der Organisation, Seyid Pirzade, gab sich Anfang März konsequent und erklärte, dass man es nicht zulassen werde, dass die muslimisch-türkische Minderheit in Bulgarien systematisch ihrer religiösen und kulturellen Rechte beraubt wird. In dieser Phase meldete sich Turgut Özal immer mehr zu Wort, vor allem dann, wenn er bei Auslandsreisen von lokalen Journalisten auf die Situation der Türken in Bulgarien angesprochen wurde. Dabei waren die Äußerungen des Ministerpräsidenten weniger scharf, als z.B. die von Pirzade. So machte der deutlich, dass die Türkei unter Einhaltung der internationalen Normen und mit gesundem Menschenverstand sowie im gegenseitigen Dialog die Probleme lösen möchte (Şimşir 2012, S. 401-405). Im weiteren Verlauf des März entschied sich die türkische Regierung, die internationa-

len Organisationen noch stärker in die Angelegenheit einzubinden. So wurde die Zwangsbulgarisierung der türkischen Minderheit auf der nachfolgenden NATO-Konferenz angesprochen. In einem Wortbeitrag kritisierten das Vereinigte Königreich und die USA das bulgarische Vorgehen. Bereits im Februar hatte US-Präsident Ronald Reagan über das Außenministerium verlauten lassen, dass die Bulgarisierungs-Kampagne durch die USA unter strenger Beobachtung steht (Maral 2010, S. 34-35). Botschafter Lütem zufolge vermied es Ankara aber, die Problematik in der NATO ernsthaft zu thematisieren. Denn die brisante weltpolitische Lage sollte es der Türkei nicht erlauben, über die NATO Bulgarien einzuschüchtern, da sonst der Ostblock sich hinter Sofia stellen würde (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 106).

Ferner wurde die Problematik im Europarat angehört und in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) thematisiert. Offiziell wurde Bulgarien vom Europarat und von der EG getadelt. Bei der OSZE-Sitzung im Mai 1985 kam es dabei zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen den türkischen und englischen Vertretern auf der einen Seite und den bulgarischen und sowjetischen Repräsentanten auf der anderen Seite. Der bulgarische Botschafter ging dabei auf die Gegenoffensive und beschuldigte die Türkei, während der osmanischen Herrschaft selbst eine Assimilierungspolitik betrieben zu haben und dies noch heute gegenüber den Kurden im Land fortzuführen (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 100-101). Ministerpräsident Özal griff das Thema auf der 40-Jahr-Feier der UN auf und konfrontierte in einer Rede vor der UN-Versammlung Bulgarien mit der Unterdrückung von Minderheiten. Als Minimalziel dieser Maßnahmen definierte das türkische Außenministerium, Bulgarien außenpolitisch zu isolieren und somit an den Verhandlungstisch zu bringen. So bekam Sofia nicht einmal Rückendeckung aus Moskau (Özlem 2016, S. 103). Den Anschuldigungen Özals begegnete Bulgarien mit einem Informationsblatt. Darin wurde abermals der Türkei vorgeworfen, selbst Minderheiten im eigenen Land zu unterdrücken und in der Vergangenheit ein Völkermord an den Armeniern begangen zu haben. Die bulgarisch-türkischen Verhältnisse verschlechterten sich durch die gegenseitigen verbalen Attacken immer mehr, so dass die Frage aufkam, ob Bulgarien die sowjetischen Gaslieferungen, die über ihr Territorium an die Türkei geliefert wurden, von Sofia gestoppt werden könnten. Die Antwort dazu lieferte das Außenministerium im Moskau, welches versicherte, dass die Gasmengen vollumfänglich unter allen Umständen fortgeführt werden (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 111).

Am 12. März 1985 erreichte eine schriftliche Anfrage eines Parlamentariers den Außenminister zu der Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien. Der Außenminister erwiderte die An-

frage behutsam:

> „Die Türkei nimmt in dieser Frage von Anfang an eine ruhige und maßvolle Haltung ein, die die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern berücksichtigt. Eine Aufwiegelung der Öffentlichkeit wurde tunlichst vermieden. … Wie bereits erwähnt, ist die Türkei bereit, alle Fragen, einschließlich eines Migrationsabkommens, durch Verhandlungen zu klären. … Die türkische Regierung handelt bisher umsichtig und verantwortungsbewusst“ (Şimşir 2012, S. 383 [Übersetzung durch den Autor]).

Am gleichen Tag wurde Özal von ausländischen Journalisten gefragt, ob die Türkei im Falle eines Zuwanderungsabkommens überhaupt so viele Migranten aufnehmen könne. Özal gab ein Zahlenbeispiel und betonte, dass die Türkei 1950 bei einer Bevölkerung von 20 Mio. rund 550.000 Eingewanderte aufgenommen hat und nun bei einer Population von 50 Mio. sicherlich mehr als eine Mio. Migranten unterbringen kann. Von nun an wurden auch größere Demonstrationen in der Türkei organisiert. Beim Protestmarsch in Istanbul am 21. März 1985 kamen 100.000 Menschen zusammen, wobei die Menschenmenge am Marsch Richtung bulgarisches Konsulat von der Polizei gehindert wurde. Ein im Vorfeld dort angebrachter Protestkranz wurde umgehend durch Polizeikräfte entfernt. Ob diese Kundgebung trotz Eingreifens der Polizei unter staatlicher Anordnung oder zumindest unter deren Mithilfe ins Leben gerufen wurde oder die Öffentlichkeit sich selbst mobilisierte, bleibt unbeantwortet. Doch betonte Özal einige Tage später in New York, dass man bisher viel gemacht hätte und noch viele Protestkundgebungen durchführen würde, falls Bulgarien mit der Peinigung der türkischen Minderheit nicht aufhören würde. Andererseits kamen auch Plakate zum Vorschein, die als Kritik an die politischen Entscheidungsträger aufgefasst werden könnten: „Truppen, ab nach Sofia“ (Şimşir 2012, S. 406-408).

Einen Tag nach der Großdemonstration in Istanbul, antwortete Sofia auf die zweite diplomatische Note vom 4. März 1985. Darin hieß es, dass die Türkei kein Recht habe, sich mit bulgarischen Staatsangehörigen zu beschäftigen, dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes gewertet werde und damit die Absicht der Türkei, eine Hegemonie über Bulgarien aufzubauen, erkannt worden wäre. Ein Zuwanderungsabkommen käme demnach nicht in Frage (Şimşir 2012, S. 407). Bulgariens Parlamentspräsident und Mitglied des Politbüros, Stanko Todorov, hielt Anfang April eine energische und vorwurfsvolle Rede im bulgarischen Parlament. Das Projekt, wonach alle bulgarischen Staatsangehörigen, einschließlich

der Muslime, einen bulgarischen Namen annehmen *konnten*, sei erfolgreich abgeschlossen worden. Türken gebe es in Bulgarien schon lange nicht mehr und jeder, der mit dem Gedanken spiele, in die Türkei auszuwandern, werde in entgegengesetzte Regionen zwangsumgesiedelt (Şimşir 2012, S. 384).

Regierungssprecher Yılmaz nahm Stellung auf Todorovs Worte und bekräftigte erneut, dass die Türkei weder ein Auge auf das bulgarische Territorium werfen würde, noch in die inneren Angelegenheiten einmischen wolle. Im April wurde daraufhin eine dritte diplomatische Note an Bulgarien verabreicht. Die Türkei bekräftigte ihren Standpunkt, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Sofias einmischen zu wollen. Die türkischen Minderheiten wären unter dieser Bezeichnung seit Jahrzehnten Gesprächsthema in den bilateralen Gesprächen gewesen. Sowohl aus vertraglichen als auch aus humanitären Gründen hätte die Türkei das Recht, sich für diese einzusetzen. Bulgariens unmenschliches Vorgehen wäre ein Überbleibsel aus dem Kalten Krieg. Die Antwort auf diese diplomatische Note kam erst Ende Mai. Abermals stellte Sofia seine Sicht der Dinge dar und erklärte, dass es keine Staatsbürger als Ballast hätte, die man einem anderen Land zuweisen könnte. Botschafter Ömer E. Lütem schrieb dazu in seinen Annalen (2000), von da an die Einsicht gewonnen zu haben, dass die wiederholenden Wortwechsel per diplomatischer Note pure Zeitverschwendung waren. Dennoch wurde Monate später im August eine vierte Note überreicht, in der Ankara zum ersten Mal den Bruch der guten Beziehungen anmahnte, wenn Bulgarien keine Bereitschaft zeigt, den Sachverhalt diplomatisch zu lösen. Die Entscheidungsträger im türkischen Außenministerium erwarteten diesmal eine konstruktive Antwort aus Bulgarien. Jedoch blieb diese diplomatische Note unbeantwortet (Şimşir 2012, S. 405-414).

Die Intervalle an Stellungnahmen von türkischen Regierungsmitgliedern verlängerten sich von nun an. Auch die Presse berichtete immer weniger über die Vorkommnisse in Bulgarien. Hatten zwischen Januar und März 1985 die fünf größten türkischen Tageszeitungen fast 200 Artikel über die Zwangsassimilation veröffentlicht, ging die Zahl von Tag zu Tag immer weiter zurück (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 70). Hin und wieder war eine Kundgebung im In- oder Ausland beobachtbar. Oppositionelle Abgeordnete wie der ehemalige Botschafter und Minister Kamran Inan protestierten eigenständig. Dieser gab an, dass die Reaktionen aus der Türkei sukzessive an Intensität gewinnen würden. Doch genau das Gegenteilige war beobachtbar. Das bisherige Engagement hatte bisher in Bulgarien nicht zu einer Umkehr in der strikten Assimilationspolitik geführt. Ein Gespräch zwischen Botschafter Lütem und Staats-

präsident Evren am 18. Februar 1985, scheint zusammenfassenden Charakter für die vergeblichen türkischen Bemühungen zu haben. Lütem schildert seine Konversation mit Evren in seiner Biographie wie folgt:

> „Der Staatspräsident fragte mich, warum es urplötzlich zu den Ereignissen (in Bulgarien [Ş.G.]) kam. … ich erläuterte, dass der eigentliche Grund darin liegt, dass momentan die Türkei als handlungsunfähig bzw. als zu schwach, um einen ernsten Widerstand zu leisten, wahrgenommen wird. … Des Weiteren fragte er, warum seine Botschaft (an Schiwkow [Ş.G.]) wirkungslos blieb. Ich sagte ihm, dass ich glaube, dass diese in diplomatischer Sprache verfasste Nachricht als zu mild erfasst wurde, so dass nach seiner Einlassung sogar eine Intensivierung der Maßnahmen zu beobachten war…“ (Şimşir 2012, S. 397-398 nach Lütem 2000 [Übersetzung durch den Autor]).

So überraschend kam die Bulgarisierungs-Kampagne aber nicht. Bereits 1969 gab die bulgarische Regierung ihre Politik der *Priobschtavane* (Verallgemeinerung, Integration) bekannt. Demnach sollte es in Bulgarien nur noch ein Einheitsvolk geben. Von diesen Maßnahmen waren zunächst stärker muslimische Pomaken und Roma betroffen. Doch richteten sich Anfang der 70er Jahre die gewaltsamen Assimilationsmaßnahmen auch an die Angehörigen der türkischen Minderheit, die bis dahin kaum demokratisch partizipierten und fast ausschließlich in Agrarbetrieben beschäftigt waren. Die Willkür der bulgarischen Regierungskräfte führte zu zahlreichen Todesopfern und Vergewaltigungen. Inwiefern diese Unterdrückungsmaßnahmen der damaligen türkischen Regierung bekannt wurden, bleibt unbeantwortet. Jedenfalls kam es bei einem Treffen zwischen dem damaligen Ministerpräsidenten Demirel und Schiwkow 1975 zu keinem oder zu keinem nennenswerten Gesprächsthema, welches die Türken in Bulgarien betraf. Eher noch wurden neu errichtete Stromtrassen zwischen beiden Ländern gefeiert, die eine beidseitige Stromlieferung zur Stützung der Stromnetze möglich machte. 1981 entschied das Politbüro, alle türkischen Ortsnamen umzubenennen. Angelov (nach Hacısalihoğlu 2012) zufolge, wurde die zweite Bulgarisierungs-Kampagne bereits im Februar 1982 durch die bulgarische Regierung beschlossen und ab 1983 umgesetzt (Sadal 2021, S. 123-125).

Die Hochzeit des türkischen Eintretens für die Konationalen in Bulgarien dauerte von Januar bis Mai 1985. Vermutlich waren Todorovs Worte dafür verantwortlich, dass die Bulgarisierungs-Kampagne erfolgreich zu Ende gegangen war und das Thema in der Türkei abflachte. Tatsächlich belief sich die Zahl der Menschen, die einen bulgarischen Namen angenommen

hatten, laut einem Bericht des bulgarischen Innenministeriums auf ca. 850.000 Menschen (Sadal 2021, S. 130). Im September 1986 stand Bulgarien erneut im Augenmerk des türkischen Außenministeriums. Bulgarien und Griechenland deklarierten eine neue freundschaftlich-nachbarschaftliche Zusammenarbeit. Diese Partnerschaft zwischen einem NATO-Staat und einem Mitglied des Warschauer Pakts richtete sich aus dem Blickwinkel Ankaras gegen die Türkei. Doch verhinderte die strikte türkische Blockpolitik, dass diese wiederum keine Annäherung zu Albanien oder Rumänien suchte, die ggf. ein Gegengewicht hätte erzeugen können (Sönmezoğlu 2016, S. 527). Der bulgarisch-griechische Austausch war vielleicht der Grund, warum Außenminister Halefoğlu einen Monat später bei seiner Rede auf der UN-Generalversammlung wieder das Minderheitenthema auf die Tagesordnung brachte. Hierbei erwähnte der Außenminister auch erstmalig die Existenz von Konzentrationslagern. Auf der Donauinsel Belene sollen nach Angaben von Halefoğlu 5000 Menschen türkischen Ursprungs inhaftiert worden sein (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 61). Erbost über die Worte des türkischen Außenministers ergriff der UN-Botschafter Bulgariens, Boris Tsvetkov, das Mikrofon und lieferte sich mit dem türkischen UN-Botschafter İlter Türkmen einen Schlagabtausch. Auf die Frage Türkmens, warum Bulgarien ausreisewillige Türken festhalten würde, erwiderte dieser, dass niemand in ein gebeuteltes und bedürftiges Land wie die Türkei auswandern wolle (Maral 2010, S. 37). Auch auf der nächsten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der NATO wurde die Bulgarisierungs-Kampagne von der Türkei thematisiert. Zwar wurde Bulgarien von der Organisation gerügt, doch kamen ebenfalls kritische Stimmen auf. So beklagte der Sprecher der SPD, Norbert Gansel, dass das, was man Bulgarien vorwerfen könne, auch der Türkei im dem Umgang mit den Kurden vorwerfen kann (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 106-107).

Nachdem es lange Zeit still um die Minderheitenproblematik in Bulgarien wurde, flammte das Thema plötzlich im Dezember 1986 (1,5 Jahre nach der letzten diplomatischen Note) wieder auf. Naim Süleymanoğlu, Angehöriger der türkischen Minderheit in Bulgarien und bis dato jüngster Weltmeister im Gewichtheben aller Zeiten, setzte sich während der Weltmeisterschaft in Melbourne von der bulgarischen Gewichtheber-Nationalmannschaft ab. Tage zuvor hatte er noch unter dem zwangsweise vergebenen Namen „Naum Schalamanow“ seinen siebten Weltmeistertitel geholt. Süleymanoğlu tauchte zunächst bei türkischen Familien unter, ehe er Zuflucht beim türkischen Konsulat in Melbourne fand. Dort beantragte er Asyl in der Türkei. Aufgrund des Bekanntheitsgrads Süleymanoğlus wurde das Thema schnell zum Politikum. In einem reißenden Katz-und-Maus-Spiel zwischen bulgarischem Geheimdienst und

türkischen Diplomaten wurde der Weltmeister über die türkische Botschaft in Canberra zur Botschaft in London gebracht. Unter strikter Geheimhaltung, aber doch unter den Augen der Öffentlichkeit, landete Süleymanoğlu mit der Privatmaschine Özals am 13. Dezember 1986 in Ankara und wurde unverzüglich ins Ministerpräsidium gefahren. Dort hielt just Özal eine Pressekonferenz über die letzten drei Regierungsjahre ab. Özal ließ es sich nehmen, vor den Fernsehkameras Süleymanoğlu zu präsentieren. Der weltbekannte Ausnahmesportler sollte später nicht nur zum Zankapfel zwischen der Türkei und Bulgarien werden, sondern die Minderheitenfrage hochhalten, das Schicksal der Türken in Bulgarien auf der ganzen Welt publikmachen und der Regierung Özals eine Erfolgsgeschichte präsentieren. Nicht nur in der Minderheitenpolitik gegenüber Bulgarien, sondern auch als Symbolfigur für eine „aufstrebende Türkei“ unter Özal, die nach drei Nullrunden in den Olympischen Spielen hintereinander (1976-1984) ohne jegliche Medaille, in Seoul 1988 mit Naim Süleymanoğlu endlich wieder Gold vorweisen konnte. Bei der anschließenden Siegesfeier in der Türkei stellte sich Özal neben dem Olympiasieger auf und begrüßte die jubelnden Menschenmassen, deren Liebesbekundungen eigentlich Süleymanoğlu galten. Damit Süleymanoğlu für die Türkei in Seoul überhaupt antreten durfte, überwies Ankara zuvor einen Millionenbetrag an Bulgarien, welches daraufhin die Verbandssperre aufhob.

Nach der Reformpolitik in der Sowjetunion unter Gorbatschow, geriet auch das kommunistische System in Bulgarien ins Wanken. Die wirtschaftliche Situation verschlechtere sich und geriet erstmals 1986 in eine Rezession (Sadal 2021, S. 135). Schiwkow versuchte allerdings, die demokratische Öffnung des Landes zu entschleunigen. Dennoch erschienen viele neue Medien, die das Gedankengut um die Perestrojka im Land verbreiteten. Immer mehr innenpolitischer Widerstand machte sich breit. 1988 wurden die ersten oppositionellen Bewegungen aus der Taufe gehoben. Auch wenn der Umsturz in Bulgarien nicht primär durch Volksaufstände herbeigeführt wurde, gab es doch beachtliche Massenkundgebungen gegen das kommunistische Regime (Grigorova 2009). Daran beteiligten sich auch die türkischen Minderheiten in Bulgarien. Dabei ging es diesen nicht nur um den Reformprozess bzw. die Demokratisierung, sondern sie kämpften auch für die Rückgabe ihrer Identitäten und wollten kulturelle Selbstbestimmung. In mehrheitlich von Türken bewohnten Gebieten fanden Protestmärsche statt, viele Angehörige der Minderheit gingen in den Hungerstreik über. Bei einer Demonstration im Norden Bulgariens am 21. Mai eröffnete die bulgarische Volksarmee das Feuer auf die Demonstranten. Özal erklärte, dass 20 bis 25 Menschen den Schüssen zum Opfer fielen (Maral 2010, S. 44).

Durch die landesweiten Proteste und innerparteilichen Machtspiele schien Schiwkows Macht zu schwinden. Völlig überraschend verkündete der Staatspräsident am 2. Juni 1989 nun die Öffnung der Grenzen. Alle diejenigen, die ausreisen wollten, würden mit Reisepässen ausgestatten werden und die Sicherheitsbehörden würden sich ihnen nicht in den Weg stellen (Şimşir 2012, S. 440). Kader Özlem (2016) zufolge, wollte Schiwkow mit diesem Schritt Özal in der Weltöffentlichkeit vorführen, da er in der Forderung Ankaras, die türkische Minderheit in die Türkei ausreisen zu lassen, einen Bluff sah. Die Worte von Schiwkow lassen dies vermuten:

> „Die Türkei protze damit, dass sie bereit sei, jeden muslimischen Bulgaren, der einwandern wolle, aufzunehmen. … Öffnet die Grenzen für alle bulgarischen Muslime, die kommen und bleiben wollen. Die Zeit des Hinhaltens ist vorbei. … Die Türkei muss ihre Grenzen der ganzen Welt öffnen…“ (Yıldızeli 2018, S. 444 nach CNN Türk 2014 [Übersetzung durch den Autor]).

Auch die bagatellisierende Antwort Özals, die Türen der Türkei stünden allen offen, sogar Schiwkow dürfe kommen, lassen diesen Eindruck entstehen (Özlem 2016, S. 104). Auch wenn später Özal bemerkte, er selbst hätte durch diese Aussagen, die Finte von Schiwkow zunichte gemacht (Küçük 2020, S. 107). Doch sieht es bei näherer Betrachtung danach aus, als wollte Schiwkow mit seiner Wortwahl Özal aus der Reserve locken, der die Grenzen öffnen sollte und dadurch der Türkei ein Flüchtlingsproblem bescheren würde.

Von dieser Entwicklung überrascht, hieß die türkische Regierung die potentiellen Zuwanderer zunächst willkommen. Ankara erklärte, die Visumpflicht für bulgarische Staatsangehörige temporär aufzuheben. Nach anfänglichem Hochgefühl machte sich auf beiden Seiten Ernüchterung breit. Denn von einer freiwilligen Migration konnte keine Rede sein. Nun sollte die türkische Minderheit rasch das Land verlassen. Nahezu ohne Hab und Gut und ohne Vorwarnung wurden die Angehörigen der Minderheit an die türkische Grenze getrieben. Innerhalb von zwei Monaten passierten bereits mehr als 300.000 Menschen die Grenze zur Türkei. Die menschenunwürdigen Bilder an der bulgarisch-türkischen Grenze führten erneut zu einer Reihe von Massenkundgebungen in der Türkei, die teilweise von den Oppositionsparteien organisiert wurden. Die Türkei forderte eine geordnete Migration und sah dafür ein Zuwanderungsabkommen weiterhin als obligatorisch an (Şimşir 2012, S. 439-441). Anders als während der

Hochphase der Repressalien 1985, gab es nun im Sommer 1989 lautstarke Oppositionsparteien. Altministerpräsident Demirel, der mit seiner Partei des Rechten Weges (*Doğruyol Partisi [DYP]*) drittstärkste Kraft bei den Wahlen von 1987 wurde, warf der Regierung Untätigkeit vor kritisierte diese scharf:

> „… Die Türkei [und damit die Regierung, Ş.G.] muss unverzüglich dafür sorgen, dass unsere Volksbrüder in Bulgarien von diesen Gräueltaten befreit werden. Dies ist für uns eine Frage des Gewissens und eine Frage der Ehre“ (Küçük 2020, S. 106 nach İnginar 2010 [Übersetzung durch den Autor]).

Der andere Altministerpräsident, Ecevit, forderte die Schaffung eines Ministeriums für Zugewanderte und Auslandstürken (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 179).

Die parteiübergreifende Opposition war Folge der Kommunalwahlen im März 1989. Özals ANAP wurde durch die Wähler abgestraft und erhielt nur noch 22 Prozent der Stimmen. Wahlsieger wurde Inönü, zweitstärkste Kraft Demirel, die jeweils 29 bzw. 25 % der Wähler für sich gewinnen konnten. Im Wahlkampf zu den Kommunalwahlen trat die Minderheitenfrage in Bulgarien kaum in Erscheinung. Doch die beiden Wahlsieger hatten Blut geleckt und wetterten nun Neuwahlen, zumal im kommenden November auch das Amt des Staatspräsidenten wieder neu vergeben wurde. So ging der Wahlkampf weiter und Demirel heizte die Massen an. Auf einer wahlkampfartigen Kundgebung sprach er zu der Menge:

> „Wenn sie glauben [die bulgarische Regierung, Ş.G.], dass die Türkei nichts unternehmen kann, dann haben sie sich getäuscht. Wenn einmal der Stolz der Türkei gebrochen ist, dann wird es zu dem zwanzigfachen Bulgariens“ (Maral 2010, S. 54 [Übersetzung durch den Autor]).

Die unzumutbaren Zustände in der Grenzregion veranlassten Ankara erneut, die Sache auf die internationale Bühne zu tragen. Obwohl selbst kein Mitglied, konnte die Türkei das Aussetzen der Vertragsverhandlungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EG und Bulgarien erwirken. Anders als zu Beginn der bulgarischen Assimilierungspolitik, unternahm die Regierung Özals diesmal auch konsequentere Schritte innerhalb der NATO-Plattform. Ankara konnte die übrigen Mitglieder – trotz Einwänden aus Griechenland – für eine Erklärung gewinnen, in der die Militärallianz Bulgarien zur Einhaltung der Menschenrechte aufforderte.

Schärfer wurde auch der Ton Washingtons gegenüber Bulgarien. Sowohl der Kongress als auch das Repräsentantenhaus verurteilten das Vorgehen Sofias scharf. Präsident George Bush, der sich Medienberichten zufolge mehrmals über die Situation der türkischen Minderheit bei Özal erkundigte, verlangte in einem Statement ein Ende der Vertreibung und forderte eine geordnete und systematische Auswanderungspolitik (İnginar Kemaloğlu 2012, S. 184-198).

Schiwkow wollte innenpolitisch Druck abbauen oder zumindest die Protestaktionen der Minderheiten eindämmen. Sei es durch den Wegzug ganzer Bevölkerungsschichten, oder sei es durch die neue Tagesordnung, in die man mit der Grenzöffnung übergegangen war. Doch am 22. August 1989 wurden die Grenzen wieder geschlossen – diesmal von türkischer Seite. Die türkische Regierung erklärte, dass man das bulgarische Spiel durchschaut hätte, in der die Minderheit zur Flucht getrieben wurde, um somit das Problem aus der Welt zu schaffen. Die wenigen Verbliebenen würden dann im Nachhinein leichter zu Assimilieren sein. Um dies zu vermeiden, würden nun bulgarische Staatsangehörige (und somit auch Angehörige der türkischen Minderheit) wieder visapflichtig sein, um in die Türkei einreisen zu dürfen (Maral 2010, S. 47). Der Andrang an die türkischen Konsulate in Bulgarien bei gleichbleibenden Ressourcen führte zu einem Einbrechen der Migrationswelle. Die Zahl der Migranten fiel von 150.000 pro Monat auf nur noch 4.000 pro Monat ab (Şimşir 2012, S. 443). Özal sagte, dass die Grenzschließungen notwendig geworden wären, um Schiwkow an den Verhandlungstisch zu führen. So wolle man erreichen, dass die Eingewanderten für ihre zurückgelassenen Vermögensgegenstände und Einlagerungen in den Sozialkassen entschädigt werden. Tatsächlich aber wurde die Türkei von der Migrationswelle überrannt. Die Regierung konnte nicht genügend Unterkünfte bereitstellen. Von Beschäftigung konnte erst gar keine Rede sein, so dass die massenhafte Zuwanderung die Aufnahmefähigkeit der Türkei auf die Probe stellte (Yıldızeli 2018, S. 444). Der Aufnahmestopp an Zuwanderern war innerhalb der Regierung umstritten. Staatsminister Kamran Inan sorgte sich um den guten Ruf der Türkei, die an Zuverlässigkeit verlieren würde. Außerdem dürfe man die türkische Minderheit nicht dem bulgarischen Folterstaat überlassen. In der türkischen Presse diskutierte man bereits darüber, ob es sich bei dem Vorstoß Schiwkows wohlmöglich um eine Falle handelte (Maral 2010, S. 46).

Von den Oppositionsparteien wurde die Grenzschließung ausführlich beanstandet. Demirels DYP, stellte mit der Begründung, dass die Regierung die Türken in Bulgarien dem Schicksal überlassen habe, einen Misstrauensantrag im Parlament. Demirel polterte, die Regierung könne nicht mal zwei Monate voraussehen. Die Bulgaren seien zur Rechenschaft zu ziehen. Die

Ankündigung der Regierung, alle Menschen türkische Herkunft aufzunehmen, müsse in die Tat umgesetzt werden. Oppositionsführer Inönü gab hinzu, dass die Türkei durch die Grenzschließungen nach vorausgegangener Zusage einen Ansehensverlust erlitten hat. Außerdem seien durch die abrupte Schließung nun Familien zerrissen worden (Maral 2010, S. 48). Bülent Ecevit kritisierte die Regierung mit den Worten, dass noch einige Wochen zuvor prahlerisch eine millionenfache Aufnahmefähigkeit geltend gemacht wurde und nun die Grenzschließung die Unentschlossenheit und Widersinnigkeit der Regierung offenbare (Yıldızeli 2018, S. 445). Beim anschließenden Misstrauensvotum im Parlament schlug Özal, nachdem er sein Bedauern darüber ausdrückte, dass dieses „nationale Thema“ für innenpolitische Polemik missbraucht wird, zurück:

> „Wir haben nicht die Türen verschlossen, sondern den Ball in Bulgarien ins Rollen gebracht. Keine Regierung vorher hat sich darum geschert, ob türkische Schulen geschlossen, Namen geändert wurden. Sollten sie doch da bleiben, bloß nicht anfassen. … Jedem, der das Gegenteil behauptet, dem zeig‘ ich‘s. … Nichts haben sie gesagt [zu den vorherigen Unterdrückungen in Bulgarien, Ş.G.], und ich sage Ihnen warum: … Herr Demirel sagt in 1975: wir haben die Stromnetze miteinander verbunden. … Sie haben die Belange auf Kosten des Kummers der dortigen Türken vorangetrieben“ (Yıldızeli 2018, S. 445 nach Neziroğlu/Yılmaz 2004 [Übersetzung durch den Autor]).

Die Abwanderung großer Bevölkerungsschichten hatte auch wirtschaftliche Konsequenzen für Bulgarien. Hunderte Dörfer wurden menschenleer, kleinere Städte vereinsamten und gutes Anbauland lag brach. Fabriken, Baustellen und Steinbrüche konnten den plötzlichen Wegfall von tausenden Arbeitern nicht kompensieren. Dies verschlechterte die ohnehin schwierige wirtschaftliche Lage (Efe 2023, S. 49). Anhaltende Proteste und Unruhen in Bulgarien sowie das gegensätzliche Kalkül zu Gorbatschows Öffnungspolitik veranlassten die Politbüro-Mitglieder zu einer Revolte gegen Schiwkow, der im November 1989 für abgesetzt erklärt wurde. Neuer Staatsführer wurde Petar Mladenow, der zuvor fast 20 Jahre lang das Amt des Außenministers innehatte. Mladenow betrieb eine Versöhnungspolitik, mit der die türkische Minderheit in Bulgarien ihre Namen sowie weitere kulturelle Freiheiten zurückerlangen konnten. Die gewaltsame Assimilierungspolitik hatte ihr Ende gefunden und die damals regierungsnahe, türkische Tageszeitung verkündete, dass die Bulgaren sich ergeben hätten (Tekin/Altunsoy 2019, S. 141-144).

7.1.4 Zwischenfazit zur türkischen Minderheitenpolitik in Bulgarien

Mit der Assimilationspolitik Sofias verschlechterte sich die *Lage* der dortigen türkischen Minderheit ab 1984 deutlich. Offensichtlich hatte die Unabhängigkeitserklärung Nordzyperns und erste Autonomieforderungen in den jugoslawischen Teilrepubliken die bulgarischen Machthaber irritiert. Ankara könnte mit Nordzypern auf den Geschmack gekommen sein und eines Tages auch den *Anschluss* der türkischen Minderheit an das Mutterland erwägen. Die Türkei war, bezogen auf die Machtfaktoren Bevölkerung, Volkswirtschaft und militärische Stärke auf einer besseren *Machtposition*. Zwar war Bulgarien Mitglied des Warschauer Pakts und eine militärische Konfrontation zwischen beiden Ländern war so gut wie ausgeschlossen, doch haben die bulgarischen Entscheidungsträger vermutlich erste Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Militärbündnisses gehabt. Dabei gab es zwischen beiden Staaten *keine* nennenswerten *Konflikte*. Doch mit dem Militärputsch von 1980 in der Türkei hat Sofia eine *machtpolitische Schwächephase* in Ankara erkannt. In der Gunst der Stunde sollte die türkische Minderheit assimiliert und die *Sezessionsgefahr* gebannt werden. Es ist davon auszugehen, dass die türkische Regierung über den Geheimdienst früh über die Zwangsbulgarisierung informiert war. Tatsächlich unternahm die Türkei zunächst nichts. Zu sehr war das Land mit sich selbst beschäftigt. Die *innenpolitischen Machtverhältnisse* und außenpolitischen Kompetenzen waren unklar. Erst als sich in der nationalen und internationalen Presse Meldungen über Repressalien an der Minderheit häuften, begann die Türkei sich durch Stellungnahmen und diplomatische Noten für die Minderheit *einzusetzen*. Zwar gab es *keine* wirkliche O*pposition*, aber weder die Machthaber aus dem Militär noch Ministerpräsident Özal wollten im In- und Ausland Schwäche zeigen. Andererseits musste Ankara eine Eskalation vermeiden.

Ein zu entschlossener Einsatz für die Minderheit hätte zu Gegenmaßnahmen aus Sofia geführt, die nachhaltig negative Folgen für die Türkei gehabt hätten. So wurden erste Ideen, Bulgarien *wirtschaftlich* zu *sanktionieren*, nicht in die Tat umgesetzt, da dies mit eigenen *Einbußen* verbunden wäre und zu einem *Machtverlust* geführt hätte. Zumal die Türkei zu dieser Zeit versuchte, ihren wirtschaftspolitischen Spielraum zu vergrößern. An eine militärische Eskalation war in Zeiten des Kalten Krieges und aufgrund des allgemein schwierigen *sicherheitspolitischen Umfelds* der Türkei nicht zu denken. Die Türkei unternahm nur so viel, dass ihr so gut wie keine Kosten entstanden. Doch auch die Erklärungen, Verbalnoten und Massenproteste vor allem im Ausland, blieben nicht folgenlos. Die *Minderheitenproblematik im eigenen Land* trat dadurch immer stärker in den Vordergrund und führte zu einem eigenen *An-*

sehensverlust. Externe Minderheiten können einen Mutterstaat *belasten*. Daher brachte Ankara früh die *Einwanderung* der Minderheit ins Spiel, um das Problem und die damit verbundene *Last* zu schmälern.

Erst im Sommer 1989 gab Sofia grünes Licht für die Grenzöffnungen. Doch der plötzlichen, massenhaften Einwanderung, konnte die türkische Regierung nicht Herr werden. Nun drohte die *Destabilisierung* des Mutterlandes, infolgedessen Ankara die Einwanderung stoppte und die Minderheit ihrem *Schicksal überließ*. In der Zwischenzeit hatte die türkische Regierung mit einer *starken Opposition* zu kämpfen. Diese machte die Grenzschließung zum *Wahlkampfthema*, konnten jedoch die Regierung nicht zu einer Politikumkehr bewegen. Zu groß waren die wirtschaftlichen *Risiken* bei einer erneuten *Masseneinwanderung*.

Damit kann bezogen auf die Allgemeinhypothese gesagt werden, dass Ankara eine vorsichtige Minderheitenpolitik in Bulgarien verfolgte und diese sich machtpolitisch an ihrer eigenen Sicherheit und Wirtschaftsleistung orientierte. Somit kann für diesen Betrachtungszeitraum die Hypothese eher als verifiziert bewertet werden.

7.1.5 Türkische Minderheitenpolitik in Griechenland und Jugoslawien

Mit dem grünen Licht der Türkei zur Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO, sollten die nach den Zypernkrieg 1974 fast zum Erliegen gekommenen Beziehungen wieder aufgenommen und die diversen Probleme zwischen beiden Staaten lösungsorientiert zur Sprache gebracht werden. Bei einem Treffen zwischen Referenten aus den Außenministerien beider Staaten 1981 in Athen, führte die türkische Seite u.a. dazu ausführlich die Probleme der Westthrakientürken auf. Griechenland indes verwies auf die schrumpfende Zahl der Griechen in der Türkei und beschuldigte die Minderheit bewusst durch Repressalien vertrieben zu haben (Özlem 2016, S. 105). Die erste Konfrontation ließ jedoch nicht lange auf sich warten: Griechenland änderte zum Nachteil der zahlreichen türkischen Stiftungen das Stiftungsgesetz. Demnach wurden die Stiftungen de facto dem Gouverneur unterstellt. Einem Diplomaten aus einem Drittstaat zufolge, waren die religiösen Stiftungen das Rückgrat der türkischen Minderheit. Laut diesem Beobachter nutzte Athen die Schwäche der Türkei kurz nach dem Militärputsch aus, um die Westthrakientürken quasi gesellschaftlich zu enteignen (Oran 1986, S. 141-142). Die Türkei protestierte per diplomatischer Note und verwies auf den Vertrag von

Lausanne (Milliyet 1982).

Enteignungen sollten auch auf individueller Basis erfolgen. Unter dem Vorwand öffentliche Gebäude und Trassen zu bauen, wurden zahlreiche landwirtschaftlich genutzte Felder verstaatlicht. Bemerkenswert war jedoch, dass laut Medienberichten von 1984, zu 80 % der Flächen in Besitz türkischer Kleinbauern waren. Dabei waren diese Felder vergleichsweise fruchtbar und die Entschädigungsleistung unter Wert. Dass nach den Enteignungen die vorgesehenen Projekte doch nicht realisiert wurden, bezeugte die willkürliche Verstaatlichung (Oran 1986, S. 122). Ein Mitarbeiter des türkischen Außenministeriums nahm Stellung zu den Vorkommnissen. Demnach wäre die Lage sehr ernst und mit gleicher Ernsthaftigkeit würde das Außenministerium die Situation beobachten (Milliyet 1983). Im weiteren Verlauf unternahm die Türkei einige Schritte, um gemeinsam mit der griechischen Seite eine Lösung auszuarbeiten, die jedoch im Sande verliefen (Özlem 2016, S. 106). Neben den Enteignungen wurde von systematischen Behinderungen türkischer Kleinbauern beim Erwerb des Traktorführerscheins berichtet. Dieser Umstand gewann daher an Relevanz, da zu dieser Zeit ca. 85 % der Westthrakientürken in zumeist eigenen Landwirtschaftsbetrieben ihren Lebensunterhalt verdienten. Das Fahren ohne Fahrerlaubnis wurde mit hohen Bußgeldern bestraft, was den Weiterbetrieb der Höfe kaum möglich machte. Auf ähnlicher Weise wurden den türkischen Bauern Baulizenzen zur Modernisierung oder Erweiterung ihrer Landwirtschaftsbetriebe verwehrt (Oran 1986, S. 109-110). Offensichtlich wollte Athen mit diesen Maßnahmen der türkischen Minderheit die Lebensgrundlage entziehen und ähnlich wie in der Türkei, die Menschen zur Abwanderung ins Mutterland bewegen.

Im November 1987 wurden alle Organisationen der Westthrakientürken, die in ihrem Namen die türkische Zugehörigkeit aufzeigten, verboten. Damit mussten die wichtigsten türkischen Vereine, wie der Türkischer Bund Xanthi, der Türkische Jugendbund Komotini sowie der Türkische Lehrerverband in Westthrakien offiziell ihren Betrieb einstellen. Außenminister Mesut Yılmaz antwortete auf eine parlamentarische Anfrage, dass man bereit sei, die Rechte der türkischen Minderheit in Griechenland zu schützen (Milliyet 1988). Weitere Schritte erfolgten jedoch nicht. Nachdem Anfang 1988 das griechische Berufungsgericht das Verbot mit dem Argument, es handele sich bei der Minderheit nicht um Türken, sondern um Muslime, bestätigte, kam es am 29. Januar 1988 in Komotini zu einer aufgeheizten Demonstration mit über 10.000 Teilnehmern. Zwei Tage später trafen sich Ministerpräsident Özal und sein Amtskollege Papandreou planmäßig in Davos. Das Treffen sollte die griechisch-türkischen Bezie-

hungen wieder in eine freundschaftliche Bahn rücken. Die Demonstrationen in Westthrakien kamen daher ungelegen. Während des Treffens spielte Özal die in Komotini zugespitzte Lage runter und sprach von „Übertreibungen“. Einige Wochen später bekräftigte Özal seine Haltung und zeigte sich zuversichtlich, dass die Annäherung zwischen beiden Ländern sich auch positiv auf die türkische Minderheit auswirken werde (Özlem 2016, S. 108). Am zweiten Jahrestag der Massenkundgebung von 1988, kam es erneut in Komotini zu Protestaktionen seitens der türkischen Minderheit. Dabei wurde der Protestmarsch von wütenden griechischen Nationalisten angegriffen. Neben mehreren Verletzen war die Verwüstung von ca. 400 türkischen Einrichtungen zu beklagen. Der türkische Generalkonsul in Komotini Kemal Gür, wurde zur Persona non grata erklärt, nachdem dieser von der „türkischen“ Minderheit sprach. Als Gegenmaßnahme wurde der Generalkonsul Griechenlands in Istanbul außer Landes verwiesen (Eren 2024, S. 108). Stellung zu den Ereignissen nahm diesmal der MGK. Dieser forderte alle Verantwortlichen auf, unverzüglich unter Einhaltung des Völkerrechts, die Sicherheit der Türken in Westthrakien zu gewährleisten. Ob mit den Verantwortlichen die griechische oder die türkische Regierung gemeint war, bleibt ungeklärt (Özlem 2016, S. 109).

Während die türkische Minderheit Griechenlands mit ein Faktor in den griechisch-türkischen Verhältnissen war, spielte die türkische Minderheit in den Beziehungen zu Jugoslawien (aus der später die Minderheit in Nordmazedonien und Kosovo werden sollte) kaum eine Rolle. Bei einem Besuch Kenan Evrens in Belgrad 1982 fanden die dortigen Türken bei den diversen Gesprächen keine Erwähnung. Obwohl Evren mit Skopje und Bitola zwei Städte mit bedeutender türkischer Bevölkerung besuchte, kamen diese weder in den offiziellen Erklärungen noch in den Presseberichten zur Sprache. Erst nach der Rückkehr lobte der Staatspräsident die gut umgesetzten Grundrechte der türkischen Minderheit in Jugoslawien und äußerte seinen Wunsch, dass dies auch in anderen Ländern Einzug findet. Auch 1984 und 1986 wurde Belgrad durch Kenan Evren besucht, wobei erneut keine Stellung zu der türkischen Minderheit genommen wurde. Bei der Reise in 1986 fand selbst ein Besuch der türkischen Gemeinden nicht statt, welches sonst immer am letzten Tag erfolgte. Damit gab es so gut wie keine externe türkische Minderheitenpolitik in Jugoslawien in den 1980er Jahren (Özlem 2016, S. 109-111).

7.2 Türkische Minderheitenpolitik im Schatten der Koalitionsregierungen (1992-2002) unter hauptsächlicher Betrachtung Griechenlands

7.2.1 Innen- und außenpolitische Ausgangslage

Das letzte Jahrzehnt des vorherigen Jahrtausends begann für die Türkei verheißungsvoll. Der Kalte Krieg und somit die Bedrohung aus dem Norden durch die Sowjetunion, welches das Schicksal des Landes in den letzten 50 Jahren bestimmte, war bis auf Weiteres versiegt. Der Konflikt mit Bulgarien über die türkische Minderheit war nicht nur überwunden, sondern wurde zu guten, freundschaftlichen Beziehungen umgewandelt. So schwer die Zeit der Zwangsbulgarisierung für die Angehörigen der türkischen Minderheit, aber auch für die außenpolitischen Entscheidungsträger in Ankara, war, so hatte es der Türkei die Augen geöffnet. Ankara hatte dadurch und durch den Zusammenbruch des Ostblocks, den Balkan wieder für sich entdeckt und wurde sich seiner potentiellen Rolle als Erbe des Osmanischen Reiches bewusst. Diese damals bereits als Neo-Osmanismus bezeichnete Politik, sollte sich nicht nur Richtung Balkan wenden. Auch die ehemaligen osmanischen Gebiete um die Erdölfelder im Nordirak hatten Begierde in Ankara geweckt. Somit hatte diese neue Identitätspolitik längst revisionistische Züge erreicht. Mehr noch, einige türkische Akteure sahen das Land im Stande, mit ihrem türkisch-islamischen Wesen, Brücken zur muslimischen Welt zu bauen und dort die Führerschaft zu übernehmen. Verstärkt wurde dieser Eindruck, als nach und nach die mehrheitlich turksprachigen Sowjetrepubliken in Zentralasien ihre Unabhängigkeit erklärten, zu denen die Türkei zügig intensive diplomatische Beziehungen aufbaute. Scheinbar war die Dominanz Özals in der innenpolitischen Machtpolitik zu einem türkischen Dominanzstreben in der Außenpolitik übergegangen. Der Staatspräsident bezeichnete das kommende 21. Jahrhundert als das „Türkische Jahrhundert“ (Balcı 2017, S. 228-229).

Die Opposition um Demirel kritisierte die Pläne Özals scharf und erklärte, dass es keine Konjunktur für ein Abenteuer gäbe. Ob die türkische Regierung tatsächlich in dieser kurzen Epoche Anfang der 1990er Jahre eine revisionistische Politik als real ersah oder es sich hier um Rhetorik handelte, ist diskussionswürdig. Außer Frage bleibt, dass die Türkei sich vor allem gegenüber den Turkstaaten Zentralasiens als „großer Bruder“ positionierte, diese als neue Senken für türkische Wirtschaftsgüter ansah und ihr Interesse auch institutionell untermauerte. Neben internationalen Organisationen wie der Gipfel türkischsprechender Staaten (*Türk Dili Konuşan Ülkeler Zirvesi*), welches von Ankara initiiert wurde, kam es zur Gründung des tür-

kischen Entwicklungsfonds TİKA, der zunächst vor allem in Zentralasien operierte und damals noch dem türkischen Außenministerium unterstellt war. Damit läutete Ankara eine Zeit ein, in der von nun an mitunter Außenkulturpolitik betrieben wurde. Bald darauf wurde das Sendegebiet des türkischen Staatsfernsehens erweitert und ein Fernsehkanal unter der auffallenden Bezeichnung TRT Avrasya (*TRT Eurasien*) ins Leben gerufen. In dieser Zeit wurden sowohl durch den türkischen Staat als auch durch die Gülenisten, die ersten Schulen und Universitäten in Zentralasien eröffnet. Dies war die Phase, in der der Gülen-Bewegung der Durchbruch für ihr stetiges Wachsen gelang (Papuççular 2017, S. 268-277). Eine weitere Funktion des Neo-Osmanismus sollte sich für Özal im innenpolitischen Machtkampf erweisen. Zwar war der Staatspräsident mittlerweile der stärkste politische Akteur im Land, der nicht nur die Außenpolitik größtenteils bestimmte, doch wurde seine Wirkungskraft weiterhin von bürokratischen Eliten eingeengt. Dabei sahen sich die Eliten als die Bewahrer der Verwestlichung, der strikten Säkularisierung und des zentralistisch organisierten Nationalstaates. Mit einer neuen türkisch-islamischen, osmanisch angehauchten Politik, wollte er die Kräfte in der Bürokratie durch ein ideologisches Gegengewicht noch weiter zurückdrängen (Balcı 2017, S. 209-210).

Im weiteren Verlauf machte sich aber auf allen Schauplätzen Ernüchterung breit. Nicht nur, dass die Staaten Zentralasiens keinen „großen Bruder“ im Sinne eines Vormundes haben wollten und die Anrainerstaaten der Türkei den Neo-Osmanismus nicht als Chance, sondern Gefahr ansahen: die Türkei glitt erneut in eine außenpolitische Unsicherheitslage hinein, was von innenpolitischen Machtkämpfen begleitet wurde. Özals Gefolgsmann, Ministerpräsident und ANAP-Führer Akbulut, sollte auf dem Parteitag in einer Kampfabstimmung den Kürzeren vor Ex-Außenminister Mesut Yılmaz ziehen, der bereits zuvor auf innerparteiliche Opposition zu Akbulut – und somit indirekt zu Özal – gegangen war. Akbulut trat daraufhin vom Ministerpräsidentenamt zurück. Sein Nachfolger Yılmaz hatte als junger Politiker zwar bei der Wählerbasis noch nicht das Ansehen Özals, doch wollte er von seinem Erfolg auf dem Parteitag noch weiteres Kapital schlagen, so dass für Ende 1991 vorgezogene Parlamentswahlen einberufen wurden. Dies wurde auch von der Opposition gefordert, da Yılmaz noch die Legitimation durch die Wählerschaft fehlte und ANAP, wie in den Kommunalwahlen 1989 erwiesen, auf dem absteigenden Ast war. Yılmaz‘ ANAP wurde nur zweitstärkste Kraft hinter Altministerpräsident Demirel, aber vor Oppositionsführer Inönü. In einer Koalitionsregierung zwischen Demirels DYP und Inönüs SHP wurde Demirel zum siebten Mal in seiner politischen Karriere zum Ministerpräsidenten gewählt. Für Özal bedeutete das noch ein weiteres Begrenzen seiner

Macht. Weder hatte er nun Zugang zu Regierung und Parlament, noch zur ANAP.

Außenpolitisch war Ankara bezüglich seiner Machtausdehnung nicht nur auf den Boden der Tatsachen angelangt, sondern sah sich ernstzunehmenden Gefahren ausgesetzt. Die seit Ende der 80er Jahren herrschenden guten Beziehungen zu Griechenland und Syrien änderten sich rapide. Auch die PKK wurde immer stärker, so dass damalige Beobachter von einem Zweieinhalb-Fronten-Krieg sprachen. Die USA zog nach dem Ende des Kalten Kriegs schrittweise ihre militärische Präsenz in der Türkei zurück und reduzierte die Waffen- sowie Finanzhilfen. Nun stand wieder einmal der Sicherheitsaspekt im Vordergrund aller außenpolitischen Handlungen. In wissenschaftlichen Kreisen wurde diese weit mehr als aufmerksame, eher überstürzt-sorgenvolle Wahrnehmung als „Sèvres-Syndrom“ bezeichnet (Balcı 2017, S. 233). Dabei kam das größte Bedrohungspotential von der PKK. Die türkische Unterstützung an die USA im Zweiten Golfkrieg hatte zur Folge, dass der Irak ein Einnisten der PKK im Norden des Landes duldete. Auch gestattete die syrische Regierung der Terrororganisation den Betrieb von Ausbildungscamps im Land. Die Türkei vermutete hier den Aufenthaltsort des PKK-Führers Abdullah Öcalan (Balcı 2017, S. 245). Der Kampf gegen die Terrororganisation drohte in die Unkontrollierbarkeit zu gleiten. 1993 hatte die PKK allein in sechs Monaten 1600 Menschen getötet. Der Südosten des Landes glich einem Bürgerkriegsgebiet. Die vielen Verluste der Türkei waren ein Zeichen der sicherheitspolitischen Verwundbarkeit des Landes. Die Verantwortung hierzu wollte weder die Regierung noch das Militär übernehmen, so dass die Schuldigen im Ausland gefunden wurden: fremde, nicht näher genannte, d.h. dunkle Mächte wurden bezichtigt, die PKK engagiert zu haben, um die Türkei zu schwächen. Staaten, die mit der Türkei in einem Konflikt standen, waren besonders geeignet, als Drahtzieher genannt zu werden. Allen voran Griechenland, Armenien, Iran, Irak, Syrien, aber auch die USA wurden als Unterstützer der PKK auch von offizieller türkischer Seite her beschuldigt. Dadurch stieg das Ohnmachtsgefühl aber auch Kurzschlussreaktionen gegenüber kurdisch dominierten Parteien an, welches Kritik aus der EU und den USA zur Folge hatte. Dies wurde wiederum als Unterstützung für den Terror aufgefasst, womit das Kurdenproblem im Land in eine Abwärtsspirale gelangte (Balcı 2017, S. 234).

Im April 1993 starb Turgut Özal unerwartet. Demirel, der das Ministerpräsidentenamt noch keine zwei Jahre bekleidete, wurde vom Parlament zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Auf dem darauffolgenden Parteitag der DYP wurde Tansu Çiller – nicht favorisiert von Demirel – als Parteivorsitzende gewählt und wurde anschließend vom Parlament zur neuen Ministerprä-

sidentin vereidigt. Staatspräsident Demirel, der 1971 und 1980 zweimal durch einen Militärputsch abgesetzt worden war, betrieb nun eine ausgeglichene Politik mit den Militärs, die sich nach dem Tod von Özal und angesichts der Unsicherheitslage wieder mehr Mitspracherecht erlaubten. Dieser Umstand sollte sich noch verstärken. Ab der Wahl der neuen Staatsführung um Demirel und Çiller 1993, katapultierte sich das Land in die politische Instabilität. Von 1993 bis 1999 wurden sieben Regierungen gebildet. Das Amt des Außenministers wurde in dieser Zeit neun Mal neu besetzt. Allein vom Sommer 1994 bis zum Sommer 1996 waren sieben verschiedene Außenminister im Amt. Diese Labilität führte zum Wiedererstarken der bürokratischen Kräfte im Außenministerium. Gleichzeitig wurde aus dem MGK, welches eigentlich keine Entscheidungskompetenz hatte, der wichtigste außenpolitische Akteur der Türkei. Das neue Kräfteverhältnis zeigte sich im Auftritt des Generalstabs der türkischen Streitkräfte. Durch Erklärungen, Stellungnahmen, aber auch durch Staatsbesuche erweckte sie den Anschein einer Neben-Regierung und bestimmte auch Gefahrenquellen bzw. die sicherheitspolitischen Präferenzen des Landes. Beispielsweise wurde das 1996 unterzeichnete Abkommen für militärische Zusammenarbeit mit Israel vom Generalstab vorgefertigt. Der nachfolgend unterzeichnende Außenminister erklärte später, dass er dessen Inhalt nicht zur Kenntnis genommen habe. Auch die 1995 großangelegte Militäroperation in den Nordirak mit 35.000 Soldaten, wurden weder im Parlament noch im Regierungskreis debattiert, sondern eigenmächtig durch das Militär durchgeführt (Balcı 2017, S. 236-237).

Neben der kurdischen Bewegung gelang es auch der islamisch-fundamentalistischen Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi [RP]*) um Necmettin Erbakan, immer weiter an Boden zu gewinnen. Diesem missfiel nicht nur die vom Militär vorangetriebene Zusammenarbeit mit Israel, sondern auch die beabsichtigte EU-Mitgliedschaft des Landes, welche weiterhin Staatsziel war. Die RP wollte mit anderen islamischen Ländern ein Alternativmodell zur EU aufbauen. Einige fundamentalistische Äußerungen und die allgemeine Richtung der Partei wurde vom MGK als iranischer oder saudi-arabischer Einfluss gewertet. Vor allem aber wurde die RP mit einer Abkehr zum Säkularismus in Verbindung gebracht, die für das Militär in der selbsternannten Rolle als „Hüterin des Laizismus“ eine rote Linie darstellte. War die Partei noch bei den Wahlen 1991 viertstärkste Kraft, konnte sie bei den Kommunalwahlen 1994 einen Achtungserfolg erzielen. Das Bürgermeisteramt Istanbuls und Ankaras gingen unerwartet an die RP. Die Zustimmung an die RP war auch eine Folge von wirtschaftlichen Problemen im Land. Erbakan schaffte es, vor allem die Stimmen der Unterschicht zu gewinnen (Papuççular 2017, S. 262). Als jedoch die Wohlfahrtspartei bei den Parlamentswahlen 1995 auch noch zum

Wahlsieger erklärt wurde, stürzte das Land in eine Staatskrise. Allen Gepflogenheiten zum Trotz, beauftragte Demirel nicht Erbakan mit der Regierungsbildung, sondern den Zweitplatzierten Mesut Yılmaz, der knapp vor Çillers DYP stand. Damit begann eine Reihe von ständigen Koalitionsbrüchen, in der es Erbakan jedoch gelang, zwischenzeitlich Ministerpräsident zu werden. Bei einem Treffen des MGK im Februar 1997 drängte das Militär Erbakan dazu, ein Memorandum des Generalstabs zu unterzeichnen. Darin wurde der Regierung eine Reihe von Maßnahmen auferlegt, die die fundamentalistische Tendenz eindämmen sollte. Wenige Monate später trat Erbakan auf Druck des Militärs zurück, konnte seine Partei aber nicht vor einem Parteiverbot bewahren (Balcı 2017, S. 234-235).

Somit bedrohten im Inneren aus Sicht der türkischen Streitkräfte der kurdische Separatismus und der islamische Fundamentalismus die Integrität der Republik. Anders als Erbakan, der bei seinen Auslandsreisen in die islamischen Länder keinen Zuspruch fand, konnte das politische Lager der kurdischen Bewegung nahe Beziehungen zu EU-Institutionen aufbauen. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks hatte die noch damalige EG eine neue Erweiterungsstrategie ins Leben gerufen. Obwohl sich die EG 1992 durch die Umwidmung zur EU in eine eher politische Vereinigung statt einer wirtschaftlichen wandelte, sollten die Beziehungen zur Türkei stärker auf einer ökonomischen Basis stattfinden. Daher sollte die Türkei zunächst nur in die Zollunion aufgenommen werden, was aber Ankara als ersten Schritt für die Vollmitgliedschaft auffasste. Das griechische Veto für den Eintritt in die Zollunion konnte durch Zusicherung Ankaras, die zukünftige EU-Mitgliedschaft der Republik Zyperns, für die gesamte Insel gelten zu lassen, aufgehoben werden. Ferner sicherte Ministerpräsidentin Çiller zu, das Antiterrorgesetz aufzuweichen und die Hürden für Parteischließungen zu steigern. Damit sollten weitere EU-Mitglieder, die Menschenrechtsverletzungen in der Kurdenproblematik vermeldeten, besänftigt werden. Am 1. Januar 1996 trat die Türkei in die Zollunion bei. Eine kurzfristige Mitgliedschaft in die EU wurde dem Land aber versagt, nachdem weitere Reformen in den Grundrechten verlangt wurden und Griechenland eine endgültige Lösung des Zypernproblems forderte (Balcı 2017, S. 238-241).

Dabei war Zypern nur eines von vielen Konfliktpunkten mit Griechenland in den letzten Jahren gewesen. Nachdem bereits Demirel nach seinem Wahlsieg wieder auf Distanz zu Griechenland gegangen war, kam es auch nach den Wahlen 1993 in Griechenland zu einem Regierungswechsel. Wahlsieger Andreas Papandreou hatte im Wahlkampf immer wieder den bisherigen Ministerpräsidenten Konstantinos Mitsotakis für seine „Türkenfreundlichkeit“ at-

tackiert. So war es eine Frage der Zeit, bis beide NATO-Partner in einen Streit geraten würden. Den Anfang machte eine im November 1993 erklärte Doktrin, in der sich Griechenland und Zypern gegenseitige militärische Hilfe im Verteidigungsfall zusicherten. Da Ankara offiziell den Norden der Insel besetzt hielt, konnte dies als vorausgegangene Kriegserklärung angesehen werden. Eine Nebenbestimmung der Doktrin, die Errichtung von griechischen Luft- und Seestützpunkten auf Zypern, ließen die Sorgen in Ankara steigen. Der erste ernstzunehmende Vorfall ereignete sich jedoch zwei Jahre später im November 1995 in der Ägäis. Ein türkischer Frachter war vor der kleinen, unbewohnten Insel Imia auf Grund gelaufen. Daraufhin entbrannte über die Frage, welche Küstenwache zuständig für die Bergung des Frachters ist, ein Konflikt zwischen beiden Ländern. Nach gegenseitigen Hoheitsbekundungen und Hissen von Flaggen kamen zunächst Kommandoeinheiten zum Einsatz. Der Konflikt eskalierte, nachdem der Vorfall innenpolitisch in beiden Staaten hochgespielt wurde, beinahe zu einem Krieg, als die türkische Marine in Richtung Imia aufbrach. Bei einem Beobachtungsflug eines griechischen Militärhubschraubers stürzte dieser ab, woraufhin drei Soldaten ihr Leben verloren. Erst nach aufdringlicher Intervention der USA beruhigten sich die Gemüter wieder und beide Seiten zogen ihre Einheiten ab (Balcı 2017, S. 242-243). Im Gegensatz zu Çiller, die nach den Wahlen nur noch kommissarisch im Amt war und ein militärisches Vorgehen bevorzugte, versuchte Demirel nach einer diplomatischen Lösung Ausschau zu halten (Papuççular 2023, S. 298). Bei dem Konflikt ging es nicht primär um die kleinen Inseln, sondern um die Hoheitsrechte in der Ägäis allgemein. Nachdem das griechische Parlament bereits im Mai 1995 die 12-Meilen-Zone nach UN-Seerechtskonvention ausrief, reagierte die Türkei harsch. Das türkische Parlament entschied in einer Dringlichkeitssitzung, die türkische Regierung mit allen Mitteln zu ermächtigen, die den Status Quo in der Ägäis gewährleisten würden. Dies war als Kriegserklärung (Casus Belli) zu sehen, falls die griechische Regierung den Beschluss des Parlaments in Athen in die Tat umsetzen würde (Balcı 2017, S. 243). Die Sensibilität Ankaras bezüglich der 12-Meilen-Grenze beruht auf dem geographischen Gefüge der Ägäis in Verbindung mit der Gegebenheit, dass die meisten griechischen Inseln keine 24-Meilen voneinander entfernt liegen. Dies würde bei einer 12-Meilen-Grenze bedeuten, dass die gesamten Zwischenbereiche zwischen den Inseln unter die griechische Hoheit fallen würden und ggf. nicht mehr passierbar wären. Somit würde die Türkei praktisch die Verbindung von der Ägäis zum Mittelmeer verlieren, was nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem militärische Konsequenzen für die Westtürkei nach sich ziehen würde (Öcal 2004, S. 108).

Eine weitere Krise bezüglich Zypern, die in einer Kriegsdrohung endete, ereignete sich 1997.

Im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit zwischen Zypern und Griechenland sollten von Russland erworbene S-300 Flugabwehrraketen auf der Insel stationiert werden. Damit würde das türkische Festland in Reichweite eines möglichen Angriffs sein. Eine potentielle Verwundbarkeit aus dem Süden würde zu einem weiteren Anstieg der Bedrohungslage führen. Die Türkei beteuerte, alles Notwendige zu unternehmen, um eine Stationierung der Flugabwehrraketen auf Zypern zu unterbinden. Ankara drohte dabei der zypriotischen Regierung mit einem neuen „1974“. Abermals griff die USA in den Konflikt ein und zwang Nikosia zu einem Schritt rückwärts. Das S-300 Flugabwehrraketensystem wurde daraufhin in Kreta aufgebaut, aus der die Türkei nicht zu erreichen war (Balcı 2017, S. 244-245). Einigen Beobachtern zufolge, war der Verkauf der S-300 Abwehrraketen eine Antwort Russlands auf die beginnende NATO-Osterweiterung (Papuççular 2023, S. 298).

1998 gewährte Griechenland der PKK, welche bis dahin noch nicht von der EU als Terrororganisation eingestuft war, ein Verbindungsbüro zu eröffnen. Ankara antwortete mit einer diplomatischen Note. Die Türkei sah sich nun darin bestätigt, dass die PKK von Griechenland unterstützt wurde (Papuççular 2023, S. 289). Einige Monate später sollten diese Verbindungen wieder für einen Tiefpunkt in den griechisch-türkischen Verhältnissen sorgen. Als Syriens PKK-Führer Abdullah Öcalan aufforderte, das Land zu verlassen, suchte dieser zweimal Asyl in Griechenland. Dabei wurde er bei seiner zweiten Einreise in Griechenland vom griechischen Geheimdienst begleitet. Mit Unterstützung des griechischen Außenministers Theodoros Pangolos wurde Öcalan, ausgestattet mit gefälschten Pässen, in die griechische Botschaft in Nairobi gebracht. Bis dahin machten sich Spekulationen in den türkischen Medien breit, Öcalan befinde sich in griechischer Obhut. Als kenianische Offizielle publik machten, dass der PKK-Führer sich illegal in der griechischen Botschaft aufhält und zur Ausreise aufgefordert wird, kam es in der Türkei zu großen Protesten. Staatspräsident Demirel kritisierte dabei die griechische Seite scharf. Ministerpräsident Konstaninos Simitis, der 1996 die Nachfolge des schwer erkrankten Andreas Papandreou antrat, erklärte, nicht über die Aktion informiert worden zu sein. Daraufhin wurden einige Minister, darunter auch Pangolos, aus dem Amt entlassen (Balcı 2017, S. 243-244).

Bereits 1995 hatten Griechenland und Syrien ein Abkommen unterzeichnet, nach der Griechenland die Möglichkeit erhielt, im Bedarfsfall syrische Militärbasen zu nutzen. Ankara sah diese Annäherung gegen sich gerichtet und reduzierte den Wasserabfluss des Euphrats zu seinem südlichen Nachbarn. Dadurch verschlechterten sich die ohnehin belasteten Beziehungen

zwischen beiden Staaten deutlich. Als Syrien erneut Ansprüche auf die türkische Provinz Hatay (die aus der umstrittenen Verwaltungseinheit Alexandrette hervorging) stellte und die Türkei während der großen Militäroperation im Nordirak beschuldigte, auch syrisches Territorium angegriffen zu haben, stationierte Ankara größere Kampfeinheiten an die gemeinsame Grenze und drückte somit ihre Kriegsbereitschaft aus. Diese blieb zunächst aus, doch sollten die Beziehungen Anfang 1998 einen Tiefpunkt erreichen. Die türkischen Streitkräfte hatten durch eine Vielzahl von Operationen die PKK im Nordirak geschwächt und etwas weiter in den Süden getrieben. Nun wandte sich Ankara an Syrien. Damaskus wurde von hochrangigen Militärs beschuldigt, für alles Üble verantwortlich zu sein. Als kurze Zeit später ein gefangengenommenes PKK-Führungsmitglied bestätigte, dass sich Öcalan in Syrien aufhält, drohten sowohl Politiker und Generäle Syrien mit einem Krieg. Als tatsächlich Ankara weitere umfangreiche Militäreinheiten Richtung syrischer Grenze verschob, lenke die syrische Führung ein und forderte Öcalan auf, das Land zu verlassen. In einem Übereinkommen Ende 1998 verpflichtete sich Syrien, Öcalan nicht noch einmal ins Land zu lassen und alle PKK-Einrichtungen zu schließen (Balcı 2017, S. 247-248).

Auf der Balkanhalbinsel gab es neben den schon ausführlich geschilderten Kriegshandlungen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo noch weitere Spannungen. Ohnehin war die Sorge von Anfang an groß, dass die Jugoslawienkriege weitere Kriege in der Region nach sich ziehen könnten. Auch Nordmazedonien hatte damals noch unter dem Namen Mazedonien seine Unabhängigkeit von Jugoslawien erklärt. Da dies auch der Name einer großen historischen Landschaft war und die Verwaltungseinheiten im Norden Griechenlands diesen Namen trugen, kam es bald darauf zu einem Namensstreit zwischen Athen und Skopje. Griechenland befürchtete, dass daraus in Zukunft Gebietsansprüche erwachen könnten, so dass Griechenland Mazedonien größtenteils isolierte. Dies rief die Türkei auf den Plan und unterstützte Skopje mit Hilfsgütern, Kraftstoffen und Finanzhilfen. Unter dem Eindruck, dass in Mazedonien eine große muslimische Minderheit lebte und diese mit Albanien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina einen „islamischen Gürtel“ im Norden bilden könnte, der auch noch von der Türkei gestützt werden würde, beunruhigte die griechischen Entscheidungsträger in Athen. Gleichzeitig gab es aber in Ankara die Sorge, dass Griechenland, Serbien und Russland einen „orthodoxen Bogen“ um die Türkei errichten könnten (Balcı 2017, S. 250).

Doch war der Balkan nicht die einzige Region, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in Kriegen versank und die Unsicherheitslage der Türkei erhöhte. Auch im Kaukasus kam es

vor der Haustüre der Türkei zu militärisch ausgetragenen Konflikten. Nach der Unabhängigkeitserklärung Aserbaidschans und Armeniens wurde eine historische Fehde um die Region Berg-Karabach neu entbrannt. Das mehrheitlich von Armeniern bewohnte, aber rechtlich zu Aserbaidschan gehörende Territorium, wurde im März 1993 durch armenische Truppen besetzt. Als Gräueltaten an den turksprachigen Aserbaidschanern in der türkischen Öffentlichkeit bekannt wurden und Armeniern zuvor als Unterstützer der PKK bezichtigt wurde, forderte Staatspräsident Özal ein militärisches Eingreifen. Doch Ministerpräsident Demirel wollte trotz oppositionellem Druck keine kriegerische Auseinandersetzung riskieren. Dennoch wurden Einheiten der türkischen Streitkräfte an die armenische Grenze verlegt. Armenien hatte bereits 1992 ein Verteidigungsabkommen mit Russland abgeschlossen und es geschah das, was Demirel befürchtet hatte: Moskau stationierte nach einem Hilferuf aus Jerewan militärische Einheiten an die türkische Grenze. Somit war ein Eingreifen der Türkei in den Berg-Karabach-Konflikt nicht mehr möglich (Balcı 2017, S. 254-255). Zumal der Konflikt auch eine iranische Komponente besaß. In Irans Norden befanden sich die Provinzen Ost- und West-Aserbaidschan, mit mehrheitlich turksprachiger Bevölkerung. Teheran hatte Vorbehalte gegen ein starkes, durch die Türkei unterstütztes Aserbaidschan und unterstützte Armenien (Papuççular 2017, S. 280). Ende 1994 entwickelte sich ein weiterer Kriegsschauplatz im Kaukasus. Russland marschierte in Tschetschenien, welches 1991 die Unabhängigkeit ausgerufen hatte, ein und beseitigte dort die Sezessionsbestrebungen. Wieder wurden durch die Öffentlichkeit und die Oppositionsparteien Stimmen für eine Unterstützung der Tschetschenen laut. Zwar erklärte die Regierung, dass es sich um einen innerrussischen Konflikt handelte, doch wurden die Operationen scharf kritisiert. Als Berichte über Freiwilligeneinheiten aus der Türkei publik wurden und Ankara der russischen Forderung nicht nachkam, Tschetschenisch-Türkische Solidaritätsvereine zu schließen, eröffnete Russland das Kurdische Haus in Moskau und erinnerte die Türkei daran, ohne eine Organisation zu nennen, dass auch sie geplagt war von Terror (Balcı 2017, S. 256).

Ab 1999 war sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch eine Entspannung auf fast allen Schauplätzen sichtbar. Nach der Absetzung der Hardliner in Athen durch Simitis nach dem Öcalan-Eklat, einigten sich beide Staaten um mehr Dialog. Verstärkt wurde dies nach den raschen Hilfen Griechenlands nach dem verheerenden Erdbeben in der Nähe von Istanbul. Tatsächlich sollte Athen in dieser Phase kein Veto auf die türkischen Beitrittsbemühungen einlegen. Beide Staaten sollte sogar eine Militärübung unter NATO-Schirmherrschaft abhalten. Die PKK war nach der Verhaftung ihres Führers erheblich geschwächt. Das geschlossene Über-

einkommen mit Syrien hatte für bessere Verhältnisse gesorgt und auch mit dem Irak befand man sich nicht mehr in einer feindseligen Haltung. Die fundamentalistische RP war in der Zwischenzeit verboten und Erbakan einem politischen Betätigungsverbot ausgesetzt worden. Das Wahlvolk hatte allen größeren Parteien eine Abfuhr bei den Parlamentswahlen 1999 erteilt und Altministerpräsident Bülent Ecevit mit seiner Demokratische Linkspartei (*Demokratik Sol Parti* [DSP]) zum Wahlsieger gemacht. Knapp dahinter befand sich die Nationalistische Aktionspartei (*Milliyetçi Hareket Partisi [MHP]*) mit dem neuen Parteiführer Devlet Bahçeli. Beide Wahlsieger gingen eine Koalition ein, die in den ersten Jahren trotz ideologischer Gegensätzlichkeit eher harmonisch verlief. Das Außenministeramt wurde vom angesehenen Journalisten İsmail Cem bekleidet, der sich vor allem um eine Aussöhnung mit Griechenland und den EU-Beitritt des Landes engagierte (Balcı 2017, S. 261-264).

Ende 1999 wurde auf dem EU-Gipfel in Helsinki der Türkei der offizielle Kandidatenstatus verliehen. Die stabile Regierung schaffte es sukzessive, das Militär aus der politischen Entscheidungsfindung rauszuhalten. Nach dem Erdbeben 1999 und der internationalen Entspannung war nicht mehr die Sicherheitspolitik, sondern die Wirtschaftspolitik führend in der Politikgestaltung. Dies wurde als „Europäisierung der türkischen Außenpolitik“ bezeichnet (Balcı 2017, S. 262). Als kein Jahr später die Türkei von einer schweren Wirtschaftskrise getroffen wurde, wurde klar, dass nur eine innenpolitisch stabile und außenpolitisch versöhnlich auftretende Türkei sich wirtschaftlich erholen konnte. Dies beschleunigte den EU-Reformprozess. Die Harmonie sollte aber nur bis Mitte 2002 halten, als innerhalb einer EU-Anpassungsinitiative die Todesstrafe – vor der Strafverkündung Öcalans – abgeschafft wurde. Dies erzeugte vor allem bei der MHP ein Störgefühl, der sich nicht wieder legen sollte. Die Koalition hatte sich auseinandergelebt, so dass für November 2002 Neuwahlen ausgerufen wurden. Begleitet wurde dies durch die noch anhaltende Wirtschaftskrise. Trotz eines Leitzinssatzes von 760 % konnte kein ausländisches Kapital gehalten werden. Geldspritzen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden notwendig, um einen Staatsbankrott abzuwenden. Dies führte nicht nur dazu, dass der IWF in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik (und damit bei den Rüstungsausgaben) mitsprach, sondern dass auch zunehmend Wirtschaftsakteure wie Industriellenverbände Gewicht in der Außenpolitikgestaltung des Landes erhielten und eine friedfertige Außenpolitik forderten (Balcı 2017, S. 282-283).

7.2.2 Kurzresümee

Durch die Brandherde auf dem Balkan, im Kaukasus, im Irak und in Syrien glich die Umgebung der Türkei einem Feuerring. Mittendrin die nicht endenden Kämpfe mit der PKK. Dabei war die Türkei nicht nur Zuschauer, sondern stets auf irgendeiner Weise in diese Kriege involviert. Die ruhigen, aber durch Özals revisionistische Rhetorik etwas steinigen ersten Jahre „der Koalitionen" waren vorbei. Bei dieser Fülle an kriegerischen Auseinandersetzungen war es kein Wunder, dass die Sicherheitspolitik die bestimmende Variable der türkischen Außenpolitik wurde. Dieser Umstand wurde verstärkt, als bei den Parlamentswahlen 1991 keine Partei die absolute Mehrheit erlangen konnte. Noch drastischer wurde die Situation nach den Wahlen von 1995, in der fünf Parteien in das Parlament einziehen konnten, die ersten drei – RP, DYP und ANAP – jedoch sehr dicht beieinander lagen. Wahlsieger war Erbakan, der von Anfang an durch den Staatspräsidenten, MGK und Medien isoliert wurde. Die ANAP und DYP waren beide dem liberal-konservativen Lager zuzuordnen, deren Führer erst nach der Wahl der charismatischen Parteigründer Özal und Demirel als Staatspräsidenten an das Amt gelangen konnten. Somit glichen sich nicht nur Parteiprogramm, sondern auch die Ambitionen der jungen Parteichefs. Diese Konstellationen machten eine Regierungsbildung kaum möglich, so dass die – teilweise auf Druck der Medien und des Militärs – gebildeten Koalitionen nach kurzer Zeit zerbrachen. So war die bürokratische Elite im Außenministerium sowie der Generalstab nahezu die einzigen Kontinua in der Gestaltung der Außenpolitik. Diese sollte durch das tonangebende Militär noch sicherheitspolitisch ausgestaltet werden. Die labilen Regierungen, die größtenteils nur innerhalb der Grenzen, die vom Generalstab vorgegeben wurden, agieren konnten, wurden durch die Opposition lautstark bekämpft. Auch die Öffentlichkeit gewann über die erstarkten Medien viel mehr Gewicht, was die Opposition vor allem in Bezug auf die Kriege in Bosnien, Tschetschenien und Berg-Karabach zu nutzen wusste.

Genau in der Hochphase 1993-1999 dieser innenpolitisch instabilen und außenpolitisch bedrohlichen Zeit, kam es zu mehreren Konflikten mit Griechenland, die beinahe in einem Krieg enden würden. Ob die Ausrufung der 12-Meilen-Küstengewässer, die Stationierung von Raketenabwehreinheiten in Zypern oder das Ringen um die unbedeutende Felseninsel Imia, hatten das Potential einer militärischen Eskalation. Zuletzt belastete die Mithilfe Athens an der Flucht Öcalans die Beziehungen schwer. Die Türkei hatte also eine Fülle an Konflikten mit dem Erzrivalen im Westen. Politisch instabil, wirtschaftlich geschwächt, außenpolitisch allseits in Bedrängnis und von Terror geplagt, war Ankara in einer misslichen Lage. Doch war

Ankara weiterhin in vielen Machtfaktoren wie Bevölkerung und militärischer Stärke führend gegenüber Athen. Griechenland, mit der EU-Mitgliedschaft im Rücken und Bündnissen mit Zypern, Syrien und Iran, konnte teilweise für ein Machtgleichgewicht sorgen. In dieser Zeit kam es auch zu Spannungen innerhalb Griechenlands mit der türkischen Minderheit im Land. Diese sahen sich einiger ihrer Grundrechte beraubt und engagierten sich insbesondere für mehr kulturelle Eigenständigkeit.

Gemäß dem theoretischen Analysemodell, war die *internationale* Lage der Türkei *bedrohlich, innenpolitisch* war das Land parteipolitisch zersplittert. Dies führte einerseits zu ständigen verbalen Auseinandersetzungen und *anfälligen* Koalitionsbildungen. Daher dominierte das Militär die Außenpolitik. Diese war durch eine Reihe von *Krisen mit Griechenland* geprägt, gegenüber der die Türkei sich zumindest *nicht* in einer *schlechteren Machtposition* befand. Die *Situation der Westthrakientürken* war anhaltend *schlecht*. Würde die Türkei die Lage der Minderheit aufgrund der Konflikte mit Athen hochspielen?

7.2.3 Türkische Minderheitenpolitik in Griechenland

Nach dem überraschenden Tod des Muftis von Xanthi, Mustafa Hilmi, im Februar 1990 kam es im Sommer desselben Jahres zu Neuwahlen. Mehmet Emin Aga setzte sich gegen drei weitere Kandidaten durch und wurde zum neuen Mufti ausgerufen. Fast ein Jahr nach dem Tod Mustafa Hilmis trat ein neues Gesetz in Griechenland in Kraft. Demnach sollten die Muftis nicht durch die Gemeindemitglieder in den Moscheen Westthrakiens gewählt werden, sondern vom griechischen Ministerium für Bildung und religiöse Angelegenheiten ernannt werden. Kurze Zeit später stellte das Ministerium den neuen Mufti Sinikoğlu vor. Der Verweigerung Mehmet Emin Aga's seinen Platz zu räumen, begegneten die Sicherheitskräfte mit Gewalt, so dass dieser in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste (Batı Trakya'nın Sesi 1991a, S. 3). Ankara protestierte gegen dieses Vorgehen scharf. In einer Stellungnahme des Außenministeriums hieß es, dass die Aktion ernste Konsequenzen nach sich ziehen könnte und die Türkei die Einhaltung der Rechte der türkischen Minderheit genau beobachten werde. Als im März 1991 aus der Türkei angereiste Geistliche, die im Rahmen des Fastenmonats Ramadan Predigten abhalten sollten, von der griechischen Grenzpolizei festgehalten wurden, klagte Ankara erneut. Der Pressesprecher des Außenministeriums, Murat Sungar, erklärte, dass das griechische Vorgehen mit demokratischen Werten und religiöser Toleranz nicht im Einklang stehen

würde. Als der gewählte Mehmet Emin Aga, auf seinem Amt beharrte, wurde er im Sommer 1991 als „Gegenmufti“ angeklagt (Özlem 2016, S. 204-205). Dabei kam es in Xanthi zu Ausschreitungen zwischen Griechen und Türken mit mehreren Verletzten. In Komotini wurde eine Moschee durch einen Sprengkörper beschädigt. Das türkische Außerministerium forderte daraufhin von Athen den Schutz der Angehörigen der türkischen Minderheit ein (Batı Trakya‘nın Sesi 1991a, S. 9). Die Türkei trug die Vorfälle zur OIZ, zur OSZE und zur UNO. Zusätzlich verfasste der türkische Außenminister, Sefa Giray, einen Brief an die EG und forderte Brüssel auf, gegen Athen vorzugehen. Die Türkei bemängelte, dass Athen ohne jegliche Beteiligung der türkischen Minderheit die Ernennungen durchführen würde. Um der türkischen Forderung Nachdruck zu verleihen, versammelte sich in Istanbul eine Menschenmenge vor dem Ökonomischen Patriarchat von Konstantinopel und begaben sich in einen Sitzstreik. Unter den Streikenden waren auch Parlamentarier und Bürgermeister zu finden (Özlem 2016, S. 205). Die Nationalistische Betätigungspartei (*Milliyetçi Çalışma Partisi [MÇP]*) veranstaltete in Istanbul eine Massenkundgebung. Bei den Muftis handelt es sich um ein religiös-persönliches Amt. Dieser fungiert bspw. auch als Schiedsstelle bei ehelichen oder erblichen Streitigkeiten. Die Türkei und die türkische Minderheit in Griechenland beruft sich auf ein 1913 geschlossenes Übereinkommen zwischen dem Königreich Griechenland und dem Osmanischen Reich, der den Westthrakientürken die Selbstkontrolle ihrer religiösen Institutionen gestattete. Athen hingegen verweist auf nationales Recht und auf den Vertrag von Lausanne, der keine Regelung hinsichtlich des Mufti-Amtes beinhaltet.

Zwei Monate später starb der Ökonomische Patriarch von Konstantinopel, Dimitrios I. Unruhe machte sich breit, dass Ankara die interne Wahl des Nachfolgers nicht akzeptieren werde. Griechischstämmige Abgeordnete im US-Kongress starteten daraufhin eine Unterschriftkampagne und forderten Staatspräsident Özal dazu auf, die Wahl des neuen Patriarchen zuzulassen. Der türkische Botschafter in Washington antwortete mit einem Schreiben, dass zwar Griechenland keine frei gewählten Muftis anerkenne, die Türkei jedoch die Selbstverwaltung des Patriarchen toleriere (Batı Trakya‘nın Sesi 1991b, S. 7).

Im Juni 1991 besuchte der griechische Ministerpräsident Mitsotakis Westthrakien. Bei einem Gespräch mit Minderheitenvertreten gab er sich offen und räumte ein, dass man den Muslimen im Land teilweise Unrecht getan hätte. Trotz der entgegenkommenden Botschaften wurden die Worte von Mitsotakis im türkischen Parlament aufgegriffen. Ein Abgeordneter der ANAP – vermutlich von der innerparteilichen Opposition um Yılmaz – bemängelte den be-

wussten Verzicht von Mitsotakis die Minderheit als Türken zu bezeichnen und sah darin ein falsches Spiel. Dem Parlamentarier nach, müsste das Abgeordnetenhaus und alle Parteien gegen solche „byzantinischen Intrigen“ angehen. Außenminister Alptemoçin, ebenfalls von der ANAP, bezeichnete die Westthrakientürken als Brückenbauer für einen guten Dialog mit dem Nachbarn. Dennoch mahnte er an, die Rechte der Minderheit stets verteidigen zu wollen (Batı Trakya‘nın Sesi 1991c, S. 5-6).

Die innere Minderheitenpolitik Griechenlands war allerdings nicht nur gegenüber der türkischen Minderheit problembehaftet. Auch gab es in der Vergangenheit mit Bulgarien, Nordmazedonien und Albanien aufgrund der Minderheiten im Land ähnliche Auseinandersetzungen. Beobachter sehen in dem Aspekt, dass die meisten Minderheitengruppen einen Mutterstaat vorweisen können, eine Bedrohungswahrnehmung durch Athen (Ouzoungiol 2021, S. 70). Bereits Graham Fuller und Ian O. Lesser (1994) sahen aufgrund der geographischen Nähe und der Kompaktheit der Westthrakientürken eine potentielle Gefahr für Griechenland. Ob sicherheitspolitisch gerechtfertigt oder nicht, wird hierin der Grund für die oftmals strenge Minderheitenpolitik Athens gesehen. Entweder sollten sich die Mitglieder der Minderheit freiwillig in ihre Mutterstaaten zurückziehen oder sollten dem Assimilierungsdruck nicht widerstehen können und komplett in der Mehrheitsbevölkerung aufgehen (Yenigün 2007, S. 225-226).

Im September 1991 trafen sich noch-Ministerpräsident Yılmaz und sein griechischer Konterpart Mitsotakis in Paris. Hauptgesprächspunkt waren zwar Verhandlungen zu Zypern, doch auch die Situation der Westthrakientürken wurde thematisiert. In einer anschließenden Pressekonferenz gab der türkische Ministerpräsident bekannt, dass er sein Störgefühl bezüglich dem Umgang mit der türkischen Minderheit zum Ausdruck gebracht hätte. Ferner soll er das griechische Staatsbürgerschaftsgesetz als „rassistisch“ bezeichnet haben, worauf ihm sein Amtskollege eine Novellierung in angemessener Zeit zusicherte (Özlem 2016, S. 206). Damit sprach Yılmaz den § 19 des genannten Gesetzes an. Dieser regelte, dass Personen, die keine ethnischen Griechen sind, die Staatsbürgerschaft verlieren können, wenn diese ohne Rückkehrabsicht das Land verlassen. Oftmals wurden Westthrakientürken, die sich als Gastarbeiter oder Studenten im europäischen Ausland aufhielten, ohne klares Bekenntnis, dass diese nicht mehr zurückkehren wollen, willkürlich aus der Staatsbürgerschaft entlassen. Bemerkenswert ist, dass die griechische Verfassung keine Staatsbürger Griechenlands aufgrund der Abstammung und der Religion benachteiligen darf (Ouzoungiol 2021, S. 84). Zwar brachte Mitsotakis tatsächlich die Änderung des Paragraphen ins Spiel, doch wurde das Vorhaben nach hefti-

gen Protesten der Opposition vorzeitig aus dem Programm genommen. Einen Monat später wurde Demirel als neuer Ministerpräsident vom Parlament vereidigt. In seiner Antrittsrede ging er auch auf die Lage im Westthrakien ein und bezeichnete die Zustände als Menschrechtsverletzungen. Auch die Human Rights Watch (damals noch Helsinki Watch) ermahnte die griechische Regierung auf Achtung der Minderheitenrechte. Im Dezember 1991 kritisierte erneut das türkische Außenministerium die Vorgehensweise gegenüber Predigern, die gewaltsam aus ihren Arbeitszimmern vertrieben wurden. Im darauffolgenden Februar kamen Demirel und Mitsotakis in Davos zusammen, doch gingen diesmal beide Politiker nicht auf die Minderheitenfrage ein (Özlem 2016, S. 206-208).

Das am längsten anhaltende Problem, womit sich die türkische Minderheit ausgesetzt fühlt, ist dabei die Leugnung der ethnischen Identität. So ist es bemerkenswert, dass Erklärungen, Stellungnahmen etc. zu den Westthrakientürken durch das griechische Außenministerium vorgenommen wird, als handele es sich um eine ausländische Einheit (Ouzoungiol 2021, S. 70). Tatsächlich kennt der Friedensvertrag von Lausanne nur Römisch-Orthodoxe und Muslime, da nur Andersgläubige einen offiziellen Minderheitenstatus haben sollten. Über die Jahre bekam aber das ethnische Merkmal stärker Gewicht und war in vielen Vereinsnamen präsent. Doch angefangen mit dem Militärputsch in Griechenland 1967 und noch stärker mit dem Einmarsch der türkischen Armee in Zypern sollten Bezeichnungen, die auf die ethnische Eigenschaft der Minderheit hinweisen, immer mehr verboten werden (Yenigün 2007, S. 226). Selten wird aber auch die türkische Komponente in der muslimischen Minderheit in Westthrakien zum Ausdruck gebracht. In einer Phase der friedlichen Beziehungen betonte 1999 Außenminister Giorgos Papandreou, dass keiner es leugnen könne, dass es sich bei der muslimischen Minderheit um Türken handele und dass, solange niemand eine böse Absicht hat, sich als Türke, Pomake oder Bulgare bezeichnen könne (Ouzoungiol 2021, S. 84).

Ein weiteres großen Anliegen der Minderheitengruppe war der Umstand, dass der Immobilienbesitz für Angehörige der türkischen Minderheit nur mit einer Sondergenehmigung gestattet wurde. Dieses Gesetz wurde auf Druck der EG 1991 abgeschafft bzw. hat nur noch für die Grenzregion zur Türkei Bestand. Beobachtern zufolge wurde die Genehmigung immer dann verwehrt, wenn aktuelle Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei vorhanden waren (Yenigün 2007, S. 226). Ein ähnliches Problem war die rechtliche Stellung der Stiftungen. Durch Wiederholtes nicht-Anerkennen des gewählten Stiftungsrats, verloren mehrere Stiftungen ihren Rechtsstatus. Dadurch konnten die Stiftungen nicht nur nicht verwaltet werden,

sondern mussten auch Steuern in Millionenhöhe nachzahlen, was nicht aufgebracht werden konnte und der Stiftungsbesitz gepfändet wurde (Karacakaya 2024, S. 227).

Kurz nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten äußerte sich Demirel in der griechischen Zeitung Kathimerini zu der türkischen Minderheit in Griechenland. Griechenland und die Türkei hätten viele Probleme, doch der strittigste Sachverhalt wäre die Situation in Westthrakien. Die Türkei wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einmischen, aber die Menschenrechte müssten eingehalten werden. Demirel mahnte, die Sache nicht zur Innenpolitik zu machen, das würde eine Lösung unmöglich machen (Batı Trakya‘nın Sesi 1991d, S. 5). Mit im Kabinett Demirel befand sich Cavit Çağlar, ein in Komotini geborener Westthrakientürke, der als Kleinkind mit seiner Familie in die Türkei auswandert war. In einem Interview erklärte Çağlar 1992, dass er fest daran glaube, dass mit dem Dialog Demirel und Mitsotakis eine neue Ära begonnen habe, die die Lage der Türken in Westthrakien verbessern werde. Aufgrund der Vorkommnisse auf dem Balkan, müssten beide Länder näher zusammenfinden (Batı Trakya‘nın Sesi 1992a, S. 3). Im Sommer 1992 meldete sich Demirel diesmal über die griechische Tageszeitung Eleftherotypia. Demirel gab an, das Problem mit den Minderheiten nicht zur OSZE getragen zu haben, aber das Menschen in und aus Westthrakien die Sache zu den internationalen Organisationen tragen könnten. Der Türkei würde es nur darum gehen, dass die griechische Regierung sich an die internationalen Abmachungen hält und der türkischen Minderheit ihre Grundrechte gewährt (Batı Trakya‘nın Sesi 1992b, S. 2). Noch im gleichen Jahr lud der Solidaritätsverein der Westthrakientürken in Istanbul zur Mitgliederversammlung ein. Außenminister Hikmet Çetin von der SHP richtete Grußworte an den Kongress. In seiner Botschaft erklärte er, dass Minderheiten eine Brücke für Frieden und Freundschaft schlagen können und er sich erhoffe, dass die türkische Minderheit in Griechenland diese Funktion erfüllt (Batı Trakya‘nın Sesi 1992c, S. 9).

1993 untersagten griechische Behörden die Nutzung von Schulbüchern aus der Türkei an den Minderheitenschulen. Gestattet waren nur noch die kurz zuvor vom griechischen Bildungsministerium in Auftrag gegebenen Bücher. Mitsotakis erklärte, dass dies notwendig geworden wäre, da die Bücher griechenlandfeindliche Inhalte vorweisen würden und die Türkei mehrmals aufgefordert wurde, die umstrittenen Stellen zu entfernen (Batı Trakya‘nın Sesi 1993a, S. 4). Das türkische Außenministerium bezeichnete dies als weiteres Beispiel für Menschenrechtsverletzungen und warf Athen Rechtsbruch vor. Die Türkei verwies auf ein 1968 erlassenes gemeinsames Kulturprotokoll, worin sich beide Parteien einig waren, dass die Schulbü-

cher für die türkischen Minderheitenschulen durch die Türkei bereitgestellt werden sollten und umgekehrt Schulbücher für die griechische Minderheit in Istanbul durch Griechenland. Doch gab Athen bekannt, dieses Protokoll bereits im Vorjahr einseitig gekündigt zu haben. Ohnehin gestattete Griechenland für die nahezu 200 türkischen Schulen nur so viele Lehrkräfte aus der Türkei, wie in den griechischen Schulen in Istanbul Lehrkräfte aus Griechenland tätig sind. Doch ist die Schüleranzahl in Westthrakien erheblich größer als in Istanbul (Yenigün 2007, S. 226). Wobei auch hier zu sagen ist, dass die griechische Gemeinde in Istanbul ähnlicher Willkür ausgesetzt ist. So wurde die Theologische Schule von Chalki in Istanbul 1971 geschlossen und trotz einer Resolution im US-Kongress und Repräsentantenhaus sowie der Bitte Bill Clintons bei einem Besuch 1998 bis heute nicht wiedereröffnet. Auch musste 1984 das dazugehörige Gymnasium schließen, da das türkische Bildungsministerium kein Verwaltungspersonal ernannte und dies den Schulbetrieb unmöglich machte (Özcan 2019, S. 124).

Im Ramadan des Jahres 1993 kam es erneut zu einer Aufruhr in Ankara. Vier Geistliche aus Ankara wurden ohne ersichtlichen Grund kurzerhand des Landes verwiesen. Der griechische Botschafter wurde daraufhin ins Außenministerium einbestellt. Das Außenministerium erklärte, dass sich die Prediger rechtmäßig auf Einladung der Moscheegemeinschaften im Land aufgehalten hätten und kein Verständnis für das harsche Vorgehen der griechischen Verantwortlichen zeigen könnten. Das griechische Außenministerium erklärte in einem Brief, dass die Prediger aufgrund von Meinungsverschiedenheiten ausreisen mussten. Diese wären auf Einladung illegaler Muftis ins Land gekommen, was die öffentliche Ordnung gestört hätte (Batı Trakya‘nın Sesi 1993b, S. 3) Im Mai wurde bekannt, dass auch der gewählte und von Athen nicht anerkannte Mufti von Komotini, İbrahim Şerif, wegen illegaler Amtsausübung vor Gericht gestellt wurde. Abermals protestierte das Außenministerium in Ankara und sprach von besorgniserregenden Vertragsbrüchen. Zudem beauftragte das türkische Parlament vier Abgeordnete mit der Beobachtung des Gerichtsprozesses (Özlem 2016, S. 208-209). Im selben Jahr kam es zu einer Brandstiftung an der historischen Moschee von Alexandroupoli, bei dem niemand verletzt wurde. Trotz heftiger Kritik aus Westthrakien, blieb der Vorfall in Ankara unkommentiert, lediglich der Generalkonsul von Komotini besuchte das stark beschädigte Gotteshaus (Batı Trakya‘nın Sesi 1993c, S. 5).

Vor den Parlamentswahlen am 10. Oktober 1993 in Griechenland führte Athen eine 3%-Sperrklausel ein. Für Politiker aus den Reihen der Westthrakientürken war diese Maßnahme gegen sie gerichtet. Zwar gab es bisher keine pro-türkische Partei, doch entwickelte sich um

den charismatischen Chirurgen und parteilosen Abgeordneten Sadık Ahmet eine Basis, die sich in naher Zukunft zu einer Partei entwickeln könnte. Die Hürde lag doppelt so hoch, wie der Anteil der türkischen Minderheit in der gesamten Wahlbevölkerung Griechenlands war. In der Regel ließen sich die Angehörigen der Minderheit als unabhängige Kandidaten wählen, so schafften es bei den Wahlen 1989 zwei weitere Westthrakientürken neben Ahmet ins Parlament. Nach Auffassung der türkischstämmigen Politiker sollte die Sperrklausel nur für Parteien gelten. Doch kurz nach der Wahl gab das Wahlgericht bekannt, dass die Hürde auch für Parteilose galt. Damit war kein Angehöriger der türkischen Minderheit im Parlament in Athen vertreten. Außerdem mussten diese nun in Zukunft für eine effektive politische Partizipation über die landesweiten Parteienlisten antreten. Dr. Sadık Ahmet, der trotz der Wahlhürde im weiteren Verlauf eine Partei gründete und dessen Vorsitz übernahm, wurde kurz nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses vom frisch gewählten Staatspräsidenten Demirel in Ankara empfangen. Demirel sagte, dass die Türkei darauf bedacht war, gute Beziehungen zu seinem Nachbarn im Westen aufbauen zu wollen und die Westthrakientürken hierbei eine Brückenfunktion zwischen beiden Staaten einnehmen könnten. So mahnte er, dass es eine Korrelation zwischen der Situation der türkischen Minderheit dort und den guten Verhältnissen gebe. Demirel kam 1994 auch mit den beiden gewählten Muftis von Xanthi sowie Komotini zusammen. Kurz zuvor wurde Mufti Mehmet Emin Aga zu 23 Monaten Haft verurteilt. Demirel sicherte den Muftis Unterstützung zu und unterstrich, dass die Türkei die im Friedensvertrag von Lausanne garantierten Rechte der türkischen Minderheit stets einfordern werde (Özlem 2016, S. 210-211). Auch Sadık Ahmet musste sich vor Gericht verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, die muslimische Minderheit in Westthrakien als Türken bezeichnet zu haben. Als Ahmet unterstrich, dass auch er Türke sei, maßregelte ihn der Richter mit der Aufforderung, gefälligst in die Türkei zu verschwinden (Ouzoungiol 2021, S. 84).

1994 besuchte der Vorsitzende der wieder gegründeten CHP, Deniz Baykal, Westthrakien. Bayklal wurde dabei in Xanthi von griechischen Nationalisten angegriffen. Baykal führte seine Reise fort und lud alle Parteien ein, nach Westthrakien zu kommen und sich für die Sache der türkischen Minderheit einzubringen. Vor griechischen Journalisten betonte er die Vielzahl an Partnerschaften zwischen der Türkei und Griechenland und setzte auf Dialog (Batı Trakya‘nın Sesi 1994a, S. 6). Im weiteren Verlauf sollte die mitregierende SHP in die CHP übergehen, mit Baykal als Parteivorsitzendem. Dieser trug die Westthrakienfrage in das türkische Parlament:

> „Wenn Sie Türke in Westthrakien sind, dann dürfen Sie nicht sagen, dass Sie Türke sind. Ansonsten landen Sie monatelang im Gefängnis wie Sadık Ahmet. Wenn Sie ein Geistlicher in Westthrakien sind, als Mufti vom Volk gewählt wurden und ihrer Arbeit nachgehen möchten, dann werden Sie vor Gericht gestellt, verurteilt und in Haft genommen. Wenn Sie Türke in Westthrakien sind, dann dürfen Sie keine Bücher und Zeitungen aus der Türkei mitbringen. Wenn Sie Türke in Westthrakien sind, dann können Sie ihre Kinder nicht wie gewünscht erziehen“ (T.B.M.M 1995a, S. 66 [Übersetzung durch den Autor]).

Noch im selben Jahr reiste Sadık Ahmet in die Türkei und besuchte nahezu alle im Parlament vertretenen Parteien. Dabei sprachen jegliche Parteifunktionäre ihre Unterstützung für die Westthrakientürken aus. Staatsminister Baki Ataç machte auf die schwierige Lage aufgrund des Bosnienkriegs aufmerksam und bekundete, dass die türkische Minderheit mittlerweile viel besser um ihre eigenen Rechte kämpfen könne (Batı Trakya‘nın Sesi 1994b, S. 11). Dass die Westthrakien-Frage jedoch überparteiliche Relevanz hat, zeigte sich beim Mitgliederkongress des westthrakischen Solidaritätsvereins. Nahezu alle im Parlament vertretenen Parteien waren vertreten und richteten Grußworte an die Anwesenden, die jedoch nicht über die gewohnten Unterstützungserklärungen hinaus gingen (Batı Trakya‘nın Sesi 1995a, S. 2).

Einige Wochen später wurde Mehmet Emin Aga von einem Gericht in Larissa erneut zu einer Haftstrafe verurteilt. Gleichzeitig wurde ein ehemaliger türkischstämmiger Abgeordneter in Untersuchungshaft genommen. Während das türkische Außenministerium die Gerichtsentscheidungen kritisierte, verfasste Demirel einen Brief an seinen Amtskollegen Konstantinos Karamanlis. Demirel schrieb, dass die Behinderung der Amtsausübung der demokratisch gewählten Muftis entgegen internationaler Abkommen erfolge. Die Ausweisung von Geistlichen während des Fastenmonats, hätte die türkische Öffentlichkeit mit Enttäuschung wahrgenommen. Auch er wäre über die Verurteilung von Mehmet Emin Aga persönlich enttäuscht und fordere nun dessen Freilassung. Auch das türkische Außenministerium gab eine Erklärung ab und verwies auf den Bruch internationaler Vereinbarungen. Karamanlis bestätigte, den Sachverhalt an die griechische Regierung weitergeleitet zu haben und innerhalb seiner gesetzlichen Zuständigkeiten sich des Themas anzunehmen (Özlem 2016, S. 211-212).

Wie hitzig die Gemüter aufgrund der griechisch-türkischen Konflikte waren, zeigte ein im Mai 1995 stattgefundener Besuch von Staatsminister und Regierungssprecher Yıldırım Aktu-

na in Westthrakien. Nachdem ihm bereits in Alexandroupoli der Zugang zu einer Minderheitenschule verwehrt wurde und die Polizei ihm am Besuch der 1993 niedergebrannten Selahattin Moschee gehindert hatte, wurde er auf dem Weg nach Thessaloniki von einer wütenden Gruppe tätlich angegriffen. Leicht verletzt konnte sich der Staatsminister ins Konsulatsgebäude retten. Demirel und Çiller verurteilten den Angriff scharf und übergaben eine Protestnote an Athen. Während der gesamten Reise fand Aktuna deeskalierende und friedensstiftende Worte. Er bedauerte jedoch, dass kein griechischer Offizieller ihn willkommen hieß und sämtliche Gesprächsanfragen unbeantwortet blieben. Von griechischen Journalisten wurde der Regierungssprecher mit der Situation der Kurden in der Türkei konfrontiert. Aktuna erwiderte, dass ein Drittel der Abgeordneten in der türkischen Nationalversammlung kurdischer Herkunft seien, wohingegen aktuell kein Angehöriger der türkischen Minderheit im griechischen Parlament vertreten wäre (Batı Trakya‘nın Sesi 1995b, S. 2-7). Beim Westthrakienkongress 1996 sprach Ehrengast Aktuna nochmals die Geschehnisse während seines Besuchs an. Aktuna glaube, dass der griechische Staat hinter dem Angriff stecke, die Türkei sich nicht provozieren lassen werde und er an die griechisch-türkische Freundschaft glaube. Der ebenfalls anwesende Finanzminister Lütfullah Kayalar lud Griechenland zu einer Entspannungspolitik ein, aus der beide Staaten nur Vorteile ziehen würden (Batı Trakya‘nın Sesi 1996a, S. 7-8).

Einige Monate zuvor kam es zu einem tragischen Unfall im Komotini. Das Auto Sadık Ahmets, der mit seiner Familie unterwegs war, kollidierte mit einem Traktor. Ahmet erlag seinen schweren Verletzungen, während seine Frau und seine beiden Kinder mit leichten Verletzungen davonkamen. Sadık Ahmets Frau glaubte an keinen Unfall. Ihrer Ansicht nach war ihr Mann Opfer einer gezielten Tötung geworden. Laut einer Zeitung soll der Fahrer des Traktors schon einmal ein ähnliches Auto gerammt und anschließend sich der Polizei mit den Worten, er habe Sadık Ahmet getötet, gestellt haben. Vor dem Unfall wäre Ahmet zudem vom örtlichen Polizeipräsidenten ermahnt worden, ihm geschehe Übles, falls er sich weiterhin für die Belange der Minderheit einsetze. Aktuna erklärte, dass er zwar nicht daran glauben wolle, aber dass es möglicherweise doch kein Unfall war. Das türkische Außenministerium äußerte in einer Stellungnahme ebenfalls Bedenken, bekundete aber, die Untersuchungsergebnisse abwarten zu wollen. Offiziell wurde der Hergang als Unfall deklariert und der Fall zu den Akten gelegt. Auf Anweisung Çillers wurde die Familie Sadık Ahmets per Krankenflugzeug in die Türkei gebracht. Alle politischen Parteien und viele andere Nichtregierungsorganisationen bekundeten ihr Beileid. Ex-Ministerpräsident Yılmaz, einige türkische Staatsminister und mehrere Abgeordnete nahmen zusätzlich an der Beisetzung in Komotini teil (Özlem 2016, S.

213-214). Nach dem Tod von Sadık Ahmet wurden zahlreiche Schulen, Straßen, Plätze und Parks nach ihm benannt. Zwei Straßen haben dabei besondere Bedeutung. In Ankara wurde die Straße, auf dem sich das Außenministerium befindet, als Dr.-Sadık-Ahmet-Straße umgewidmet. Ebenso die Straße in Istanbul, auf dem sich das Ökonomische Patriarchat von Konstantinopel befindet (Ouzoungiol 2021, S. 112).

Im September 1995 wurde nach Ausschreitungen in Komotini der griechische Botschafter in das türkische Außenministerium berufen. Ankara stellte die Forderung, die Übergriffe auf die Westthrakientürken unverzüglich einzustellen. Kurze Zeit später gab Athen bekannt, die sogenannte „verbotene Zone“ aufzugeben, welches jedoch auf Druck der EU erfolgte (Özlem 2016, S. 214). In dieser parallel zur bulgarischen Grenze verlaufenden, bis zu 50 km langen und 30 km breiten Kontrollzone, wohnten 40.000 Türken in 133 Gemeinden. Diese wurde 1953 offiziell „als Abwehrmaßnahme gegen die kommunistische Gefahr aus dem Norden“ eingerichtet (Alp 1995, S. 632). Allerdings wurden die Grenzen der Zone so gezogen, dass Dörfer mit griechischer Mehrheitsbevölkerung außerhalb davon lagen. Zwischen 0 bis 8 Uhr durfte die Zone gar nicht, außerhalb dieser Uhrzeiten nur mit Sondergenehmigung von außen betreten werden. Türkischsprachige Medien und Bücher durften nicht eingebracht werden. Der Presse und türkischen Staatsangehörigen wurde der Zugang grundsätzlich verwehrt. So wurde auch einer Parlamentariergruppe aus Ankara bei einem Besuch der Region der Eintritt in die Verbotszone untersagt (T.B.M.M. 1993).

Berichte über das Sperrgebiet wurden von den Oppositionsparteien im türkischen Parlament aufgegriffen. Ali Oğuz von der RP dramatisierte die Situation, indem er von 200.000 muslimischen Türken in Westthrakien sprach, die von Stacheldraht umzingelt, elendig unter erbärmlichen Zuständen versuchten, am Leben zu bleiben, während die Griechen in Istanbul ein glückliches und seliges Leben führen würden (T.B.M.M 1995b, S. 63). Recep Kırış von der nationalistischen Großen Einheitspartei (*Büyük Birlik Partisi [BBP]*) monierte, dass Muftis verhaftet, Moscheen zu Kirchen umgewandelt werden. Kırış forderte endlich das Reziprozitätsprinzip anzuwenden (T.B.M.M. 1995c, S. 1). Bei seiner Rede an das Parlament warnte Staatspräsident Demirel eine Eskalation mit Griechenland zu provozieren:

> „Die Türkei ist in ihren Beziehungen zu Griechenland, angefangen von den Schutzrechten aus den Verträgen gegenüber der türkischen Minderheit in Westthrakien bis hin zu den Zerwürfnissen in der Ägäis, gegen jede Art von vollendeten Tatsachen – damit es alle

> verstehen – gegen einen fait accompli, die ihren nationalen Interessen und ihrer Sicherheit zuwiderlaufen. Niemand soll die Türkei hiermit konfrontieren (T.B.M.M. 1995d, S. 36 [Übersetzung durch den Autor]).

Kurz nach dem Zwischenfall in Imia, besuchte eine türkische Delegation aus Griechenland Staatspräsident Demirel. Trotz des Beinahekriegs zwischen beiden Ländern, gab dieser sich friedfertig und machte erneut auf eine Brückenfunktion aufmerksam, die die türkische Minderheit in Griechenland einnehmen könnte. Einwände der ehemaligen griechisch-türkischen Parlamentarier Rodoplu und Faikoğlu, dass Athen unter keinen Umständen das Völkerrecht in Bezug auf die türkische Minderheit anerkenne, erwiderte Demirel „glaubt weiter an die euch schützende Türkei“ (Batı Trakya‘nın Sesi 1996b, S. 5). Seiner Meinung nach wären die Minderheiten auf beiden Seiten eine Chance, um gegenseitiges Vertrauen aufbauen zu können. Tatsächlich sollte die Türkei das Ökonomische Patriarchat auffordern, sich mehr für den Minderheitenschutz in Griechenland einzusetzen. Bei einem Besuch des Patriarchen Bartholomäus I. im April 1996 sagte Ministerpräsident Yılmaz, dass er daran glaube, dass dieser die türkische Minderheit in Griechenland beim Anliegen der freien Religionsausübung unterstützen könnte. Özlem zufolge, wollte Yılmaz auf die Wahl von Bartholomäus I. zum Patriarchen 1991 anspielen, die Ankara unbefangen annahm und dies auch für die Muftis erwartete (Özlem 2016, S. 215-216).

In einer Trauerfeier für Sadık Ahmet machte Demirel deutlich, wie wichtig der Erhalt der Minderheit für die Türkei ist: „Der Kampf eines Sadık Ahmets ist der Kampf für die Bewahrung der Sprache und Religion, die Bewahrung der Kultur; der Kampf für Solidarität sowie für das Suchen und Verteidigen dieses Anrechts“ (Özlem 2016, S. 216 nach Ayın Tarihi 1996 [Übersetzung durch den Autor]). Als es im August 1996 nach Tumulten an einem Grenzposten in Zypern zu einer gezielten Tötung eines zypriotischen jungen Mannes kam, der dabei war, eine türkische Flagge aus dem Fahnenast zu entfernen, entluden sich die Spannungen in vielen Orten in Griechenland. Dabei kam es auch auf Übergriffe auf die türkische Minderheit. Außenministerin Çiller verurteilte die Angriffe scharf und forderte die griechischen Sicherheitskräfte auf, den Schutz der Türken in Westthrakien und der türkischen Auslandsvertretungen im Land zu gewährleisten. Auch Demirel forderte den sofortigen Stopp der gewalttätigen Aktionen und bezeichnete die Ereignisse als Irrsinn (Özlem 2016, S. 216-217). Ouzoungiol merkt an, dass immer, wenn größere Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei auftraten, sich die Situation der Westthrakientürken unmittelbar zum Schlechten hin änderte. Im

Gegenzug kam es bei guten griechisch-türkischen Beziehungen oftmals zu einem Trend in Richtung Normalisierung (Ouzoungiol 2021, S. 70-71). Alp geht sogar einen Schritt weiter und bescheinigt der griechischen Regierung, die Türken im Land als Faustpfand gegenüber Ankara zu nutzen (Alp 1995, S. 642). Baskın Orans Beobachtungen gehen in die gleiche Richtung. Dieser merkt an, dass dies nur deswegen möglich ist, weil Griechenland die wenigen Tausend Griechen in Istanbul aufgegeben hat. Allein wirklich bedrohliche Reaktionen aus der Türkei und internationale Menschenrechtsorganisationen könnten Griechenlands Minderheitenpolitik eingrenzen (Oran 1986, S. 155). Verblieben nach dem griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch, schätzungsweise noch etwa 110.000 Griechen in Istanbul, sank deren Zahl nach dem Pogrom von 1956 und weiterer Einschüchterungen rapide ab. 1978 wurden noch 7.000 gezählt, heute spricht man von 2.000 bis 4.000 Angehörigen der griechischen Minderheit in Istanbul (Özcan 2019, S. 140).

Bei der Generalversammlung des Solidaritätsvereins der Westthrakientürken in Ankara hatte Justizminister Şevket Kazan von der inzwischen an die Macht gekommenen Wohlfahrtspartei das erste Mal die Gelegenheit, als Regierungsmitglied Stellung zur Westthrakienfrage zu nehmen. Die Wohlfahrtpartei hatte in der Oppositionsrolle oft die Westthrakienpolitik der damaligen Regierungsparteien scharf verurteilt. Kazan sagte, dass es Aufgabe der Regierung wäre, die Unrechtmäßigkeiten gegenüber den Westthrakientürken zu den internationalen Organisationen zu tragen. Ziel der Regierung wäre es, friedvolle Beziehungen mit Griechenland aufzubauen. Ex-Premierminister Yılmaz betonte, dass man nur wolle, dass die Westthrakientürken in Würde leben. Niemals würde die Türkei eine Politik betreiben, die Griechenland schwächen würde. Verteidigungsminister Turhan Tayan fand entschlossenere Worte. Athen würde eine Assimilationspolitik gegenüber den Westthrakientürken verfolgen und unter anderem somit die Spannungen zwischen beiden Ländern erhöhen. Wunsch der Türkei wäre es, friedlich nebeneinander zu leben, was Griechenland jedoch torpedieren würde. Athen träume davon, aus der Ägäis ein griechisches Binnenmeer zu machen. Dennoch dürfe sich die Türkei nicht provozieren lassen (Batı Trakya‘nın Sesi 1996c, S. 8-13). Kurze Zeit später kam es zu einer Entspannungspolitik zwischen beiden Staaten, die jedoch im Europaparlament zu einem Eklat führte. Griechenlands Staatspräsident Konstantinos Stefanopoulos machte für den mäßigen Entwicklungsstatus seines Landes die Türkei verantwortlich. Die Kriegsdrohungen aus Ankara würden die Verteidigungsausgaben in die Höhe treiben. Kritik zu der Minderheitenpolitik aus den Reihen des Parlaments entgegnete er mit Worten, dass er Stolz auf die Westthrakienpolitik seines Landes wäre. Stefanopoulos schlug eine Einladung zu einem Abendessen

mit türkischen Parlamentariern aus. Er wäre nicht bereit, über die Souveränität Griechenlands zu diskutieren. İsmail Cem und andere türkische Politiker verurteilten die Worte des Präsidenten, sprachen sich aber weiterhin für einen Dialog aus (Lüle 1997, S. 16).

Auf Druck der EU änderte Griechenland im Juni 1998 den § 19 des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Doch galt diese Änderung nicht rückwirkend bzw. es wurde keine Regelung zu den hunderten Staatenlosen getroffen. Während der Gesetzesänderung wurde bekannt, dass nach Aussage des griechischen Innenministers Papadopoulos, seit 1955 nahezu 60.000 Griechen die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, davon ca. 50.000 Angehörigen der türkischen Minderheit (Kabza, 2014, S. 144). Kurz nach der Festnahme Öcalans wurde der seit 1927 bestehende und seitdem unter diesem Namen firmierender Verein „Türkischer Bund Xanthi“ im März 1999 aufgrund der Bezeichnung „Türkisch“ durch ein griechisches Gericht verboten. Dieses Ereignis blieb von den Offiziellen in der Türkei unkommentiert. Einzig ein Wortbeitrag des frischgewählten neuen Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer auf der Islamkonferenz der OIZ im November 2000 brachte die türkische Minderheit wieder auf die Tagesordnung. Sezer forderte die Anerkennung der gewählten Muftis, kurz nachdem der Mufti von Xanthi Mehmet Emin Aga erneut zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Özlem (2016) zufolge kam es ab der Entspannungspolitik nach der Verhaftung des PKK-Führers zu einer Reduzierung an Stellungnahmen durch die türkische Staatsführung. Obwohl es zu keiner merklichen Verbesserung der Situation der Westthrakientürken kam. So hielt die Kommission für die Beobachtung von Menschenrechten des türkischen Parlaments fest, dass die Annäherung zwischen beiden Staaten noch nicht vor Ort in Westthrakien angekommen wäre und die dortige türkische Minderheit weiterhin mit Problemen zu kämpfen habe (Özlem 2016, S. 219-221). Bei den Dialogtreffen zwischen Politikern beider Seiten kam die Westthrakienpolitik so gut wie gar nicht auf die Tagesordnung. Auch die Zeitschrift Batı Trakya’nın Sesi erschien immer seltener. Gab es bspw. 1994 zwölf Ausgaben, waren es 1997 nur noch vier und in den Jahren 1999 bis 2001 jeweils zwei. Nach 2003 wurde die Veröffentlichung der Zeitschrift nach 16 Jahren eingestellt.

Auch der damalige Außenminister Cem hielt später in seiner Biographie fest, dass er sich zwar im Zuge der Aussöhnung ab 1999 zusammen mit seinem Amtskollegen Papandreou für bessere Verhältnisse für die türkische Minderheit gewidmet hätte, aber dabei nur minimal erfolgreich war. Zumindest konnte Cem die Wiedereinführung von Schulbüchern aus der Türkei erreichen (Kabza 2014, S. 142). Ohnehin führte er die Fortschritte in der Westthrakienpolitik

Griechenlands nicht auf die Interventionen der Türkei zurück, sondern auf die EU-Minderheitenschutzrechte, die die Minderheit gekonnt einzusetzen wusste. So hatte bereits ein Besuch einer Gruppe Westthrakientürken im EU-Parlament 1996 und ein im Vorfeld von der EU-Kommission veröffentlichter Menschenrechtsbericht, Unbehagen in Athen ausgelöst. Daraufhin startete Griechenland eine Kampagne zur Instandsetzung muslimischer Denkmäler und vereinfachte den Zugang zu den Hochschulen für Angehörige der Minderheiten (Alioğlu Çakmak 2018, S. 161).

7.2.4 Zwischenfazit zur türkischen Minderheitenpolitik in Griechenland

Seit Jahrzehnten schon prägen diverse *Konflikte* die griechisch-türkischen Beziehungen. Ein Konfliktpunkt dabei sind die konationalen Minderheiten auf beiden Seiten. Seit Jahren forderten die Westthrakientürken nationale Anerkennung, mehr politische Partizipation und die Gewährleistung aller Grundrechte. Die EG-Mitgliedschaft Griechenlands hatte zu keiner wesentlichen Verbesserung ihrer *Situation* geführt. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen zumeist die gleichen Sachverhalte wie Muftiwahl, Übergriffe auf Angehörige der Minderheit, Anschläge auf Moscheen oder Missmut bezüglich der schulischen Chancengleichheit. Stets *setzte* sich Ankara für ihre Minderheit zumindest mit *moralischer Hilfe* über Stellungnahmen des Außenministeriums *ein*. Auch die Türkei zeigte sich in vielen Punkten als kein guter Wohnsitzstaat gegenüber den griechischen Minderheiten. Doch die Zahl derer war so stark abgefallen, dass Athen ihre Minderheit so gut wie aufgegeben hatte. Dies führte einerseits dazu, dass die Türkei sich mit *Forderungen* nicht *zurückhalten* musste, andererseits aber die empfundenen Ungerechtigkeiten nur bedingt mit gleicher Münze heimzahlen konnte.

Den neorealistischen Machtfaktoren nach hatte Ankara vielleicht eine leichte Überlegenheit, doch wollte die Türkei Mitglied der EG werden. Dazu war Griechenland eine *Vetomacht* und es wäre auch zu erwarten gewesen, dass die türkische Regierung sich *kooperativ und zurückhaltend* in ihrer externen Minderheitenpolitik verhält. Doch waren andere *Konflikte* zwischen beiden Staaten so *vielfältig und tiefgreifend*, dass die Situation der Westthrakientürken nicht entscheidend dafür war, das EG-Ziel der Türkei zu erreichen. Auf die zu den anderen Konfliktpunkten aufgestellten Forderungen Athens war die Türkei nicht bereit einzugehen. Die Streitigkeiten betrafen vor allem Zypern und die Ägäis. So war es die Strategie Ankaras, nicht Griechenland zu überzeugen, sondern die anderen EG-Mitglieder für sich zu gewinnen. Diese

könnten dann wiederum *Druck* auf Athen *ausüben* und die griechische Regierung zum Nachgeben verleiten. Die vielen offiziellen Stellungnahmen des türkischen Außenministeriums bezüglich der türkischen Minderheit sind demnach auch so zu verstehen, dass Griechenlands *Ansehen* auf der internationalen Bühne – nicht nur in Minderheitenfragen – *leiden* sollte. Dies zeigt sich auch in den Phasen der Annäherung, die hin und wieder zwischen Ankara und Athen beobachtet wurden. So befanden sich Anfang und Ende der 1990er Jahre die Beziehungen zeitweise in einer positiven Atmosphäre. In diesen Zeiten meldete sich das türkische Außenministerium seltener bei Minderheitenfragen in Westthrakien zu Wort und die *Anliegen* der türkischen Minderheit wurden bei bilateralen Treffen von Ankara nicht *auf den Verhandlungstisch gebracht*. Wäre es der Türkei um die Verbesserung der *Lage der Minderheit* gegangen, hätte sie sich auch in friedvollen Tagen für sie *einsetzen* müssen. Doch der Abbau an Streitigkeiten mit dem Nachbarland gewinnt dann für Ankara größere Relevanz.

In Konfliktphasen kommt dann wieder eine konfrontativere Westthrakienpolitik Ankaras zum Vorschein. Doch gehen diese dann über die erwähnten kommunikativen Interventionen nicht hinaus. Die *Machtbasis* Ankaras und der Minderheit selber gegenüber Griechenland ist nicht groß genug, um damit andere Ziele einer *Instrumentalisierung*, wie bspw. die politische Destabilisierung zu erreichen. Würde es die Türkei auf die Spitze treiben, wären Übergriffe auf die Angehörigen der türkischen Minderheit in Griechenland nicht ausgeschlossen. Auf diese könnte die Türkei wiederum nicht reagieren. Ähnlich verhielt es sich in der Zeit der Beinahekriege. Auch hier wurde das Minderheitenthema nicht *hochgespielt*, sondern eher zurückgefahren. Ein Krieg verursacht nachhaltig *hohe Kosten* und kann von beiden Staaten nicht gewollt gewesen sein. Die Minderheitenfrage würde die Gemüter auf beiden Seiten noch mehr Erhitzen und einen militärischen „Vorfall“ wahrscheinlicher machen.

Dies ist auch der Grund, warum Staatspräsident Demirel immer wieder betonte, die Lage der türkischen Minderheit nicht zur *Innenpolitik* zu machen. Die jeweils *starke Opposition* gegenüber den labilen Regierungen *dramatisierte* die Situation der Westthrakientürken, um damit der Regierung die Handlungs- und somit Regierungsunfähigkeit zu bescheinigen. Doch der Umstand, dass das Militär größtenteils den außenpolitischen Kurs angab, konnte der oppositionelle Druck die jeweilige Regierung nicht zu einem Kräftevergleich mit Griechenland bezüglich der Minderheit bewegen. Dies war auch dem allgemein *bedrohlichen Umfeld* der Türkei geschuldet.

Für die Allgemeinhypothese bedeutet das, dass (außerhalb der Dialogphasen) die türkischen Entscheidungsträger durchaus aufgrund der vielen und bedrohlichen Konflikte mit Griechenland, aus Eigeninteressen eine intensivere auswärtige Minderheitenpolitik gegenüber Athen verfolgten, scheinbar die Minderheit sogar instrumentalisierten. Aber während der bedrohlichen Eskalationsphasen sollte Ankara aus wiederum machtpolitischen Gründen die Instrumentalisierung wieder zurückzufahren. Für diesen Zeitraum kann die Hypothese als verifiziert betrachtet werden.

7.2.5 Türkische Minderheitenpolitik in Bulgarien, Mazedonien und Jugoslawien (Kosovo)

Im August 1991 besuchte Peter Vodenski, bulgarischer Botschafter in Ankara, Ministerpräsident Yılmaz und machte auf die Fortschritte bei den Minderheitenrechten seit dem Rücktritt Schiwkows vor anderthalb Jahren aufmerksam. Vodenski zufolge, ging keine Gefahr von Bulgarien aus, so dass die großen türkischen Militäreinheiten an der bulgarischen Grenze überflüssig waren. Auch die Türkei vermeldete die Besserung der Lage für die Türken im Nachbarland. Yılmaz forderte jedoch von den bulgarischen Behörden den Betrieb der protürkischen Partei DPS freizugeben. Ein Verbot der DPS würde die Beziehungen beider Länder erneut belasten. Ein Gericht in Sofia entschied jedoch gegensätzlich, da nach der neuen bulgarischen Verfassung religiöse und ethnische Parteien nicht zugelassen waren. Das türkische Außenministerium kritisierte das Urteil und erwartete eine Revision. Im weiteren Verlauf konnte die DPS jedoch als legale politische Partei ihren Betrieb aufnehmen (Özlem 2016, S. 169-170).

Im November 1991 wurde Türkisch als Unterrichtsprache wiedereingeführt. Die Türkei lieferte daraufhin ca. 700.000 Schulbücher an die Schulen. Beim Nato-Gipfel einige Tage später in Brüssel lobte Außenminister Sefa Giray die Neuerungen und Sofia und betonte, dass die türkische Minderheit eine Brückenfunktion im weiteren Aufbau der guten Beziehungen einnehmen würde. Ein Jahr später beglückwünschte Ministerpräsident Demirel den bulgarischen Verteidigungsminister Dimitar Ludschew, für den erfolgreichen politischen Umbruch in Bulgarien, an der auch die Türken im Land partizipieren würden. In den Folgejahren kam bei gegenseitigen Treffen der außenpolitischen Entscheidungsträger beider Länder die Minderheitenfrage nicht auf die Tagesordnung. Auch den Prozess gegen den DPS-Präsidenten, Ahmet

Doğan, dem Separatismus vorgeworfen wurde, ließ Ankara unkommentiert. Erst als es 1995 zu einer Annäherung zwischen Athen und Sofia kam, missbilligte Außenminister Inönü nicht nur diesen Schritt, sondern mahnte seinen bulgarischen Amtskollegen, gut mit der türkischen Minderheit umzugehen. Auch Staatspräsident Demirel empfahl in einem anderen Kontext bei einer Ansprache im bulgarischen Parlament, die Rechte der Türken im Land zu wahren. Ohne Einhaltung der Grundrechte wäre sonst eine Mitgliedschaft Bulgariens in der EG nicht möglich (Özlem 2016, S. 170-177).

1998 besuchte der bulgarische Ministerpräsident Iwan Kostow zusammen mit seinem türkischen Amtskollegen Yılmaz die viele Balkantürken beherbergende Stadt Bursa in der Türkei. Kostow entschuldigte sich vor tausenden Zuhörern für die Assimilationskampagne während der Amtszeit Schiwkows. Yılmaz betonte anschließend, dass nun eine neue Ära eingeschlagen wäre und die Türkei und die Türken in Bulgarien nun die verantwortungsvolle Aufgabe hätten, der bulgarischen Regierung die Hand zu reichen und keinen Argwohn über deren Politik zu hegen. Nach den Wahlen im November 2001 wurde die DPS selbst Teil der Regierung. Ministerpräsident Ecevit gratulierte und wünschte sich die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beide Ländern (Özlem 2016, S. 181-185). Bei einer Konferenz in Sofia sprach Ecevit folgende Worte:

> „Der Balkan ist der Transitweg der Türkei in Richtung Westeuropa. Wie auch in Bulgarien leben in vielen Balkanstaaten türkischstämmige Menschen. … Unruhen in der Region … könnten viele Menschen zu einer Flucht in die Türkei bewegen, was viele Probleme mit sich bringen kann. Daher ist unser Interesse an der Region sehr groß“ (Özlem 2016, S. 185 [Übersetzung durch den Autor]).

Einer dieser Balkanstaaten war Mazedonien, welcher 1991 seine Unabhängigkeit erklärte. Zunächst war es die mazedonische Staatsführung und nicht die Türkei, die das Thema türkische Minderheit zur Sprache brachte. Der erste Staatspräsident der jungen Republik, Kiro Gligorov, sagte diesen im Schulwesen und in der politischen Partizipation Besserungen zu. Das Wahlgesetz würde reformiert werden, so dass der türkischstämmigen Bevölkerung im Land die parlamentarische Vertretung zugesichert werde. Kurz darauf wurde die pro-türkische Türkisch Demokratische Union (*Türk Demokratlar Birliği [TDB]*) gegründet und ins Außenministerium in Ankara geladen. Ministerpräsident Demirel ließ über Radio Skopje verkünden, dass die Türken in Mazedonien sich nicht allein gelassen fühlen dürfen. Doch Avni Engüllü,

Vorsitzender der TDB, beklagte das geringe Interesse der Türkei an der Minderheit. Ihm war bewusst, dass diese nur eine Teilmenge in der globalen Balkanpolitik Ankaras darstellten. Bereits Özal machte bei einem Besuch 1993 auf die Brückenfunktion der Minderheit aufmerksam, forderte von diesen aber auch den Zusammenhalt mit den Albanern. Diese standen zu dieser Zeit stärker im Fokus der Türkei, so dass sich Außenminister Hikmet Çetin eher für die albanische Minderheit einsetzte und mehr Rechte einforderte. Den Türken wurde aus Ankara eher die Rolle eines Bindeglieds zwischen den Ethnien zugeteilt. Demirel bezeichnete die TDB einfach nur als „nützlich“ für die Einheit Mazedoniens. Şule Kut (2005) zufolge, führten die Solidaritätsbekundungen aus der Türkei weder zu einer ökonomischen noch zu einer politischen Weiterentwicklung der türkischen Minderheit. Auch nach den Wahlen von 1998 waren weiterhin keine türkischstämmigen Abgeordneten im Parlament vertreten und eine Reform des Wahlrechts nicht in Sicht. Eine Intervention durch Ankara erfolgte dazu nicht. Anfang 2001 brodelte es zwischen der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung und der albanischen Minderheit. Außenminister Cem reiste nach Skopje und traf sich mit Vertretern beider türkischer Parteien und verlangte von diesen, sich für ihren Staat, gemeint war Mazedonien, einzusetzen (Özlem 2016, S. 243-259).

Als im März erste Gefechte die Stadt Tetovo mit ihrer großen türkischen Gemeinde erreichten, rief Staatspräsident Sezer seinen Amtskollegen an und teilte seine Sorgen bezüglich des Schutzes der Minderheit mit. Sezer bemerkte ferner, dass die türkischen Parteien bei der Lösungsgestaltung mitwirken sollten. Tatsächlich sollte es drei Monate später zu Übergriffen auf die türkische Minderheit durch Nordmazedonier in Bitola kommen. Abermals rief Sezer seinen Konterpart Trajkovski an und forderte ein Ende der Gewalt an der türkischstämmigen Bevölkerung. Ministerpräsident Ecevit trug den Sachverhalt zum Nato-Gipfel in Brüssel und bezeichnete die Angriffe auf die türkische Minderheit nicht nur als inakzeptabel, sondern warnte auch die mazedonische Regierung. Als sich im Juli die Gespräche von Ohrid abzeichneten, traf Cem in der mazedonischen Hauptstadt ein und traf sich mit der Staatsführung. Dabei machte er auf die Interessen der türkischen Minderheit aufmerksam und forderte die Beteiligung der türkischen Parteien am Friedensprozess. Der mazedonische Ministerpräsident Georgievski erwiderte, dass man auch an der Beteiligung der türkischen Minderheit interessiert sei, hierzu die Türkei jedoch selbst die Initiative ergreifen müsse, um die Einwilligung der EG und der USA einzuholen. Diese Initiative erfolgte nicht. Dennoch zeigte sich nach der Übereinkunft und dem Ende der Kampfhandlungen die Türkei zufrieden, erinnerte jedoch daran, den Schutz der türkischen Minderheit nicht außen vor zu lassen. Sezer ging noch einen

Schritt weiter und verlangte eine faire politische Beteiligung der Türken sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene ein (Özlem 2016, S. 263-268).

Von Anfang an machte sich die Türkei für die staatliche Integrität Jugoslawiens stark. Als auch der Kosovo Sezessionsabsichten verfolgte und hierzu um Beistand bei der Türkei suchte, wurde dies seitens Ankara abgelehnt. Zu dieser Zeit genoss die dortige türkische Minderheit einige Privilegien. Während Radio Pristina die Ausstrahlung albanischer Sendungen einstellte, wurden türkischsprachige Beiträge nicht nur im Radio fortgeführt, sondern auch deren Sendezeit im Staatsfernsehen erweitert. Auch entsendete die türkische Minderheit im Gegensatz zu den Albanern Abgeordnete nach Belgrad. Überdies gestattete Belgrad der Türkei zehntausende Schulbücher an die türkischen Schüler im Land zu verteilen. Die nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos ausgerufenen Wahlen wurden durch die türkischen Parteien boykottiert. Damit standen die politischen Führer der türkischen Minderheit in einer Linie mit Ankara. Dies erhöhte wiederum den Druck auf die Türken im Land, die jedoch nicht von serbischer, sondern von albanischer Seite hervorgerufen wurde. Die Türkei versuchte in ihrer Jugoslawienpolitik, die türkische Minderheit außen vor zu lassen, um diese nicht zwischen die Fronten zu treiben (Özlem 2016, S. 289-292).

Erst mit dem Kosovokrieg 1998 änderte Ankara seine Politik bezüglich der Unabhängigkeit Kosovos. Während den Kampfhandlungen forderte die türkische Regierung den Schutz der türkischen Bevölkerung. Außenminister Cem versicherte gegenüber dem türkischen Parlament, stets mit den dortigen Türken in Kontakt zu stehen und die Lage genau zu beobachten. Man sei nicht nur darum bemüht, für die Sicherheit der Türken, sondern auch für die der Albaner und der Serben zu sorgen. Die Türkei unternehme alles, damit sich die Situation nicht zu einem Flächenbrand ausweite. Cem forderte eine internationale Friedenstruppe, die mitunter auch den Schutz der türkischen Minderheit sicherstellen sollte. Als die Kämpfe kein Ende nahmen, unterstützte die Türkei die Nato-Luftschläge gegen Serbien und beteiligte sich an der KFOR-Friedensmission. Dabei marschierten die türkischen Truppen ohne Abstimmung mit den anderen NATO-Partnern von ihrem Stützpunkt in Dragas weiter nach Prizren, wo es unter Jubel tausender Kosovo-Türken empfangen wurde und einen weiteren Stützpunkt in der Residenz des osmanischen Sultans Murat errichtete. 1999 eröffnete Ankara überdies in Pristina ein Koordinationszentrum. Hier traf sich Cem mit dem Führer der paramilitärischen albanischen Nationalen Befreiungsarmee (*Ushtria Çlirimtare e Kosovës [UÇK]*) Hashim Thaçi und mahnte diesen, kooperativ mit der türkischen Minderheit umzugehen. Doch dazu kam es nicht. Wie

andere Minderheiten auch, wurde die türkische Minderheit politisch von der albanischen Mehrheitsbevölkerung isoliert. Mustafa Türkeş (2008) zufolge, bestimmten andere Mächte wie die EU und die USA das Geschehen in Kosovo, die der Situation der türkischen Minderheit keine besondere Beachtung schenkten (Özlem 2016, S. 293-301).

Bei einer eintägigen Reise in den Kosovo besuchte Staatspräsident Demirel Mamusha, die Stadt mit der größten türkischen Bevölkerung im Land. Demirel versprach, dass die Türkei immer für die Kosovo-Türken da sein werde. Doch nahm er auch die Minderheit in die Pflicht, gut mit den Serben und Albanern auszukommen. Ankara hätte die Notwendigkeit einer fairen politischen Beteiligung der türkischen Minderheit mehrfach ausgerufen und würde sich auch in Zukunft für die Rechte der Türken einsetzen. Demirel rief zur Einheit zwischen den türkischen Parteien auf. Nachdem jedoch die UN-Übergangsregierung in Kosovo (UNMIK) bei den Kommunalwahlen in 2000 die Wahlzettel nur in Serbisch und Albanisch bedruckte, boykottierten die türkischen Parteien abermals die Wahlen. Cem suchte daraufhin den UN-Sonderbeauftragten für Kosovo, Bernard Kouchner, auf, und reklamierte das Vorgehen. Kouchner versprach eine Regelung, Türkisch als Kommunalsprache auszuarbeiten. Tatsächlich wurde in Ortschaften mit bedeutender türkischer Bevölkerung die Nutzung des Türkischen als Arbeitssprache zugelassen, womit auch erstmalig bei den Wahlen 2001 die Wahlzettel auch in türkischer Sprache ausgegeben wurden. Das Außenministerium in Ankara zeigte sich erfreut darüber. Kouchner erteilte jedoch den Forderungen der türkischen Minderheit, Türkisch als dritte Amtssprache landesweit einzuführen, eine Absage (Özlem 2016, S. 301-302).

7.3 Türkische Minderheitenpolitik unter Erdoğan als Ministerpräsident (2003-2013) mit Schwerpunkt auf Mazedonien

7.3.1 Innen- und Außenpolitische Ausgangslage

Die mit der letzten, vergleichsweise etwas stabileren Koalitionsregierung 1999 begonnene Europäisierung der türkischen Außenpolitik, sollte mit dem Erdrutschsieg der AKP bei den Wahlen vom 3. November 2002 weiter Bestand haben. Diese Partei war erst im Vorjahr durch den „reformistischen Flügel“ der Tugendpartei (*Fazilet Partisi [FP]*) gegründet worden, nachdem diese als Nachfolgepartei der fundamentalistischen RP ebenfalls durch das türkische Verfassungsgericht verboten wurde. Die Reformisten wollten im Gegensatz zu dem „traditionalisti-

schen Flügel“ der Partei, die eher islamistische, immer wieder zum Verbot führende Grundhaltung in eine konservativ-demokratische Ausrichtung umformen. Anführer dieser im deutschen Sprachraum als „gemäßigte Islamisten“ bezeichneten Gruppe, war der unter der Erbakan-Regierung als Außenminister fungierende Abdullah Gül. Im weiteren Verlauf sollte sich mit dem populären und streitlustigen Recep Tayyip Erdoğan eine weitere Figur zu den Reformisten einreihen und dort die Führerschaft übernehmen. Trotz einem politischen Betätigungsverbot gelang es Erdoğan, sich bei dem Gründungskongress der AKP zum Parteivorsitzenden wählen zu lassen. Vorausgegangen zu dem Politikverbot war eine 10-monatige Haftstrafe, zu der Erdoğan 1999 noch im Amt des Istanbuler Oberbürgermeisters wegen Volksverhetzung verurteilt wurde.

Hatten die Wahlen von 1999 nahezu alle Parteien der labilen Koalitionsregierungen abgestraft, so wurden nun in 2002 zusätzlich die beiden Wahlsieger von damals durch das Wahlvolk aus dem Parlament gewählt. Lediglich Erdoğans AKP und Baykals CHP – bei den letzten Wahlen noch an der Sperrklausel gescheitert – schafften den Weg ins Parlament, wobei die AKP nicht nur die Alleinregierung, sondern beinahe auch die Zweidrittelmehrheit stellen konnte. Die anhaltende schwere Wirtschaftskrise, aber auch innerparteiliche und koalitionsinterne Streitigkeiten, hatten das Vertrauen an dem alternden Ministerpräsidenten Ecevit zerstört. Die zu seiner Regierungszeit mit Unterstützung der IWF (Internationaler Währungsfonds) eingeleiteten Wirtschaftsreformen zeigten bereits Wirkung, doch war es zu spät und die AKP war gleich in den ersten Wochen Nutznießer der Wirtschaftsreformen. Anteil daran hatte auch die liberale Presse, die anfangs abgeneigt gegenüber Erdoğan eine Aufbruchstimmung verkündete. Erdoğan hatte vor den Wahlen bei seinen Auslandsreisen in Amerika und Europa für seine gemäßigte, westlich-orientierte Politik geworben. Das Wahlergebnis hatte für stabile Verhältnisse gesorgt, die nicht nur weiterhin notwendige Reformen vorantreiben könnten, sondern auch das Ansehen des Landes auf dem Weltfinanzmarkt verbessern würden. Doch war es zunächst Abdullah Gül, der die erste AKP-Regierung bildete, da Erdoğan aufgrund seines Betätigungsverbots kein Abgeordneter sein durfte. Die AKP änderte jedoch kurzerhand die Gesetzeslage. Als dann wegen Wahlungereimtheiten Neuwahlen in einer Provinz notwendig wurden, war der Weg offen für Erdoğan. Dieser wurde zunächst ins Parlament gewählt und nach dem Rücktritt Güls zum neuen Ministerpräsidenten vereidigt.

Erdoğan, der anders als Ecevit, mit Argwohn vom Militär begleitet wurde, knüpfte an der Europäisierungspolitik seines Vorgängers an. Die belastete Wirtschaftslage und der Wunsch der

EU-Einbindung wirtschaftlicher Akteure erforderten diese Politik. Für Erdoğan stellte dies aber auch eine Gelegenheit dar, die ihm unliebsamen kemalistischen Eliten im Militär und in der Bürokratie zurückzudrängen. Das sicherheitspolitische Umfeld war weiterhin enthemmt, so dass der Generalstab unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen und klaren politischen Verhältnissen zurückhaltender agierte. Im August 2003 und im Januar 2004 wurden eine Reihe Änderungen beschlossen, die den MGK von einer pseudo-Regierung zu einem Beratungsgremium unter ziviler Führung umgestaltete. Somit war die „militärische Vormundschaft“, die seit den 60er Jahren über die Politik herrschte, institutionell beendet. Dennoch ließ es sich das Militär nicht nehmen, sich in strategisch-sicherheitspolitischen Sachverhalten zu äußern, vor allem dann, wenn eine andere Sichtweise als die der Regierung vertreten wurde, wie bspw. in der Zypernpolitik. 2007 sollten hunderte Angehörige der türkischen Streitkräfte, darunter einige ranghohe Generäle, verhaftet und vor Gericht gestellt werden. Vorgeworfen wurde den Militärangehörigen die Bildung einer Geheimorganisation unter dem Namen Ergenekon, die mit Hilfe von Geschäftsleuten, Juristen und Journalisten als „tiefer Staat“ versucht haben soll, die Regierung durch Terror und Desinformation zu stürzen. Mit dem Beginn der Verhaftungswelle sank die Popularität der Streitkräfte, dessen politischer Einfluss nahezu verstummte. Erst 2016 sollten die langjährigen Haftstrafen durch den Kassationshof aufgehoben werden. Heute wird mehrfach angenommen, dass die ursprünglich Verurteilten einer Verschwörung der Gülen-Bewegung zum Opfer gefallen sind, was jedoch von Erdoğan aus machtpolitischen Gründen zumindest geduldet wurde.

Mit dem Regierungsantritt der AKP wurden schrittweise die bürokratischen Eliten im Außenministerium, die zumeist auf einer Wellenlänge mit den Militärs waren, durch regierungsnahes oder zumindest regierungstreues Personal ersetzt. Das Ministerium erhielt mehr Gewicht bei außenpolitischen Entscheidungen, vor allem in den Phasen, in denen mit Abdullah Gül und später mit Ali Babacan namhafte Politiker an der Spitze standen. Allein der noch von der Vorregierung gewählte Staatspräsident Sezer war weiterhin als politischer Gegenpol zur AKP-Regierung zu sehen, dessen Macht aber parallel mit denen der bürokratischen Elite schwand. Mit der Wahl Abdullah Güls zum neuen Staatspräsidenten 2007, hatte die Partei auch dieses Amt besetzt. Gül betrieb in dieser Phase grundsätzlich eine harmonische Politik mit der Regierung. Das Parlament spielte in der außenpolitischen Richtung der Türkei ebenfalls eine untergeordnete Rolle. Die Opposition war zu schwach, die Abgeordneten der AKP fügten sich den Entscheidungen der Partei- bzw. Staatsführung. Von Anfang an war Recep Tayyip Erdoğan das Gesicht der türkischen Außenpolitik und zusammen und noch vor Au-

ßenminister Abdullah Gül der wichtigste individuelle Akteur. Erdoğan richtete mit seinem Beraterkreis die Außenpolitik des Landes aus und brachte sie unter einer starken Führung zur praktischen Anwendung. Bereits in der Anfangszeit wurde Ahmet Davutoğlu außenpolitischer Berater von Erdoğan und maßgeblich an der strategischen Ausrichtung der Außenpolitik beteiligt.

Die türkische Außenpolitik wurde aber in dieser Zeit transnationaler. Die TİKA, die in den 90er Jahren eher in Zentralasien operierte, leistete nun weltweit Entwicklungshilfe und wurde vom Außenministerium direkt dem Ministerpräsidenten untergeordnet. Andere staatliche oder staatsnahe Public Diplomacy Institutionen wie die YEE, die offiziell als Stiftung fungierte, entstanden in dieser Phase. Damit wurde Außenpolitik in Teilgebieten nicht nur durch das Außenministerium betrieben (Papuççular 2023, S. 308). Doch auch NGO's konnten sich in den ersten Jahren der AKP-Regierung politisch stärker entfalten. Besonders im Rahmen der EU-Beitrittsbemühungen sollten vor allem Wirtschaftsverbände, wie die Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute (*Türk Sanayicileri ve İş Adamları Derneği [TÜSİAD]*), die Vereinigung unabhängiger Industrieller und Geschäftsleute (*Müstakil Sanayici ve İş Adamları Derneği [MÜSİAD]*), der Verband der Kammern und Börsen der Türkei (*Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği [TOBB]*) und der Rat für Außenwirtschaftsbeziehungen (*Dış Ekonomik İlişkiler Kurulu [DEİK]*) die Regierung nicht nur unterstützen, sondern teilweise auch Reformen einfordern. So unternahm bspw. die TÜSİAD mehrere „Lobbytouren" durch die Hauptstädte Europas und warb für die Mitgliedschaft der Türkei. Das dabei die Vereinigung auch versicherte, dass Ankara die Kriterien für den Beitritt durch Reformen herbeiführen wird, zeugt davon, dass die Wirtschaftsverbände mehr als nur Beihilfe leisteten (Papuççular 2023, S. 346-347).

Bei der ersten außenpolitischen Bewährungsprobe war Erdoğan allerdings noch nicht als Ministerpräsident im Amt. Noch vor den Wahlen von 2002 unterrichtete die US-Regierung die Türkei, gegen den Irak vorgehen zu wollen und bat dazu Ankara um die Nutzung ihres Hoheitsgebiets. Die Entscheidung dazu musste vom neu zusammengesetzten Parlament erfolgen. Die türkische Öffentlichkeit fürchtete bei einem Krieg das gleiche Schicksal wie bereits im Golfkrieg zu erleben: milliardenschwere Wirtschaftseinbußen und ein Machtvakuum im Nordirak. Obwohl Erdoğan in der Rolle des Parteivorsitzenden Kompensationszahlungen sowie die Duldung eines eventuellen türkischen Einmarsches in den Nordirak mit den US-Verantwortlichen aushandelte, gab das Parlament dem öffentlichen Druck nach und stimmte

entgegen den Vorstellungen Erdoğans nicht für die Ermächtigung. Damit kühlten sich die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA ab, was im Eklat von Sulaimaniyya endete, in dem US-Militärs zehn türkische Soldaten verhafteten und dabei Jutesäcke über deren Köpfe zogen. Generalstabchef Hilmi Özkok bezeichnete dies als die größte Krise in den türkisch-amerikanischen Beziehungen. Das Nein zur USA hatte auch zur Folge, dass Washington mit den kurdischen Gruppen im Nordirak zusammenarbeitete, was das Unsicherheitsgefühl der Türkei wieder ansteigen ließ. Doch bevor daraus erneut eine Militarisierung der türkischen Außenpolitik entstand, wirkte Erdoğans Korrektiv ein und unterstützte Washington logistisch im Irak- und im Afghanistankrieg. Im Gegenzug sollte das US-Militär die türkische Armee im Kampf gegen die PKK nachrichtendienstlich unterstützen und auch ein Vorgehen im Nordirak zulassen (Balcı 2017, S. 293-296). Die USA war weiterhin die einzige Supermacht im internationalen System und es war kein Gegenspieler in Sicht, der in den nächsten Jahren diese Positionen streitig machen könnte. Bis zur Weltfinanzkrise 2007-2008 sprach vieles für einen Siegeszug der liberalen Weltordnung, in der Demokratie, Menschenrechte, freier und globaler Handel sowie internationale Zusammenarbeit als Schlagworte hervorragten (Papuççular 2023, S. 310-311).

Eine gezügelte Politik legte Ankara auch im Zypernkonflikt auf. Der UN-Generalsekretär hatte nach Verhandlungen in New York einen Friedensplan erarbeitet, der die Wiedervereinigung der Insel noch vor der aussichtsreichen Mitgliedschaft der Republik Zypern in die EU zum Ziel hatte. Geplant war eine Konföderation mit zwei Teilstaaten. Trotz Widerstand des nordzypriotischen Staatspräsidenten Denktaş und des türkischen Militärs stimmte die AKP-Regierung dem Plan zu. Erdoğan machte auch bei der Volksabstimmung in Nordzypern Werbung für die Wiedervereinigung, in der 65 % für den Annan-Plan stimmten. Die Wiedervereinigung scheiterte letztendlich an der Ablehnung im südlichen Teil der Insel. Infolgedessen wurde die Republik Zypern, geteilt, aber die gesamte Insel repräsentierend, im Mai 2004 Mitglied der EU. Damit wurde das Zypernproblem zu einer EU-Angelegenheit und Brüssel offizieller Verhandlungspartner. Mit Zypern gab es nun ein weiteres EU-Mitglied, welches einer türkischen Mitgliedschaft ohne Lösung des Zypernkonflikts nicht zustimmen würde. Dabei konnte jetzt Nikosia auch die Vorgaben einer für sie zufriedenstellenden Regelung setzen. Auf der anderen Seite galt die Türkei nicht mehr als Blockierer einer Wiedervereinigung der Insel und konnte erst einmal den Druck von sich nehmen. Zusätzlich konnte die Türkei nun demonstrieren, dass sie militärische und nationalistische Stimmen im Land, die Zypern als einen existenziellen Aspekt betrachteten, einzudämmen fähig ist. Ab 2008 änderte sich dieses Bild

jedoch wieder. Einerseits weigerte sich die Türkei, ihre Häfen trotz gemeinsamer Mitgliedschaft in der Zollunion für zypriotische Schiffe zu öffnen, andererseits wurden 2009 im Umfeld der Insel Erdgasvorkommen entdeckt, die erneut die geostrategische und zusätzlich eine geowirtschaftliche Bedeutung in den Blickpunkt setzten (Balcı 2017, S. 297-299).

In den ersten Jahren verfolgte die AKP eine noch stärkere EU-Beitrittspolitik als die Koalitionsregierungen davor. Innerhalb von zwei Jahren wurden zwecks EU-Konformität zwei Verfassungsänderungen und fünf verschiedene Gesetzespakete verabschiedet. Bei der Tagung des Europäischen Rates am 17. Dezember 2004 votierten alle 25 Mitglieder für den Beginn der Beitragsverhandlungen. Diese sollten allerdings erst im Herbst 2005 beginnen und ergebnisoffen sein. Dennoch wurde die Entscheidung des Rates in der Öffentlichkeit und in den Medien umjubelt. Neben der NATO sollte das Land jetzt in die Strukturen eines weiteren westlichen Bundes, wenn auch nur teilweise, eingebunden werden. Dies würde einen politischen, ökonomischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Neubeginn mit sich ziehen, in der die kemalistischen Eliten weiter an Boden verlieren und konservative Kräfte ihre derzeitige Macht konsolidieren würden. Erdoğan nutze die Gunst der Stunde und verdrängte tatsächlich in den Jahren danach das Militär und die Bürokratie als entscheidungsrelevante Akteure. Ab 2007 verblasten daher auch die Beitrittsbemühungen der Türkei immer mehr. Die AKP hatte bei den Parlamentswahlen 2007 ein Plus von 12 Prozent geholt und blieb unangefochten in der Alleinregierung. Neben der Tatsache, dass Länder wie Frankreich, Zypern und Griechenland durch wiederholte Blockaden den Beitritt aussichtlos erscheinen ließen, war die AKP nicht mehr auf die EU angewiesen, ihre Machtbasis auszubauen.

Noch vor den Parlamentswahlen in 2007 endete die reguläre Amtszeit von Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer. Der Kandidat der AKP wurde die Parteigröße Abdullah Gül. Gül galt für viele säkulare Kräfte als zu streng konservativ und damit als ungeeignet für die Repräsentation von Volk und Staat, zumal seine Frau ein Kopftuch trug, was der laizistischen Auslegung der Republik zuwiderlaufen würde. Die Regierungspartei hielt jedoch an der Kandidatur fest und wählte Gül im April 2007 zum Staatspräsidenten. Unmittelbar danach trug die CHP die Wahl zum Verfassungsgericht mit der Begründung, dass nicht 2/3 der gewählten Abgeordneten der Wahl beiwohnten. Die CHP hatte die Wahl boykottiert. Noch am gleichen Abend veröffentlichte der Generalstab ein Memorandum und monierte, dass der Laizismus im Zuge der Staatspräsidentschaftswahl in Frage gestellt wurde. Das Militär bezeichnete sich als Hüterin des Laizismus und mahnte, ihre Haltung bedenkenlos bei Bedarf zur Schau zu stellen. Dies

war als eine Drohung für einen Militärputsch zu deuten. Doch Erdoğan ließ sich davon nicht beirren, verkündete über seinen Regierungssprecher, dass der Generalstab ihm unterstellt sei und dass jedes antidemokratische Verhalten das Image und somit die Wettbewerbsfähigkeit der Türkei nachhaltig schädigen würde. Das Verfassungsgericht erklärte drei Tage später die Wahl von Gül als nichtig. Daraufhin rief die AKP Neuwahlen aus. Gleichzeitig änderte sie die Verfassung und hob die 2/3 Anwesenheitspflicht auf. Außerdem sollte der Staatspräsident künftig direkt vom Volk mit der Möglichkeit zur Wiederwahl gewählt werden. Doch Sezer, der noch geschäftsführend im Amt war, unterzeichnete die Verfassungsänderung nicht, so dass ein Volksentscheid notwendig wurde. Vorher fanden aber die Parlamentswahlen statt. Das Wahlvolk strafte die CHP ab und puschte die AKP in die Nähe der 50-Prozent-Marke. Allerdings wurde die Zweidrittelmehrheit verfehlt, weil neben der CHP auch die MHP in das Parlament einziehen konnte. Die MHP erklärte an der Staatspräsidentschaftswahl teilzunehmen, somit wurde Abdullah Gül letztendlich zum Staatspräsidenten gewählt. Somit hatte sich Gül aus der Tagespolitik manövriert und Erdoğan war der einzig verbliebene starke Mann in der AKP. Im weiteren Verlauf sollten Gül und andere langjährige Weggefährten wie Bülent Arınç durch Erdoğan politisch isoliert werden.

Das Verdrängen der kemalistischen Eliten führte auch rhetorisch zu einer neuen Außenpolitik. Die Türkei sollte nicht als strikt säkularer und zentralorganisierter Nationalstaat in Erscheinung treten, sondern stärker den islamischen Hintergrund und das osmanische Erbe hervorheben. So sollte Ankara einfacher im Nahen Osten und im Balkan Fuß fassen können. Durch proaktive Außenpolitik in der Peripherie mittels Soft Power, sollte den Status des Landes über den einer Regionalmacht stellen. Dies sollte sicherheitspolitisch die Türkei vor neuen Gefahren schützen. So behauptete Davutoğlu in einer Rede, dass die Verteidigung Istanbuls an der Adria und in Sarajewo beginne und die der Osttürkei im Kaukasus und in Jerusalem. Andererseits sollte dies die Türkei zu einem Handelsstaat katapultieren, dessen Grundlagen bereits in den 80er Jahren gelegt wurden, aber nach der Unterbrechung in der 1990ern nun wieder florieren konnte (Papuççular 2023, S. 329-347).

Das starke Wachstum der türkischen Wirtschaft in den 2000er Jahren, ließ auch den Energiebedarf stetig steigen. Die Energieaußenpolitik wurde zu einem der wichtigsten Politikfelder der Außenpolitik. Die AKP wollte die Türkei als Energiedrehscheibe etablieren, dadurch sichere und günstige Energievorkommen aus Russland, dem Kaukasus, Iran sowie den Golfstaaten ins Land holen, den eigenen Energiebedarf damit decken und den Überschuss

nach Europa transportieren. Ankara setzte daher auf gute Zusammenarbeit mit Russland und dem Iran. Mit dem Angriff Russlands auf Georgien im August 2008 war abermals ein Nachbarland in einen Krieg verwickelt. Anders als in den beiden Jahrzehnten davor, wurde daraus kein sicherheitspolitischer Alarm geschlagen. Zwar mahnte Ankara die territoriale Integrität Georgiens zu gewährleisten, ging jedoch nicht auf Konfrontation mit Russland. Im Gegenteil stellte sich Ankara als Vermittler zur Verfügung und initiierte eine Plattform zwischen Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Russland und der Türkei. Hauptziel der Plattform, war die Energiesicherheit zu gewährleisten (Balcı 2017, S. 303-305).

Neben dem Iran verbesserten sich die Beziehungen zu Syrien deutlich. Nachdem bereits sicherheitspolitische Konflikte gelöst wurden, konnte nun die wirtschaftliche Zusammenarbeit vorangetrieben werden, so dass über ein Freihandelsabkommen alle Zölle zwischen beiden Staaten aufgehoben wurden. Das Handelsvolumen zu allen Staaten des Nahen Ostens stieg von 6,6 Mrd. $ im Jahr 2002 auf 43 Mrd. $ in 2008. Ferner versuchte Ankara, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Asien, Afrika und zu Lateinamerika weiter zu verstärken, die bereits von der Vorgängerregierung in Angriff genommen wurden. Davutoğlu sprach von einem „Afroeurasien“ in der die Türkei wirken sollte. Mit Südamerika verdreifachte sich innerhalb kürzester Zeit nicht nur das Handelsvolumen, sondern Ankara ging mit Brasilien eine strategische Partnerschaft ein. Beide Länder beabsichtigten, mehr weltpolitisches Gewicht zu erlangen. Daher stellten sich beide Länder für eine gemeinsame Vermittlungsrolle im Atomstreit mit dem Iran zur Verfügung (Balcı 2017, S. 305-312). Die Türkei trug die Früchte ihrer Null-Probleme-Politik in ihrer Peripherie. Doch nicht nur der Außenhandel, sondern auch eine auf Stabilität setzende Haushaltpolitik ließ die türkische Wirtschaftskraft weiter steigen. Ob Leitzinsrate, Verschuldungsquote, Auslandsinvestitionen, Inflationsrate oder Leistungsbilanz. In allen volkswirtschaftlichen Kenngrößen zeigten die ersten AKP-Jahre eine eindeutige Besserung an. Zwischen 2003 und 2007 lag die durchschnittliche Wachstumsrate bei 6,7 %. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verdoppelte sich in diesem Zeitraum (Gürsel 2013, S. 56-58). Die Türkei entledigte sich ihrem Image als ärmliches Agrarland, nun war von einem Wirtschaftswunder Türkei die Rede.

Doch lange sollte das Glück nicht halten. Mit der Wahl Güls zum Staatspräsidenten wurde die Stelle des Außenministers vakant. Erdoğan, der sich größtenteils im innerpolitischen Machtkampf mit den Militärs und anderen säkularen Kräften engagierte, besetzte diese mit seinem außenpolitischen Berater. So fußte ohnehin die Außenpolitikstrategie der AKP-Regierung

überwiegend auf den Konzepten Davutoğlus. Dieser hatte nun die Gelegenheit, seine Theorie in der Praxis zu testen. Doch ausgerechnet kurz nach seinem Amtsantritt, schien sein Modell nicht aufzugehen. Annäherungsversuche mit Armenien scheiterten kläglich an den Genozid-Diskussionen. Überdies verärgerten mögliche Grenzöffnungen und Handelspartnerschaften mit Jerewan dessen Erzrivalen Aserbaidschan, welches eine Anpassung der günstigen Erdölpreise für Ankara in den Raum warf. Außerdem verschlechterten sich die Beziehungen zu Israel enorm, nachdem es zuerst zwischen Erdoğan und dem israelischen Präsidenten Schimon Peres zu einem Wortgefecht in Davos kam und ein Jahr später in 2010 ein mit Hilfsgütern für Gaza beladenes Passagierschiff durch israelische Soldaten gestürmt und neun türkische Staatsbürger getötet wurden. Mit dem Iran kam es zwei Jahre später zu einem Bruch, nachdem die Türkei grünes Licht für den Aufbau einer NATO-Radarstation in Ostanatolien gab. Teheran sah die Station als gegen sich gerichtet und warnte, bei einem Angriff auf den Iran die Radarstation als erstes Ziel zu zerstören (Balcı 2017, S. 328-336).

Ab 2007 begann die PKK wieder verstärkt mit Angriffen auf türkische Militärbastionen. Die Zurückdrängung des Militärs als außenpolitischer Entscheidungsträger, brachte neue Möglichkeiten, gegen die Terrororganisation vorzugehen. Die AKP ging dazu auf die kurdische Autonomieregierung zu. Ziel sollte nicht nur die gemeinsame Bekämpfung der PKK sein, sondern auch neue Geschäftsbeziehungen sowie eine Senke für die nordirakischen Erdölfelder geschaffen werden. In der Hard Power-Außenpolitik der 1990er Jahre wäre eine gute Zusammenarbeit mit kurdischen Gruppen im Nordirak noch undenkbar. Dies käme aus Sicht der Militärs einer Anerkennung „Süd-Kurdistans“ gleich. Und wenn es ein Süd-Kurdistan gibt, dann müsste es auch ein Nord-Kurdistan geben, welches dann nur noch als der Südosten der Türkei zu interpretieren wäre. Die Annäherung mit der kurdischen Autonomiebehörde hatte jedoch zu Missmut mit der irakischen Zentralregierung geführt, die im Erstarken der Kurden eine größere Sezessionsgefahr wahrnahmen (Balcı 2017, S. 325-326). Unbeirrt davon sollte Ankara weiterhin auf gute Zusammenarbeit mit den Kurden im Irak setzen. Die guten Resultate aus dieser Zusammenarbeit mündeten in einem kurdisch-türkischen Versöhnungsprojekt im Inland. Nachdem bereits ab Januar 2009 mit TRT-6 ein öffentlicher Sender in kurdischer Sprache die Ausstrahlung begann, stellte die AKP das „Nationale Einheits- und Brüderlichkeitsprojekt“ vor, welches kurz als „kurdische Öffnung“ bezeichnet wurde. Demnach sollte die PKK die Waffen niederlegen und im Gegenzug die vollständigen kulturellen und demokratischen Rechte der Kurden gesetzlich, institutionell und gesellschaftlich sichergestellt werden. Als eine Gruppe von augenscheinlich ehemaligen PKK-Kämpfern die Rückkehr ins Land in

Siegesposen feierten und dabei von einer Menschenmenge bejubelt wurden, erreichte der Widerstand gegen das Projekt seinen Höhenpunkt. Nationalistische aber auch konservative Kreise gehörten u.a. zur Wählerbasis der AKP, sodass die „kurdische Öffnung“ nicht länger für die AKP tragbar war. Ende 2009 verbot das Verfassungsgericht die größte pro-kurdische Partei im Land. Dabei war die AKP 2008 selbst nur knapp einem Verbot entkommen. Das Verbotsverfahren gegen die AKP wurde aufgrund von antilaizistischen Tendenzen der Partei eröffnet. Die Mehrheit der Richter stimmte für einen Verbot der Partei, doch konnte das notwendige Quorum nicht aufgebracht werden.

Die Judikative war weitgehend in der Hand kemalistischer Eliten, da viele Richter der obersten Gerichte auf Lebenszeit bestimmt wurden. Daher startete Erdoğan in 2010 eine umfangreiche Justizreform, die die Macht der Judikative insgesamt beschränkte bzw. Kontrollorgane wie den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte nahezu gleichschaltete. Dies gelang durch die Aufstockung der Mitglieder, die mehrheitlich durch Ministerpräsident, Staatspräsident und Parlament ernannt wurden – allesamt beherrscht durch die AKP. Damit war auch die letzte Bastion des Kemalismus gefallen. Die Verfassungsänderung wurde per Volksentscheid mit einer Zustimmung von 57 % von der breiten Öffentlichkeit getragen. Die Ausschaltung des Militärs aus dem Tagesgeschäft und die weitgehende Eliminierung von säkularen und kemalistischen Kräften in der Judikative wurden demnach durch eine allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz gestützt. Kein Jahr später holte die AKP bei den Parlamentswahlen nahezu ein Rekordergebnis von 49,8 %. Offensichtlich hatten die Wähler Erdoğan auch nicht das gescheiterte kurdisch-türkische Versöhnungsprojekt übel genommen, so dass Erdoğan im gleichen Jahr die zweite Runde der kurdischen Öffnung einläutete, die jedoch nach holprigem Start erst ab 2013 wieder Fahrt aufnehmen sollte.

In der Zwischenzeit verschlechterte sich das sicherheitspolitische Umfeld der Türkei. In zahlreichen Staaten hatte der Arabische Frühling begonnen, den die Türkei gemischt auffasste. Einerseits wollte man die in den letzten Jahren aufgebauten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen nicht riskieren, anderseits bekam die Türkei die Möglichkeit, ohne den Umweg autoritärer Herrscher, direkt die arabischen Völker anzusprechen und daraus über die demokratische Modellwirkung des Landes eine Führerschaft in der Region zu übernehmen. Daher sprach sich die Türkei für eine Politik aus, in der die Machthaber für demokratische Reformen überzeugt werden sollten. Als der syrische Staatspräsident Baschar al-Assad jegliche Öffnung des Landes ablehnte, ging Ankara eine andere Strategie ein und unterstützte die Opposition.

Kurz nach dem Bruch aller diplomatischen Beziehungen kam es zu einem Abschuss eines türkischen Kampfflugzeugs im Mittelmeer und zu Raketeneinschlägen auf türkischem Gebiet nahe der Grenze mit mehreren Todesopfern. Daraufhin drohte Ankara zwar mit einem militärischen Gegenschlag, versuchte aber die Unsicherheitslage mit Hilfe der NATO zu lösen. Der Bürgerkrieg in Syrien hatte für die Türkei einige schwerwiegende Folgen. Zum einen entstand in Nordostsyrien ein Machtvakuum, das vom syrischen Ableger der PKK gefüllt wurde. Ab 2012 intensivierten sich die Angriffe der PKK in der Türkei. Aufgrund des Syrienproblems verschlechterten sich die Beziehungen zu Russland. Der Krieg führte auch zu einem Gewinneinbruch im Nahostgeschäft der Türkei, zudem belasteten Flüchtlinge die wirtschaftliche Situation noch weiter. Andererseits nutzte aber Erdoğan den Umsturz in Ägypten und den Umsturzversuch in Syrien für seine Machtakkumulation im Inneren, in der er Parallelen zog zwischen dem dortigen Regime und der Vormundschaft des Militärs und den bürokratischen Eliten in der „alten Türkei“. Für ihn waren die kemalistischen Kräfte im Land genauso illegal wie al-Assad oder Hosni Mubarak auch. So konnte Davutoğlu ab 2012 seine außenpolitische Haltung immer öfter vorbringen. Die Türkei entwickelte sich mit der Unterstützung des Arabischen Frühlings von einem Soft Power-dominierten Null-Probleme-Land zu einem gestalterischen, zentralen Machtpol, in der immer mehr Hard Power-Instrumente zum Vorschein traten (Balcı 2017, S. 337-340).

7.3.2 Kurzresümee

Der erdrutschartige Wahlsieg der AKP in 2002 beendete nicht nur die lange, zumeist instabile Phase der Koalitionsregierungen, sondern sorgte sukzessive innenpolitisch über alle Gewalten für eine Machtverschiebung. Das Militär wurde nach und nach aus dem Tagesgeschäft gedrängt, die bürokratischen Eliten im Außenministerium stummgeschaltet. Dafür gewannen NGO’s, allen voran Industriellenverbände, mehr Einfluss in der Gestaltung der Außenpolitik. Dies verschob das außenpolitische Paradigma von einer kemalistisch geprägten, sicherheitspolitisch dominierten, eher defensiven und reaktiven Politik, zu einem aktiven, regional und teilweise global wirkenden Soft Power-Ansatz. Um die Türkei herum sollte ein stabiler, harmonischer „Friedensgürtel“ gebildet werden, in der Konflikte mit den Nachbarn keinen Platz haben sollten. Dies sollte nicht nur die türkische Außenpolitik entmilitarisieren, sondern auch neue Räume für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Peripherie schaffen. Tatsächlich stieg der Anteil des Handelsvolumens mit den Nachbarländern gegenüber dem Gesamthan-

delsvolumen von ca. 15 % in 2002 auf 30 % in 2008. Viele Kennzahlen bewiesen eine stärkere Wirtschaftsleistung der Türkei, die zu einer merklichen Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Bevölkerung führten. Damit stieg auch die Akzeptanz der islamisch geprägten AKP beim Wahlvolk und Erdoğan etablierte sich mehr und mehr zu einer unangefochtenen Führungspersönlichkeit.

Diese ersten Jahre der AKP wurden begleitet durch eine bis auf den Irakkrieg eher friedvolle regionale und globale Struktur des internationalen Systems, in der liberale Ansätze zu dominieren schienen. Aufgrund ihrer geopolitischen Lage und weiterer Anhaltspunkte erhoffte sich Ankara dadurch mehr internationales Gewicht und hegte großmachtpolitische Ambitionen. Ein Standbein dieser Bestrebung sollte der Aufbau von kulturpolitischen Elementen in der Außenpolitik sein. Zum Ende der 2000er Jahre kam die Null-Probleme-Politik ins Wanken. Krisen mit Israel und Armenien machten den Anfang, während der Arabische Frühling bzw. der syrische Bürgerkrieg wieder die sicherheitspolitischen Altlasten zum Auferstehen brachte. Auch innerhalb des Landes kam es im Kampf gegen die wiedererstarkte PKK zu kriegsähnlichen Kampfhandlungen. Die in den Jahren zuvor sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus innenpolitischen Motivationen vorangetriebene EU-Beitrittspolitik stockte ebenfalls und Erdoğans Machtpoker mit den säkularen-kemalistischen Eliten lähmte die Weiterentwicklung des Landes. Die Weltwirtschaftskrise sollte auch an der Türkei nicht spurlos vorbeigehen. Dennoch ließ sich Ankara nicht von ihrer Großmachtpolitik abbringen. Die Türkei sah sich zunehmend als der zentraler Staat „Afroeurasiens“ an, in der sie für sich gestalterische Kompetenzen beanspruchte und eine Führungsrolle in der Förderung der politischen und wirtschaftlichen Gesamtintegration dieser weitgestreckten Peripherie reklamierte. Der Balkanraum, als wichtigste Nachbarregion, sollte das Gebiet werden, in der der „Zentralstaat-Ansatz“ am umfangreichsten ausgetestet werden sollte.

Ein geographisch zentraler Staat innerhalb des Balkans ist Nordmazedonien, in dem es 2001 zu einem gewaltsamen ethnischen Konflikt zwischen Mazedoniern und der albanischen Minderheit kam. Während der fast ein Jahr lang dauernden Kämpfe kamen über 100 Menschen um, darunter auch zahlreiche Zivilisten. Das Land drohte in einen Bürgerkrieg zwischen der paramilitärischen National Liberation Army (einer Splittergruppe der UÇK) und den mazedonischen Sicherheitskräften zu verfallen, in dessen Folge der Staat Mazedonien hätte aufgelöst werden können. Auf Druck der USA und der EU kamen die größten vier Parteien des Landes als Vertreter der albanischen Minderheits- und mazedonischen Mehrheitsbevölkerung zur

Konfliktlösung zusammen. Es folgte das Rahmenabkommen von Ohrid. Demnach wurde Albanisch die zweite Amtssprache des Landes und der albanischen Minderheit wurden mehr politische Rechte zugesichert. Der türkischen Minderheit – die sich an den Kampfhandlungen nicht beteiligte – wurden indes keine besonderen Privilegien gewährt. Im Gegenteil, die Hürden für eine Minderheitensprache als kommunale Amtssprache zur Geltung zu kommen, wurden aus Sicht der Türken in Mazedonien verschärft. Beobachtern zufolge, hatte damit das Türkische einen geringeren offiziellen Stellenwert als zu Zeiten Jugoslawiens. Kurze Zeit später kam die AKP in der Türkei an die Macht.

Bezogen auf das Grundmodell bedeutet das, dass die *internationale Bedrohungslage* der Türkei vergleichsweise *nicht sehr groß* war und *innenpolitisch* eine deutliche *Stabilisierung* erreicht werden konnte, auch wenn weiterhin Machtkämpfe zu verzeichnen waren. *Machtpolitisch* hatte die Türkei ein *Übergewicht* gegenüber Nordmazedonien (mit dem sie *keinerlei* bedeutende *Konflikte* hatte) und wollte ihren Einfluss allgemein auf dem Balkan ausbauen. Die *Lage der dortigen Minderheit* war generell *gut*, aber auch ausbaufähig. Wie würde die neue Regierung demnach ihre Minderheitenpolitik in Mazedonien gestalten?

7.3.3 Türkische Minderheitenpolitik in Mazedonien

In den ersten beiden Jahren der AKP-Regierung war noch keine prioritäre Ausrichtung der türkischen Außenpolitik im Balkanraum und somit in Mazedonien sichtbar. Erst 2003 kam mit dem Besuch von Staatspräsident Sezer die türkische Minderheit in den Blickpunkt. Sezer sagte, dass die türkischstämmigen Staatsbürger Mazedoniens das kräftigste Element in der Freundschaft beider Länder seien. Die türkische Minderheit in Mazedonien in Wohlfahrt und Wohlstand zu sehen, wäre belangvoll für die Beziehungen beider Staaten. Ob Sezer zunächst bewusst von „türkischstämmigen Staatsbürgern Mazedoniens“ sprach und nicht einfach den auch von offizieller Seite oft verwendeten Begriff „Türken“ nutzte, bleibt unklar. Die Art der Artikulation lässt aber diesen Verdacht zu, was bedeuten würde, dass der Staatspräsident bewusst keinen Eindruck einer Vereinnahmung der türkischen Minderheit durch die Türkei entstehen lassen wollte. Der Besuch der zur osmanischen Zeit gebauten Mustafa-Pascha-Moschee, des türkischen Viertels und des von Atatürk besuchten Gymnasiums in Skopje durch Sezer und seinen Amtskollegen Boris Trajkovski, zeigen jedoch die Relevanz der türkischen Minderheit als Bindeglied für das gute Verhältnis beider Länder (Özlem 2016, S. 270-

271).

Die Türkei war der erste Staat, die das Land unter dem anfänglichen und umstrittenen Namen in seiner Verfassung „Republik Makedonien“ anerkannte. Ferner war die Türkei das erste Land, welches einen Botschafter nach Skopje entsandte. Die nahezu bedingungslose Unterstützung Mazedoniens war ein Resultat der türkisch-griechischen Rivalität auf dem Balkan. Griechenland protestierte vehement gegen den Namen des jungen Staates, da dieser auch die nördlichen Provinzen Griechenlands bezeichnete. Auf Athens Embargo antwortete die Türkei mit humanitärer Hilfe und errichtete eine „Luftbrücke“. Ankara setzte sich auch in den nachfolgenden Jahren für eine Einbindung Mazedoniens in die euro-atlantischen Strukturen ein, forderte die UN sowie die NATO auf, das Schicksal des Landes nicht von dem Namensstreit mit Griechenland abhängig zu machen. Bis zuletzt bot die Türkei Skopje an, Drittstaaten davon zu überzeugen, das Land als Republik Makedonien anzuerkennen. Außerdem war die Türkei bereit, in allen Staaten, in denen Mazedonien keine Botschaft betrieb, diplomatisch und konsularisch zu vertreten. Über die Jahre entwickelten sich die guten Beziehungen immer weiter, was auch formal über bilaterale Verträge zum Ausdruck kam. Dabei kam es nahezu in allen Politikfeldern zu einer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Auch militärisch unterstützte Ankara Mazedonien, sowohl finanziell als auch materiell (Babalı 2012, S. 27-32). Die Türkei bildet zudem mazedonische Offiziere in ihren Militärschulen aus und hielt bereits mit Skopje zusammen mehrere Militärmanöver ab (Yiğit 2023, S. 2877).

Die Staatsführungen beider Länder betonten auch in nachfolgenden Gesprächen und Besuchen immer wieder die Bedeutsamkeit der in Mazedonien lebenden Türken. Gleichzeitig versuchten beide Staaten, ihre kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit noch weiter auszubauen. Dennoch dauerte es bis zum März 2005, bis Erdoğan mit dem Ministerpräsidenten Mazedoniens, Vlado Bučkovski, das nötige Protokoll für eine Entwicklungszusammenarbeit unterschrieb. Nun konnte die TİKA – vor allem im kulturellen Bereich – in dem Balkanland aktiv werden. Beim Empfang des mazedonischen Staatspräsidenten Branko Crvenkovski 2006 in Ankara, ging Sezer stärker ins Detail. Die Restauration osmanischer Denkmäler in Mazedonien, Zeugen einer gemeinsamen Vergangenheit, hätten großen Stellenwert für die Türkei. Sezer zeigte sich erfreut über die weiter steigende Geschäftstätigkeit türkischer Firmen in dem Land und betonte, dass die türkische Minderheit in Mazedonien eine Brücke zwischen beiden Ländern darstellen würde und Ankara deren Anteil in der Gesamtentwicklung des mazedonischen Staates mit Stolz beobachten würde (Özlem 2016, S. 271-272).

Tatsächlich kam es über die Jahre zu einem stetigen Zuwachs, sowohl im Handelsvolumen zwischen beiden Staaten als auch an Direktinvestitionen türkischer Firmen. Während zwischen den Jahren 1995 (127 M$) bis 2002 (115 M$) das Handelsvolumen stetig abnahm, kam es mit Beginn der AKP-Regierung zu einem schrittweisen Anstieg (vgl. Dervişi 2005). 2009 betrug das Handelsvolumen bereits 323 Millionen Dollar (BTSO o. J.). Neben den wichtigsten Flughäfen betreiben türkische Unternehmen auch Fabriken und Energieanlagen. Beobachtern zufolge kann die türkische Minderheit nur wenig von der türkischen Geschäftstüchtigkeit profitieren. Türkische Firmen würden entweder mit mazedonischen oder albanischen Firmen zusammenarbeiten, die eine Beschäftigung ihrer eigenen Volksgruppen bevorzugen würden. Auch kommunale Behörden würden im Genehmigungsverfahren den Firmen aus der Türkei die vorwiegende Erwerbstätigkeit der örtlichen Mehrheitsbevölkerung vorschreiben. In einer Umfrage wünschten sich viele Teilnehmer mit türkischem Hintergrund, dass die Türkei hierbei eingreift oder das türkische Firmen sich in Ortschaften mit großer türkischer Bevölkerung ansiedeln. Ein Teilnehmer berichtete der Studie nach, dass er den türkischen Botschafter damit konfrontiert hätte, warum die Türkei mehr für die Nordmazedonier und Albaner tue als für die Türken im Land. Dieser hätte geantwortet, dass dies eine langfristige und strategische Staatspolitik sei (Öztürk 2021, S. 153-156). Auch im öffentlichen Dienst sind Angehörige der türkischen Minderheit, bezogen auf den Bevölkerungsanteil, unterrepräsentiert. Auch hierzu wird berichtet, dass die mazedonische Mehrheitsbevölkerung und die größere albanische Minderheitsbevölkerung bevorzugt wird (Purde 2016, S. 18).

Im Juni 2006 besuchte Erdoğan Mazedonien. Den zweiten Tag seiner Reise widmete der Ministerpräsident den Türken im Land. Neben der Hauptstadt Skopje machte Erdoğan auch Station in Gostivar, die mit 12 % vergleichsweise einen hohen Türkenanteil vorweisen kann. Erdoğan wurde von diesen unter schwenkenden türkischen Fahnen und Sprechchören feierlich empfangen. Neben der größten pro-türkischen Partei TDP und türkischen Vereinen besuchte der Ministerpräsident auch die dortige Mustafa-Kemal-Atatürk-Grundschule, deren Schüler Erdoğan so viel Herz entgegenbrachten, dass dieser unter Tränen die stetige Unterstützung seines Landes bekräftigte. Ähnliche Worte fand auch Außenminister Gül bei seinem Besuch im März 2007. Abdullah Gül erkundigte sich über die allgemeine Situation der türkischen Schüler und des Türkischunterrichts. Der Außenminister brachte die Wichtigkeit der Minderheit für den starken Zusammenhalt Mazedoniens und der Türkei zum Ausdruck und sicherte der türkischen Bevölkerung Hilfe in der Schulerziehung zu (Özlem 2016, S. 272-

273).

In der Tat nahm die Förderung des Schulwesens zu dieser Zeit eine wichtige Rolle in der Außenkulturpolitik und in der Minderheitenpolitik der Türkei in Mazedonien ein. Über die TİKA wurden Lehrmaterialien bereitgestellt, Schulen gebaut oder renoviert, Lehrkräfte weitergebildet und Stipendien vergeben. Gab es zwischen 1945 und 1999 insgesamt 55 türkischsprachige Grundschulen auf dem Staatsgebiet von Mazedonien, so waren es 2006 bereits 61. Die Zahl an weiterführenden Schulen stieg ab 1999 von zwei auf acht (Oruç 2011, S. 219-220). Zwar richteten sich die Hilfen oft an die türkische Minderheit im Land, doch wurden alle Nationalitäten berücksichtigt. Trotz intensiver Bemühungen der Türkei, die Schulbildung ihrer ethnischen Angehörigen zu verbessern, gibt es elementare Schwierigkeiten, die auch durch eine Unterstützung Ankaras fortbestehen werden. So ist die türkische Bevölkerung in Mazedonien eher zerstreut verteilt. In vielen Orten finden sich lediglich eine Handvoll Schulkinder wieder, so dass sich keine Türkischklasse bilden kann. Gleiches gilt für die Dörfer mit mehrheitlicher oder ausschließlicher türkischer Bevölkerung. Hier gibt es oftmals grundsätzlich zu wenige Kinder, um annähernd eine Schulklasse zu füllen. Daher pendeln die Schüler – ähnlich wie in den ländlichen Gebieten der Türkei – zum nächstgrößeren Ort. Die Aktivitäten der Türkei in Mazedonien führen jedoch zu einer größeren Erwartungshaltung. Anstatt durch Selbstorganisation zu versuchen, die strukturellen Probleme einigermaßen zu überwinden, wird oft die Hilfe der Türkei herbeigesehnt, die Ankara nicht zu leisten bereit ist. Andererseits führt die türkische Entwicklungshilfe in Mazedonien auch auf ein Runterfahren der finanziellen Mittel Skopjes für das Schulwesen in Bezug auf die türkische Minderheit. Trotz eindeutiger Zuständigkeit des mazedonischen Schulministeriums für alle Schüler im Land, wird selbst bei berechtigten Forderungen seitens der türkischen Elternschaft auf die Türkei verwiesen. Andererseits betonte der TİKA-Präsident Serdar Çam während der Eröffnungsfeier der türkischen Schule in Gostivar, dass man mit diesen Projekten die Last der mazedonischen Regierung verringern wolle (TDBB o. J.). Mazedonien war zu dieser Zeit das Land, in dem die weltweit zweithöchsten Entwicklungshilfen aus der Türkei flossen, unter den Balkanländern war Skopje sogar führend (Özlem 278-279). Beispielweise wurden ca. 75 % der TİKA-Aktivitäten in Mazedonien in 2011 im Bildungsbereich durchgeführt, in 2010 lag diese Zahl bei 97 % (TİKA 2011, S. 68-69).

Die Bedeutung der Minderheit für beide Länder wird daher nicht nur einseitig zum Ausdruck gebracht. Bei einem Gespräch in Ankara Ende 2007 zwischen Erdoğan und dem mazedoni-

schen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski, konnte dieser seine Regierungsarbeit bezüglich der Türken in seinem Land vorstellen. Demnach hatte die Regierung der Minderheit einen eigenen Nationalfeiertag gewährt und versicherte neben besseren Bedingungen an den Schulen, immer einen türkischen Minister ins Kabinett bestimmen zu wollen – solange er Ministerpräsident ist. Özlem zufolge, wollte der frisch gekürte Gruevski mit diesen Worten die Unterstützung Erdoğans für sein Land sichern und Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten fördern (Özlem 2016, S. 273). Bei seiner Mazedonien-Reise 2008 lobte Gül – inzwischen Staatspräsident – die innere Minderheitenpolitik Skopjes gegenüber der türkischen Bevölkerung. Gül sagte bezüglich der türkischen Minderheit, dass die Bemühungen der Regierung Mazedoniens die Arbeitslosigkeit zu senken, Bildungschancen zu erhöhen und die politische Repräsentation auf nationaler sowie kommunaler Ebene zu gewährleisten, beachtenswert seien. Gül kam während seiner Reise mit Angehörigen der türkischen Minderheit in Kontakt, die ihr Unbehagen gegenüber Problemen in der Bildungslandschaft ausdrückten. Gül schien überzeugt davon zu sein, dass dies keine an die Minderheit gerichtete Benachteiligung ist, sondern das Skopje aufgrund der allgemeinen Entwicklung nicht in der Lage ist, die seit Jahrzehnten vorhandenen strukturellen Schwierigkeiten zu beseitigen (Özlem 2016, S. 274).

Hinzu kam, dass in 2008 im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen eine Kommunalreform stattfand, die sich als ungünstig für die türkische Minderheit darstellte. Viele Gemeinden und Stadtteile wurden aufgrund der Reform vereint, womit Ortschaften mit türkischem Bevölkerungsanteil von über 20 %, welches Türkisch als Schul- und Dienstsprache garantierte, unter diesen gesetzlichen Mindestwert fiel. Beispielsweise reduzierte sich die türkische Einwohnerschaft in der Gemeinde Vrapčište von 36 % auf 12 %, nachdem es in die Stadt Negotino eingemeindet wurde. Damit wurde es auch für türkische Kommunalpolitiker schwieriger, ihr Amt zu verteidigen (Oruç 2011, S. 223). Staatspräsident Gül mahnte trotz der neuen Verhältnisse zur Einheit und verwies auf die kommenden Wahlen, in der er die Stimme der türkischen Bevölkerung in Mazedonien spürbar wahrnehmen wollte. Dies war auch als eine Anspielung auf die Gründung der TMBH zu verstehen. Somit gab es innerhalb der türkischen Minderheit nun drei Parteien, die zur Spaltung der türkischen Wählerstimmen führten. Die immer wieder hervorgebrachte Brückenmetapher, die die Minderheit darstellte, konnte nicht gut funktionieren, wenn die türkische Gesellschaft selbst in sich gespalten war (Özlem 2016, S. 274-275).

Staatspräsident Gül eröffnete während des Besuchs die restaurierte Hatuncuk Moschee. Fi-

nanziert wurde die Wiederherstellung des Gotteshauses von der Oberbürgermeisterei der Millionenstadt Bursa, die neben Istanbul zu den Hochburgen der über die Jahrzehnte in die Türkei emigrierten Balkantürken gilt. Mehrere Städte in der Türkei und in Mazedonien hatten Partnerschaften gebildet, die gemeinsame Projekte unterhielten und dabei teilweise von der TİKA unterstützt wurden. Alleine Bursa führte neben der Hatuncuk Moschee noch die Restaurierungen an vier weiteren osmanischen Moscheen aus. Die TİKA besserte zusätzlich die Murat und Alaca Moscheen in Skopje sowie die Hüseyin Şah Moschee in Saray aus. Die Wiederherstellung der Moscheen sollte nicht nur den religiösen Bedarf der Türken und der anderen Muslime in Mazedonien decken oder für das ausführende türkische Bauunternehmen als ein Trittbrett für weitere Projekte im Land dienen, sondern, sie sollten sprichwörtlich als Denkmäler herhalten, die die „imposante“ osmanische Epoche zur Schau stellten und durch die Restaurierungen die Rückkehr der Türkei verkündeten (Özlem 2016, S. 275-276). Andererseits wird immer wieder von bewusst herbeigeführten bürokratischen Hürden durch Mazedonien in Bezug auf die Restauration von Denkmälern berichtet. Auch soll es immer wieder zur Nichtanerkennung von türkischem Stiftungseigentum kommen (Babalı 2012, S. 36).

Die Restaurierung von Moscheen ist nicht von ungefähr eines der wichtigsten Aufgaben der TİKA. In den 1990er Jahren wurden die osmanischen Bauten von saudi-arabischen Organisationen wiederhergestellt, die jedoch keine Rücksicht auf die originäre türkische Architektur nahmen. Regierungen, die einen stärkeren Einfluss der Türkei in ihren Staaten eindämmen wollten, war die Umgestaltung der Baudenkmäler willkommen. Somit wurde keine Monopolstellung eines Islams mit türkischer Färbung sichtbar (Öktem 2010, S. 20 nach Oruç). Der Aktivismus Saudi-Arabiens, einiger Golfstaaten und des Irans auf dem Balkan haben vor allem in den 1990er Jahren zu einem Unsicherheitsgefühl in der Region geführt. Das Engagement äußerte sich nicht nur in Restaurationsprojekten, sondern auch durch den Betrieb religiöser Schulen (Madrasa), Wohltätigkeitsorganisationen, aber eben auch durch die Förderung von radikalen Milizen während der Jugoslawienkriege. Auch wenn insbesondere die im Bosnienkrieg agierenden dschihadistischen Kampftruppen ab dem 11. September aufgrund amerikanischen Drucks aus dem Balkanraum fast vollständig vertrieben bzw. zerschlagen wurden, sorgten salafistische und wahhabitische Strömungen weiterhin für Befürchtungen, dass sich ein radikaler Islamismus in Südosteuropa festsetzen könnte, aus dem wiederum ein Dschihad-Terrorismus entstehen könnte (Öktem 2010, S. 19-21). So waren auch in Mazedonien einige Moscheen vorhanden, die eine salafistische Prägung hatten – selbst in Gotteshäusern, die von der Islamischen Glaubensgemeinschaft der Republik Nordmazedonien (*Bashkësia Fetare Is-*

lame e Republikës së Maqedonisë së Veriut [BFI]), der einzigen autonomen muslimischen Organisation im Land, betrieben wurden (Öktem 2010, S. 15). Gegen Ende der Nullerjahre war die Sicherheitsbedrohung durch Extremisten jedoch als eher marginal einzustufen (Öktem 2010, S. 19 nach Oruç). Dennoch verübten beispielsweise Islamisten in 2011 einen Terroranschlag auf die US-Botschaft in Sarajevo. Die Extremisten schürten dabei nicht nur Ressentiments gegenüber (internen und externen) Andersgläubigen, sondern hetzten auch gegenüber anderen islamischen Gruppierungen (Biçer/Dalkılıç 2022, S. 75-76). Radikal islamische Strömungen werden zwar auch in Zukunft nicht über den traditionellen Islam dominieren können, doch ist und war der Türkei als ein von Terror geplagtes Land jede Art von Radikalisierung ein Dorn im Auge. Daher hatte sich auch aus sicherheitspolitischen Gründen ab Mitte der 1990er Jahre eine stärkere religiöse Präsenz der Türkei in der Balkanregion und somit auch in Mazedonien abgezeichnet. Bis dato agierten die diplomatischen Vertreter der Türkei kaum mit lokalen religiösen Einrichtungen. Zwar gab es Kontakte zwischen gleichgesinnten Organisationen wie Bruderschaften, Orden, Wohltätigkeitsorganisationen oder aber auch politisch orientierten türkischen Religionsgemeinden wie z.B. der Milli Görüş, doch wurden diese Kooperationen von den Diplomaten aus Ankara mit Argwohn betrachtet. Erst in den 2000er Jahren, mit der AKP-Regierung, weitete sich der Einflussbereich der türkischen Außenpolitik auch auf religiöse Organisationen aus. Dies wurde nicht nur durch die staatliche Religionsanstalt Diyanet realisiert, sondern auch durch die Zusammenarbeit mit in der Türkei ansässigen Gruppen wie der Gülen-Bewegung. Dabei werden nicht nur allgemeine religiöse Dienste angeboten, sondern auch weiterführende Schulen und Hochschulen betrieben (Öktem 2010, S. 22-41). Der stärkere religiöse Bezug der türkischen Balkanpolitik führte zwar in Mazedonien zu einer zunehmenden Politik gegenüber muslimischen Minderheiten, jedoch gleichzeitig zu einer abnehmenden spezifischen Minderheitenpolitik gegenüber den dortigen Türken. Laut Enes Ibrahim, heute Vorsitzender der THP, damals Funktionär in der TDP, gingen seit Anfang der 2000er Jahre ein Großteil der türkischen Finanzhilfen nunmehr an albanische Dörfer und die TİKA unterstützte diejenigen, „die sich als Türken bezeichnen, aber keine Türken sind (Öktem 2010, S. 31 nach Ibrahim [Übersetzung durch den Autor]).

Wenigstens konnte Ibrahims Partei die Beachtung der türkischen Spitzenpolitiker genießen. In den Nullerjahren beschränkte sich sowohl Erdoğan als auch Gül darauf, nur mit Vertretern der TDP in den Dialog zu treten. Beide Politiker hießen 2008 den Vorsitzenden der TDP, Kenan Hasip, und den ressortunabhängigen Minister, Hadi Nezir, willkommen, vermeiden es aber, die Führer der anderen beiden türkischen Parteien THP und TMBH zu empfangen. Den Par-

teiführern der TDP erklärte Erdoğan im Gespräch, nachdem er über aktuelle Probleme der türkischen Minderheit informiert wurde, dass alle Schwierigkeiten nur dann zu lösen sind, wenn Einheit innerhalb der türkischen Gemeinschaft gehalten wird. Özlem (2016) bemerkt aber, dass die gewünschte Eintracht von den Machthabern der Türkei nur rhetorisch artikuliert wird, während keinerlei Unternehmungen erfolgen, die Parteien wieder zusammen zu bringen. Die THP und TMBH sind Abspaltungen der TDP und haben keine ideologischen Differenzen. Jedoch führten Wahlkampfphasen zu Streit zwischen den politischen Gruppen, die nur durch Vermittlungsprozesse aus Ankara beseitigt werden können (Özlem 2016, S. 276-277). Die Türkei ging hier jedoch den Weg, die THP und TMBH zu ignorieren und isolieren, wohlmöglich mit der Hoffnung, dass diese somit nicht lebensfähig bleiben. Inwiefern die Türkei Einfluss auf die TDP während dieser Phase erbringen konnte, bleibt spekulativ. Die Treffen mit der Parteiführung finden meistens unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Pressemitteilungen statt.

Bei einem weiteren Treffen zwischen Gül und seinem Amtskollegen Ivanov bezeichnete der türkische Staatspräsident die türkische Minderheit als eine Kraft, die Mazedonien politisch, wirtschaftlich und zivilgesellschaftlich weiterentwickeln könnte (Haber7 2009). Oft wird die türkische Minderheit nicht nur als Brückenbauer zwischen der Türkei und Mazedonien bezeichnet, sondern auch in einer Mediatorfunktion zwischen den Nordmazedoniern und der albanischen Minderheit gesehen, die mehr als 20 % der Bevölkerung hält. Der Politikwissenschaftlerin Frosina Remenski (2013) zufolge, zeigen einige Studien, dass die Türken im Land oftmals eine Eskalation zwischen mazedonischen und albanischen Bevölkerungsgruppen verhindert hätten und somit trotz ihrer verhältnismäßig geringen Bevölkerung eine stabilisierende Wirkung vorweisen könnten (Öztürk 2021, S. 76). Doch sehen sich viele Türken in einer misslichen Sandwichposition und sehen sich sowohl von der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung und der viel größeren albanischen Minderheit im Land ausgegrenzt. Viele Türken spüren einen Assimilationsdruck von albanischer Seite aus. Die nicht-albanischen Minderheiten machen ca. 10 % aus und sind überwiegend Muslime. Unter allen Balkanstaaten hat Nordmazedonien die ethnisch heterogenste Bevölkerungsstruktur. Die Dominanz der Albaner innerhalb der muslimischen Volksgruppen in Nordmazedonien löst bei den kleineren muslimischen Minderheiten im Land Unbehagen aus (Oruç 2011, S. 210-211).

Dabei achtet Ankara darauf, dass nicht nur die türkische Minderheit von der Entwicklungshilfe profitiert, sondern dass die albanische Minderheit und die mazedonische Mehrheitsgesell-

schaft ebenfalls erreicht werden. Bei seiner Reise nach Mazedonien besuchte Erdoğan nicht nur von Türken bewohnte Orte, sondern kam auch mit Angehörigen der albanischen Minderheit zusammen. Bei der Eröffnung einer weiterführenden Schule in Gostivar forderte Erdoğan die Schulleitung auf, bei der Auswahl der Schüler die albanische Minderheit genauso zu beachten (Özlem 2016, S. 281). Bei der Eröffnungsrede der Schule fand der damalige Ministerpräsident folgende Worte:

> „Ihr seid die türkische Gesellschaft, die in Mazedonien lebt und ihre Loyalität gegenüber diesem Land bewiesen hat. Wir sind immer mit euch und werden mit euch bleiben. Ihr seid eines der wichtigsten Glieder im Zusammenhalt Mazedoniens und der Türkei. Wir unterscheiden nicht zwischen Türken, Albanern und Mazedoniern und umarmen euch alle wärmstens. … Wir glauben daran, dass das Heil, die Sicherheit und die Wohlfahrt der türkischen Gemeinschaft in Mazedonien, die Türkei und Mazedonien stärker miteinander verbinden wird“ (Özlem 2016, S. 281-282 nach İhlas Haber Ajansı 2011).

Erdoğans bei dieser Reise besonders hervorgehobene Fürsprache zum Zusammenhalt, sollte auch innerhalb der türkischen Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Erdoğan empfing neben der TDP zum ersten Mal auch den Parteivorsitzenden der TMBH Erdoğan Saraç (Özlem 2016, S. 283).

Eine Rede beim Türkischfest in 2012 von Außenminister Davutoğlu in Anwesenheit der mazedonischen Staatsführung hörte sich schon etwas differenzierter an:

> „… seid euch sicher (gemeint sind die Türken im Land [Ş.G.]), wir sind bis zum Ende aller Tage mit euch, wir sind an der Seite Mazedoniens und mitten im Herzen unserer Volksbrüder. … Dies ist ein Fest der Balkantürken, ein Fest, welches sie sich verdient haben. Denn ihr Grund und Boden wurde einst besetzt, sie erfuhren Unterdrückung und Gräuel. Aber sie gaben weder ihre Sprache, ihre Religion, ihre Kultur noch ihre Sitten auf. Vor so einem Volk, so einer Gemeinschaft, kann man nur den Hut ziehen. Friede sei mit euch und euren Vorvätern und Müttern“ (Özlem 2016, S. 284 n. Zaman Makedonya 2012 [Übersetzung durch den Autor]).

Die Worte Davutoğlus konnten als Aufforderung Ankaras gesehen werden, dass sich die türkische Bevölkerung nicht nur nicht assimilieren, sondern auch die schleichende Abwanderung in die Türkei ein Ende nehmen sollte. Lebten noch 2002 80.000 Türken im Land, waren es in

2012 nach Schätzungen um die 5.000 Menschen weniger. Viele wanderten in die Türkei ab bzw. blieben auch nach dem Studium in der Türkei ansässig. Um die Emigration nicht noch weiter voranzutreiben, unterstützte die türkische Regierung nicht das Anliegen der türkischen Parteien in Mazedonien, die doppelte Staatsbürgerschaft zuzulassen. Zwar wäre dies nach türkischer Gesetzgebung möglich, doch winkte Ankara ab, damit auf die mazedonische Seite zuzugehen. Die doppelte Staatsangehörigkeit würde nicht nur die Abkehr der türkischen Minderheit von Nordmazedonien vorantreiben, sondern auch die Instabilität fördern, da dann auch die albanische und serbische Minderheit ebenfalls von diesem Recht Gebrauch machen könnten (Çelik 2013, S. 142).

In 2012 besuchte Davutoğlu zur Teilnahme an der Zwanzigjahresfeier der Beziehungen ein weiteres Mal Mazedonien. Der Außenminister betonte seit 20 Jahren an der Seite des Landes zu stehen, da Mazedonien für die Sicherheit und Stabilität der gesamten Region eine enorme Wichtigkeit zukäme. Diesmal ging er nicht auf die Rolle der türkischen Minderheit ein. Dies übernahm sein Amtskollege Nikola Poposki, der die Türken in seinem Land als Garant für die weitere Aufrechterhaltung der guten Verhältnisse sah (haberler.com 2012).

7.3.4 Zwischenfazit zur türkischen Minderheitenpolitik in Mazedonien

Die von Anfang an sehr guten Verhältnisse zwischen Mazedonien und der Türkei konnten auch nach dem Übereinkommen von Ohrid aufrechterhalten werden. Weiterhin leistete Ankara diplomatische, politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe an Skopje. Zwischen beiden Staaten gab es demnach *keinerlei* bedeutende *Konflikte*. Auch das *sicherheitspolitische Umfeld* der Türkei war vergleichsweise außerordentlich gut. Beste Voraussetzungen für die neue *Alleinregierung* um Erdoğan, den angestrebten Handelsstaat zu etablieren und der Türkei zu neuer *wirtschaftlicher Stärke* zu verhelfen. Gute Aussichten hatte die Türkei auch durch die gute Zusammenarbeit in Mazedonien, dort Fuß zu fassen, intensiver wirtschaftlich zu agieren und ihre Großmachtambitionen zur Schau zu stellen. Zumal die Türkei in der *Machtposition* deutlich überlegen war.

Auch die *Situation* der türkischen Minderheit war zufriedenstellend. Dennoch hatten diese einige Erschwernisse zu vermelden, wie bspw. die unzureichende Praktizierung der Sprachenregelung des Landes. Die Türkei hätte sich aus dieser Gemengelage stark für ihre Minderheit

einsetzen können. Tatsächlich leistete die Türkei zwar viel *schulische, religiöse, kulturelle und finanzielle Hilfe* an die Angehörigen der Minderheit. Doch zu einem *Eingreifen*, um den ethnischen und sprachlichen Status der Minderheit aufzubessern, ließ Ankara sich nicht verleiten. Die türkische Regierung wollte nicht an den Grundstrukturen des heterogenen Staates rütteln und damit ggf. ethnische und religiöse Spannungen auslösen. Dies hätte den jungen Staat destabilisieren können, welches sich auf die gesamte Region hätte ausweiten können. Das wiederum hätte für die Türkei *wirtschaftliche und politische Konsequenzen* nach sich gezogen.

Dies war auch der Grund, warum Ankara keine Sonderpolitik in der Entwicklungshilfe für die türkische Minderheit verfolgte. Die Türkei leistete genauso gut Unterstützung an die albanische Minderheit und Wirtschaftshilfe an den Gesamtstaat. Vielmehr sollte die türkische Minderheit als ein Bindeglied zwischen den ethnischen Gruppen fungieren und somit zu einem Stabilitätsanker werden. Minderheiten können ferner auch *kooperativ als Bindeglied* zwischen Mutterstaat und Wohnsitzstaat dienen, über die der Mutterstaat dann seinen Einfluss bzw. die *politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit* ausdehnen kann. Im Falle Mazedoniens bediente sich Ankara jedoch nicht dieser Politik. Die Beziehungen zur Regierung in Skopje waren ohnehin gut, so dass es keine *Vermittlerrolle* seitens der Minderheit bedurfte. Dennoch sieht Ankara die Minderheit als *Ressource* an, so dass ihre *Substanz erhalten* werden soll. Deren Bedeutung zeigte sich vor allem bei dem Bestreben der türkischen Entscheidungsträger, die Verbreitung radikal islamische Strömungen in Mazedonien zu verhindern. Extremisten stellen nicht nur ein Risiko für Anschläge in der Türkei dar, sondern könnten auch das Potential haben, den Frieden in der gesamten Region zu stören. Außerdem besteht die Gefahr, dass vor allem Kräfte aus Saudi-Arabien die muslimische Bevölkerung des gesamten Balkans für ihre politischen Zwecke beeinflussen. Das Vorhandensein einer türkischen Bevölkerung in Nordmazedonien erleichtert es der Türkei eigene religiöse Strukturen aufzubauen, wohingegen die Minderheit fast schon naturgebunden als Abnehmer dieses Angebots fungiert.

Die größere Machtbasis der Türkei gepaart mit der Motivation Ankaras im Balkan stärker präsent zu sein, haben nicht dazu geführt, dass die türkischen Entscheidungsträger die Minderheitenfrage als Druckmittel eingesetzt haben oder über deren Strukturen auf die mazedonische Regierung eingewirkt haben. Die Türkei hat sich kaum fordernd gezeigt, um etwaige Verbesserungen für die Minderheiten herbeizuführen. Der machtpolitische Mehrwert liegt für die Türkei in einem stabilen Nordmazedonien und weniger in der Einflussnahme auf die Regierung in Skopje über die Minderheit.

Zwar fand keine außergewöhnliche Instrumentalisierung statt, um Einfluss über die Minderheit auf die Regierung in Mazedonien auszuüben, doch bediente sich Ankara den Türken in dem Balkanland bzw. deren religiösen Anliegen, mit der Absicht, Gefahren zurückzudrängen. Auch das Eintreten für die Minderheit ging nur soweit, bis daraus keine negativen Auswirkungen für die Türkei zu erwarten waren. Demzufolge gilt die Allgemeinhypothese noch als verifiziert.

7.3.5 Türkische Minderheitenpolitik in Bulgarien, Griechenland und Kosovo

Bei seinem Besuch im Mai 2003 traf sich Außenminister Gül in Sofia sowohl mit dem Vorsitzenden der DPS Ahmet Doğan – dessen Partei mit die Regierung bildete – als auch mit dem Großmufti Selim Mehmet. Später wurde er von seinem bulgarischen Amtskollegen Solomon Passi empfangen. Gül wollte sich gerade zu den türkischen Minderheiten äußern, als er von Passi mit den Worten: „Welche Minderheit? Die Minderheit regiert heute Bulgarien. Wir sind zur Minderheit geworden“ scherzhaft geblockt wurde (Özlem 2016, S. 187 n. Zaman 2003). Ein Jahr später reiste Erdoğan nach Bulgarien und traf sich in der türkischen Botschaft in Sofia mit Ahmet Doğan. Der DPS-Parteichef äußerte gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten, dass man eine gesamtbulgarische Partei sein wolle. Erdoğan unterstützte dieses Vorhaben. Es wäre richtig, dass sich die Partei nicht nur auf die Türken im Land beschränke. Man müsse sich auch gegenüber den Bulgaren öffnen, um nicht in die Marginalität gedrängt zu werden. 2005 fanden Wahlen in Bulgarien statt. Dabei konnte die DPS ihre Stimmen von ca. 7 Prozent auf 13 Prozent erhöhen. 45.000 Wähler waren dabei Doppelstaatler aus der Türkei, die eigens dafür organisiert mit Bussen nach Bulgarien reisten. Özlem (2016) zufolge, sind die türkisch-bulgarischen NGO’s zu schwach, um eine derartige Mobilisierung durchzuführen. Daher muss der türkische Staat dort mitgewirkt haben. Beobachter gehen davon aus, dass mehr als 90 Prozent der Doppelstaatler aus der Türkei für die DPS gestimmt haben, wobei die türkische Regierung es unterließ, eine Wahlempfehlung auszusprechen (Özlem 2016, S. 188-190).

In 2006 besuchten Ministerpräsident Erdoğan und Staatspräsident Sezer nacheinander das Nachbarland. Erdoğan besichtigte bei seiner Reise auch Industrieunternehmen. Die Türkei

war mittlerweile das Land mit den höchsten Auslandsinvestitionen in Bulgarien und das Handelsvolumen hatte sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Sezer lobte den Umgang mit der türkischen Minderheit und bezeichnete diese als Brücke der Freundschaft zwischen beiden Ländern. Er freue sich, dass die Minderheit zur Entwicklung des Landes beitrug. 2007 war Erdoğan erneut in Bulgarien und besuchte diesmal Kardschali, die zwar in ihren städtischen Grenzen mehrheitlich von slawischen Bulgaren bewohnt wird, wo aber in der gleichnamigen Oblast die Türken die Mehrheit darstellen. Erdoğan sprach auf einer Massenveranstaltung zu der türkischen Minderheit und lobte zunächst das friedliche Miteinander in der Region zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Davon könne sich der gesamte Balkan eine Scheibe abschneiden. Der türkische Ministerpräsident zeigte sich erfreut über die Entwicklungen der letzten 18 Jahre. Daran Anteil hätte auch das verantwortungsvolle Handeln der Türken im Land. Diese seien schon immer loyale Staatsbürger gewesen und wären stets treu mit Bulgarien verbunden. Es wäre aber wichtig, dass die Minderheit ihre ethnischen, kulturellen und religiösen Werte bewahre. Erdoğan zeigte sich auch über den Stellenwert, den Türkisch mittlerweile einnahm, sehr zufrieden. Dabei gingen die Schülerzahlen für den Türkischunterricht über die letzten Jahre rapide zurück (Özlem 2016, S. 191-193).

Bei den Wahlen 2009 konnte die DPS ihre Stimmen noch weiter erhöhen und kam auf 14 Prozent. Nahezu 100.000 Wähler kamen dabei aus der Türkei und gaben bei Befragungen an, zu 94 Prozent für die DPS gestimmt zu haben. Trotz Stimmenzuwachs ging die DPS nach acht Jahren wieder in die Opposition. Neuer Ministerpräsident wurde Bojko Borissow. Dieser besuchte im Januar 2010 die Türkei. Bei der Pressekonferenz im Ministerpräsidentenamt sagte Borissow, dass es nicht notwendig sei, dass irgendeine Partei zwischen der Türkei und Bulgarien vermitteln müsse. Die gewählte bulgarische Regierung würde als Ansprechpartner ausreichen (Özlem 2016, S. 195). Damit machte er auf die Rolle der DPS aufmerksam. Tatsächlich traf sich Erdoğan bei seiner Reise in Bulgarien im gleichen Jahr nur noch mit Borissow und dem Großmufti Mustafa Hacı Aliş. Ein geplantes Treffen mit Ahmet Doğan wurde abgesagt. Auch Staatspräsident Gül kam 2011 mit dem Großmufti zusammen, vermied jedoch ein Treffen mit dem DPS-Vorsitzenden. Einige Monate später empfing er gar zwei abtrünnige Abgeordnete der DPS in Ankara. Was genau zu dem Bruch zwischen der türkischen Regierung und der DPS geführt hat, ist offiziell nicht bekannt. Jedoch sagte Erdoğan Borissow gegenüber, dass er Ahmet Doğan nicht einmal grüßen wolle (Özlem 2016, S. 197-199).

In 2010 kam es nach langer Zeit zu Unmut bezüglich der türkischen Minderheit in Bulgarien.

Der frisch gewählte Großmufti Hacı Aliş bekam vom zuständigen Gericht keine Ernennungsurkunde. Bis auf das orthodoxe Oberhaupt müssen alle gewählten Führer der Religionsgemeinschaften die Wahl richterlich bestätigen lassen. Zum ersten Mal erfolgte die Ernennungsbestätigung nicht, wobei mit Nedim Gencev ein umstrittener Geistlicher auf den Posten berufen wurde. In vielen Städten kam es zu Kundgebungen und Massenprotesten seitens der türkischen Minderheit. Bei seinem Besuch in Sofia brachte Erdoğan das Thema auf die Tagesordnung und sprach sich für Neuwahlen für das Amt aus, bezeichnete die Sache aber als innere Angelegenheit Bulgariens. Mäßige Worte fand Erdoğan auch nach einem Angriff bulgarischer Nationalisten auf eine Moschee in Sofia während des Freitagsgebets mit vielen Verletzten. Erdoğan befand sich gerade ausgerechnet in der Balkantürken-Hochburg Bursa im Wahlkampf. Der in Wahlkampfauftritten sonst immer gerne gegen das Ausland nachsetzende Erdoğan verurteilte mit sanften Worten die Angriffe und bedankte sich bei den bulgarischen Sicherheitsbehörden für ihr schnelles Eingreifen (Özlem 2016, S. 197-199).

Nur fünf Monate vor der Großmufti-Krise in Bulgarien kritisierte Erdoğan in Athen die Ernennung der Muftis durch den griechischen Staat. Dieser müsste wie schon seit Jahrzehnten gefordert, durch eine Wahl ernannt werden. Die AKP war bereits seit acht Jahren im Amt und steigerte sich immer weiter in die Minderheitenfrage in Griechenland hinein. Schon 2004 besuchte mit Erdoğan nach 51 Jahren wieder ein Ministerpräsident Westthrakien. Damals sprach Erdoğan den Angehörigen der türkischen Minderheit zu, dass er ihre Anliegen und Sorgen kenne, dass jedoch gerade ein gutes Klima zwischen beiden Staaten herrsche und er daran glaube, dass die Fortführung der guten Beziehungen auch nachhaltig die Probleme der Minderheit lösen werde. Der Ministerpräsident versuchte zu beschwichtigen, niemand hätte die Macht ihre Identität zu rauben. Er empfahl der Minderheit, sich in die griechische Gesellschaft zu integrieren, ohne sich jedoch zu assimilieren. Wenige Monate später bestätigte ein Gericht die Schließung des Türkischen Bundes Xanthi aufgrund ihres türkischen Namens. Der Pressesprecher des türkischen Außenministeriums bezeichnete dies als besorgniserregend und kontraproduktiv im Hinblick auf die positive Atmosphäre, die zwischen beiden Ländern herrsche (Özlem 2016, S. 224-226).

Im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen kam ab 2005 immer wieder die Wiedereröffnung des Seminars von Chalki und anderer Stiftungen der griechischen Minderheit in der Türkei auf die Tagesordnung. Die Türkei schloss die Eröffnung der theologischen Hochschule in Chalki nicht aus, forderte aber gleichermaßen Besserungen für die türkische Minderheit in Griechen-

land. Zu einer diesbezüglichen Anfrage antwortete Außenminister Gül im Parlament, dass der erzeugte Druck seitens der EU nur an die Türkei gerichtet wäre und eine ähnliche Aufforderung an Griechenland bezogen auf die Westthrakientürken nicht gegeben sei. Gül machte die Fortführung des griechisch-türkischen Dialogs von der Minderheitenfrage abhängig. Der Außenminister fügte hinzu, dass die Regierung unterdessen kulturelle und schulische Förderungen qualitativ und quantitativ ausgeweitet hätte (Özlem 2016, S. 228-229). Erdoğan brachte das empfundene Ungleichgewicht auf den Punkt:

> „Die Türkei ist weiter fest entschlossen, für die Minderheitenrechte und für die Lösung der Probleme der Westthrakientürken zu kämpfen. … Falls es zu keiner Lösung kommt, wird die Türkei selbstverständlich im Rahmen des Gegenseitigkeitsprinzips geeignete Mittel einsetzen“ (Özlem 2016, S. 229).

2007 besuchte der neue Außenminister Ali Babacan Westthrakien und kritisierte dort die griechische Regierung, weder die universellen Grundrechte noch die EU-Minderheitenrechte zu befolgen. Empört über diese Worte ließ seine Amtskollegin Dora Bakogianni wissen, dass man sich von keinem in Sachen Demokratie belehren lassen müsse. 2008 wurden wieder mäßigere Worte gefunden. Bei einem Treffen mit Karamanlis bezeichnete Erdoğan die Minderheiten auf beiden Seiten als Brücke zwischen beiden Ländern. Vorhandene Probleme sollten die Außenministerien in Kooperation lösen. Doch nachdem erneut die Wiedereröffnung der theologischen Hochschule in Chalki durch die EU über diplomatische Kanäle gefordert wurde und auch US-Präsident Obama bei seiner Rede im türkischen Parlament bemerkte, dies als gutes Signal werten zu wollen, hielt Recep Tayyip Erdoğan erneut das Reziprozitätsprinzip hoch. Griechenland solle sich erst um die Anliegen der Westthrakientürken kümmern (Özlem 2016, S. 232-235).

Die ersten Jahre der AKP-Regierung fielen mit dem Unabhängigkeitsprozess in Kosovo zusammen. Trotz der vorherigen sehr guten Beziehungen erfolgte erst Ende 2005 mit Außenminister Gül der erste hochrangige Besuch. Gül traf sich mit den UNMIK-Funktionären, mit Präsident Ibrahim Rugova, sprach im kosovarischen Parlament und empfing Abgeordnete der pro-türkischen KDTP. Mit dem KDTP-Vorsitzenden Mahir Yağcılar, zog er weiter nach Prizren, wo die meisten Türken in Kosovo leben. Dort hielt Gül am Grabmal des Sultan Murats eine Rede an die Angehörigen der türkischen Minderheit. Sultan Murat war der osmanische Herrscher, der in der Schlacht auf dem Amselfeld sein Leben ließ, jedoch den Weg zur Erobe-

rung Kosovos ebnete. Gül betonte, dass man das Grabmal jüngst restauriert und alle anderen Denkmäler auch wiederherrichten werde. Es würde eine neue Zeit aufbrechen und in Zukunft werde man viel öfter in Kosovo sein und die Kosovaren in der Türkei. Und dafür würde die Minderheit eine Brücke darstellen. Gül forderte die Türken auf, ihre Kultur zu bewahren und gab mit, dass dies einfacher sein sollte als anderswo, da die Kosovaren zu 90 Prozent Muslime seien. Nach der Rückkehr Güls veröffentlichte das türkische Außenministerium eine Erklärung bezüglich der darauf hinauslaufenden Unabhängigkeit Kosovos. Nach Ankaras Vorstellungen sollte Kosovo, egal welchen Status es in Zukunft annehme, eine multiethnische, multikulturelle und demokratische Einheit bilden, in der alle Bevölkerungsgruppen national und regional gerechterweise repräsentiert werden (Özlem 2016, S. 309-313).

Erste Zweifel darüber kamen 2006 auf, als während der Verhandlungen zum Sprachengesetz in Kosovo Türkisch als allgemeine Amtssprache gestrichen wurde. Diesen Status hatte es bereits 1974 erlangt, womit das neue Gesetz eine Schlechterstellung bedeuten würde. Trotz Kritik aus der Türkei wurde die Gesetzesvorlage so beibehalten. Als jedoch nach den Vorlesungen im kosovarischen Parlament die regionalen Verkehrssprachregelungen so umgestaltet wurden, dass selbst in Prizren Türkisch keinen offiziellen Status hätte erlangen können, intervenierte das türkische Außenministerium per Stellungnahme und warnte, dass dies nicht die historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten widerspiegle. Nachdem zwei Tage später eine Sonderregelung bezüglich Prizren getroffen wurde, die der türkischen Sprache den Status einer regionalen Amtssprache zusicherte, zeigte sich Ankara zufrieden. Laut Außenministerium konnte somit die gesellschaftliche und soziale Struktur gewahrt werden. Vorherige Forderungen aus Ankara, Türkisch als nationale Amtssprache beizubehalten, wurden nicht weiter verfolgt, zumal in der Türkei ebenfalls Forderungen laut wurden, die kurdische Sprache genauso aufzuwerten (Özlem 2016, S. 314-316).

Am 17. Februar 2008 erklärte Kosovo seine Unabhängigkeit. Darauf angesprochen antwortete Ministerpräsident Erdoğan, dass Türken und Albaner sowie die anderen Gesellschaftsgruppen eine Einheit bilden sollten, um somit Kosovo noch weiter zu stärken. 2009 besuchte Außenminister Babacan das Land und bezeichnete die türkische Minderheit als eines der größten Treiber für die starke politische, diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung Ankaras für das Land. Die Türkei erhöhte die schulische Förderung und vergab Stipendien an alle Bevölkerungsgruppen. Im November 2010 reiste Erdoğan nach Kosovo und lobte die Aktivitäten der TİKA im Land. Die Türken sowohl in der Türkei als in Kosovo hätten viel für die Unab-

hängigkeit Kosovos getan, sagte Erdoğan in einer Rede und führte weiter aus, dass die türkische Minderheit noch viel für die Weiterentwicklung des Kosovo tun werde. Dabei wandte er sich dem KDTP-Vorsitzenden und Staatsminister Yağcılar zu und forderte ihn auf, für ein starkes Kosovo zu arbeiten (Özlem 2016, S. 317-322).

7.4 Türkische Minderheitenpolitik unter Erdoğan als Staatspräsident (2014-2024) mit dem Fokus auf Kosovo

7.4.1 Innen- und Außenpolitische Ausgangslage

Die letzten 10 Jahre sind durch Umbrüche im internationalen System geprägt, welche gegenwärtig andauern. Schon seit vielen Jahren wird die Beständigkeit des monopolaren Systems, in dem der USA eine Art Hegemonialstellung bescheinigt wurde, in Frage gestellt. Tatsächlich zeichnet sich derzeitig ein verändertes Machtgefüge im internationalen System ab. Die heutige Weltordnung scheint einer neuen Struktur zu weichen, dessen Dimensionen sich jedoch noch in der Entwicklungsphase befinden. Diese neue Struktur wird bedeutende geopolitische und wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. Doch eine Konstante wird voraussichtlich bleiben, nämlich, dass die Weltwirtschaft weiterhin von der Geopolitik bestimmt wird. Die Neuerungen zeichnen vor allem den Übergang zu einer multipolaren Welt. Die sinkende Bevölkerung des Westens sowie dessen sinkender Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung, führen auch zu einer Reduzierung ihrer Machtressourcen (Chellaney 2024, S. 4-6). Beispielsweise hat sich der Anteil des BIP der USA in der Weltwirtschaft von 21 % im Jahr 1990 auf 16 % in 2019 verringert. Zeitgleich stieg der BIP-Anteil der BRICS-Staaten von knapp 16 % auf über 30 % an (Papuççular 2023, S. 353). Damit verschieben sich auch die Kräfteverhältnisse. Es ist vor allem China unter den BRICS-Staaten, welches die USA nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch herausfordert. Der „America First“-Schlachtruf vom 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald Trump, sowie der Brexit ließen den globalen Führungsanspruch des euro-atlantischen Systems schwinden, auch wenn die USA weiterhin die Führungsmacht Nummer eins bleiben. Doch fällt es Washington immer schwerer, ihre Vormachtstellung und ihre Regeln gegenüber dem Rest der Welt zu behaupten. Hierzu hat die USA in der Staatenwelt den Eindruck erweckt, dass sie sich an die von ihr aufgestellten Regeln selbst nicht zu halten braucht und das von ihr verherrlichte Völkerrecht nicht für sie zu gelten scheint. Damit gleitet das internationale System auf eine Unordnung zu, welches den Wettstreit zwischen Großmächten erneut in den Mittelpunkt rücken wird, was tendenziell Konflikte und Kriege

fördert (Chellaney 2024, S. 5-9).

Ob die Rivalität zwischen Russland und den USA oder die zwischen Peking und Washington tonangebender ist oder die Multipluralität über die liberal-demokratischen G7-Staaten und den führenden autoritär regierten Staaten zustande kommt, steht noch zur Diskussion (Papuççular 2023, S. 354). Fest steht, dass die Außenpolitik der Türkei durch die Transformation der strukturellen Gegebenheiten neue Formen angenommen hat. Denn die sich anbahnende neue Weltordnung lässt bereits jetzt bei aufsteigenden Mächten bzw. bei größeren Schwellenländern neue geostrategische Ansprüche und erhöhte wirtschaftliche Erwartungen aufkommen. Dabei wollen diese Art von Staaten, sich entweder mehrgleisig in das internationale Gefüge einbinden (*multi alignment*) oder sich keiner Seite unterordnen (*active non-alignment*) und über diese Wege ihre Machtstellung ausbalancieren (Maihold/Müller 2024, S. 11-15).

Als Dreh- und Angelpunkt der globalen und regionalen Machtverschiebungen zeigte sich vor allem der seit 2011 tobende Bürgerkrieg in Syrien. Dieser nahm im zweiten Kriegsjahr chaotische und komplexe Zustände an. Während der Iran und die Hisbollah in Libanon den Machthaber Assad unterstützten, stellten sich Saudi-Arabien, Katar und die Türkei auf die Seite der Aufständischen. Saudi-Arabien unterstütze dabei zunächst die Neue Syrische Armee, die mehrheitlich aus Deserteuren der syrischen Streitkräfte bestand. Im weiteren Verlauf sollte Riad mit salafistischen Gruppen zusammenarbeiten. Ziel des Königreichs war nicht nur den schiitisch-iranischen Einflussbereich einzugrenzen, sondern unabhängig der konfessionellen Rivalität auch seine geopolitische Machtposition auszubauen. Die Oppositionellen kämpften jedoch auch untereinander, so dass der terroristische Islamische Staat (IS) die Oberhand gewinnen konnte und weite Teile Syriens kontrollierte. Doch agierte der IS nicht nur in Syrien und im Irak, sondern verübte auch in Europa und in der Türkei brutale Terroranschläge. Dies rief wiederum die USA auf den Plan, die ebenfalls in Syrien in Aktion trat. Im Kampf gegen die IS kooperierte Washington vor allem mit kurdischen Rebellen der Volksverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Gel [YPG]*), die jedoch von der Türkei als syrischer Ableger der PKK und somit als Terrororganisation eingestuft werden. Da die USA auch einen Umsturz der syrischen Regierung erwogen, griff auch Russland in den Bürgerkrieg ein und schützte daraus folgend nicht nur seinen Militärstützpunkt am Mittelmeerhafen Tartus, sondern auch das Assad-Regime. Auch China stellte sich auf die Seite Assads (Balcı 2017, S. 351).

Die potentielle Errichtung staatlicher Strukturen der YPG führte in Ankara zu Besorgnis. Dies

würde aus Sicht der türkischen Entscheidungsträger sicherheitspolitische und energiepolitische Konsequenzen hervorrufen. Daher war nicht mehr der Sturz Assads und der damit verbundene Aufbau demokratischer und Türkei-naher Strukturen das primäre Ziel Ankaras im Syrienkonflikt, sondern die Ausschaltung der YPG und somit das eigene Sicherheitsinteresse. Demnach sollte ein kurdischer Einflussbereich vom Euphrat bis zum Mittelmeer verhindert werden. Dies würde gleichzeitig auch eine territoriale Barriere zwischen der IS und der türkischen Grenzregion herstellen. Zudem könnte die Türkei dadurch auch die Flüchtlingsströme kontrollieren bzw. eindämmen. Es dauerte bis August 2016, ehe die Türkei nun in Aktion trat und eine Militäroperation in Nordsyrien startete. Unter zahlreichen Verlusten und mit Schützenhilfe der Freien Syrischen Armee (FSA) konnte die Türkei bis März 2017 ein 2000 km^2 großes Gebiet unter ihre Kontrolle bringen (Balcı 2017, S. 352). Es folgte die Operation Olivenzweig in 2018, welches auch die strategisch wichtige Stadt Afrin unter türkische Kontrolle brachte. Damit gewann das Kurdenproblem Ankaras erneut eine starke geopolitische Dimension. Ende 2024 kann weiterhin von einem Fortbestehen der Kurdenpolitik mit sicherheitsgerichteter Relevanz gesprochen werden. Jedoch hat sich die Situation in Syrien nach dem Ausbruch des Israel-Gaza-Kriegs im Oktober 2023 erheblich verändert. Israel weitete den Krieg Richtung Libanon und Syrien aus. Auch gegenseitige Angriffe mit dem Iran erfolgten. Weder der Iran noch das in der Ukraine gebundene russische Militär war in der Lage, Assad weiterhin zu stützen. So leiteten syrische Rebellen, allen voran das von der EU und den USA als Terrororganisation eingestufte Komitee zur Befreiung der Levante (*Hai'at Tahrir asch-Scham [HTS]*) sowie die Syrische Nationale Armee (SNA) eine Offensive ein. Binnen weniger Tage wurde Damaskus eingenommen und Assad flüchtete nach Russland. Medienberichten zufolge wurden die Rebellen durch die Türkei unterstützt. Zumindest die Förderung der SNA wurde von türkischer Seite nicht verneint. Auch wenn die Lage noch undurchsichtig ist, ist davon auszugehen, dass sich die türkische Position in Syrien bedeutend gestärkt hat.

Der syrische Bürgerkrieg änderte die türkische Außenpolitikstrategie erheblich. Ankara stand nun vor seiner Haustüre globalen und regionalen Groß- und Supermächten gegenüber. Dies veranlasste die außenpolitischen Entscheidungsträger, regional eine aktivere Sicherheitspolitik zu verfolgen, die in einer Militarisierung der Außenpolitik mündete (Papuççular 2023, S. 356). Diese nahm selbst kühlere Beziehungen zu den USA in Kauf. Bereits 2012 kam es nach der Tötung des US-Botschafters in Libyen durch Einheiten der terroristischen El-Nusra, die zuvor in Syrien von Washington und Ankara unterstützt wurde, zu Meinungsverschiedenheiten. Die passive Haltung der USA sowohl nach dem Giftgasanschlag in Ghuta durch die syri-

sche Regierung als auch nach der Absetzung des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi durch Putschisten hatten bei den türkischen Entscheidungsträgern zu Enttäuschungen geführt. Ein weiterer Bruch entstand, nachdem es zu Verhaftungen von Familienmitgliedern einiger Minister und Parteifunktionäre der AKP durch gülenistische Kriminalbeamte kam. Den Beschuldigten wurde die Bereicherung durch die Umgehung des Iran-Embargos vorgeworfen. Washington verurteilte diese Politik scharf und unternahm eigene Schritte gegen die Drahtzieher. Die AKP hingegen wetterte eine Inszenierung durch die USA. Das gegenseitige Vertrauen sollte dadurch nachhaltig gestört sein. Doch mit der Unterstützung der YPG nahmen die Zerwürfnisse eine neue Dimension ein. Die amerikanisch-türkischen Beziehungen hatten einen neuen Tiefpunkt erreicht. Dies zeigte sich offenkundig bei einem USA-Besuch von Erdoğan in 2016: Obama lehnte ein Treffen mit seinem türkischen Amtskollegen ab (Balcı 2017, S. 355).

Der Streit mit der Gülen-Bewegung sollte sich zu einem allumfassenden innenpolitischen Machtkampf entwickeln. Auch für andere konservative, selbst der AKP-nahe stehende NGO's hatte diese Phase negative Auswirkungen. Erdoğan wollte, egal welche Weltanschauung sie vertraten, alle zivilgesellschaftlichen Organisationen von der Mitgestaltung der Außenpolitik ausschließen. So polterte er selbst gegen die islamisch geprägte Hilfsorganisation der Stiftung für Menschenrechte, Freiheiten und Humanitäre Hilfe (*İnsan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı [İHH]*), die sich als Opfer des blutigen Ship-to-Gaza-Zwischenfalls zeigten und sich gegen eine Annäherung mit Israel aussprachen. Härter traf es die Gülenisten, die nach und nach aus der AKP gedrängt wurden oder aufgrund der Zerwürfnisse selbst aus der Partei austraten. Nach den beiden Parlamentswahlen in 2015 häufte Erdoğan immer mehr Macht an. Hatte er sich aus der eigentlichen Wahl im Juni 2015 weitgehendst vom Wahlkampf zurückgehalten, so wie es die neutrale Rolle des Staatspräsidenten auch verlangte, übernahm er bei den Neuwahlen im November des gleichen Jahres wieder das Ruder. Die Neuwahlen waren nötig geworden, da die AKP nach vielen Verlusten keine Alleinregierung mehr bilden konnte und alle anderen Parteien nicht Willens waren, mit oder ohne die AKP eine Koalition aufzustellen. Zu stark waren die Gegensätze etwa zwischen der MHP, die sich vehement gegen die erneut ins Leben gerufene kurdische Öffnungspolitik der AKP widersetze und der prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (*Halkların Demokratik Partisi [HDP*]), die sich mit den Reformvorhaben in ihrem jahrzehntelangen politischen Kampf bestätigt sah. Im November konnte die AKP alle ihre Verluste wieder wettmachen. Neben der radikalen Abkehr von der liberalen Kurdenpolitik, die Erdoğan offensichtlich keine Mehrstimmen brachte und eini-

gen populistischen Wahlversprechen, war es der Personenkult um Erdoğan, der diesmal aktiv in den Wahlkampf und die AKP erneut auf Erfolgskurs brachte. Den Wahlsieg der AKP betrachtete Erdoğan als Zeichen vom Volk, in Person größer und beliebter zu sein als die AKP. Dieser Machtzuwachs missfiel wiederum anderen politischen Größen der AKP wie Abdullah Gül, Ali Babacan und Bülent Arınç. Doch Erdoğan hatte Blut geleckt und ließ seine politischen Weggefährten links liegen und schob sie in die Bedeutungslosigkeit. Nur noch Ministerpräsident Davutoğlu konnte aufgrund seiner Amtsfunktion ein kleines Gegengewicht gegenüber Erdoğan aufstellen. Doch Erdoğan manövrierte sich mit seinem innenpolitischen Machtzuwachs auch immer weiter in die Mitte der außenpolitischen Entscheidungsgewalt.

So dauerte es nicht lange, bis beide Politiker sich in einer Krise wiederfanden. Ausgelöst wurde diese vom damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, der Erdoğans Nachbesserungswünsche zum Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei mit den Worten ablehnte, man habe einen Deal mit der von Davutoğlu angeführten türkischen Regierung abgeschlossen und nicht mit Erdoğan. Für Erdoğan war nun die Zeit gekommen auch Davutoğlu, der seit den ersten Tagen der AKP die außenpolitischen Geschicke leitete, aus dem Amt zu drängen. Davutoğlu gab im Mai 2016 seinen Posten als Ministerpräsident auf. Neuer Premier wurde mit Yıldırım Akbulut ein Spannmann von Erdoğan, der das komplette Feld dem Staatspräsidenten überließ, der kraft Gesetzes eigentlich nur repräsentative Aufgaben zu verwalten hatte. Doch Erdoğan wollte mehr. Ihm zufolge führte die Tatsache, dass der Staatspräsident vom Volk gewählt wird, unweigerlich zu Konflikten mit dem ebenfalls indirekt vom Volk gewählten Ministerpräsidenten. Beide Machtblöcke würden sich als die eigentlichen Repräsentanten des Volkes sehen und sich machtpolitisch gegenseitig aufwiegeln. Als Lösung brachte er den Übergang des politischen Systems von der parlamentarischen zur präsidentiellen Regierungsform ins Spiel. Mit Hilfe der MHP, deren Vorsitzender Bahçeli sich nach fragwürdigen richterlichen Entscheidungen an der Parteispitze halten konnte und sich nun an die Seite von Erdoğan schlug, wurde die erforderliche Mehrheit im Parlament zur Änderung des politischen Systems aufgebracht und anschließend in einem Referendum bestätigt. Nachfolgend wurde Erdoğan zum Staatspräsidenten im neuen Modus wiedergewählt und verband alle exekutive Gewalt in seiner Person, wobei er auch die Legislative kontrollierte und durch bereits mehrfach von ihm durchgeführten Nachnominierungen von höchstrichterlichen Ämtern auch starken Einfluss auf die Judikative ausübte.

Nur noch die beiden Oppositionsparteien CHP und HDP konnten Erdoğan bis zu einem ge-

wissen Maß die Stirn bieten. Durch die Zusammenarbeit mit der MHP hatte Erdoğan nahezu alle konservativen und nationalistischen Kräfte vereint. Die breite Wählerbasis, die diesen beiden politischen Gesinnungen zugeschrieben werden konnten, plus der Bereitschaft für eine teilweise populistische Staatsführung, ermöglichten es dem Staatspräsidenten immer weiter autoritäre Züge anzunehmen. Richtungsgebend waren in diesem Zusammenhang die Gezi-Proteste in 2013. Diese größtenteils von säkularen und kosmopolitisch eingestellten Bürgern ausgelösten Demonstrationen richteten sich zunächst gegen den Bau eines Einkaufszentrums, für die der Gezi-Park, eines der letzten verbliebenen Grünflächen der Istanbuler Innenstadt, hätte weichen müssen. Nachdem der Park unter Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt durch Sicherheitskräfte geräumt wurde, eskalierte der Protest zu landesweiten Massenkundgebungen, die abermals durch massive Gewaltanwendung niedergeschlagen wurden. Das rabiate Vorgehen der Polizeikräfte, bei dem auch Menschen ums Leben kamen, wurde insbesondere von den EU-Institutionen und einigen EU-Staaten scharf kritisiert. Erdoğan indes beschuldigte dunkle Mächte aus dem westlichen Ausland, die Aktivisten angestachelt zu haben, die wiederum die Anhänger der CHP und HDP mobilisiert haben sollen. Dies führte nicht zu einem weiteren Graben in den schon ohnehin belasteten EU-Türkei-Beziehungen, sondern auch zu einer viel tieferen Spaltung der türkischen Gesellschaft. Innenpolitisch sollten die Gezi-Proteste zu einer sukzessiven Beschneidung demokratischer und rechtstaatlicher Strukturen führen. Die Meinungs- und Pressefreiheit wurde nachhaltig eingeschränkt, während Oppositionsparteien in ihrer Arbeit gehindert wurden. Diese innenpolitische Machtanhäufung Erdoğans sollte sich spiegelbildlich auch auf die Außenpolitik der Türkei auswirken, in der ein Machtzuwachs die prioritäre Rolle einnahm.

Der autoritäre Führungsstil Erdoğans richtete sich immer stärker gegen die Gülen-Bewegung. Diese hatte über die Jahre den Staat unterwandert und besetzte viele Stellen in der Gerichtsbarkeit und in den staatlichen Sicherheitsapparaten. Der Machtkampf zwischen den beiden früheren Partnern endete in einem von Gülen-treuen Generälen und Offizieren angeführten Militärputsch am 15. Juli 2016, der in der gleichen Nacht niedergeschlagen wurde. Die Regierung rief den Notstand aus, der bis 2018 andauern sollte und einige Grundrechte außer Kraft setzten konnte. Der gescheiterte Staatsstreich führte nicht nur beim Militär, sondern auch in allen anderen staatlichen und staatsnahen Einrichtungen zu einer Säuberungsaktion. Viele Gülenisten, vor allem Hochrangige, flüchteten ins Ausland oder befanden sich bereits Jahre vor dem Putschversuch im Exil. Fethullah Gülen selbst fand bereits 1999 Zuflucht in den USA. Die neuerdings geflüchteten Gülen-Anhänger fanden Asyl, insbesondere in Griechen-

land, Deutschland sowie Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Somit hatte der Militärputsch auch eine außenpolitische Dimension. Die Türkei beschuldigte, ähnlich wie während der Gezi-Proteste, das dunkle, auswärtige Mächte den Staatsstreich inszeniert hätten. Dass vor allem bedeutende Nato-Partner wie die USA und Deutschland den emigrierten Gülen-Anhängern Schutz boten und teilweise andere Gruppen für den Putschversuch verantwortlich machten, wurde in den Augen Ankaras als Unterstützung der FETÖ aufgefasst. Im Fokus standen die USA bzw. die CIA, mit der Gülen bereits in 60er Jahren während der Gründung des Anti-Kommunismus-Vereins in seiner Heimatstadt Erzurum in Kontakt stand (Papuççular 2023, S. 360). Auffällig ist, dass die Gülen-Bewegung im Iran und Russland seit Jahren verboten war, während in gegenüber den USA freundlich gesinnten Staaten wie Bosnien oder Kosovo, Gülenisten eine starke Basis vorweisen konnten. So war es nicht verwunderlich, dass Washington den Auslieferungswunsch Ankaras von Gülen nicht nachkam. Als daraufhin die Türkei den in Izmir tätigen Pastor und US-Staatsbürger Andrew Brunson quasi als Faustpfand wegen Spionagetätigkeiten vor Gerichte stellte, gerieten die Verhältnisse beider Staaten in eine schwere Krise. Trump drohte die türkische Wirtschaft „zu zerstören“.

Brunson wurde zwar nach zwei Jahren freigelassen, doch konnten sich weder die Beziehungen beider Staaten noch die Wirtschaft des Landes von den Zerwürfnissen nachhaltig erholen. Nach einer in 2016 durchgeführten Studie glaubten ca. 80 % der Türken, dass die USA Drahtzieher des Putschversuchs von 2016 war. Eine weitere repräsentative Befragung von 2017 kam zu dem Schluss, dass Zweidrittel der Interviewpartner die USA als größte auswärtige Bedrohung wahrnehmen (Papuççular 2023, S. 360-361). Die Beziehungen zwischen Ankara und Washington sollten sich im weiteren Verlauf noch weiter verschärfen. Nachdem die USA aus technischen und politischen Gründen 2013 den Verkauf von Patriot Abwehrraketen an die Türkei verweigerten, bestellte Ankara 2017 russische S-400-Flugabwehrraketen. Diese waren jedoch nicht kompatibel mit der Luftabwehrstrategie der NATO und stellten überdies eine Gefahr für das westliche Militärbündnis dar, da die Raketen nach Aussage Washingtons in der Lage waren, Daten aus den US-Waffensystemen auszuspähen. Die Türkei wurde infolgedessen aus dem Projekt zur Produktion moderner F35-Kampfflugzeuge ausgeschlossen und sollte auch die von ihr bestellten 100 Flugzeuge dieser Art nicht erhalten. Auch wenn die Türkei auf Druck der USA die S-400-Flugabwehrkörper nicht aktivierte und Ankara den Beitritt Finnlands und Schwedens in die NATO zunächst von der Wiedereingliederung in das F35-Projekt abhängig machte, gab Washington nicht nach (Papuççular 2023, S. 361-362). Selbst die Modernisierung der F16-Flugzeugflotte der Türkei wurde Ende 2024 noch nicht durch die USA

freigegeben. Auch den Erwerb von Eurofighter Mehrzweckkampfflugzeugen konnte Ankara bisher nicht durchsetzen. Beobachtern zufolge könnte Ankara dadurch die Luftüberlegenheit gegenüber Griechenland, welches bereits erste F35-Flugzeuge erhalten hat, verlieren.

Die angespannten Verhältnisse mit Washington führten nicht automatisch zu guten Beziehungen mit Russland. Diese wurden bereits 2010 mit dem Eingreifen der NATO und der Türkei in Libyen, zu dem Russland traditionell gute Beziehungen besaß, auf die Probe gestellt. Diese wurden verschärft, als Ankara auch Position gegenüber Assad bezog und in diesem Zuge ein ziviles Flugzeug, welches von Moskau nach Damaskus flog, unter dem Vorwurf Waffen zu liefern, zur Landung zwang. Dass dennoch Ankara nicht mit Moskau brechen wollte, zeigte sich mit der Okkupation der Krim durch Russland in 2014. Die Türkei verurteilte zwar den Einmarsch in die strategisch wichtige Halbinsel und zeigte sich besorgt über den russischen Machtzuwachs, doch beteiligte sie sich nicht an den wirtschaftlichen Sanktionen, die von der EU und der USA auferlegt wurden. Dies geschah auch aus Interesse die schwächelnde Wirtschaft der Türkei nicht noch weiter zu belasten. Als jedoch ein russisches Militärflugzeug in Syrien, welches im November 2015 den Luftraum der Türkei verletzte, durch die türkische Luftwaffe abgeschossen wurde, kam es zu der schwersten Krise zwischen beiden Ländern nach 1945, in der damals Moskau Gebietsansprüche stellte. Zuvor hatten die russischen Streitkräfte von der Türkei unterstützte Gruppen in Syrien durch mehrere Luftschläge geschwächt. Russland zeigte sich erbost über den Abschuss ihres Kampfflugzeugs und verhängte schwere wirtschaftliche Strafen an Ankara, die das Land bedeutend trafen. Überdies stationierte Moskau Flugabwehrraketen an die syrisch-türkische Grenze und verlagerte Kriegsschiffe in die Nähe der türkischen Gewässer im Mittelmeer. Ferner stellte der Kreml logistische Hilfe für die YPG zur Verfügung und erlaubte die Eröffnung einer Zweigstelle in der russischen Hauptstadt. Fast schon paradoxerweise wurde die YPG somit sowohl von Moskau als auch von Washington unterstützt. Doch auch Russland wollte die Türkei nicht gänzlich verlieren. Putin zeigte sich bereit, mit einer Entschuldigung und monetären Entschädigungen die Beziehungen wieder aufzunehmen. Mit einem Entschuldigungsschreiben Erdoğans wurden die russischen Sanktionen sukzessive aufgehoben. Die Verhältnisse beider Staaten erreichten ihren Höhepunkt nach dem Putschversuch der Gülenisten. Putin war der erste ausländische Machthaber, der der türkischen Regierung zur Seite stand. Später sollte der Abschuss des russischen Kampflugzeuges im Vorjahr durch Ankara der FETÖ zugeschrieben werden (Balcı 2017, S. 357-360).

Die russisch-türkische Krise war für beide Seiten derart erschütternd, dass nachfolgende Konflikte trotz hohen Sprengstoffs nicht zu weiteren Krisen führen sollten. Ein tödliches Attentat auf den russischen Botschafter in Ankara, Andrei Karlow, durch einen türkischen Polizisten am Vortag eines Gipfeltreffens zwischen dem Iran, Russland und der Türkei, konnte die Übereinkunft zu Operationen und Kontrollbereiche in Nordsyrien nicht verhindern. Kühler wurde es zwischen beiden Staaten, als die syrische Luftwaffe 2020, unterstützt durch Russland, ein türkisches Konvoi in Idlib angriff, bei dem 34 türkische Soldaten getötet wurden. Moskau zufolge wurden die türkischen Einheiten zwar unabsichtlich getroffen, doch befanden sich diese in der Nähe der HTS, die das eigentliche Ziel der Angriffe waren. Seitens Ankara wurden diese Aussagen mit Skepsis aufgenommen, da selbst aus der Türkei herbeigeeilte Rettungswagen angegriffen wurden. In 2020 standen sich Russland und die Türkei ebenfalls in Berg-Karabach gegenüber. Dort entflammte nach fast 30 Jahren der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan wieder, in der Baku mit militärischer Unterstützung der Türkei in Form von Waffenlieferungen die Region größtenteils wieder unter seine Kontrolle bringen konnte. Russland, welches in der Vergangenheit traditionell Armenien unterstützte, griff erst verzögert in den Konflikt ein, konnte aber zumindest ein Waffenstillstandsabkommen durchsetzen und sich den Status einer ständigen Beobachtungsmission sichern. Größerer Gewinner war allerdings die Türkei, die sich einerseits mit ihren im Krieg effektiv zeigenden Kampfdrohnen als Waffenproduzent Respekt verschaffen und andererseits nun im südlichen Kaukasus militärisch Präsenz zeigen konnte. Obwohl der Südkaukasus eine hohe geostrategische Bedeutung für Moskau besaß, gar als sein Hinterland betrachtete, duldete es mit der Türkei einem NATO-Mitglied dort nachhaltig aktiv zu bleiben. Auch der Ukrainekrieg schaffte es nicht, die Beziehungen beider Staaten aus der Balance zu bringen. Ankara verurteilte den Angriffskrieg Russlands auf seinen Nachbarstaat und bestand auf die territoriale Integrität der Ukraine. Im Vorfeld hatte die Türkei an Kiew Drohnen geliefert bzw. überlassen, die sich auch hier zumindest in den ersten Kriegstagen wirkungsvoll zeigten (Papuççular 2023, S. 368). Ferner erklärte Ankara, dass es den Vertrag von Montreux durchsetzen werde, welches Kriegsparteien die Durchfahrt durch die türkischen Meerengen nicht gestattete. Trotz dieser gegenseitigen Positionen und der Bekundung Ankaras, dem westlichen Verteidigungsbündnis treu zu sein, beteiligte sich die Türkei weiterhin kaum an den wirtschaftlichen Sanktionen an Russland. Im Gegenteil, der Handel zwischen beiden Staaten schien zu florieren, was zu Kritik vor allem aus der EU führte.

Die Beitrittsaussichten der Türkei in die EU sollten ab 2013 nahezu zum Erliegen kommen.

Einerseits hatten viele EU-Staaten selbst mit ökonomischen Problemen zu kämpfen und mussten nun auch die Probleme, die Millionen an Flüchtlingen vor allem aus Syrien mit sich brachten, bewältigen. In vielen EU-Staaten gewannen rechte Parteien immer mehr Zustimmung, die unter keinen Umständen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei befürworteten. Überdies suchte Russland immer weiter Raum in Südost- und Osteuropa, während Europa im weiteren Verlauf durch den „America First"-Ansatz von Präsident Trump in Irritation geriet. Andererseits zeigte der Ergenekon-Prozess, der Umgang mit dem Korruptionsskandal von 2013 sowie die blutig niedergeschlagenen Gezi-Proteste, dass die Türkei noch kein gefestigter Rechtstaat war. Die an die Gülen-Bewegung gerichteten Maßnahmen vor und nach dem Putschversuch, das Wiederaufflammen der Kämpfe gegen die PKK und der Einmarsch der türkischen Armee in Syrien, führten zu weiteren Kritikpunkten an Ankara. Die Türkei indes beschuldigte die EU, während des gescheiterten Staatsstreichs nicht an der Seite der gewählten Regierung gestanden zu haben. Den Einsatz der türkischen Streitkräfte in Syrien zu missbilligen, ohne jedoch das Eingreifen der USA in Syrien zu hinterfragen, wurde in Ankara als Doppelmoral eingestuft. Auch den Kampf gegen die IS – dessen Terroranschläge in der Türkei mehr Todesopfer brachten als in Europa – zu legitimieren, jedoch den Kampf gegen kurdische Terrororganisationen zu beanstanden, wurden ebenfalls in der Türkei als Zwiespältigkeit angesehen. Einen ähnlichen Dissens gab es während einer Militäroperation im Gazastreifen durch Israel in 2014 sowie zuletzt ab dem im Oktober 2023 fortdauernden Israel-Gaza-Krieg. Dem Letzteren war ein brutaler Angriff der Hamas auf junge israelische Zivilisten mit mehr als 1000 Toten vorausgegangen. Die anschließenden Vergeltungsschläge Israels wurden von der Türkei als unverhältnismäßig betrachtet und als Genozid bezeichnet. Der EU, die größtenteils auf das Selbstverteidigungsrecht Israels verwies, wurde aus Ankara vorgeworfen, ihre eigenen Werte zu verraten. Lediglich das Flüchtlingsabkommen von 2016 zeigte eine gemeinsame Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei. Doch nutze die Türkei diesen zeitweise als Trumpf, um Druck auf die EU auszuüben.

Auch in der Libyen-Frage vertrat die Türkei gegenteilige Vorstellungen als die EU. Der Bürgerkrieg in Libyen wurde aber mit der Entdeckung der Erdgasvorräte im östlichen Mittelmeer umso bedeutender. Hier geriet die Türkei nicht nur mit Griechenland und Zypern aneinander, sondern musste seine Linie auch gegen die Standpunkte Frankreichs, Italiens, Israels und Ägyptens verteidigen, die zum Eastern Mediterranean Gas Forum unter Ausschluss der Türkei zusammenkamen. Die EU, die USA und die Weltbank traten dem Forum im Beobachterstatus bei. Ankara wurde in der Erdgasfrage zunehmend isoliert, welches auch den Zypernkonflikt

und den historischen Streit mit Griechenland um die Hoheitsgewässer wieder anheizte. Der Türkei verblieb als Partner nur noch die libysche de-facto-Regierung um Fayiz as-Sarradsch, mit der Ankara in 2022 ein Abkommen zur den fossilen Energiequellen im Mittelmeer unterzeichnete, welches jedoch insbesondere von der EU als gegenstandlos betrachtet wurde. Insgesamt bezeichnete die EU die türkischen Erdgassuchaktionen als illegal. Nachdem die EU-Sanktionen auf die Führungskräfte der staatlichen türkischen Erdölgesellschaft verhängte, demonstrierte die türkische Regierung ihre Entschlossenheit mit der Entsendung eines Erdgaserkundungsschiffes in 2021 unter Begleitung der türkischen Marine. Dies veranlasste Griechenland ebenfalls Kriegsschiffe in die Region zu verlagern. Als ein griechisches und türkisches Kriegsschiff verunfallten, stieg die Kriegsgefahr spürbar an. Erdoğan drohte Athen „eines Nachts auf Knall und Fall herbeizukommen“. Auch wenn sich die Situation im weiteren Verlauf entspannte, zeigte sich die türkische Isolation nun offen. Das ständige Auf und Ab in den Beziehungen zu Ankara, hatten die USA veranlasst, stärker mit Athen zu kooperieren, welches in dem Aufbau von gut gerüsteten US-Militärbasen endete.

7.4.2 Kurzresümee

Während die Türkei ihre Ambitionen als regionale Großmacht in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts mit einem Soft Power-Ansatz zu verwirklichen suchte, kehrte sie in den 2010er Jahren wieder auf eine Hard Power basierende Außenpolitik zurück. Gleichzeitig kam es zu einer wesentlichen Änderung im Regierungssystem: das Präsidialsystem löste das seit der Republikgründung existierende – wenn zeitweise auch nur formal – parlamentarische System ab. Dies verschob die Entscheidungsgewalt in der Außenpolitik erheblich. Staatspräsident Erdoğan, der auch die Präsidentschaftswahl in 2023 für sich entscheiden konnte, wurde sowohl persönlich als auch förmlich der einzige Verantwortliche in der Gestaltung der Außenpolitik. Der türkische Geheimdienst, welcher unter der Leitung vom früheren TİKA-Präsidenten Hakan Fidan umorganisiert wurde, bekam immer mehr außenpolitisches Gewicht. Fidan wurde in 2023 zum neuen Außenminister berufen, der das Ministerium, das zuletzt eher in der zweiten Reihe agierte, höchstwahrscheinlich wieder nach vorne rücken wird.

In dieser Periode befanden sich türkische Soldaten zu Kampfhandlungen in Syrien, Libyen und in Berg-Karabach. In Somalia und Katar wurden Militärbasen errichtet. Gasfelderkunden wurden unter Begleitung der türkischen Marine durchgeführt. Der erste türkische Flugzeug-

träger, die TCG Anadolu, nahm ihren Betrieb auf. Die Türkei wurde zu einer Drohnenmacht erklärt und erste Prototypen eines türkischen Kampfflugzeuges konnten erfolgreiche Probeflüge starten. Doch diese scheinbaren Muskelspiele sind Ausdruck einer erneuten Unsicherheitslage, ähnlich wie sie sich bereits in den 1990er Jahren zeigte. Ob im Norden der Ukrainekrieg, die Unruhen in Georgien, der Krieg um Berg-Karabach, die aggressive Grundhaltung des Irans gegenüber dem Westen und Israel, die militärischen Konflikte im Irak, die unzähligen Terroranschläge durch die IS und die PKK im eigenen Land, ein gescheiterter Putschversuch einer weiterhin im Ausland agierenden Organisation, der Krieg in Syrien, die Konflikte mit Israel und Ägypten, der Dissens mit Saudi-Arabien, der Bürgerkrieg in Libyen, militärische Zwischenfälle mit Frankreich, der Beinahekrieg mit Griechenland gepaart mit Krisen sowohl mit der USA als auch mit Russland: von allen Seiten sieht sich die Türkei Gefahren entgegen, die das Land trotz großer wirtschaftlicher Probleme immer weiter in die Militarisierung treiben. Einer anderen Ansicht zufolge hat sich die Türkei durch ihre expansive Grundhaltung und ihrer Interventionen in die einzelnen Kriegsgebiete bewusst in eine Großmachtpolitik hineinmanövriert und hegt Neo-Osmanische Ansprüche. So oder so verfolgt die Türkei eine gestalterische Außenpolitik, in der sie sich keiner Allianz unterordnen zu wollen scheint. Dabei ist zu beachten, dass der wirtschaftliche Handel der politischen Macht folgt. Kurz nach dem Sturz Assads signalisieren bspw. türkische Firmen am Wiederaufbau Syriens partizipieren zu wollen.

Die einzige Nachbarregion der Türkei, in der kein Krieg zu verzeichnen ist, ist mit dem Balkanraum gleichzeitig ihre bedeutendste Peripherie. Jedoch gab es auch hier mehrmals Kriegspotential zwischen Kosovo und Serbien. Kosovo wurde erst 2008 unabhängig, wobei einige Staaten, allen voran Russland, diese Eigenständigkeit nicht anerkennen.

Gemäß dem theoretischen Analysemodell war das *internationale Umfeld* wieder *bedrohlicher* geworden. *Innenpolitisch* konnte Erdoğan viel Macht akkumulieren und war nahezu *alleiniger Wegweiser* der außenpolitischen Richtung des Landes. Kosovo wurde seit der Unabhängigkeit intensiv durch die Türkei (die *machtpolitisch überlegen* war) unterstützt. Wie würde sich die externe türkische Minderheitenpolitik bezüglich Kosovo unter diesen Voraussetzungen entwickeln?

7.4.3 Türkische Minderheitenpolitik in Kosovo

Die Intervention Ankaras neben der Türken-Hochburg in Mamusha auch in der zweitgrößten Stadt Kosovos, Prizren, Türkisch als Amtssprache einzuführen, hatte sich bezahlt gemacht. Doch in der praktischen Umsetzung konnte sich in beiden dieser Städte die türkische Sprache nicht gänzlich durchsetzen. In staatlichen Gesundheitszentren, Polizeistationen, Gerichten und verschiedenen anderen städtischen Verwaltungseinrichtungen wird nur selten Türkisch angeboten. Zur Freude innerhalb der türkischen Minderheit führte jedoch die Einführung von neuen Personalausweisen in 2013, in der die Daten neben Albanisch, Serbisch und Englisch nun auch in Türkisch aufgedruckt werden konnten (Suroy 2020, S. 76). In einem Bericht der OSZE bezüglich der Minderheitenrechte in Kosovo, wurde auf mangelnde Übersetzungsdienste in den Stadtparlamenten sowie unzureichende Wegweiser und Straßenschilder in Türkisch hingewiesen (Toprak 2020, S. 158). Medien sowie TV- und Radiosendungen über den Staatsfunk sind jedoch landesweit vorhanden, auch wenn die Qualität und Quantität nicht immer als genügend bezeichnet wird. Als Schulsprache ist die türkische Sprache gut vertreten. Ungefähr 2500 türkische Schüler genießen Türkisch-Unterricht an kosovarischen Schulen. An den staatlichen Universitäten in Pristina und Prizren werden vier türkischsprachige Studiengänge angeboten (Suroy 2020, S. 77). Doch befinden sich die türkischen Schulen zumeist in einem schlechten technischen Zustand. An vielen Schulen fehlen schulische Hilfsmittel und spezielle Unterrichtsräume wie bspw. Labore oder Turnhallen. Schulbücher sind zwar vorhanden, jedoch oft veraltet und unzulänglich. Vor allem wird in weiterführenden Schulen von knappen Türkisch-Büchern berichtet (Toprak 2020, 158-159). Um den Mangel auszugleichen, versorgt die Türkei von den Grundschulen bis zu den Universitäten die Bildungseinrichtungen mit Sachbüchern und sonstiger türkischer Literatur. Hilfen in Unterrichtsbüchern sind oftmals aufgrund des sich ständig ändernden Lehrplans jedoch ineffizient (Suroy 2020, S. 85). Ferner wurden von der TİKA mehrere türkische Grundschulen renoviert sowie die Räumlichkeiten des Studiengangs Türkische Sprache und Literatur an der Universität Prizren generalüberholt. Trotz vorhandener Schwierigkeiten lobte der türkische Außenminister bei einem Besuch die kosovarische Regierung bezüglich der Nutzungsmöglichkeiten der türkischen Sprache in der Öffentlichkeit. Der kosovarische Außenminister Hashim Thaçi stimmte 2015 seinem Amtskollegen zu und bestätigte, dass die türkische Minderheit das erlangt habe, was ihr verdientermaßen zustehe und betonte ihre exzellente Rolle in den Beziehungen beider Staaten (Toprak 2020, S. 152-155). Spätere Forderungen seitens der Kosovo-Türken an die KDTP und Richtung Ankara, der türkischen Sprache zur landesweiten Einführung als Amtssprache

zu verhelfen, wurde aus der Türkei eine Absage erteilt. Das erst kürzlich die Selbstständigkeit erlangte Kosovo sollte nicht durch neue, ethnisch gerechtfertigte Ansprüche aus der Balance gebracht werden (Toprak 2020, S. 161).

Wie Außenminister Çavuşoğlu 2017 bei einem Treffen betonte, stand die Sicherheit und Stabilität Kosovos mit der Sicherheit und Stabilität des gesamten Balkanraums in einer Wechselwirkung. Daher war der innere Zusammenhalt Kosovos zu wichtig, um diesen mit ethnischen Maximalforderungen aufs Spiel zu setzen. Der Außenminister lobte in diesem Zusammenhang die TİKA, die seit ihrer Gründung 600 Projekte in Kosovo verwirklicht und dafür 100 Millionen Dollar ausgegeben hatte und dabei das gemeinsame, zusammenschweißende Kulturgut zum Vordergrund ihrer Arbeit stellen würde. Die TİKA würde ferner durch zahlreiche arbeitsplatzfördernde Maßnahmen und mit diversen Beihilfen zur Weiterentwicklung einzelner Branchen, das Prestige der Türkei in Kosovo deutlich erhöhen (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2017a). Auch wenn die TİKA stärker in der Region um Prizren als in Pristina aktiv ist, so spricht die türkische Entwicklungshilfe nicht nur die türkische Minderheit an, sondern die gesamte kosovarische Bevölkerung. Bereits Fred Cocozelli (2008) von der St. John‘s Universität bemerkte, dass dies der türkischen Minderheit noch stärker zugutekommt. Demnach stellt die TİKA keinen politischen oder ethnischen Bezug in ihrer Arbeit her und steigert dadurch das Ansehen der Türkei. Somit nehmen Handelsbeziehungen und andere Beziehungen Fahrt auf, die mittelbar die türkische Minderheit stärker zur Geltung bringen. Die KDTP mit in eine Koalition aufzunehmen wird wertvoller und dadurch können sich die Türken im Land besser integrieren und ihr Sicherheitsgefühl steigern (Ünlü Bilgiç/Bilgiç 2012, S. 53). Zudem profitieren die Angehörigen der türkischen Minderheit als Bürger Kosovos ebenfalls von den vielen Infrastrukturprojekten oder den wirtschaftsfördernden Entwicklungshilfen. Dennoch wünschen sich viele, dass das Mutterland Türkei mehr direkte als indirekte Hilfe leistet (Suroy 2020, S. 85). Dies gilt auch für die Arbeit der anderen staatlichen bzw. staatsnahen Institutionen der Türkei, wie der YTB oder der YEE, die ebenfalls eine an alle Volksgruppen gerichtete Politik betreiben und somit den Zugang der Türkei zu allen Bevölkerungsgruppen aufrecht erhalten (Toprak 2020, S. 161). Einen großen Sonderstatus erhält die türkische Minderheit somit nicht. Dies zeigte sich insbesondere bei der Verteilung von Stipendien ab 2013. Demnach führte die YTB ein neues Verteilungssystem ein, in der die Zahl der exklusiven Stipendien an Angehörige der türkischen Minderheit von 50 auf 20 fiel. Yağcılar unternahm daraufhin eine Reise nach Ankara und sprach das Thema zunächst bei Vize-Ministerpräsident Bekir Bozdağ an – ohne Erfolg. Anschließend traf er sich direkt mit dem

YTB-Präsidenten Kemal Yurtnaç und zeigte sich enttäuscht darüber, dass die türkischen Studenten in Kosovo nicht weiter privilegiert behandelt werden. Doch selbst die Bitte an Erdoğan, bei dessen Besuch in 2013 einzugreifen, blieb erfolglos. Laut der YTB war ein Grund für die Reform im Verteilungsschlüssel auch der Umstand, dass kosovarisch-türkische Studenten nach dem Studium oftmals nicht in ihre Heimat zurückkehrten (Karamuço 2018, S. 361-363).

Auch in Kosovo sieht die TİKA als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Restaurierung von historischen Moscheen aus der Osmanenzeit und anderer türkischer Denkmäler an. So wurden bspw. die Sinan-Pascha- und Emin-Pascha-Moscheen in Prizren, die Sultan-Mehmed-al-Fatih-Moschee in Pristina, die Bajrakli-Moschee in Peja oder die Hadum-Moschee in Gjakova wiederhergestellt. Wie in anderen Balkanländern auch, soll dadurch der frühere Herrschaftsbereich des Osmanischen Reiches zur Schau gestellt und ein gewisses Machtstreben gezeigt werden. In letzter Zeit kommt es jedoch zu einer neuen Form von Moscheen als sichtbare Machtsymbole. Sowohl in der Türkei als auch im Ausland errichtet die AKP-Regierung monumentale Großmoscheen, die mehrheitlich das Stadtbild überragen und durch ihre Präsenz den islamischen/islamistischen und nationalistischen Gründungsdiskurs der AKP demonstrieren und zementieren sollen (Öktem 2023). Beispiele sind in der Türkei die Abdulhamid-Han-Moschee in Kahramanmaraş oder die Uzun-Mehmet-Moschee in Zonguldak. Im Ausland wäre die Skopje-Moschee zu nennen oder die Pristina-Moschee. Das 90 Meter hohe, mit vier Minaretten bestückte Bauprojekt in der kosovarischen Hauptstadt wird bei Fertigstellung 7.000 Gläubigen Platz bieten. Wie auch in Skopje gab es Proteste gegen den Bau der Moschee. Diese betrafen nicht per se die Errichtung eines Gotteshauses, sondern richteten sich gegen die erhabene Größe und den architektonischen Stil. Die Proteste wurden von einem ehemaligen UÇK-Anführer organisiert, der die Behörden zum Handeln gegen das von der Türkei finanzierte Projekt aufforderte. Dies wäre ein Affront gegenüber der Unabhängigkeit Kosovos. Der Kosovo wäre keine türkische Provinz. Gegen die Demonstration wurde eine Gegendemonstration durchgeführt (KOSOVAPORT 2020).

Dies war nicht das erste Mal, dass die Türkei, trotz der Unterstützung im Kosovokrieg, im Unabhängigkeitsprozess und gegenwärtig bei der Anerkennung durch die Weltgemeinschaft oder trotz den vielen Entwicklungshilfen, Widerhall durch Angehörige der albanischen Mehrheitsgesellschaft erfuhr. Im Jahr 2016 wurde das türkische Generalkonsulat Opfer eines Angriffs. Eine Gruppe Jugendlicher warf in den Nachtstunden eine Brandflasche auf das Gebäu-

de. Tags zuvor wurde im kosovarischen Fernsehen eine Reportage unter dem Titel „Türkisches Schmiergeld“ gezeigt, in der über den bevorstehenden Kauf des Elektrizitätsnetzes des Kosovo durch ein türkisches Unternehmen berichtet wurde. In der gleichen Nacht wurde eine türkische Flagge, die neben anderen Flaggen befreundeter Staaten des Kosovos auf einem Fahnenmast hing, angezündet. Einige Wochen später wiederholte sich die Fahnenverbrennung, wobei alle anderen Flaggen erneut unversehrt blieben. Die KDTP und andere Zivilgesellschaften der türkischen Minderheit verurteilten den Anschlag und forderten die Behörden auf, tätig zu werden. Staatsminister Yağcılar bezeichnete die Türkei-Feindlichkeit als Undankbarkeit gegenüber einem Land, das viel für die Unabhängigkeit Kosovos getan hätte (Karamuço 2018, S. 352-357). In der Tat sind türkische Unternehmen und Produkte in Kosovo allgegenwärtig. 2013 wurde ein Freihandelsabkommen zwischen der Türkei und dem Kosovo abgeschlossen, welches die Türkei zu einem der wichtigsten Handelspartner für den Balkanstaat machte. Ab dem Abschluss des Freihandelsabkommens bis 2023 stiegen die Exporte in die Türkei um 78 Prozent und die Importe aus der Türkei um 28 Prozent an. Ankara wurde damit für den Kosovo nach Deutschland zum zweitwichtigsten Importpartner (Ketenci 2023, S. 274). Bereits 2008 hatte die Türkei die Kosovarisch-Türkische Handelskammer in Pristina eröffnet und türkischen Firmen den Zugang zu diversen Investitionen, zum Teil auch Privatisierungen von Staatsunternehmen, vereinfacht (Toprak 2020, S. 151-153). Im September 2024 rühmte sich Außenminister Fidan mit 10.000 Beschäftigten in türkischen Firmen.

Neben dem Elektrizitätsnetz wird mit dem Flughafen Pristina eine zweite strategisch wichtige Infrastruktureinheit durch ein Unternehmen aus der Türkei betrieben. Spätestens nach einer verhängnisvollen Rede Erdoğans bei seinem Besuch in Kosovo 2013, sind die Aktivitäten der Türkei jedoch nicht überall willkommen. Noch vor seine Reise berichteten Medien, dass die Türkei auch Interesse am staatlichen Postwesen, dem Telefonnetz und an einem großen Kohlekraftwerk hätte. Während der Eröffnung des von einem türkischen Bauunternehmen errichteten Flughafens sagte Erdoğan, dass Unternehmen aus der Türkei besonders in den Sektoren Finanzen, Versicherungen, Textil, Nahrung und Bauwirtschaft aktiv seien und über eine Milliarde Dollar investiert hätten. Nach seiner Weiterfahrt fuhr der türkische Ministerpräsident in Prizren fort: „Wir entstammen alle einer gemeinsamen Geschichte, einer gemeinsamen Kultur, einer gemeinsamen Zivilisation. Wir sind befreundet, verbrüdert und verwandt. Vergesst nicht: die Türkei ist Kosovo und Kosovo ist die Türkei (Özlem 2016, S. 324 n. Kosova Haber 2013). Mit diesen Worten wollte Erdoğan keineswegs das Land für die Türkei beanspruchen, sondern die Gemeinsamkeiten hervorheben (Bieber 2023, S. 154). Dennoch lösten die Aussa-

gen Erbitterung bei vielen Kosovaren aus, die darin eine erneute Invasionsabsicht der Türken zu verstehen wussten und sich durch den Kauf strategischer Infrastruktur bestätigt fühlen. Mit „Kosovo ist die Türkei“ wurden Erinnerungen an den in Serbien geläufigen Schlachtruf „Kosovo je Srbija“ (Kosovo den Serben) wach (Emin 2017).

Während die zuvor gezeichneten Probleme durch die kosovarische Regierung besänftigt wurden und diese stets den Zusammenhalt zwischen beiden Staaten betonten, kam es mit dem gescheiterten Militärputsch der Gülenisten 2016 erstmals zu großen Verstimmungen. Während einem Besuch von Staatspräsident Thaçis in Ankara wenige Monate nach dem Putschversuch sagte Erdoğan, dass die türkische Minderheit eine wichtige Rolle in den Beziehungen beider Länder einnehmen würde und die FETÖ innerhalb des Balkans ihr stärkstes Netzwerk in Kosovo gebildet hätte. Alle jungen Leute in ihren Fängen müssten befreit werden, indem die von der Gülen-Bewegung betriebenen Schulen zur staatsnahen Stiftung für Bildung der Türkei (*Türkiye Maarif Vakfı [TMV]*) überführt werden. Thaçi antwortete, dass jeder, der in der Türkei als Terrorist gelte, auch für Kosovo ein Terrorist wäre und hierzu keine Zugeständnisse gemacht würden (Toprak 2020, S. 156). Nachdem ein dazu angefertigtes Protokoll unterschrieben wurde, nahm die TMV in 2017 Kosovo ihren Betrieb auf. Außerdem wurde mit der Initiative „Türkiye Mezunları“ (= Absolventen der Türkei) ein Alumni-Netzwerk durch die YTB ins Leben gerufen, die ebenfalls ähnliche Strukturen der Gülen-Bewegung obsolet machen sollte. Es wird angenommen, dass sich im Kosovo um die 80 hochrangige Gülen-Anhänger befinden. Diese sind besonders neben dem Bildungsbereich auch in der Medienwirtschaft, im Buchverlagswesen und im Tourismus tätig. Die Bewegung unterhält in den Städten Pristina, Lipjan, Prizren und Gjakova Privatschulen sowie Kindergärten und betreibt Fernsehkanäle, Zeitungen, Zeitschriften und Websites. Beobachtern zufolge wird sie dabei von Politik und Verwaltung unterstützt (Shtavica 2018, S. 3-12).

Ankara forderte mehr, als Ersatzorganisationen zuzulassen. Alle in der Türkei gesuchten Gülenisten in Kosovo sollten bedingungslos an Ankara ausgeliefert werden. Als Pristina dem nicht nachkam, wurden in Rahmen einer Operation in 2018 durch den türkischen Geheimdienst sechs mutmaßliche FETÖ-Angehörige in Kosovo mit Hilfe von örtlichen Sicherheitsbehörden festgenommen und in die Türkei gebracht. Die rechtswidrige Operation wurde von der EU kritisiert. Maja Kocijančič, Pressesprecherin für Außenpolitik und EU-Erweiterung bei der Europäischen Kommission, erinnerte an die universellen Rechte jedes Einzelnen im Rahmen regulärer Verfahren (Radio Liberty 2018). Daraufhin entließ der kosovarische Minis-

terpräsident Ramush Haradinaj sowohl den Innenminister als auch Geheimdienstchef und zog damit den Zorn Erdoğans auf sich. Erdoğan polterte:

> „Hey du Ministerpräsident Kosovos: durch wessen Anweisungen hast du diesen Schritt unternommen? Seit wann deckst du die, die sich gegen die Republik Türkei erheben wollten? Als erstes Amerika, als zweites waren wir es gewesen, die binnen Minuten Kosovo anerkannten. Hast du etwa keinen Schimmer davon? Wie kannst du nur diese Männer, die in der Türkei putschen wollten, mit deinen eigenen Händen beköstigen? Jene Türkei, die Kosovo als ihren Bruder in ihr Herz schloss. Dafür wirst du büßen. … Man macht keine Politik, indem man fernbedient wird. Diejenigen, die fernbedient Politik machen, werden mit der gleichen Fernbedienung eines Tages ausgeschaltet werden“ (Çelik 2018).

Damit meinte Erdoğan die EU und die USA, die ebenfalls Gülen und seinen Gefolgsleuten Asyl gewährten und offensichtlich in Erdoğans Augen die kosovarische Regierung beeinflussten. Staatspräsident Thaçi, der ebenfalls die Geheimdienstoperation verurteilt hatte, wollte beschwichtigen und erklärte, dass Kosovo ein Rechtsstaat sei und eine gewaltsame Auslieferung ohne richterlichen Beschluss nicht durchgeführt werden könnte. Die Türkei hätte aber das Recht gegen die FETÖ vorzugehen (Toprak 2020, S. 157). Thaçi hatte oftmals die Türkei als engsten Verbündeten Kosovos bezeichnet. Eine Sonderkommission der Parlamente in Kosovo gab 2019 bekannt, dass Thaçi seine Zustimmung für den Geheimdiensteinsatz gegebenen haben muss (Bieber 2023, S. 159-164).

In den nachfolgenden Jahren sollten bei allen hochrangigen Staatsbesuchen der Forderung, die Gülen-Bewegung auszuschalten, Nachdruck verliehen werden. Bei einem Besuch von Außenminister Çavuşoğlu 2018 in Kosovo, verlangte dieser gegen die Gülenisten vorzugehen und erinnerte daran, dass die türkische Minderheit die kosovarische Gesellschaft bereichern würde und dass sich dies nicht ändern dürfe (Toprak 2020, S. 157). Wie zu vielen Themen auch, spricht die KDTP auch hier eine gemeinsame Sprache mit dem türkischen Außenministerium und fordert ebenfalls über diverse Kanäle, die Gülen-Bewegung aus Kosovo zu verbannen. Die Partei organisierte in der Vergangenheit auch Demonstrationen gegen die FETÖ (Kasap 2018). Zwar ruft die Türkei die Behörden Kosovos auch dazu auf, gegen den Salafismus vorzugehen – die islamische Radikalisierung in dem Land wird als hoch eingeschätzt und verhältnismäßig viele haben sich dem IS angeschlossen – doch steht die Gülen-Bewegung eindeutig stärker im Fadenkreuz (Diyanet Haber 2021). Während die kosovarischen Sicher-

heitsdienste gegen die gewaltbereiten Extremisten vorgehen, gibt es wenig Tatendrang gegenüber den Gülenisten (Feilcke 2016). Trotz der Differenzen bezüglich der FETÖ hält die Türkei jedoch an der internationalen Unterstützung des Kosovos fest. 2020 traf sich Çavuşoğlu mit seiner Amtskollegin Haradinaj-Stublla und bemerkte, dass die Türkei ab dem ersten Tag viel Aufwand für die Anerkennung des Kosovos betrieben habe und auf der internationalen Bühne auch in Zukunft fest an der Seite Kosovos stehen würde. Die Türkei würde die Integration Pristinas in die euro-atlantischen Strukturen unterstützen, denn dies wäre nicht nur für den Frieden und die Stabilität des Kosovo, sondern für die gesamte Region von Bedeutung. Ferner zeigte sich Çavuşoğlu gespannt auf die anstehenden Wahlen in Kosovo. In der Vergangenheit wären die Wahlvorgänge dort immer demokratisch gelaufen. Auch die türkische Minderheit hätte in diesem System ihren Platz gefunden (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2020a).

Die Verfassung des Kosovo von 2008 sieht für die diversen Minderheiten ein Kontigent für die Exekutive, Legislative und Judikative vor. Demnach sind zwei Sitze des kosovarischen Parlaments für Abgeordnete aus den Reihen der türkischen Minderheit reserviert. Mindestens zwei Minister müssen aus den Minderheitengesellschaften entstammen, wovon einer serbische Wurzeln haben muss. Der andere Staatsminister muss nicht zwangsläufig Türke sein, war es aber in der Vergangenheit immer. Ein Richter des Verfassungsgerichts muss türkischer Herkunft sein, daneben gibt es Mindestbesetzungen in den kommunalen Organen sowie im Staatsdienst (Suroy 2020, S. 77). Aktuell und seit Inkrafttreten der Verfassung werden die erforderlichen Quoten hinsichtlich der Kosovo-Türken eingehalten. Laut dem OSZE-Minderheitenreport bezüglich Kosovo ist die Präsenz der türkischen Minderheit in den öffentlichen Ämtern ordnungsgemäß und achtbar (Toprak 2020, S. 159-160). Dies wird folgend den Worten Çavuşoğlus seitens der Türkei ähnlich empfunden. Von vornherein ist Ankara parteipolitisch aktiv in Kosovo. Bereits 1990 bei der Gründung der ersten türkischen Partei in Kosovo, der Türkisch Demokratischen Union (*Türk Demokratlar Birliği [TDB]*), zeigte sich die türkische Botschaft in Belgrad interessiert und sagte allerlei Unterstützung zu. Die Parteispitzen der TDB verfolgten – auch nach Empfehlungen aus Ankara – eine Politik, die den Status Quo in Jugoslawien aufrecht erhalten sollte. Somit mischte sich die TDB nicht in den albanisch-serbischen Dissens ein. In 2000 änderte die Partei ihren Namen und firmierte von da an als KDTP. 1990 wurde eine zweite türkische Partei ins Leben gerufen, die in Ankara keinen Zuspruch gewann und sich später wieder auflöste (Karamuço 2018, S. 148-157).

2007 kam es erstmals zu einer Abspaltung innerhalb der Partei. Trotz Einwirkungen aus der

Türkei konnte eine zweite türkische Liste bei den Wahlen nicht vermieden werden. Auf Initiative Ankaras kam es 2011 wieder zum Zusammenschluss aller türkisch-demokratischen Kräfte in Kosovo. Lange sollte die Einheit jedoch nicht halten. Bereits 2012 kam es zu Streitigkeiten innerhalb der Partei. Viele Parteifunktionäre zeigten sich unzufrieden mit der Arbeit von Parteichef und Staatsminister Yağcılar und drohten mit der Gründung einer neuen Partei, sollten keine Reformen stattfinden. Der sich zu dieser Zeit in Kosovo befindende türkische Vize-Ministerpräsident Bekir Bozdağ mahnte zur Einheit, zeigte aber seine Nähe zu Yağcılar. Als die nötigen Reformen ausblieben, begab sich der parteiinterne Oppositionsführer, Arif Bütüç, im April 2013 nach Ankara und forderte Unterstützung für eine Parteigründung. Bereits bei seinem ersten Treffen mit einem hochrangigen Amtsinhaber, Parlamentspräsident Cemil Çiçek, kam ihm Empörung entgegen. Çiçek klagte, dass man von den Kosovo-Türken nur eines verlange, nämlich Einheit und Eintracht. Die Wählerschaft der türkischen Minderheit wäre ohnehin nicht groß, hier Tür und Tor für eine Zersplitterung zu öffnen, würde niemandem helfen. Die Türkei, so Çiçek weiter, würde solch ein Vorhaben nicht unterstützen. Damit offenbarte der Parlamentspräsident die „Ein-Partei-Politik“ Ankaras bezüglich der türkischen Gesellschaft in Kosovo (Karamuço 2018, S. 211-214). Trotz der Einwände aus Ankara wurde im Sommer 2013 die Türkische Partei für Gerechtigkeit in Kosovo (*Kosova Türk Adalet Partisi [KTAP]*) durch Bütüç gegründet. Ankara isolierte die Partei von Anfang an. Bei den Wahlen in 2014 konnte die KDTP zwei Sitze im Parlament erlangen und Yağcılar wurde erneut zum Minister für die Öffentliche Verwaltung ernannt. Das türkische Außenministerium zeigte sich über eine Stellungnahme erfreut über die Berufung eines Kosovo-Türken in das Kabinett (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2014).

Dabei wurde die KDTP bei den Wahlen durch die Türkei unterstützt. Bereits bei vorherigen Wahlen zeigte sich der Staatsfunk der Türkei, die TRT, sowie das Ministerium für Kultur und Tourismus aktiv mit Musik- und Tanzgruppen, die die Wahlkampfauftritte der KDTP verschönern sollten. Auch der türkische Botschafter sowie Politiker aus der Türkei waren bei den Wahlveranstaltungen anwesend. Zudem organisierte die YTB die Anreise von kosovarisch-türkischen Studenten in der Türkei zu den Wahlen. Bei den vier Parlamentswahlen zwischen 2001 und 2010 konnte die KDTP jeweils drei Abgeordnete – und somit einen mehr als verfassungsrechtlich garantiert – nach Pristina schicken. Der dritte Parlamentssitz war jedoch vor den Wahlen 2014 mit dem Antritt der KTAP in Gefahr. Mahir Yağcılar erklärte gegenüber der Presse, dass Funktionäre aus der Türkei beide türkischen Parteien durch einen Treueschwur gebunden hätten über eine Wahlliste anzutreten, jedoch Arif Bütüç, dem keine Taten folgen

ließe. Wer die türkischen Funktionäre gewesen sein sollen, nannte Yağcılar nicht. Bütüç rechtfertigte sich jedoch, dass er auf Wunsch vom türkischen Ministerpräsidenten mit der KDTP zusammengekommen sei, jedoch keine Zugeständnisse gemacht hätte (Karamuço 2018, S. 397). Wie durch die Politiker in der Türkei immer wieder betont, führte die Bildung einer zweiten Partei zur Spaltung der türkischen Stimmen, welches zum Verlust des dritten Parlamentssitzes führte. Ein ähnliches Bild ergab sich 2017 und 2021, in der ebenfalls Parlamentarier aus der Türkei den Wahlveranstaltungen der KDTP beiwohnten. Die KDTP konnte ihre beiden Sitze im Parlament verteidigen, während auch der Ministerposten behauptet werden konnte. Die Spaltung der Stimmen der türkischen Minderheit, führt nicht nur zu einem Sitzverlust im Parlament, sondern wirkt sich auch negativ auf Anzahl von Vizeministern, Beratern und hochrangigen Staatsbeamten sowie auf Bürgermeister und andere kommunaler Ämter aus (Suroy 2020, S. 83). Wie wichtig der türkische Einfluss bei den Wahlen in Kosovo zu sein scheint, zeigte sich bei den Kommunalwahlen in 2013. Dabei traten in Prizren Ramadan Muja und Eqrem Kryeziu zur Stichwahl an. Muja, durch die KDTP unterstützt, konnte die Wahl gewinnen. Wahlverlierer Kryeziu sagte nachfolgend, dass Recep Tayyip Erdoğan mit seiner Rede in Prizren ihn um den Sieg gebracht hätte (Karamuço 2018, S. 483).

Spätestens ab der Volkszählung in Kosovo 2011, die die Anzahl der türkischen Volksgruppe im Land mit 18.000 bescheinigte, engagiert sich die KDTP für die doppelte Staatsangehörigkeit. Dieses Vorhaben nahm Fahrt auf, als Erdoğan gegenüber der Presse erklärte, dass man unter Umständen den syrischen Flüchtlingen die türkische Staatsbürgerschaft erteilen könnte. Allerdings blieben die Bemühungen der KDTP bisher erfolglos. Yağcılar betont, dass eine türkische Staatsbürgerschaft eine Herzensangelegenheit für die Kosovo-Türken darstelle und diese somit ein stärkeres Sicherheitsgefühl erlangen würden. Beobachtern zufolge möchte Ankara es jedoch vermeiden, dass die meisten Kosovo-Türken anschließend in die Türkei auswandern, während Angehörige der Minderheit dazu keinen Anlass sehen. Für Ankara wären die Türken in Kosovo nützlicher als in der Türkei selbst (Karamuço 2018, S. 360). Ohne Details zu nennen sagte auch Erdoğan in 2023 bei einem Empfang des kosovarischen Ministerpräsidenten Albin Kurti in Ankara, dass die türkische Minderheit eine Brückenfunktion zwischen beiden Ländern einnehme und bedankte sich für die positive Politik Kosovos gegenüber der Volksgruppe. Kurti pflichtete ihm bei. Die türkische Minderheit wäre nicht mehr wegzudenken und würde einen wichtigen Beitrag für den Wohlstand Kosovos leisten (T.C. Cumhurbaşkanlığı 2023).

Bei seiner Reise in den Kosovo im September 2024 fand Hakan Fidan ähnliche Worte:

> „Schön, dass es euch gibt. Dass ihr die türkische Sprache, die türkische Kultur, die türkische Geschichte trotz alledem seit Jahren hier weiterleben lasst; eure Existenz, eure Einigkeit, euer Wohlstand, eure Beliebtheit bedeutet uns wirklich viel. Dass es euch gut geht, dass ihr in Ruhe, Frieden und Wohlfahrt lebt, ist eines unserer größten Sorgen. Die Republik Türkei war immer für euch da und wird es in Zukunft auch immer sein“ (Haberturk 2024).

Auch als er noch in der Funktion des TİKA-Präsidenten war, habe Erdoğan ihn auf die Beibehaltung eines türkischen Daseins in Kosovo eingestimmt. Der Staatspräsident habe ihn angewiesen, alles Nötige zu tun, damit insbesondere in Prizren türkisches Leben bestehen bleibt und dieses Leben selbst mit bescheidenen Mitteln vereinfacht wird. Der ehemalige Geheimdienstchef erklärte weiter: „Aber ein viel größerer und strategischer Ansatz ist es, dass ihr stets im Gedächtnis und damit Teil der Strategie der türkischen Republik … seid“ (Habertürk 2024 [Übersetzung durch den Autor]). Der Außenminister zeigte sich jedoch bei seinem Treffen mit den Entscheidungsträgern Kosovos enttäuscht über das zaghafte Vorgehen gegenüber der Gülen-Bewegung. Fidan stellte heraus, dass die FETÖ auch eine Gefahr für Kosovo darstelle, aber unabhängig davon, allein die Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen beiden Staaten die Bekämpfung der Organisation von selbst erfordere (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2024). Den Frieden in Kosovo zu wahren und damit die Ruhe in der Balkanregion zu fördern, wäre die wichtigste Strategie der Türkei, so Fidan (Habertürk 2024).

7.4.4 Zwischenfazit zur türkischen Minderheitenpolitik in Kosovo

Ähnlich wie in den 1990er Jahren ist das internationale Umfeld der Türkei *unsicherer* geworden. Dabei ist die Türkei im Nahen Osten teilweise selbst an Kampfhandlungen beteiligt. Dies bindet Ressourcen und Kapital. Die *wirtschaftliche Situation* des Landes ist weiterhin herausfordernd. Daher kann die Türkei dem Balkan nicht mehr die gleiche Aufmerksamkeit schenken, wie sie es in den Nullerjahren tat. Der jährliche Etat der TİKA und YTB wurden, gemessen am Eurokurs, in den letzten Jahren schrittweise gekürzt. Gegenüber Kosovo hatte Ankara jedoch früh *gute politische und wirtschaftliche Verhältnisse* aufgebaut, was sich in den letzten Jahren ausbezahlt hat. Mittlerweile ist die Türkei der größte Importpartner. Außerdem sind türkische Firmen aktiv in Kosovo und betreiben viele Unternehmen mit strategischer Bedeu-

tung. Das erhöht das Potential einer Einflussnahme durch Ankara. Auch in anderen realistischen *Machtfaktoren* ist die Türkei dem Kosovo überlegen. Doch ist Pristina nicht abhängig von der Türkei, vor allem sicherheitspolitisch nicht. Weiterhin sind die USA präsent in Kosovo und sichert dessen Eigenständigkeit mit ab.

Doch das beobachtbare Übergewicht der Türkei in den Beziehungen stößt auch auf Unmut bei Teilen der kosovarischen Bevölkerung. Einige Aussagen von türkischen Vertretern sowie gewisse Aktivitäten staatlicher und privater Akteure aus der Türkei rufen bei bestimmten Bevölkerungsschichten das Gefühl einer Einverleibungsabsicht hervor. Übergriffe auf türkische Einrichtungen und Symbole sind keine Seltenheit mehr. Dabei will die Türkei ihre Unternehmungen in Kosovo weiter ausdehnen und ist daher präsent in der *Entwicklungshilfe und der Außenkulturpolitik*. Die türkische Minderheit *profitiert* von diesen Instrumenten. Doch gilt diese Unterstützung nicht exklusiv den Angehörigen der Minderheit. Eine Bevorzugung der türkischen Minderheit würde nur noch weiteren Zündstoff liefern, was weder der Türkei noch der Minderheit einen Nutzen bringen würde. Daher stellt Ankara in ihrem Eintreten auch keine Maximalforderungen. Dabei ist die *Situation* der Kosovotürken außerordentlich gut.

Wichtig für die Türkei ist, dass die Kosovotürken in ihrem Wohnsitzstaat bleiben und *nicht* schleichend in das Mutterland *abwandern*. In Kosovo kann Ankara die Minderheit nicht nur gegebenenfalls bei Protesten zu Gunsten der Türkei bzw. der türkischen Balkanpolitik *mobilisieren*, sondern sie bilden auch die Wählerbasis für die dortige türkische Partei. Diese war bisher immer Koalitionspartner, womit Ankara sich direkten Zugang zur kosovarischen Regierung schaffen kann. Die Relevanz dieses Aspektes ist jedoch schwer zu messen. Einerseits sind die Verhältnisse zwischen den Regierungen auf beiden Seiten so gut, dass keine *Verbindung* über die politischen Vertreter der Kosovotürken geschaffen werden muss. Andererseits werden die Parteifunktionäre zwar überdurchschnittlich oft in Ankara empfangen, doch finden die Treffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Bewiesen ist aber der Einfluss der Türkei auf die KDTP, die sie nicht nur in Wahlkämpfen unterstützt, sondern der sie auch als „einzige“ Partei der Kosovotürken Beachtung schenkt.

Die KDTP beteiligte sich auch an den Demonstrationen gegen die Gülen-Bewegung in Kosovo. Vor dem Bruch zwischen der AKP und den Gülenisten agierten beide Organisationen zusammen und die Gülen-Bewegung konnte ein weitreichendes Netzwerk in dem Balkanland aufbauen. Erdoğan hat aber nach dem Putschversuch den Konflikt in den Kosovo getragen.

Der *innenpolitische Machtpoker* in der Türkei zwischen den beiden ehemaligen Verbündeten führte dazu, dass Ankara sich auch in Kosovo zu sehr auf die Bekämpfung der Bewegung konzentrierte und andere Aspekte der Minderheitenpolitik seitdem vernachlässigt.

Trotz der günstigen Machtposition und dem bedeutenden wirtschaftlichen Übergewicht nutzt Ankara die Minderheit nur bedingt zur weiteren Einflussnahme als Druckmittel. Die Minderheit wird bspw. bei Demonstrationen eingesetzt, zu Themen, die die türkische Politik in Kosovo betreffen. Eine weitreichendere Instrumentalisierung oder ein stärkeres Eingreifen wird einerseits vermieden, um keine größeren Konflikte zu provozieren. Andererseits ist die Regierung – bzw. Staatspräsident Erdoğan – nicht auf die Minderheit angewiesen, um Kontakte zur eigenen Zielerreichung aufzubauen. Doch auch hier verfolgt die Türkei in ihrer Minderheitenpolitik primär Eigeninteressen, weshalb die Allgemeinhypothese eher als verifiziert eingeordnet werden kann.

7.4.5 Türkische Minderheitenpolitik in Bulgarien, Griechenland und Nordmazedonien

Trotz der weitgehenden ethnischen Befriedung Nordmazedoniens nach dem Übereinkommen von Ohrid, kam es im Mai 2015 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Spezialeinheiten der mazedonischen Polizei und der UÇK. 22 Menschen starben, Dutzende wurden verletzt. Die Sorge, dass es wie in 2001 zu größeren Gewaltakten innerhalb der ethnischen Bevölkerung kommen könnte war groß. Erneut stieg die Destabilisierungsgefahr, als zwei Jahre später aufgebrachte Anhänger des langjährigen Regierungschefs Nikola Gruevski das Parlament in Skopje stürmten und Oppositionspolitiker angriffen. Mehrere Menschen wurden verletzt, darunter auch Oppositionsführer Zoran Zaev. Das türkische Außenministerium verurteilte beide Geschehnisse und forderte alle Seiten zur Ruhe auf. Die türkische Minderheit wurde gebeten, sich weiterhin aus den Konflikten rauszuhalten (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2015; T.C. Dışişleri Bakanlığı 2017b).

Zu Chaos war es ebenfalls in der Türkei mit dem Putschversuch in 2016 gekommen. Bereits ab den ersten Tagen forderte Ankara von Mazedonien, die Einrichtungen der Gülen-Bewegung zu schließen und ihre Anhänger in die Türkei auszuliefern. Die drei türkischen Parteien in Mazedonien riefen ebenfalls zur Beseitigung aller FETÖ-Strukturen im Land auf.

Dem kam anfangs die nordmazedonische Regierung nur schleppend nach. Die türkische Botschafterin in Skopje, Tülin Erkal Kara, warnte die Behörden, dass der Weiterbetrieb der gülenistischen Organisation die Beziehungen zwischen beiden Staaten belasten würde. Die nordmazedonische Regierung gab sich zwar kooperativ mit der Türkei, verwies aber auf die rechtliche Situation. Als jedoch bekannt wurde, dass die nordmazedonische Regierung Hilfen an die Gülen-Zeitung „Zaman Makedonya“ zahlt, kam es zu Demonstrationen in Skopje durch Angehörige der türkischen Minderheit. Dabei waren auch die Vorsitzenden der drei türkischen Parteien anwesend. Botschafterin Kara sagte, dass die Türkei seit ihrer Gründung Mazedonien zur Seite stehe und dass Ankara es nun als Beziehungstest auffasse, ob Skopje den Gefühlen der türkischen Minderheit nachkommt, die alle FETÖ-Strukturen ablehne (Abdula 2019). 2019 gab Zaman Makedonya bekannt, aus finanziellen Gründen die Printversion der Zeitung einzustellen. Doch waren die Gülen-Anhänger im Land weiterhin aktiv. So kam 2020 die Sorge auf, ob Ankara nicht den NATO-Beitritt Nordmazedoniens aufgrund dieses Dissenses blockieren könnte (Vanev 2019, S. 3-4). Doch Ankara machte die Ratifizierung des NATO-Beitritts Nordmazedoniens nie offiziell zur Bedingung (YENİ BALKAN 2018). Im März 2020 gratulierte das türkische Außenministerium Nordmazedonien zur NATO-Mitgliedschaft und machte auf die Wichtigkeit dieser Erweiterung für die Sicherheit und Stabilität des gesamten Balkanraums aufmerksam (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2020b).

Auch in der diesem Zeitraum war die Türkei durch zahlreiche Infrastrukturprojekte und kulturpolitische Instrumente in Nordmazedonien aktiv. Bei allen hochrangigen Besuchen, wurde dabei von beiden Seiten auf die Brückenfunktion der türkischen Minderheit verwiesen. Ferner machte Ankara immer wieder deutlich, dass es an der Seite zu ihrer Minderheit stehe. Diese Auffassung hatte auch der türkische Verband MATÜSİTEB (*Makedonya Türk Sivil Teşkilatlar Birliği = Verbund türkischer Zivilgesellschaften in Makedonien*), die die Regierung Zaev dafür kritisierte, keinen türkischen Minister eingesetzt zu haben, ein Novum seit der Gründung Nordmazedoniens. Die von der Türkei geförderte MATÜSİTEB machte darauf aufmerksam, dass dies die Beziehungen beider Länder abkühlen könnte (Aliju/Abdula 2020). Eine (weitere) Intervention durch Ankara erfolgte jedoch nicht. Doch nahm die Türkei Stellung zur der Bevölkerungszählung, deren Ergebnisse 2022 veröffentlicht wurden, wobei der Anteil der türkischen Bevölkerung mit 3,98 % deutlich unterhalb der Erwartungen lag. Ankara sah hier eine Manipulation und machte deutlich, dass man sich für die Rechte der türkischen Minderheiten einsetzten werde (T.C. Dışişleri Bakanlığı 2022). Die ansonsten sehr guten Verhältnisse wurden auch im November 2024 durch die Umwidmung der historischen Neuen Moschee in

Bitola getrübt. Der sonst mit politischen Statements zurückhaltende YTB-Präsident Abdullah Eren, kritisierte diesen Vorgang scharf (YTB 2024).

Dabei wurde zuvor im April 2024 auch in Bulgarien die 1485 errichtete Kurşum Moschee in Karlowo zu einem Museum gemacht, ohne dass es dabei zu Kritik aus Ankara kam. Die Vertreter der Minderheit, in Person Vahit Ahmet, Vorsitzender des Hohen Rates der Muslime in Bulgarien, zeigte sich empört: wieder einmal konnte man nur noch wie ein Tourist per Bezahlung ein Gotteshaus betreten (BULTÜRK Gazetesi 2024). Die Restauration der Moschee wurde wie viele historische Denkmäler durch EU-Gelder finanziert. Weiterhin hat die TİKA kein Büro in Bulgarien. Dennoch konnte es vereinzelt einige Moscheen wiederherstellen (Alptekin et al. 2020, S. 65). Mehr Einsatz zeigt die Türkei bei der finanziellen Unterstützung von religiösen Schulen. Diese sind die mittlerweile die einzigen Schulen in Bulgarien, die nennenswerte Unterrichtsstunden in Türkisch anbieten. An den staatlichen Schulen nimmt seit Jahren nicht nur die Anzahl der Wochenstunden im Türkischunterricht ab, sondern auch die Zahl der Schüler geht sukzessive zurück. Waren es 1993 noch 114.000 Schüler, so sank die Zahl 2018 auf 5.000. Hauptgrund für den Rückgang war eine Änderung 2015 im bulgarischen Lehrplan, wonach Türkisch von einem Pflichtfach zu einem Wahlfach erklärt wurde. Daraufhin hatte die Unterrichtssprache mit strukturellen Problemen zu kämpfen und wurde immer seltener Angeboten. Seit den 2000er-Jahren versucht die Türkei private Schulen in Bulgarien zu errichten – bisher erfolglos (Alptekin et al. 2020, S. 22-27). Durch eine Gesetzesänderung in 2018 hat die Türkei auch kaum mehr Zugriff auf das Großmuftiamt. Dem Gesetz zufolge, dürfen religiöse Organisationen nicht mehr durch das Ausland gefördert werden. Die bis dahin getroffene Vereinbarung zwischen beiden Ländern, wonach die Türkei mit einer Millionen Euro jährlich das Großmuftiamt unterstützt, wurde somit nichtig. Als Ausgleich wurden dem Großmuftiamt jährlich ca. drei Millionen Euro an Hilfsgeldern durch den bulgarischen Staat gesetzlich zugesichert (Alptekin et al. 2020, S. 89).

Zu allen diesen Entwicklungen äußerte sich die Türkei nicht. Auch wurde bei den hochrangigen Besuchen der Staatsführungen die türkische Minderheit nicht zum Thema gemacht. Rhetorisch zeigte sich Ankara bei einseitigen Veranstaltungen jedoch schon als eine Art Schutzmacht. Bei einem Fastenbrechen im südostbulgarischen Ort Ribnovo erklärte YTB-Präsident Eren, dass man überall dort sei, wo es „Volksbrüder“ gibt. Die Botschafterin in Sofia Aylin Sekizkök ging sogar einen Schritt weiter: „Wir stehen euch stets beiseite und werden auch in Zukunft wie ein Adler (schützend [Ş.G.]) über eure Häupter fliegen“ (TRT Avaz 2022 [Über-

setzung durch den Autor]). Bei einer Trauerfeier für die während der Bulgarisierungs-Kampagne getöteten Menschen sprach Außenminister Çavuşoğlu sein Mitgefühl aus und lobte den Mut und die Willenskraft der türkischen Minderheit. Doch wäre diese dunkle Zeit vorbei. Heute wäre Bulgarien Mitglied der EU und würde innerhalb der Organisation die Türkei stets unterstützen. Im Schatten des Ukrainekriegs und anderen geopolitischen Risiken bestünde die große Gefahr, den Balkan aus der Balance zu bringen. Die Türkei und Bulgarien müssten zusammenstehen, um diesen negativen Trend aufzuhalten. Mit Hilfe der türkischen Minderheit würde man dies schaffen (Tarhan/Radoykov 2023). Çavuşoğlu zeigte sich auch in der Vergangenheit zufrieden mit der bulgarischen Haltung zur Türkei innerhalb der EU. Auch empfahl er den Angehörigen der türkischen Minderheit immer wieder, die positiven Aspekte als EU-Bürger vollumfänglich zu nutzen – auch wenn Ankara sie niemals im Stich lassen würde (BULTÜRK Gazetesi 2020).

Çavuşoğlu bekräftige mehrmals, dass die Türken in Bulgarien für die guten bulgarisch-türkischen Beziehungen sorgen würden. Doch 2017 kam es aufgrund eben diesen, zu Spannungen zwischen beiden Ländern. Bulgarien beschuldigte Ankara die 2016 gegründete Partei der Demokraten für Verantwortung, Freiheit und Toleranz (*Demokrati za otgovornost, svoboda i tolerantnost [DOST]*) zu unterstützen und rief den türkischen Botschafter ins Außenministerium ein. Diese spaltete sich von der pro-türkischen DPS ab, nachdem es Ende 2015 mit dem Abschuss des russischen Kampfflugzeugs in Syrien durch die türkische Luftwaffe zu innerparteilichen Konflikten kam. Lütfi Mestan, damaliger Vorsitzender der DPS, bekundete seine Solidarität gegenüber Ankara bezüglich des Vorfalls, was vom Gründer und Ehrenvorsitzenden der Partei Ahmet Doğan aufs Schärfste verurteilt wurde. Den Machtkampf gewann der einflussreichere Doğan. Mestan musste die Partei verlassen und gründete die DOST. Schon in der Vergangenheit zeigte die DPS sich distanziert zu Ankara. Beobachtern zufolge, will die Partei keine Nähe zur Türkei zeigen, um nicht bulgarische Nationalisten zu provozieren bzw. sich auch für ethnische Bulgaren wählbar zu machen. Obwohl der Anteil der türkischen Wähler bei ca. 9 Prozent liegen dürfte, konnte die DPS bspw. bei den Wahlen 2014 14 Prozent an Stimmen für sich beanspruchen und war bereits mehrmals an der Regierung beteiligt. Anderen Berichten zufolge wird die DPS ohnehin vom bulgarischen Staat kontrolliert. Obwohl sie gemeinhin als pro-türkisch gilt und damit eine ethnisch basierte Politik verfolgt und deswegen eigentlich hätte verboten werden müssen, wird sie von den Behörden geduldet und hochgehalten. Damit sollen die türkischen Stimmen zu einer Partei kanalisiert werden, um potentielle radikale Strömungen sowie Einflussnahmen aus Ankara abzuschirmen (Alpte-

kin et al. 2020, S. 90-93). An der Gründungsveranstaltung der DOST nahm die Partei-Vize der AKP, Fatma Betül Kaya, teil. Staatliche Medienanstalten wie die Anadolu Ajansi und die TRT feierten die Gründung der Partei als Alternative zu DPS, die seit Jahren keinen Beitrag mehr für die türkische Minderheit in Bulgarien leisten würde (Avcı 2017). Am Tag der Einberufung des türkischen Botschafters in Sofia aufgrund dieser Unterstützung, kam es auch zur Blockade des bulgarisch-türkischen Grenzübergangs durch bulgarische Nationalisten. Damit kam der Waren- und Personenverkehr nach Europa zum Erliegen. Offiziell wurden diese Entwicklungen durch Ankara nicht kommentiert (BİA Haber Merkezi 2017). Die DPS stellte indes kurz davor für die Wahlen 2017 zwei als rechtsradikal bekannte Politiker auf (Demirci/Radoykov 2017). Während die DPS schlussendlich mit 9 Prozent ein eindrucksvolles Ergebnis erzielen konnte, schaffte es die DOST-Partei nicht ins Parlament.

Anders war der Umgang mit der griechischen Regierung bezüglich den Westthrakientürken. Hier nahm das türkische Außenministerium zu verschiedenen Themen offiziell Stellung. So wurde bspw. die mutmaßliche Brandstiftung an der historischen Mahmud-Ağa-Moschee in Komotini in 2015 oder der Brand 2017 der 600 Jahre alten Çelebi-Sultan-Mehmed-Moschee in Didymoticho scharf kritisiert und dies als Beweis für den schlechten Umgang mit der türkischen Minderheit gesehen. Im gleichen Zeitraum kam es in Bulgarien zu ähnlichen Brandereignissen. Die im 14. Jhd. erbaute Dzumaja Moschee in Plovdiv wurde ebenfalls in 2015 unbestritten per Brandstiftung in Brand gesetzt. Ein Jahr später traf es die historische Taşköprü Moschee. Hier blieben jedoch die offiziellen Stellungnahmen des türkischen Außenministeriums aus. Während generell im Zeitraum 2013-2024 zu Bulgarien nur eine Handvoll an Erklärungen aus dem türkischen Außenministerium aufzufinden ist, gab es bezüglich Griechenland deutlich mehr (Tab. 1).

Während der Erdgaskrise im östlichen Mittelmeer zwischen 2017 und 2021 stiegen die Erklärungen des türkischen Außenministeriums sprunghaft an. Ihren Höhenpunkt erreichten die Stellungnahmen in 2021, wobei auch die Westthrakientürken stärker Gegenstand der Kritik aus Ankara wurden. Auffällig ist dabei, dass vier der fünf Mitteilungen zu der türkischen Minderheit im Sommer des besagten Jahres erfolgten. Hierbei handelte es sich um bereits bekannte Probleme wie die Zurichtung von türkischen Friedhöfen, das Verbot von türkischen Vereinsnamen oder die Schließung von einigen Grundschulen, die zwar bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit ebenfalls oft thematisiert wurden, es aber nicht in eine offizielle Stellungnahme schafften. Dabei hatten beide Staaten Anfang des Jahres wieder Sondierungsge-

spräche aufgenommen, die über das Frühjahr positiv liefen. Kurz vor dem Sommer konnte die Türkei auch ihre Isolation im östlichen Mittelmeer durchbrechen und nahm Gespräche zu Ägypten und Saudi-Arabien auf (Holleis/Knipp 2021). Im Spätsommer nahmen dann die Spannungen zwischen beiden Staaten wieder zu. Griechenland beschuldigte die Türkei durch Kriegsschiffe ein Forschungsschiff behindert zu haben und gab über das Navtex-System ein Alarmsignal aus, wogegen die Türkei mit einem Marine-Gegenalarm konterte (Kamisli 2021). Offensichtlich hatte zumindest die Türkei kein wirkliches Interesse an den Sondierungsgesprächen und brachte diese durch Provokationen zum Stillstand. Dazu sollten vermutlich auch die Stellungnahmen zu der türkischen Minderheit dienen.

Jahr	**Anzahl an Stellungnahmen bzgl. Griechenland insgesamt**	**Davon bzgl. Westthrakientürken**
2013	7	0
2014	6	0
2015	4	1
2016	8	0
2017	16	1
2018	15	1
2019	11	0
2020	13	0
2021	20	5
2022	7	2
2023	4	0
2024	2	0

Tabelle 1: Stellungnahmen des türk. Außenministeriums bzgl. Griechenland, eigene Darstellung

Gegenüber diesen zeigte sich Ankara zumindest rhetorisch zur Seite. YTB-Präsident Eren, dessen Vater aus Westthrakien stammt, beklagte systematische Unterdrückungen. Hauptthemen waren dabei die Legitimation Athens der Minderheit lediglich als Glaubensgemeinschaft und nicht als ethnische Gruppe sowie die nicht-Anerkennung der gewählten Muftis (Yüzbaşıoğlu 2020). Sowohl Ministerpräsident Yıldırım als auch Außenminister Çavuşoğlu machten bei ihren Reisen 2017 bzw. 2021 darauf aufmerksam. Çavuşoğlu bekundete zudem seinen Unmut darüber, dass es anders als in der Türkei bezüglich der griechischen Minderheit keine

bilingualen Kindergärten in Westthrakien gäbe (ABTTF 2021a). Sein Vize, Yavuz Selim Kıran, sah im schlechten Umgang mit der türkischen Minderheit das eigentliche Problem zwischen beiden Ländern. Sobald es hierzu wesentliche Besserungen gäbe, würden sich die Beziehungen zum Guten wenden. Niemand dürfe aber von der Türkei erwarten, tatenlos die Repressalien hinzunehmen. Man werde sich bilateral sowie über internationale Organisationen für die Rechte der Minderheit einsetzen (ABTTF 2021b). 2017 reiste auch Erdoğan in die Region. Somit befand sich zum ersten Mal nach 65 Jahren ein türkischer Staatspräsident in Westthrakien. Zunächst besuchte Erdoğan Athen und traf sich mit seinem Amtskollegen Prokopis Pavlopoulos sowie mit Ministerpräsident Alexis Tsipras. Angesprochen auf das völkerrechtswidrige Vorgehen in der Ägäis seitens der griechischen Führung konterte Erdoğan mit dem Angebot, den Vertrag von Lausanne doch zu novellieren (ABTTF 2017). Der Antwort Tsipras, dass dies nicht möglich sei, erwiderte Erdoğan ungehalten:

> „Gilt denn (der Vertrag von [Ş.G]) Lausanne nur für die Ägäis? Haben die Minderheiten in Westthrakien keine Rechte? Warum werden die Muftis berufen (und nicht gewählt [[Ş.G])? Ihr behauptet, dass nach (dem Vertrag von [Ş.G]) Lausanne die hiesigen Türken als Muslime bezeichnet werden. Das mag sein, aber beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kommt die Formulierung Türke vor. Mit deren Urteil gibt es ihn dort (die Türken in Westthrakien [[Ş.G]). Das heißt (der Vertrag von [Ş.G]) Lausanne wird nicht praktiziert“ (ABTTF 2017 [Übersetzung durch den Autor]).

Erdoğan ging es scheinbar darum, das aus seiner Sicht angeblich rechtswidrige Verhalten der Türkei in der Ägäis mit dem rechtswidrigen Verhalten Athens gegenüber der türkischen Minderheit auszugleichen. Später wiederholte Erdoğan seine Aussagen in Komotini. Vor einer Menschenmenge lobte er die Angehörigen der Minderheit aufgrund ihres aufopferungsvollen Kampfes für ihre Identität. Er sprach den Zuhörern Mut zu, keine Scheu davor zu haben, sich als Türken zu bezeichnen (Hatipoğlu 2017).

Ende 2023 besuchte Erdoğan abermals Athen. Diesmal unter entspannteren Voraussetzungen bekräftigte er seinen Wunsch, die durch internationale Rechtsprechungen zugesicherte Besserstellungen der Westthrakientürken in die Tat umzusetzen. Die gegenseitigen Minderheiten würden beide Seiten kulturell bereichern und sollten in Frieden und Wohlfahrt leben. Dies würde dann auch die Beziehungen zueinander verbessern. Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis erwiderte, dass es sich bei der Minderheit um Muslime handele und dies durch den

Vertrag von Lausanne so definiert wurde. Man würde sich für die Gleichberechtigung der Muslime einsetzen und sehe dies als Aufgabe der griechischen Regierung an (ABTTF 2023). Auch nachdem zuletzt Außenminister Fidan bei einer Rede im türkischen Parlament im November 2023 die Minderheit in Westthrakien als Türken bezeichnete und erklärte, sich für deren Probleme einzusetzen, gab es Kritik aus diplomatischen Kreisen in Athen. Fidan würde Bezug auf eine nichtvorhandene ethnische Minderheit nehmen und damit internationales Recht brechen. Der Vertrag von Lausanne würde lediglich nur eine muslimische Minderheit in Westthrakien anerkennen (ABTTF 2024).

8 Ergebnisse, Diskussionen und Interpretationen

Als erste Berichte in den Medien zur Bulgarisierungs-Kampagne im Januar 1985 aufkamen und diverse Regierungsmitglieder von Bürgern darauf angesprochen wurden, mahnte die Staatsführung zunächst um Ruhe und Geduld. Dabei bat die Regierung nicht etwa um mehr Zeit, um die Situation richtig einordnen zu können, sondern hoffte, dass sich das Problem in kurzer Zeit von selbst lösen würde oder sich durch einen kurzen Dialog mit Sofia ohne großen Aufwand beseitigen lässt. Noch war die Unsicherheitslage bedingt durch den Kalten Krieg, der zu dieser Zeit sein letztes Hoch hatte, bedeutend. Unsicher war sich die Regierung auch mit ihren Kompetenzen in der Außenpolitik, die größtenteils noch von den Putschisten oder deren Gefolgsleuten im Außenministerium gestaltet wurden. Eigentlich hatten sich sowohl die militärischen Machthaber als auch die zivile Regierung auf die Fahnen geschrieben, mehr Handel mit den Nachbarstaaten und der Peripherie zu betreiben und damit die wirtschaftliche Stärke der Türkei voranzutreiben. Der Erste Golfkrieg und Spannungen mit Syrien hatten Hoffnungen bezüglich einer größeren wirtschaftlichen Entfaltung in Richtung Süden bereits zunichte gemacht. Ein Streit mit Bulgarien, das Tor zu Europa für die Türkei, kam daher ungelegen. Demzufolge sprachen sich die türkischen Entscheidungsträger von Anfang an dafür aus, dass die bulgarisch-türkischen Verhältnisse keinen Schaden durch die Assimilierungspolitik Sofias nehmen sollten. Eine Konfrontation mit Bulgarien würde wirtschaftliche Einbußen nach sich ziehen und somit die Türkei machtpolitisch schwächen. An eine militärische Intervention, wie etwa in Zypern 1974, war erst recht nicht zu denken. Nicht nur, dass Bulgarien Mitglied des Warschauer Pakts war – ein militärisches Manöver wäre selbst bei einem schnellen Sieg nicht folgenlos für die türkische Wirtschaft und die Schlagfähigkeit ihrer Armee geblieben.

Diese Schwäche führte zu einer eher zögerlichen Minderheitenpolitik gegenüber Bulgarien, die sich praktisch nur über Verbalnoten und die Aktivierung der internationalen Organisationen äußerte. Dabei war Letztgenanntes die zweite Eskalationsstufe. Beiden Instrumenten war gemeinsam, dass sie wenig Aufwand erforderten und eher geringen Schaden anrichten konnten. Gleichzeitig waren sie aber auch nur bedingt wirkungsvoll. Eine dritte von der Regierung bereitgehaltene Maßnahme, das Aussprechen von wirtschaftlichen Sanktionen und das Einstellen von Stromlieferungen, wurde nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Dies hätte die türkische Wirtschaft noch stärker getroffen, da Sofia mit Transportsperren von Gütern aus und nach Europa sowie mit dem Stopp von Gaslieferungen geantwortet hätte. Sich dessen bewusst

gab es auch von Seiten der Oppositionsparteien im Parlament, die beide dem Militärregime nahestanden, keinen wirklichen Druck auf die Regierung.

Dass die Türkei trotz der widrigen Umstände dennoch – wenn auch nicht mit harten Mitteln – für die türkische Minderheit eintrat und damit anders als in den 1970er Jahren, als zeitweise ebenfalls eine gewaltsame Unterdrückung der Türken in Bulgarien herrschte, nicht die Augen verschloss, liegt wohlmöglich daran, dass noch eine intakte Medienlandschaft in der Türkei vorhanden war und täglich über die Repressalien berichtete. Weder die Putschisten noch die Özal-Regierung wollte gegenüber dem Wahlvolk als schwach dastehen. Auch auf der internationalen Bühne wollte Ankara ein Mindestmaß an Stärke zeigen. Machtdemonstration ist eine Art der Machtpolitik. Bemerkenswert ist jedoch, dass die türkische Regierung das Thema ausgerechnet in den NATO-Konferenzen zurückstellte. Auch dies war ein Zeichen für den Deeskalationsdrang der Türkei. Auch die staatlich organisierten Demonstrationen im In- und Ausland sollten nicht ausufern und sich gegen bulgarische Vertretungen richten. Gänzlich nachteilsfrei waren die Bemühungen Ankaras auf der internationalen Bühne trotzdem nicht. Die bulgarische Seite, aber auch Vertreter von europäischen Drittstaaten sowie Kritiker im eigenen Land bemängelten, dass von Sofia jenes gefordert wurde, was die Türkei den Kurden vorenthalten würde. Damit rückten international Minderheiten- und Menschenrechtsthemen in den Vordergrund, die den unabdingbaren Wunsch Ankaras, in die EG aufgenommen zu werden, nicht gerade begünstigten.

Als im Mai 1985 Bulgarien den erfolgreichen Abschluss der Namensänderungen bekanntgab und die Presse immer seltener von den Vorfällen berichtete, sah sich die Türkei auch nicht mehr gezwungen, sich für die türkische Minderheit einzusetzen, obwohl sich an deren Situation nichts geändert hatte und vor allem in der Religionsausübung und im Sprachgebrauch weiterhin Repressalien vorhanden waren. Der schnelle Rückzug Ankaras zeigt, dass es der Türkei mit ihrer Minderheitenpolitik nicht per se um die Lage der Türken in Bulgarien ging. Der Mutterstaat wollte zwar helfen, doch durfte sich das nicht für die Machtposition des Landes wesentlich nachteilig auswirken. In diesem Kontext ist auch die Forderung der Türkei bereits im Anfangsstadium der Unterdrückungsmaßnahmen zu verstehen, ein Zuwanderungsabkommen abzuschließen. Die türkische Regierung war sich sicher, eine geordnete Zuflucht ihrer Konationalen ohne große Probleme bewerkstelligen zu können. Ähnlich wie in den 1950er Jahren, als die Türkei mit Jugoslawien und Bulgarien Migrationsverträge abschloss, handelte Ankara nach der Devise: „Ohne Minderheiten keine Minderheitenprobleme“ und daraus fol-

gernd „ohne Minderheitenprobleme keine belastende Fürsorgepflicht“.

Erst Ende 1986 brachte Ankara das Thema wieder auf die Tagesordnung. Diesmal wurde sogar die NATO eingeschaltet. Was war geschehen? Griechenland, welches mit der Türkei kurz zuvor im Beinahekrieg gestanden hatte und diverse Konflikte auslebte, suchte den Schulterschluss zu Bulgarien. Eine bulgarisch-griechische Verteidigungsallianz würde nicht nur sicherheitspolitisch die Türkei erheblich schwächen, sondern im Krisenfall auch beide Festlandrouten zu den europäischen Märkten gleichzeitig verschließen. Dies mussten die türkischen Entscheidungsträger verhindern und gingen mit dem Minderheitenproblem in die Offensive, was einigermaßen als Instrumentalisierung eingeordnet werden kann. Diesmal berichtete die türkische Seite auf der internationalen Bühne auch über das Konzentrationslager auf der Donauinsel Belene. Obwohl die dortigen menschenunwürdigen Zustände bereits 1985 bekannt waren, scheute Ankara sich nun nicht, Bulgarien hierdurch mit der Weltöffentlichkeit zu konfrontieren. Die Sicherheit des Mutterstaates war eben ein höheres Gut für die türkischen Akteure als der Schutz der Minderheit. Auch Griechenland sollte mit der Straflagerthematik in Bulgarien, welches die Türkei einwarf, vor allem in der NATO und EG bloßgestellt werden, kooperierte es doch mit Sofia.

In die Kategorie der Instrumentalisierung ist auch der Fall Naim Süleymanoğlu zuzuordnen. Auch wenn es sich nur um eine Einzelperson aus der türkischen Minderheit in Bulgarien handelte, wollte Özal durch seine Schaustellung nicht nur eine gelungene Minderheitenpolitik, sondern – auf den persönlichen Erfolg des Ausnahmesportlers aufbauend – gleichermaßen eine von Erfolg gekrönte Regierungszeit demonstrieren. Der Ministerpräsident stand aufgrund schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse unter Druck und die nun wieder zugelassenen „echten“ Oppositionsparteien bzw. die Altpolitiker hatten das nötige Rüstzeug, um ihn von seiner Machtposition zu bringen.

Wie maßgeblich die Innenpolitik war, zeigte sich, als Schiwkow und Özal 1989 die Grenzen öffneten, aber Ankara vom Andrang überwältigt, einseitig die Grenzen wieder schloss. Erst ging es der Opposition nicht schnell genug, dann waren es auf einmal viel zu viele. In der Tat war anders als in den 1950er Jahren die Türkei doch nicht uneingeschränkt aufnahmefähig. Özal hatte sich verschätzt, die massive Einwanderung von Türken aus Bulgarien belastete die ohnehin gebeutelte türkische Wirtschaft noch stärker. Den Verantwortlichen in Ankara sollte bewusst gewesen sein, mit der Grenzschließung die Minderheit ihrem Schicksal überlassen zu

haben. Doch galt weiterhin die Prämisse, zuerst den Mutterstaat zu schützen.

Währenddessen gab es mit Athen Streitigkeiten über den Status der dortigen Westthrakientürken. Zunächst standen dabei Enteignungen von türkischen Besitzständen im Vordergrund, später die Leugnung, dass es sich bei der Minderheit um ethnische Türken handelt. Dazu äußerte sich Ankara über das Außenministerium durch offizielle Stellungnahmen. Als es jedoch 1988 in Komotini zu einer Hetzjagd auf demonstrierende Angehörige der türkischen Minderheit kam, reagierte die türkische Regierung nicht. Die Türkei war just in einer Versöhnungsphase mit Griechenland und wollte diesen durch einen Beistand – selbst wenn dieser nur verbal erfolgen würde – nicht gefährden.

Die türkische Minderheitenpolitik in den 1980er Jahren ging insgesamt nur so weit, bis die machtpolitische Lage der Türkei dadurch keinen Nachteil errang. Diese Machtpolitik bezüglich der Minderheiten war demnach autonomiefördernd. Es sollten keine wirtschaftlichen, politischen und sicherheitstechnischen Einbußen für die Türkei entstehen. Solange dies nicht oder nur überschaubar der Fall war, setzte Ankara sich für die Minderheit im Bedarfsfall ein. Aus Sicht der türkischen Entscheidungsträger war die Situation der Türken bspw. in Jugoslawien so gut, dass die Regierung keine Minderheitenpolitik zu betreiben brauchte. Eine offensive machtpolitische Minderheitenpolitik, die den Einfluss auf einen Wohnsitzstaat steigern sollte, fand nicht statt. Gleichwohl wurde aber die Minderheitenfrage in Ausnahmefällen von den türkischen Akteuren dazu instrumentalisiert, um defensiv gesehen international die Machtposition zu erhalten (wie bei der bulgarisch-griechischen Annäherung) oder im Inland die Opposition in Schach zu halten.

Vergleicht man zusammenfassend die türkische Minderheitenpolitik während der Özal-Regierung bezogen auf die drei betrachteten Staaten, fällt auf, dass die Türkei in der Regel umso stärker Partei für die Minderheit ergriff, je bedrohlicher die Lage der Minderheit im Wohnsitzstaat war. Blickt man jedoch detaillierter nach Bulgarien, zeigt sich in der Intensität dieses Eintretens eine gewisse Volatilität, obwohl sich an der Situation der Minderheit nichts getan hatte. Dieses Auf und Ab in der Minderheitenpolitik korrelierte mit der autonomiefördernden Machtpolitik, die die türkischen Entscheidungsträger aufgrund der Änderungen in der wahrgenommenen internationalen Sicherheitsbedrohung prioritär verfolgten (bspw. nach der bulgarisch-griechischen Annäherung). Dass die Regel „je schwieriger die Lage der Minderheit in einem Wohnsitzstaat, desto stärker das Eintreten der Türkei“ zwar prägend für die

Minderheitenpolitik Özals war, aber keine Allgemeingültigkeit besaß, zeigte sich an der deutlichen Verschlechterung der Situation der Westthrakientürken während der Vorfälle in Komotini 1988. Auch hier wurde dem Abbau von Spannungen und somit der Stärkung der internationalen Machtposition mehr Bedeutung beigemessen.

Ankara setzte jedoch seinen Einsatz bezüglich der Minderheit in Westthrakien in den 1990er Jahren fort. Diese erfolgte fast ausschließlich verbal und zumeist über Stellungnahmen zu negativen Entwicklungen im Hinblick auf die Situation der dort lebenden Türken. Dabei war der Ton gegenüber Athen etwas schärfer als im Vergleich etwa zu Bulgarien – selbst in der Phase der Assimilationspolitik. Dabei hatte Ankara aber noch einen kleinen Trumpf in der Hand, den es gegenüber Sofia nicht hatte. In Istanbul lebten weiterhin Griechen – auch wenn deren Bestand über die Jahrzehnte stark geschrumpft war – und beherbergte das für den griechisch-orthodoxen Glauben wichtige Amt des Patriarchats. Kurz nach dem die griechische Regierung den gewählten Großmufti in Komotini abgesetzt hatte, wurde die Arbeit des Patriarchats durch einen Sitzstreik von Istanbuler Türken behindert. Sicherheitskräfte ließen die Blockade zu. Doch Athen hatte ihre Minderheit in der Türkei so gut wie aufgegeben. Daher waren die Griechen in Istanbul nur beschränkt als Druckmittel verwendbar. Als taktisches Druckmittel sollten indes die Westthrakientürken herhalten. Obwohl diese seit über 100 Jahren mit Unterdrückungen zu kämpfen hatten und in einer misslicheren Lage waren als bspw. die Türken in Jugoslawien in den 1950er Jahren, wurde hier eine Zuwanderung in die Türkei seitens Ankara nie in Erwägung gezogen. Die Türken in Westthrakien hatten das Potential die innere Stabilität Griechenlands auf die Probe zu stellen. Außerdem waren die eher repressiven Maßnahmen Athens gegenüber der türkischen Minderheit prädestiniert dafür, um dem griechischen Staat international einen Ansehensverlust zu bescheren. Dennoch instrumentalisierte die jeweilige türkische Regierung selten ihre Konationalen im Nachbarland.

Eher die Opposition Anfang/Mitte der 1990er war es, die die Minderheitenfrage instrumentalisierte. Wie auch in Berg-Karabach, Tschetschenien und Bosnien-Herzegowina forderten sie ein hartes Eingreifen des türkischen Mutterstaates zugunsten der Westthrakientürken. Dies war ein Spiel mit dem Feuer. Um die Türkei herum befanden sich ausschließlich Krisenherde, in der Ankara wie bspw. in Syrien zum Teil selbst involviert war. Zudem hatte das Land mit dem wachsenden PKK-Terror zu kämpfen. Auch die dürftige wirtschaftliche Situation erlaubte keine Kriegsgelüste. Ministerpräsident Demirel, der während der Bulgarienkrise als Oppositionsführer selbst gegen die Regierung hetzte, hatte nun den Hut auf und warnte über die

griechische Presse die Minderheitenproblematik zur Innenpolitik zu machen. Dies sollte wohlmöglich auch ein Signal an die Opposition im eigenen Land sein.

Später, nachdem Demirel zum Staatspräsidenten gewählt wurde, mahnte er die Oppositionsparteien, die Türkei nicht u.a. über die türkische Minderheit in einen Krieg mit Griechenland zu treiben. Die Parteienlandschaft im Parlament war groß, das Wahlergebnis uneindeutig, die Parteien ideologisch gespalten oder so nah, dass es Streit auf der Beziehungsebene gab. Einer Regierung folgte die Nächste und egal wie die Konstellation in der Koalition war, stets bemühte sich das Kabinett um Entspannung in der Minderheitenfrage, während die Opposition mit Konzentrationslagern und dergleichen die Situation der Westthrakientürken übertrieb. Aufgrund der Labilität in der Regierungsbildung und der Unsicherheitslage im Umfeld hatte das türkische Militär in der außenpolitischen Weichensetzung längst das Zepter übernommen. Und diese gaben offensichtlich den Marschbefehl passiv gegenüber den Minderheitenproblemen in Westthrakien zu sein.

Derweil stand die Türkei mit Griechenland in einer Phase mehrerer Beinahekriege. Während die Krise um die Felseninsel Imia eher als gegenseitige Kraftmeierei zu bezeichnen war, konnte der Konflikt um die S-300-Raketenabwehrsysteme auf Zypern als ernstes Säbelrasseln Ankaras verstanden werden. Die größte Kriegsgefahr drohte als Griechenland bekanntgab, seine Küstengewässer auf 12 Meilen ausweiten zu wollen. Hier wäre eine kriegerische Auseinandersetzung wohlmöglich nicht vermeidbar gewesen, wenn Griechenland die UN-Seerechtskonvention militärisch hätte durchsetzen wollen. Während aller Beinahekriege hätte Ankara die türkische Minderheit oder zumindest die Minderheitenfrage instrumentalisieren können. Dazu kam es aber nicht. Auch wenn das türkische Militär kriegsbereit und entschlossen war, insbesondere in der Seemeilenkrise die Interessen des Landes, wenn nötig, auch mit Gewalt zu behaupten, so kann in der Türkei ein Krieg nicht gewünscht gewesen sein. Dies hätte erhebliche wirtschaftliche und politische Konsequenzen nach sich gezogen. Daher sollte eine weitere Eskalation des Konflikts über die Minderheiten vermieden werden. Jede Instrumentalisierung hätte die Wahrscheinlichkeit von Übergriffen auf die Westthrakientürken erhöht, der dann wiederum einen Handlungsdruck seitens Ankara provoziert und somit die Kriegsgefahr erhöht hätte.

Bemerkenswert ist aber, dass während der Entspannungspolitik zwischen beiden Ländern, die mit der Öcalan-Krise 1999 ihren Anfang nahm und einer stabileren und EU-freundlichen Re-

gierung in der Türkei begleitet wurde, sich die Anzahl an offiziellen Stellungnahmen und Erklärungen des türkischen Außenministeriums bezüglich der Probleme der Westthrakientürken reduziert hat. Dies muss nicht zwangsläufig bedeuten, dass in Krisenzeiten die Statements und Äußerungen künstlich hoch gehalten wurden und somit Ankara eine Form der Instrumentalisierung betrieben hat. Die Türkei könnte schlicht aus Eigeninteressen, hier die Friedensstiftung mit dem Nachbarstaat, ihr Eintreten für die türkische Minderheit vertagt haben. Doch der Umstand, dass während der Erdgaskrise in der Ägäis 2017-2021 ebenfalls ein Anstieg an türkischen Stellungnahmen hinsichtlich den Konationalen in Griechenland beobachtet wurde, lässt diesen Aspekt zumindest in den Graubereich zwischen Instrumentalisierung und Eintreten für die Minderheit rücken.

Dass sich die Lage der Westthrakientürken über die Jahre verbesserte, hatte allerdings wenig mit dem verbalen Eingreifen der Türkei zu tun. Vielmehr musste Athen aufgrund strengerer EU-Vorgaben stärker auf den Minderheitenschutz achten. Nach der Wende verbesserte sich auch die Situation der türkischen Minderheit in Bulgarien. Sofia wandte sich nun dem Westen zu und war sich bewusst, ebenfalls die Minderheitenrechte einhalten zu müssen. Eine EG-Mitgliedschaft Bulgariens würde politisch, wirtschaftlich und sicherheitstechnisch auch der Türkei zugutekommen. So hielt sich die Türkei weitgehend in der Minderheitenfrage zurück und sah über die kleineren Probleme hinweg. Erst als es 1995 wieder einmal, ähnlich wie in 1986, zu einem Verteidigungsbündnis mit Griechenland kam, mit dem Ankara erneut in einem schweren Konflikt stand, wurde gegen Sofia die Minderheitenkarte gezückt. Auch wenn es nicht mehr als zu unkritischen Äußerungen bezüglich deren Schutz kam, ist dies als Instrumentalisierung der Minderheitenfrage zu werten. Während der 1990er Jahre wurden erste offizielle Kontakte zur pro-türkischen DPS in Bulgarien gesucht. Ziel war es, über die Partei in Zukunft Einfluss auf die Politik Bulgariens auszuüben.

Einen ähnlichen Weg verfolgte die Türkei auch zu dieser Zeit in Kosovo und wirkte dort bei der Gründung der türkischen Partei mit. Pristina war noch Teil des Staates Jugoslawien und Ankara förderte die Sezession Kosovos zunächst nicht. Auch der türkischen Minderheit empfahl die Türkei über die pro-türkische TDB, sich nicht in den albanisch-serbischen Dissens einzumischen. Eine weitere Destabilisierung des Balkans war in den international unsicheren Zeiten ohnehin bedrohlich genug. Die türkische Minderheit durfte aus Sicht Ankaras nicht darüber hinaus in der Schusslinie stehen und die Türkei zu einer Einmischung herausfordern, welches den Mutterstaat belastet hätte. Auch hier war der Schutz des Mutterstaates und somit

die autonomiefördernde Machtpolitik, vorrangig. Erst als es Ende der 1990er Jahre wieder zu einer weltpolitischen Entspannung kam und durch die NATO-Einsätze Fakten in Kosovo geschaffen wurden, trat Ankara entschlossener für die Minderheit ein und erkämpfte für sie zufriedenstellende Sprachregelungen.

Anfang der 1990er Jahre war Mazedonien unabhängig geworden und konnte aufgrund der griechisch-türkischen Rivalität auf die treue Unterstützung Ankaras zählen. Von Anfang an waren dabei die Beziehungen zur mazedonischen Regierung so gut, dass der türkischen Minderheit nur wenig politische Beachtung durch Ankara geschenkt wurde. Diese sollten sich nicht zu einem Stolperstein entwickeln, sondern als Brücke und Bindeglied fungieren, um somit das Überleben des Staates Mazedonien zu fördern. Dessen Stabilität war für die Sicherheit des Balkans und somit für die Sicherheit der Türkei von wichtigerer Bedeutung als Zugeständnisse an die Minderheit.

Zusammengefasst kann bei einem Vergleich der externen Minderheitenpolitik der Türkei in den vier betrachteten Ländern während der Koalitionsregierungen festgehalten werden, dass „je mehr (andere) Konflikte mit einen Wohnsitzstaat vorhanden sind, desto entschlossener die Türkei in die Minderheitenfrage eingreift“. Doch auch gegen diese beobachtete Regel kann Einwand erhoben werden. Kommt es zu einer Entspannungsabsicht (wie vor 1993 oder nach 1999 mit Griechenland) geht das Ausmaß des Eintretens oder Instrumentalisierung trotz weiter vorhandener Minderheitenprobleme und anderer Streitigkeiten zurück. Entstehen nach einer Zeit erneut Verstimmungen, nimmt der Umfang der Minderheitenpolitik Ankaras wieder zu. Droht jedoch die Kriegsgefahr, werden die Instrumente der Minderheitenpolitik wieder zurückgefahren. Diese Schwankungen sind in Bezug auf den Realismus verständlich: da sich die Beilegung von Konflikten recht positiv auf die Machtposition und ein Krieg wiederum sehr negativ auf die internationale Machtbasis auswirken kann, wirkt sich das Konflikt- bzw. Bedrohungspotential auf die Minderheitenpolitik aus.

Als die AKP Anfang der 2000er Jahre an die Macht kam, unternahm die Türkei kulturpolitisch viel für die Minderheit in Mazedonien, vor allem im Schulwesen. Doch zu Problemen bezüglich der Minderheit, bspw. in der politischen Partizipation oder in anderen Belangen, für die die mazedonische Regierung verantwortlich war, äußerte sich die Türkei so gut wie gar nicht. Die Beziehungen beider Staaten waren sehr gut und das war vorteilhaft für die Türkei. Das Verhältnis sollte durch das Ansprechen etwaiger Minderheitenprobleme, auch wenn es

sich dabei um eine Schlechterstellung handelte, nicht getrübt werden. Die immer wieder aus Ankara getätigte Aussage, dass die Minderheit als Brücke fungiere, war bedingt richtig. Die Türkei, die mit den Vorteilen einer Alleinregierung und dem neoliberalen weltpolitischen Trend ihren außenpolitischen Schwerpunkt von Verteidigung auf Handel änderte, war durchaus wirtschaftlich aktiv in Skopje. Und in der Regel können Minderheiten einem Mutterstaat tatsächlich zu mehr Betätigung im Wohnsitzstaat verhelfen. Doch für die geschäftstüchtigen Unternehmen aus der Türkei leistete die Minderheit nur einen geringen Mehrwert, da die mazedonisch-türkische Freundschaft ohnehin alles Notwendige gewährleistete. Auch als die Türkei im weiteren Verlauf der 2000er Jahre erste großmachtpolitische Tendenzen zeigte, musste die Einflussnahme nicht über die Minderheiten erfolgen. Der Weg über offizielle Kanäle der Staatsführungen auf beiden Seiten war dazu einfacher und aussichtsreicher. Daher kam es zu kaum einer Instrumentalisierung der türkischen Minderheit in Mazedonien.

Für Ankara war es mehr oder weniger ausreichend, wenn die türkische Minderheit den Zusammenhalt zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen in Mazedonien nicht störte. Die Türkei unternahm über ihre entwicklungspolitischen Instrumente auch viel für die albanische Minderheit und für die gesamte Bevölkerung. Dadurch sollte kein Keil zwischen den Türken im Land und den beiden bevölkerungsstarken Ethnien getrieben werden. Bei einem Konflikt, in dem die türkische Minderheit zwischen die Fronten gerät, hätte sich Ankara für ein zumindest verbales Eingreifen verantwortlich gesehen. Solch ein Fall würde nicht nur die Beziehungen zwischen beiden Staaten belasten, sondern hätte auch das Potential, den Konflikt auszuweiten, was wiederum der Türkei schaden würde.

Doch gänzlich unwichtig ist die türkische Minderheit für Ankara in Bezug auf ihre Machtpolitik in der Balkanregion bzw. in Mazedonien dennoch nicht. Dort war der Einfluss salafistischer und wahhabitischer Strömungen und somit Saudi-Arabiens auf die muslimischen Gesellschaften groß. Dies hat das Vermögen einen gewaltbereiten Extremismus zu fördern, der ggf. zu Terroranschlägen auf türkischem Boden führen kann. Ferner ist ein starker Dschihadismus fähig, den gesamten Westbalkan zu destabilisieren. Außerdem sollte ein Einfluss des saudischen Königreichs auf der Halbinsel begrenzt werden. Zwischen Riad und Ankara überwiegen eher die Rivalitäten und weniger die Zusammenarbeit. Unter anderem um den extremistischen Islam zurückzudrängen, wurden von der Türkei historische Moscheen wiederhergestellt, neue Gotteshäuser gebaut und der Religionsbetrieb gefördert. Die Angehörigen der türkischen Minderheit helfen dabei unaufgefordert, indem sie für einen Zulauf zu den Mo-

scheen sorgen und deren Akzeptanz innerhalb der anderen muslimischen Bevölkerungsgruppen steigern. Dadurch, dass eine türkische Minderheit vorhanden ist, legitimiert es die Daseinsberechtigung von Moscheen nach der osmanischen Architektur, die symbolpolitisch eine Machtdemonstration darstellen können. Unter anderem auch deswegen soll die Minderheit bestenfalls in Nordmazedonien bleiben. Maßnahmen, die einen Zuzug in die Türkei begünstigen, wie bspw. die doppelte Staatsangehörigkeit, werden von Ankara nicht angeboten oder minimal gehalten.

Fordernder zeigte sich die Türkei jedoch in den Nullerjahren in ihrer externen Minderheitenpolitik in Kosovo. Früh verlangte hier Ankara den Aufbau eines multiethnischen Staates und intervenierte anders als in Skopje, als es zu einer Schlechterstellung des Türkischen kam. Die Einflussnahme war jedoch nicht strukturell bestimmt, innenpolitisch und außenpolitisch galten die gleichen Voraussetzungen. Anders war, dass sich Kosovo als Staat im Aufbau befand, mit der UNMIK eine internationale Übergangsregierung das Land führte und die Türkei sich aufgrund der Hilfe im Kosovokrieg sowie vor und nach der Unabhängigkeitserklärung aufgerufen fühlte, in der Gestaltung des Landes mitzuwirken. Die Machtposition der Türkei war daher gegenüber Kosovo größer als gegenüber Mazedonien. Jedoch beharrte Ankara nicht auf den Maximalforderungen. Dass es der Türkei aber weniger um die Verbesserung der Lebensumstände der externen Minderheit ging, sondern vielmehr um das Manifestieren der türkischen Sprache als eine – wenn auch nur regionale – Amtssprache, um daraus dann einen gewissen Anspruch auf das Land herzuleiten, kann nicht ausgeschlossen werden. Dann würde es sich fast schon um eine Instrumentalisierung der Minderheit handeln. Die Rede von Abdullah Gül 2005 in Prizren zeigt zumindest, dass Ankara sich mehr als nur übliche freundschaftliche Verhältnisse mit Pristina erhoffte.

Sowohl in Kosovo als auch in Mazedonien begünstigte die Türkei die dortigen pro-türkischen Parteien. Dabei achtete Ankara soweit möglich auf eine „Einparteienpolitik“, in der jeweils der größten Partei Beachtung geschenkt wurde. Wie hoch der Einfluss der türkischen Regierung über die Parteien auf die jeweiligen Regierungen im Wohnsitzstaat ist, ist kaum messbar. Es gibt zahlreiche Treffen zwischen Akteuren auf beiden Seiten, die aber nahezu immer unter Ausschluss der Presse stattfinden. Auch in Bulgarien suchte Ankara weiterhin die Nähe zu der türkisch geprägten DPS und leistete Wahlhilfe, indem massenhaft Wähler aus der Türkei staatlich organisiert in das Nachbarland gefahren wurden. Im weiteren Verlauf kam es allerdings zu einem Zerwürfnis zwischen der AKP und der DPS, so dass Ankara stärker mit der

jeweiligen bulgarischen Staatsführung kooperierte. Trotz vorhandener Probleme in der Minderheitenfrage, wie bspw. die Reduzierung des Türkisch-Unterrichtes an Schulen, wurde die Minderheitenpolitik Bulgariens immer wieder von den türkischen Entscheidungsträgern in Ankara gelobt. Bemerkenswert ist, dass Angriffe auf Moscheen in Bulgarien oder ein Veto gegenüber dem gewählten Großmufti als innere Angelegenheit Sofias abgetan wurden – obwohl ähnliche Vorfälle in Griechenland durch die Türkei scharf kritisiert wurden. Mit Bulgarien hatte Ankara eben keine großen bilateralen Streitigkeiten und weiterhin würde ein Doppelkonflikt sowohl mit Griechenland als auch mit Bulgarien geopolitisch die Machtbasis Ankaras mindern.

Mit Athen versuchte Ankara in den 2000er Jahren im Zuge ihrer „Null-Probleme-Politik“ alle Streitthemen über einen Dialog aufzulockern. Damit rückte die Minderheitenthematik in den Hintergrund und Ministerpräsident Erdoğan tröstete die Angehörigen der türkischen Minderheit, dass sich ihre Anliegen mit der griechisch-türkischen Annäherung von selbst erledigen würden. Damit wurde offenbart, dass es sich bei der Minderheitenfrage nicht um eine der wichtigsten Streitpunkte zwischen der Türkei und Griechenland handelte. Gleichzeitig wurde damit aber auch die Korrelation zwischen allgemeinen Konflikten und den Konflikten bezüglich der Minderheiten bekannt gemacht. Dass nun die Situation der Westthrakientürken nicht mehr zum Thema gemacht werden sollte, war auch als Hinweis einer bisherigen taktischen Hochhaltung der Äußerungen zugunsten der Minderheit zu verstehen. Im Umkehrschluss sollten selbst berechtigte Forderungen der türkischen Minderheit nicht zur Sprache gebracht werden, um den Dialog nicht zu gefährden. Gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Griechenland waren wichtiger für Ankara als die Lage ihrer dortigen Minderheit, solange die Repressalien Athens nicht ausuferten. Als die Annäherungen Ende der 2000er Jahre ins Stocken gerieten, zeigte sich ein anderes Instrument der auswärtigen Minderheitenpolitik der Türkei. Ankara verlangte eine Aufbesserung der Lebensumstände der Minderheiten auf beiden Seiten. Vorausgegangen waren Äußerungen aus der EU und den USA, die Interessenlage der griechisch-orthodoxen Minderheit in der Türkei stärker zu berücksichtigen.

Eine zwar nicht vollkommene aber weitgehende Entschärfung der regionalen Risiken in den 2000er Jahren aber auch aufgrund von innenpolitischen Gegebenheiten, rückte eine entwicklungs- und außenkulturpolitische Minderheitenpolitik der Türkei in den Vordergrund. Dabei kann die türkische Regierung im Vergleich diese Instrumente je nach ihrer Machtposition zu den Wohnsitzstaaten mehr oder weniger stark einsetzen. Während die Türkei am stärksten in

Kosovo agiert, kommt sie in Bulgarien und Griechenland mit diesen Werkzeugen kaum zum Zug. Auch wenn eine gewisse Instrumentalisierung wie in Kosovo oder mit den Moscheebauten erkennbar wird, handelt es sich mehrheitlich für ein Eintreten für die türkische Minderheit. Dabei ist dieses Eingreifen nicht aufdrängend, sondern stabilisierend, deeskalierend und präventiv. Maßnahmen, die der Türkei nutzen oder der Türkei und der Minderheit gleichermaßen dienlich sind, werden viel häufiger angewendet, als Mittel, die der Türkei kaum bzw. lediglich der Minderheit nützlich sind.

In den 2010er Jahren und gegenwärtig sind einige Umbrüche im internationalen System – wie die weiter steigende Zurückhaltung der USA in der Weltpolitik – zu beobachten. Konflikte und Kriege um die Türkei haben zugenommen. Gepaart mit inländischen Machtkämpfen hat sich Erdoğan zur unumstrittenen Führungspersönlichkeit in der Türkei katapultiert. Die geopolitischen Verschiebungen haben den Sicherheitscharakter der türkischen Außenpolitik erneut in den Vordergrund gestellt und den Anspruch der Türkei, als regionale Großmacht gelten zu wollen, gefestigt. Für eine ausschlaggebende Änderung in der Minderheitenpolitik hat dies nur bedingt geführt. Zwar ist die Türkei in Kosovo zurückhaltender bei Anforderungen bezüglich der Aufwertung der Minderheitenrechte geworden, doch sollte dies stärker mit dem bilateralen Verhältnis zwischen Ankara und Pristina und in der relativ guten Situation der Kosovo-Türken begründet liegen. Türkisch genießt den Status einer regionalen Amtssprache und Kontingente sichern der türkischen Minderheit die parlamentarische Vertretung zu. Nicht essenzielle Probleme sind zwar vorhanden, werden jedoch mittlerweile gar nicht mehr zum Thema bei Staatsbesuchen gemacht. Ankara möchte nicht noch weiter auf die Minderheitenkarte setzen und mit größeren Forderungen einen ethnischen Zwiespalt auslösen. Daher wird auch weiterhin eine Entwicklungspolitik in alle Richtungen betrieben. Dies fördert nicht nur den zwischenstaatlichen Handel allgemein, sondern schürt auch keine Konflikte aufgrund einer vermuteten Exklusivität einer Bevölkerungsgruppe. Oberstes Ziel der Türkei bleibt eine friedvolle und stabile Lage im Westbalkan.

Die Türkei ist mit ihren wirtschaftlichen Betätigungen und ihrer missverständlich einverleibenden Rhetorik nicht unumstritten in Kosovo. Die türkische Minderheit hat das Potential das Ansehen Ankaras wieder aufzuwerten oder den Mutterstaat gegen die Türkei-Feindlichkeit mit friedlichen Mitteln zu verteidigen. Auch kann sie mobilisiert werden, wenn etwa gegen die Gülen-Bewegung oder für die imposanten türkischen Moscheebauten demonstriert werden soll. Der Moscheebetrieb drängt auch extremes Gedankengut zurück und leistet damit Präven-

tionsarbeit. Sprich: die Türken in Kosovo helfen dem Mutterland, sich in Kosovo zu positionieren und sind damit im begrenzten Umfang ein Machtfaktor. Daher ist es in Ankara gern gesehen, dass die Minderheit im Wohnsitzstaat bleibt. Instrumente, die eine Abwanderung in die Türkei begünstigen, wie etwa Stipendien für eine Universitätslehre in der Türkei, wurden reduziert. Die doppelte Staatsangehörigkeit wurde trotz der Sehnsucht daran nicht angeboten. Damit wird aus dem begrenzten Machtfaktor Minderheit auch keine größere Last bei denkbaren gewaltsamen Konflikten.

Ethnische Konflikte gab es 2015 in Nordmazedonien. Ankara mahnte die türkische Minderheit, sich nicht an den gewaltsamen Aktionen zu beteiligen. Eine Destabilisierung des Landes, welches immer die Gefahr birgt, sich über die gesamte Region auszubreiten, konnte die Türkei nicht gebrauchen. Zumindest sollten sich die Türken im Land raushalten und die Türkei nicht zu strittigeren Maßnahmen zwingen. Aufgerufen wurden die Parteien und Angehörigen der Minderheit auch, ihren Wohnsitzstaat zu einer strengeren Politik gegenüber der FETÖ zu bewegen. Zwar bediente sich die Türkei an der Minderheit, um ihre Interessen gegenüber Skopje durchzusetzen, doch zu hartnäckig durfte Ankara nicht agieren und die Minderheit als fünfte Kolonne wirken lassen. Dies könnte mehr Schaden als Nutzen anrichten. Gute Beziehungen zu Nordmazedonien sind wichtig für die Sicherheitsinteressen der Türkei in Südosteuropa. Daher hat Ankara auch entgegen nordmazedonischer Befürchtungen die NATO-Mitgliedschaft des Landes nicht blockiert. Die Einbindung Nordmazedoniens in das westliche Militärbündnis ist strategisch bedeutungsvoller für die Türkei als die Auslieferung von Gülenisten.

Bulgarien versucht indes, die Türkei gänzlich von der dortigen türkischen Minderheit abzukoppeln. Nach dem Bruch der AKP-Regierung mit der DPS versuchte Ankara die DOST-Partei ins bulgarische Parlament zu befördern. Sofia ging gegen die Einflussnahme diplomatisch vor. Auch der Zugang der Türkei zum Großmuftiamt wurde erschwert. Die oberste islamische Behörde im Land wird nicht mehr durch den türkischen Staat, sondern durch Bulgarien selbst finanziert. Außerdem beengt Bulgarien die kultur- und entwicklungspolitischen Aktivitäten Ankaras, so sind Bulgarien und Griechenland die einzigen Länder in der Region, die über kein TİKA-Büro verfügen. Diese beiden Länder haben eine bessere Machtposition gegenüber der Türkei, als beispielweise Nordmazedonien oder Kosovo. Als EU-Mitglieder sind sie auf Entwicklungshilfe von Ankara, die oftmals ein minderheitenpolitisches Instrument darstellen, nicht angewiesen. Die türkische Regierung hat gegen die Zurückweisungen

mit Hinnahme reagiert. Die EU-Mitgliedschaft Bulgariens verantwortet immerhin auch einen besonderen Minderheitenschutz, so dass die Türkei sich zumindest wenig Sorgen um grobe Grundrechtsverletzungen machen muss. Wie gefährlich eine zu große Einflussnahme in der Minderheitenthematik werden kann, zeigte sich 2017, als bulgarische Nationalisten die Grenze zur Türkei versperrten und somit ihren Unmut für die türkische Einmischung im Vorfeld der Parlamentswahlen äußerten.

Gegenüber Griechenland hingegen findet die Türkei rauere Töne. Mittlerweile ist der größte Kritikpunkt das Abstreiten Athens, dass es sich bei der Minderheit um ethnische Türken handelt. Die Lebensverhältnisse der türkischen Minderheit haben sich in den vergangenen Jahrzehnten auch dank der EU-Mitgliedschaft verbessert. Zu den noch vorhandenen Problemen nimmt sich die Türkei allerdings nicht zurück. Dies ist darin begründet, dass weiterhin schwerwiegende Konflikte zwischen beiden Staaten vorherrschen. Vor allem die zahlreichen Stellungsnahmen des türkischen Außenministeriums während des Erdgasstreites in der Ägäis, zeugen von einer machtpolitischen Komponente in der Minderheitenpolitik Ankaras.

Seit 2014 sticht die Einflussnahme der Türkei über die türkischen Minderheiten oder die Minderheitenfrage hervor. Dies wurde zwar auch schon in den Jahrzehnten davor betrieben, doch wurden die Angehörigen der türkischen Minderheiten bei Protesten etc. öfter mobilisiert. Vergleichsweise ist dies vor allem in Nordmazedonien und in Kosovo beobachtbar. Hier wurden auch die pro-türkischen Parteien gefördert. Dabei ist es für die türkische Regierung wichtig, dass eine Einheit in der parteipolitischen Betätigung gewährleistet wird. Jahre später wurde seitens Ankara auch eine Partei in Bulgarien unterstützt. Die Widerstände aus Sofia haben der Türkei jedoch die Grenzen dieser Einflussnahme gezeigt. Ankara hat gegenüber Bulgarien eine geringere Machtbasis als gegenüber Nordmazedonien und Kosovo. Aber auch in diesen beiden Ländern muss die Türkei vorsichtig agieren, da eine zu starke Förderung oder Einflussnahme ins Gegenteil umschlagen kann. In Griechenland werden die Minderheiten nicht auf diese Weise instrumentalisiert. Das politische Kraftverhältnis ist für die dortige türkische Minderheit ungünstiger im Vergleich zu den türkischen Minderheiten in anderen Ländern. Andererseits hat auch Athen, ähnlich wie Bulgarien, das Potential ein gewisses Gegengewicht gegen die türkischen Ambitionen zu erzeugen. Dafür wurden aber die Westthrakientürken stärker über offizielle Stellungnahmen instrumentalisiert.

In den letzten Jahren wurden die Aktivitäten der TİKA und YTB zurückgefahren bzw. ihre fi-

nanziellen Mittel gekürzt. Dies ist vermutlich auf die anhaltende kriselnde Wirtschaft der Türkei zurückzuführen. Der Versuch Ankaras im Ausgleich dazu die Angehörigen der türkischen Minderheit oder ihrer Parteien stärker in ihre Politik einzubinden, ist auf die intensiver betriebene Großmachtpolitik zurückzuführen.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Form und Intensität der auswärtigen Minderheitenpolitik von der Situation der externen Minderheit im Wohnsitzstaat, der Machtposition der Türkei sowie dem Ausmaß an Konflikten in anderen außenpolitischen Themen gegenüber diesem Wohnsitzstaat abhängig ist. Dabei verfolgt die Türkei oftmals entweder Eigeninteressen und instrumentalisiert dazu die Minderheit oder sie tritt für ihre Konationalen ein, jedoch nur so weit, bis ihre eigenen Sicherheits- bzw. Machtinteressen nicht negativ berührt werden. Die Lage der Türkei im internationalen System ist dabei relevant, ebenso die innenpolitischen Verhältnisse. Die letzte Variable zeigte sich aber nicht so bedeutungsstark wie sonst in der allgemeinen türkischen Außenpolitik vielfach beobachtet. Dies liegt darin begründet, dass auswärtige Minderheitenfragen nicht als existenzbedrohend wahrgenommen werden und somit nicht das populärste Thema für die oppositionellen Kräfte darstellen.

Die Zusammenhänge der einzelnen unabhängigen Bestimmungsfaktoren begründen zwar die auswärtige Minderheitenpolitik der Türkei, doch sind diese im Einzelnen nicht binär und gradlinig. Die spezifische Konstellation der Variablen führte zu einer eigentümlichen aber auch volatilen externen Minderheitenpolitik, bezogen auf einen Wohnsitzstaat. Am Ende richtet sich die türkische Minderheitenpolitik an der Machtsteigerung oder am Machterhalt aus. Damit ist die Struktur des internationalen Systems die bedeutsamste Komponente in der auswärtigen Minderheitenpolitik, auch wenn diese sich größtenteils über die regionale Machtstruktur bzw. die Sicherheitslage äußert.

9 Schlussfolgerungen

Die vorliegende Arbeit fragte danach, ob die Türkei mit ihrer externen Minderheitenpolitik machtgetrieben agiert bzw. machtpolitische Interessen verfolgt. Machtpolitisch agieren heißt nach der realistischen Schule nicht nur Machtaufbau oder Einflussnahme, sondern auch die Förderung der eigenen Autonomie bzw. der Machterhalt. Demnach bezeichnet eine machtpolitische Minderheitenpolitik mehr als die Instrumentalisierung der Konationalen. Auch ein Eintreten für die auswärtigen Minderheiten ist machtpolitisch bestimmt, wenn der Mutterstaat durch den Einsatz keinen wesentlichen Machtverlust in Kauf nehmen möchte. Um selbst keinen Machtverlust zu erleiden, ist der Mutterstaat evtl. sogar bereit, die Minderheit aufzugeben bzw. sie dem Schicksal zu überlassen. Auch Untätigkeit bzw. ein nicht-Eintreten, kann eine Art machtgetriebene Minderheitenpolitik darstellen.

In der Hypothese wurde unterstellt, dass die Türkei in ihrer Minderheitenpolitik primär ihre sicherheits- und wirtschaftspolitischen Eigeninteressen in den Vordergrund stellt. Das heißt, egal was sie tut, wie sie es tut, wann sie es tut: die Minderheitenpolitik dient entweder der Türkei selbst oder wird nur so weit betrieben, dass sie als Schutzmacht keine Einbußen in ihrem eigenen Sicherheitsstreben hinnehmen muss. Die Probleme und Anliegen der Minderheiten sind für Ankara durchaus nicht unbedeutend, jedoch zweitrangig. Und das ist – so die Annahme – die einzige Konstante in der externen türkischen Minderheitenpolitik.

Um die Hypothese zu prüfen, wurden vier Fälle bestimmt. Vier Epochen jeweils mit anderen innenpolitischen und außenpolitischen Voraussetzungen, jeweils anderen Wohnsitzstaaten im Fokus und jeweils anderen Problemen der Minderheit. Die Fälle sollten möglichst unterschiedlich sein, um besser aufzuzeigen, dass das Ergebnis stets gleichbleibend ist, nämlich dass Machtpolitik der entscheidende Faktor in der auswärtigen türkischen Minderheitenpolitik ist. Die Lage der Minderheit bzw. deren Wohl bestimmt die Minderheitenpolitik mit, eine Verschlechterung der Situation löst ggf. sogar eine Politikänderung aus, aber die internationale Systemstruktur begrenzt und formt ihre Aktionen.

Um diese Annahmen zu testen wurde ferner ein Modell entwickelt. Dieses Modell beschreibt, welche Faktoren überhaupt eine Minderheitenpolitik bestimmen. Das sind innenpolitische Gegebenheiten, außenpolitische Zwänge (einschließlich der Machtposition zum Wohnsitzstaat), die Situation der Minderheit und das Ausmaß an Konflikten mit dem Wohnsitzstaat.

Das sind die Faktoren, die die Art und Intensität der Minderheitenpolitik beeinflussen. Diese stehen in Wechselwirkung zueinander. Änderungen einer dieser Faktoren, sollte auch die Minderheitenpolitik ändern.

Aus dem Zusammenspiel dieser Effekte kommt dann die spezifische Minderheitenpolitik hervor. Alle Instrumente, Maßnahmen, Werkzeuge der auswärtigen Minderheitenpolitik (von der absoluten Untätigkeit bis zum Krieg) können in zwei Politikarten zusammengefasst werden. Instrumentalisierung oder Eintreten. Entscheidend ist dabei das Motiv. Eine Stellungnahme des Außenministeriums ist beispielsweise, wenn es dem Wohle der Minderheit dienen soll, ein Eintreten. Wenn es aber darum geht, dadurch einen eigenen außenpolitischen Zweck zu erfüllen, dann handelt es sich um eine Instrumentalisierung. Damit wären auch Mischformen möglich. Mit einer Großmoschee können religiöse Bedürfnisse der auswärtigen Minderheit gestillt werden, gleichzeitig kann damit eine Machtdemonstration im Sinne des Realismus erzeugt werden. Das heißt, nicht nur die Minderheit selbst, sondern auch die Minderheitenfrage bzw. deren Anliegen können instrumentalisiert werden. Aber Instrumentalisierung ist per se nicht „böse“. Sie kann auch kooperativ sein und damit sowohl dem Mutterstaat als auch dem Wohnsitzstaat Frieden und Wohlstand bringen. Dies gilt bspw. auch, wenn eine Minderheit stabilisierend wirken soll.

Über das Modell wurde aufgezeigt, welche Auslöser und Variablen dafür gesorgt haben, dass die türkische Minderheitenpolitik so war, wie sie war. Dabei konnte gezeigt werden, dass die Situation der Minderheit (und damit deren Wohl) einen geringeren bzw. nur einen indirekten Effekt auf die Minderheitenpolitik hat. Sie kann eine Minderheitenpolitik anstoßen, verstärken und verändern. Die Machtstellung der Türkei im internationalen System und gegenüber dem Wohnsitzstaat beeinflussen (beschränken und ermöglichen) jedoch die türkische Minderheitenpolitik intensiver (und damit überwiegt als Motiv das Wohl der Türkei).

Die externe türkische Minderheitenpolitik äußert sich in Griechenland, anders als in Bulgarien, in Nordmazedonien in anderer Weise als in Kosovo. Sie ist länderspezifisch und situationsabhängig. Während die internationale Struktur und innenpolitische Gegebenheiten in der Türkei sich mehr oder weniger auf alle Wohnsitzstaaten mit türkischen Minderheiten gleichermaßen auswirken, sind die bilateralen Verhältnisse (inkl. die Machtstellung) und die Lage der jeweiligen Minderheit differenziert. Diese Differenzen führen zu einer verschiedenartigen Politik.

Mitte bis Ende der 1980er Jahre führte die strenge Assimilationspolitik in Bulgarien gegenüber der türkischen Minderheit zu einem viel stärkeren Eingreifen der Türkei, als beispielsweise gegenüber Griechenland. Dort herrschten zwar auch gewisse Repressionen auf die Westthrakientürken, die aber von den Entscheidungsträgern in Ankara als weniger drastisch aufgefasst wurden. Zeitgleich war die Lage der auswärtigen Türken in Jugoslawien derart entspannt, dass dort so gut wie keine externe Minderheitenpolitik betrieben wurde.

Die Situation der jeweiligen Minderheit im Wohnsitzstaat kann aber nicht der einzige Faktor in der türkischen Außenpolitik bezüglich ihrer Minderheiten sein. In den 2010er Jahren zeigten sich sowohl in Griechenland als auch in Bulgarien ähnliche Probleme bezüglich der türkischen Minderheit. In beiden Ländern wurden beispielsweise die gewählten Großmuftis nicht anerkannt oder historische Moscheen durch Rechtsextreme in Brand gesetzt. Während in Bulgarien die Geschehnisse als innere Angelegenheit abgetan bzw. den Sicherheitsbehörden für ihr schnelles Eingreifen gedankt wurde, gab es harsche Kritik gegenüber Griechenland. Die Türkei hat generell gegenüber Athen ein deutlich belastetes Verhältnis im Vergleich zu Sofia. Vorhandene Konflikte mit den Wohnsitzstaaten (in anderen Themen als bezüglich der Minderheiten) bestimmen die auswärtige Minderheitenpolitik Ankaras demnach mit.

Aber auch die bilateralen Beziehungen können die externe Minderheitenpolitik der Türkei nicht gänzlich erklären. Nahezu zeitgleich wurden sowohl in Nordmazedonien als auch in Bulgarien ein muslimisches Gotteshaus aus der Osmanenzeit zu Museen umgewidmet. Zu Skopje hat die Türkei ein viel besseres Verhältnis als zu Bulgarien. Dennoch wurde Nordmazedonien aufgrund der Maßnahme von Ankara mit deutlichen Worten gerügt, während die gleiche Anordnung in Sofia kommentarlos hingenommen wurde. Die Türkei hat generell eine stärkere Machtposition gegenüber Nordmazedonien als vergleichsweise gegenüber Bulgarien. Wirtschaftlich und politisch ist Skopje stärker auf die Türkei angewiesen als Bulgarien. Sofia hat aufgrund seiner geographischen Lage und somit mit seinem Territorium mehr Potential, Ankara zu Schaden als etwa Nordmazedonien. Auch wenn es nicht so ist, dass ein Dissens bezüglich der Minderheit unmittelbar zu einer größeren Krise führt, in der sich Staaten gegenseitig verwunden, ist dennoch die Machtkonstellation mit entscheidend bei Art und Intensität der türkischen Minderheitenpolitik.

Dies zeigt sich auch an der zweimaligen bulgarisch-griechischen Annäherung 1986 und 1995.

Eine sicherheitspolitische Allianz zwischen Athen und Sofia würde eine Machtsteigerung zu Ungunsten der Türkei bedeuten. Dementsprechend musste Ankara eine Gegenmacht bilden. In beiden Fällen zückten die türkischen Entscheidungsträger die Minderheitenkarte. Dies macht Minderheiten vielleicht noch nicht zu einer eigenen Machtressource, doch ist die wahrgenommene Sicherheitsbedrohung ein Bestimmungsfaktor für die auswärtige Minderheitenpolitik der Türkei.

Regionalen und weltpolitischen Entspannungslagen folgt häufig ein Aufbau von guten nachbarschaftlichen Verhältnissen, in der Minderheitenprobleme nicht stören sollen und kaum zur Sprache gebracht werden. Dies ist insbesondere in Bezug auf Griechenland und den Westthrakientürken beobachtbar. Kommt es nach einer Zeit wieder international zu unsicheren Zeiten, lässt die griechisch-türkische Rivalität nicht lange auf sich warten und die Minderheitenfrage rückt wieder in den Vordergrund.

Dies vollzieht sich allerdings bis zu einem gewissen Grad. Droht aufgrund der Zerwürfnisse ein Krieg – so wie in den 1990er Jahren mit Griechenland einige Male beinahe geschehen – werden die Probleme mit den Minderheiten wieder zurückgedrängt, damit diese keine Hebelwirkung erzeugen und den eigentlich nicht gewollten Krieg doch noch ausbrechen lassen. Auch in weniger brisanten Fällen ist das gleiche Phänomen beobachtbar. Der Einsatz für die Minderheiten erfolgt nur so weit, bis die Ergebnisse nicht in einen Nachteil für die Türkei umzuschlagen drohen.

Hierin zeigt sich auch die innenpolitische Variable in Bezug auf die auswärtige Minderheitenpolitik. Obwohl die Oppositionsparteien während der Beinahekriege mit Griechenland in den 1990er Jahren die Westthrakienfrage anheizten, ließ sich die Regierung davon nicht beirren und bewahrte einen kühlen Kopf. Ob die Regierung anders entschieden hätte, wenn sie und nicht das Militär damals die sicherheitspolitische Marschrichtung vorgegeben hätte, wird nicht zu beantworten sein. Jedenfalls ließ sich auch die Regierung 1989 als die starke Opposition die Wiedereröffnung der Grenze zur Einwanderung der Türken aus Bulgarien forderte, nicht aus der Reserve locken. Die Entscheidungsträger waren sich der Risiken bewusst und ließen sich zu keiner Politik hinreißen, die schwere politische und wirtschaftliche Einbußen zur Folge hätte haben können. Somit verpufften die innenpolitischen Interventionen zu einer wirkungslosen Rhetorik. Seit der Alleinregierung der AKP sind die Oppositionsparteien schwach. Andere Akteure wie in den 2000er Jahren das Militär oder die Wirtschaftsverbände,

haben generell andere Präferenzen und machen das Minderheitenthema kaum zum Politikum. Andererseits konnte die Analyse zeigen, dass eigene Probleme mit den inneren Minderheiten, wie den Kurden, die Handlungsfähigkeit der Türkei fallbezogen schmälern kann.

Auch wenn die innenpolitischen Erklärungsfaktoren nebulös bleiben, lässt sich allgemein eine stärkere Nutzung von außenkulturpolitischen Instrumenten in der auswärtigen Minderheitenpolitik der Türkei beobachten, wenn es stabile Regierungen in weniger geopolitisch unsicheren Zeiten gibt. Dann sollen Minderheiten Brücken bauen, aber auch bei der Durchsetzung türkischer Interessen helfen. Daher ist die Türkei bestrebt – anders als im Kalten Krieg – die Minderheiten im jeweiligen Wohnsitzstaat zu binden. Solange ihre Substanz gesichert ist, werden sie auch in Zukunft der Türkei einen Nutzen bringen. Aus gleichem Grund leistet Ankara organisatorische und moralische Hilfe an die pro-türkischen Parteien.

Ferner konnte Ankara beispielsweise internationalen Druck aus der EU und der USA bezüglich der Verbesserung der Situation der griechischen Minderheit in der Türkei schmälern, indem es das Gegenseitigkeitsprinzip forderte. Die Lage der Westthrakientürken sollte gleichermaßen aufgewertet werden. Dabei hat die Analyse gezeigt, dass es eher um die Abwehr von Ansprüchen der Minderheiten in der Türkei ging und weniger darum, das Leben der eigenen, auswärtigen Minderheit zu erleichtern. Dies ist als eine Art der Instrumentalisierung zu verstehen.

Neben der Entwicklungshilfe und der Außenkulturpolitik ist das verbale Eintreten die am häufigsten genutzte Maßnahme in der türkischen externen Minderheitenpolitik. Statements von der Staatsführung und anderen hochrangigen Politikern oder offizielle Erklärungen des Außenministeriums, zumeist zu Anliegen der türkischen Minderheit im jeweiligen Land, soll deren Status bzw. deren Lebensverhältnisse aufbessern. Teilweise haben die Stellungnahmen aber auch instrumentalisierenden Charakter, die je nach Form und Intensität eher den Wohnsitzstaat zu einer anderen Politik bezüglich der Türkei bewegen sollen.

Zusammengefasst ändern und beeinflussen die internationale Sicherheitslage, die bilateralen Beziehungen, die zwischenstaatlichen Machtverhältnisse sowie die innenpolitischen Gegebenheiten die Art und Intensität der auswärtigen Minderheitenpolitik der Türkei. Länder- und fallbezogen variiert die Gewichtung der einzelnen Bestimmungsfaktoren. Größtenteils geht es dabei um das Eintreten der Türkei für die Minderheit, seltener zu einer Instrumentalisierung

der Minderheitenfrage.

Doch unerheblich, ob es sich um ein wohlwollendes Eintreten für die Minderheit oder um eine Instrumentalisierung handelt: die Türkei geht stets nur soweit, bis ihre eigenen Interessen geschützt werden bzw. (sicherheits-)politische und wirtschaftliche Einbußen gar nicht oder unwesentlich zu erwarten sind. Den Ansatz, den die Türkei verfolgt, bringt folgende türkische Redewendung auf den Punkt: „önce can, sonra canan“, meint „erst das Leib, dann die Liebe“. Oberstes Ziel der Türkei ist, dass sie zumindest ihr Machtpotential bewahrt. Die externe Minderheitenpolitik bekommt dadurch eine machtpolitische Dimension. Denn Machtpolitik äußert sich nicht nur machtsteigernd, sondern auch machterhaltend.

Die Hypothese, dass die Türkei mit ihrer auswärtigen Minderheitenpolitik ihre sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen stärken will, lässt sich somit als verifiziert einordnen.

Das oft uneigennützig wirkende Eingreifen für die Minderheit, sei es verbal oder durch Förderung, hat häufig einen Kollateralnutzen für Ankara. Es ist sogar davon auszugehen, dass die Eigeninteressen der Türkei meistens überwiegen. Daher ist das verbale Eingreifen Ankaras beispielsweise bei größeren Krisen bezüglich ihrer Minderheiten auf dem Balkan hauptsächlich deeskalierend. Die Machtpolitik ist demnach defensiver Natur. Die externe Minderheitenpolitik soll die Region stabilisieren, nicht destabilisieren. Sie soll sekundär die Einnahmen steigern, aber primär Einbußen vermeiden. Selbst die seltene Instrumentalisierung der Minderheitenfrage durch die Türkei hat in den wenigsten Fällen offensiven Charakter. Eine Minderheitenpolitik zum Selbstzweck, in der aus großmachtpolitischen Interessen die Regierungen der Wohnsitzstaaten beeinflusst werden sollen, findet gewöhnlicherweise nicht statt.

Das Sicherheitsstreben hat in der auswärtigen Minderheitenpolitik Ankaras die größte Priorität. Damit erfüllt es eines der wichtigsten Grundannahmen des Realismus: dass Staaten im von Anarchie geprägten internationalen System nach Macht bzw. Sicherheit trachten. Die vor Jahren abgeschriebene realistische Schule ist demnach weiterhin in der Lage, außenpolitische Phänomene zu erklären. Vor dem Ukrainekrieg wurde dieser Theorie vielfach die Bedeutungslosigkeit zugeschrieben. Doch nach dem Motto „Tot gesagte leben länger“ hat der Realismus weiterhin eine Daseinsberechtigung.

Das heißt nicht, dass die Minderheitenpolitik der Türkei nur machtpolitischen Interessen folgt

oder nur durch die realistischen Theorien empirisch erklärt werden kann. Viele Instrumente der Minderheitenpolitik wie die Moscheebauten oder die anderen entwicklungspolitischen Projekte, können genauso gut als eine Art Nation-building über den Konstruktivismus dargelegt werden, wie es Kader Özlem (2016) und Hüsrev Tabak (2016) eindrucksvoll gezeigt haben. Die externe Minderheitenpolitik der Türkei wird durch Multikausalität bestimmt.

Zu einem ähnlichen Schluss kam auch Franz Preissler bezüglich der russischen Minderheitenpolitik gegenüber den baltischen Staaten. Minderheitenpolitik ist komplex und multidimensional. Preisslers auf den Realismus aufbauendes Analysemodell, welches in dieser Arbeit modifiziert wurde, konnte jedoch ein weiteres Mal die machtpolitischen Zusammenhänge einer auswärtigen Minderheitenpolitik aufzeigen. Jede weitere Fallstudie wird die Bestimmungsfaktoren der externen Minderheitenpolitik noch weiter ausformulieren und die Kin-state Ansätze ausgiebiger bereichern.

Die Ergebnisse zeigen, dass zwei Instrumente der *allgemeinen* auswärtigen Minderheitenpolitik der Türkei, nämlich offensive, militärische Interventionen (durch die türkischen Streitkräfte) sowie präventive und geregelte Einwanderungen seit den 1980er Jahren nicht mehr zum Inventar gehören. Dafür sind Infrastrukturprojekte, sprachliche, kulturelle und religiöse Unterstützung, Förderung von Studenten und Eliten sowie Wahlhilfe in den Vordergrund gerückt. Der Bestand an Minderheiten im jeweiligen Land soll gehalten werden, damit diese die Interessen der Türkei mit unterstützen. Beispielsweise konnte Ankara auf die Loyalität der Turkmenen in Syrien setzen und diese bei den türkischen Operationen im Norden des Landes unterstützen.

Die türkische Außenpolitik ist weiterhin realistisch geprägt. Wirtschaftlich, politisch und sicherheitspolitisch lautet die Devise Machtsteigerung. Dies gilt auch in Richtung Balkan, selbst wenn die Minderheitenpolitik, wie die Studie gezeigt hat, eher auf Machterhaltung ausgelegt ist. Die Arbeit konnte aufführen, dass die allgemeine Balkanpolitik der Türkei keine aggressive, auf Dominanz und Kontrolle abzielende Großmachtpolitik ist. Zwar ist die Türkei eine regionale Großmacht auf dem Balkan und versucht diesen Zustand zu festigen oder auszuweiten, aber die Türkei ist sich bewusst, dass sie keine bestimmende Politik betreiben kann und tut es auch nicht. Presseberichte im deutschsprachigen Raum, selbst von seriösen überregionalen Tageszeitungen, die fast schon ein Einverleibungsversuch des Balkans durch die Türkei erkennen wollen, sind unverhältnismäßig. Die vermutlich aus diesen Berichtserstat-

tungen heraus motivierten Facharbeiten zeigen ebenfalls, dass die Türkei nur über mäßige Machtmittel verfügt und dessen auch gewahr ist.

Die vorliegende Arbeit widmete sich der türkischen Minderheitenpolitik in Südosteuropa als Teil der türkischen Außenpolitikstrategie. Demnach wurde eine Außenpolitikanalyse der Türkei durchgeführt. Studien, die die Minderheitenpolitik der Türkei aus dem Blickfeld der Minderheit selbst oder die innenpolitischen und außenpolitischen Wirkungen im Wohnsitzstaat berücksichtigen, könnten das Thema abrunden. Anknüpfen könnten auch Forschungsarbeiten, die eine machtgetriebene Diasporapolitik der Türkei gegenüber der türkischstämmigen Bevölkerung in Westeuropa umfangreicher und empirischer untersuchen. Methodisch wären außerdem Studien zum Thema der vorliegenden Dissertation interessant, die auf quantitative Inhaltsanalysen basieren.

Ohnehin werden sich Forschende über die gegenwärtige türkische Außenpolitik in Zukunft anders bei der Quellensuche aufstellen müssen. Das türkische Außenministerium veröffentlicht mittlerweile nur noch ausgewählte Reden und Statements des Außenministers. Offizielle Mitteilungen nach Staatsbesuchen werden nur noch kurzgefasst und mit geringem inhaltlichen Bezug herausgegeben. Zudem hat das türkische Presseamt die Webversion der Zeitschrift „Ayın Tarihi“ eingestellt, die die wichtigsten Ereignisse der letzten Jahrzehnte auf Tagesbasis zusammengefasst und archiviert hatte. Ein nutzbares Webarchiv haben lediglich die beiden Tageszeitungen Milliyet und Cumhuriyet. Ferner können Forscher nicht mehr das Zeitungsarchiv der Staatsbibliothek in Beyazıt-Istanbul vollumfänglich nutzen. Die meisten türkischen Nachrichtenportale haben kein geordnetes und durchdachtes Archiv. Das alles macht das Studieren von Primärquellen schwieriger, was sich nachhaltig auch auf den Umfang von Sekundärquellen auswirken könnte. Forscher, die sich mit spezifischen außenpolitischen Fachthemen bezüglich der Türkei befassen bzw. befassen wollen, werden häufiger Experteninterviews führen und ihr eigenes Privatarchiv bilden müssen.

Die türkische Außenpolitik wird auch in naher Zukunft vor Umbrüchen und neuen Herausforderungen stehen. Weltpolitisch wird sich zeigen, ob die zweite Amtszeit Donald Trumps den wirtschaftlichen Protektionismus weiter fördern wird und auch verteidigungspolitisch die europäischen Verbündeten stärker in die Pflicht nimmt. Ein weiterer Rückzug der USA wird die globale Machtverschiebung Richtung BRICS-Staaten begünstigen. Mittelmächte wie die Türkei werden sich international und militärisch neu positionieren müssen. Hier bleibt abzuwar-

ten, ob die türkischen Kampfflugzeugprojekte und andere Vorhaben erfolgreich zu Ende gebracht werden können und dies die Militarisierung der türkischen Außenpolitik fortsetzen wird. Griechenland ist dabei, seine militärische Flugzeugflotte aufzubessern. Einige Experten sprechen dann von einer Luftüberlegenheit Athens gegenüber der Türkei. Zudem baut dort die USA ihre Militärstützpunkte immer weiter aus. Dies könnte bedeutend für die griechisch-türkische Rivalität sein und auch die Westthrakienfrage berühren. Ein Durchbruch bezüglich der Mitgliedschaft der Westbalkanstaaten in die EU ist bisher nicht erfolgt und beeinflusst die türkische Balkanpolitik mit. Wie es nach dem Sturz von Assad in Syrien weitergehen wird und wie sich der Umsturz auf die diversen Konflikte im Nahen Osten auswirken wird, ist nicht vorhersehbar.

Eine räumliche und zeitliche Ausweitung der aktuellen Kriege wird die Türkei auch wirtschaftlich beanspruchen. Diese kämpft bereits länger mit schwierigen, wirtschaftlichen Verhältnissen. Es ist anzunehmen, dass die klamme Staatskasse sich auf das Budget der für die Minderheitenpolitik relevanten Institutionen wie die TİKA oder YTB auswirken wird. Seit Ende Dezember 2024 werden zudem über Veruntreuungen bei den Yunus-Emre-Instituten berichtet, hierzu sind bereits Festnahmen von Mitgliedern des Präsidiums erfolgt.

Die schwere wirtschaftliche Lage wirkt sich auch auf die Stimmung der Bevölkerung aus. Bei den letzten Kommunalwahlen war die AKP zum ersten Mal seit ihrer Gründung nicht stärkste Kraft. Ob sich der Trend halten wird oder ob sich die Wähler nur bei den weniger brisanten Kommunalwahlen auf die Seite der Opposition schlagen, wird spätestens 2028 beantwortet. Recep Tayyip Erdoğan darf nach der gültigen Verfassung nicht für eine dritte Amtsperiode antreten. Es sei denn, das Parlament leitet ein Misstrauensvotum ein und stürzt ihn vor Ende seiner Präsidentschaft. Erdoğan bringt immer wieder die Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Staatsverfassung ins Spiel. Dass dabei die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung der größte Treiber ist, liegt nahe. Ob neue Verfassung oder neuer Staatspräsident (oder beides): eine derartige Veränderung wird eine neue Weichenstellung für die Türkei bedeuten.

Ende 2024 hat in der Türkei erneut eine Kampagne zur endgültigen Lösung des Kurdenproblems begonnen. Ausgerechnet die de-facto mitregierende nationalistische MHP fordert die Freilassung Öcalans, mit der Bedingung, dass der PKK-Gründer sodann – gegebenenfalls im türkischen Parlament – die Terrororganisation zur Waffenniederlegung aufruft. Welche Schritte danach folgen sollen, um den Konflikt nachhaltig beizulegen, ist nicht bekannt. Auch nicht

die Motivation der MHP. Dass es der Partei darum geht, wie von ihrem Vorsitzenden Bahçeli hervorgebracht, angesichts der aktuellen außenpolitischen Bedrohungen im Nahen Osten für inneren Frieden und Zusammenhalt in der Türkei zu sorgen, ist zweifelhaft. Bewahrheitet sich dies und würden die geplanten Reformen tatsächlich zu einer Befriedung führen, würde sich das langfristig auch auf die externe Minderheitenpolitik der Türkei auswirken. Ankara müsste dann weniger mit Gleichseitigkeitsargumenten bezüglich der inneren Minderheiten kämpfen.

Die Motivation der MHP könnte aber auch darauf abzielen, die pro-kurdischen Parteien im türkischen Parlament für die Verfassungsänderung zu gewinnen oder zumindest bei einem taktischen Misstrauensvotum gegen Erdoğan mitzugehen. Beide Varianten würden den Weg für Erdoğan in die dritte Präsidentschaftszeit ebnen. Damit hätte Erdoğan seinen kleineren Bündnispartner, ähnlich wie bei der Verfassungsänderung 2017, zur Umwandlung des Regierungssystems, erneut vorgeschickt. Sieht man sich die politische Karriere von Erdoğan an, erscheint diese Triebkraft als wahrscheinlicher. Gleichgültig, ob durch die Implikation des Machtmenschen Erdoğan auf die Außenpolitik der Türkei oder aufgrund der geopolitischen Lage: Machtpolitik wird noch lange Jahre eine Komponente der türkischen Außenpolitik und somit der auswärtigen Minderheitenpolitik bleiben.

Literaturverzeichnis

Abdula, F. (2019). Makedonya'nın FETÖ iltisaklı gazeteye destek vermesine karşı protesto [Protest gegen Mazedoniens Unterstützung der FETÖ-nahen Zeitung], 30.01.2019. Zuletzt geprüft am 19.12.2024 von Anadolu Ajansı: https://www.aa.com.tr/tr/dunya/makedonyanin-feto-iltisakli-gazeteye-destek-vermesine-karsi-protesto/1379362

ABTTF (2017). Anavatanımız Türkiye’nin Cumhurbaşkanı Erdoğan Batı Trakya’yı ziyaret etti [Erdoğan, der Präsident unseres Heimatlandes Türkei, besuchte Westthrakien], 11.12.2017. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu: https://www.abttf.org/haberler-detay.php?id=5716&kid=104

ABTTF (2021a). T.C. Dışişleri Bakanı Mevlüt Çavuşoğlu Batı Trakya’yı ziyaret etti [Der Außenminister der türkischen Republik, Mevlüt Çavuşoğlu, besuchte Westthrakien], 31.05.2021. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu: https://www.abttf.org/haberler-detay.php?id=6449&kid=104

ABTTF (2021b). T.C. Dışişleri Bakan Yardımcısı Yavuz Selim Kıran Batı Trakya’daydı [Der stellvertretende Außenminister der türkischen Republik, Yavuz Selim Kıran, war in Westthrakien], 07.05.2021. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu: https://www.abttf.org/haberler-detay.php?id=6437&kid=104

ABTTF (2023). Anavatanımız Türkiye Cumhurbaşkanı Erdoğan Atina’yı ziyaret etti [Erdoğan, der Präsident unseres Heimatlandes Türkei, hat Athen besucht], 08.12.2023. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu: https://www.abttf.org/haberler-detay.php?id=6986&kid=108

ABTTF (2024). Dışişleri Bakanı Fidan’ın Batı Trakya Türk toplumuna sahip çıkan sözleri ülkemizde rahatsızlık yarattı [Die Worte von Außenminister Fidan zur Unterstützung der türkischen Gemeinschaft in Westthrakien lösen in unserem Land Unbehagen aus], 27.11.2024. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu: https://www.abttf.org/haberler-detay.php?id=7174&kid=104

Ajeti, F. (2020). Der Westbalkan in der Arena geostrategischer Interessen von Russland und China. oiip – Austrian Institute for International Affairs Policy Brief, 9/2020, S. 1-9.

Aliju, D., & Abdula, F. (2020). Etnik çekişmelerin yaşandığı Kuzey Makedonya 'deneyler ülkesi' mi? [Ist Nordmazedonien, wo ethnische Konflikte stattfinden, ein „Land der Experimente“?], 01.09.2020. Zuletzt geprüft am 19.12.2024 von Anadolu Ajansı: https://www.aa.com.tr/tr/analiz/etnik-cekismelerin-yasandigi-kuzey-makedonya-deneyler-ulkesi-mi/1959672

Alioğlu Çakmak, G. (2018). Bir “Avrupa” Azınlığı Olarak Batı Trakya Türkleri [Die Westthrakientürken als „europäische“ Minderheit]. İstanbul Gelişim Üniversitesi Sosyal Bilimler Dergisi, 5(2), 31/10/2018, S. 149-168.

Alp, İ. (1995). Batı Trakya Türkleri [Die Westthrakientürken]. Atatürk Araştırma Merkezi Dergisi, 11(33), 01/11/1995, S. 613-652.

Alptekin, H., Lika, I., Dağdelen, M. D., & Erdoğu, V. (2020). Bulgaristan Türklerinin Kültürel, Ekonomik ve Siyasi Sorunları, Talepleri, Çözüm Öneriler [Kulturelle, wirtschaftliche und politische Probleme, Forderungen und Lösungsvorschläge der Türken in Bulgarien]. Ankara: SETA.

Auth, G. (2015). Theorien der Internationalen Beziehungen kompkat. Die wichtigsten Theorien auf einem Blick. Berlin, München, Boston: De Gruyter Oldenbourg.

Avcı, E. (2017). Bulgaristan Türklerinde DOST Partisi heyecanı [Die DOST-Partei Hochstimmung unter den Türken in Bulgarien], 22.03.2017. Zuletzt geprüft am 21.12.2024 von Anadolu Ajansı: https://www.aa.com.tr/tr/dunya/bulgaristan-turklerinde-dost-partisi-heyecani/776877#!

Aydın, Y. (2014). Die neue türkische Diasporapolitik. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Ayın Tarihi (1996). Vom 29.07.1996.

Babalı, T. (2012). Türkiye-Makedonya İlişkileri: Süreklilik ve Değişim Unsurları ve Gelecek Perspektifi [Die türkisch-mazedonischen Beziehungen: Elemente der Kontinuität und des Wandels und eine Zukunftsperspektive]. In Y. Okay, & T. Babalı, Türkiye-Makedonya İlişkileri: 'Üsküp ki Şardağı'nda devamıydı Bursa'nın' (S. 21-40). Istanbul: Doğu Kitapevi.

Balcı, A. (2017). Türkiye Dış Politikası. İlkeler, Aktörler ve Uygulamalar [Türkische Außenpolitik. Prinzipien, Akteure und Praktiken]. Istanbul: Alfa.

Balıkel, A. E. (2017). Teorik Çerçevede Geçmişten Günümüze Türkiye Dış Politikası [Türkische Außenpolitik aus theoretischer Perspektive von der Vergangenheit bis zur Gegenwart]. Istanbul: Kerasus Kitap.

Bastian, J. (2024). Die Türkei auf dem Weg zum globalen Rüstungsexporteur. Wachsende Konkurrenzfähigkeit und strategische Neuausrichtung der türkischen Rüstungsindustrie. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP-Aktuell 2024/A 05, S. 1-8.

Batı Trakya'nın Sesi (1991a). Batı Trakya'da müftülükler işgal altında [Muftiämter in Westthrakien besetzt]. (33), 08/1991, S. 3-25.

Batı Trakya'nın Sesi (1991b). Büyükelçi Kandemir: "ABD Kongresi Batı Trakya Konusunda harekete geçmeli" [Botschafter Kandemir: „Der US-Kongress sollte in der Westthrakien-Frage Maßnahmen ergreifen“]. (35), 10/1991, S. 7-8.

Batı Trakya'nın Sesi (1991c). "Batı Trakya'da Türk azınlığa haksızlık yaptık" [„Wir haben der türkischen Minderheit in Westthrakien Unrecht getan“]. (31), 06/1991, S. 5-6.

Batı Trakya'nın Sesi (1991d). Başbakan Süleyman Demirel: "Türkiye ile Yunanistan arasındaki en büyük mesele Batı Trakya'dır" [Premierminister Süleyman Demirel: „Das größte Problem zwischen der Türkei und Griechenland ist Westthrakien“]. (37), 12/1991, S. 5.

Batı Trakya'nın Sesi (1992a). Batı Trakya Türkü'nün Medar-ı İftiharı Devlet Bakanı Sayın Cavit Çağlar'la Röportaj [Interview mit dem Staatsminister Cavit Çağlar, dem Stolz der Westthrakientürken]. (40), 03/1992, S. 2-3.

Batı Trakya'nın Sesi (1992b). Başbakan Süleyman Demirel, Yunanistan'ın Eleftherotipia Gazetesi'ne konuştu: "Batı Trakya Türkleri'nin haklarını kabul edin" [Premierminister Süleyman Demirel sagt gegenüber der griechischen Zeitung Eleftherotipia: „Akzeptieren Sie die Rechte der West-Thrakien-Türken“]. (42), 05/08/1992, S. 2.

Batı Trakya'nın Sesi (1992c). BTTDD GM 42. Dönem Genel Kurulu Yapıldı [Die 42. Generalversammlung der BTTDD GM wurde abgehalten]. (44-45), 11/12/1992, S. 4-9.

Batı Trakya'nın Sesi (1993a). İstenilmeyen Kitaplara Karşı Anlamlı Direniş [Denkwürdiger Widerstand gegen die unerwünschten Bücher]. (47), 02/1993, S. 4.

Batı Trakya'nın Sesi (1993b). Yunanistan dışişlerinden gelen cevaba cevap [Gegenantwort auf die Antwort des griechischen Außenministeriums]. (53), 06/1993, S. 3.

Batı Trakya'nın Sesi (1993c). Dedeağaç'taki tarihi cami kundaklandı [Die historische Moschee in Alexandoupoli wurde in Brand gesteckt]. (48), 03/1993, S. 3-8.

Batı Trakya'nın Sesi (1994a). Deniz Baykal'ın Batı Trakya Gezisi [Die Reise Deniz Baykals nach Westthrakien]. (59), 02/1994, S. 6-8.

Batı Trakya'nın Sesi (1994b). "Kanayan Yara Batı Trakya" [„Blutende Wunde Westthrakien“]. (62), 05/1994, S. 10-11.

Batı Trakya'nın Sesi (1995a). Tarihi Uluslararası Batı Trakya Kurultayı Toplandı [Historischer internationaler Westthrakien-Kongress wurde abgehalten]. (71), 03/04/1995, S. 2-17.

Batı Trakya'nın Sesi (1995b). Batı Trakya Türkleri Aktuna'yı Bağırlarına Bastılar [Westthrakientürken schlossen Aktuna ans Herz]. (72), 05/1995, S. 2-8.

Batı Trakya'nın Sesi (1996a). II. Batı Trakya Türkleri Kurultayı Türklük davamızı bir kez daha uluslararası platforma taşıdı [Der II. Westthrakientürken-Kongress brachte unsere „türkische Sache“ erneut auf die internationale Plattform]. (76-77), 03/08/1996, S. 7-8.

Batı Trakya'nın Sesi (1996b). "Barışçı Çözüm İstiyoruz" [„Wir wollen eine friedliche Lösung“]. (75), 01/02/1996, S. 5.

Batı Trakya'nın Sesi (1996c). Genel Kurulumuz Büyük İlgi Gördü [Unsere Generalversammlung erregte große Aufmerksamkeit]. (79), 11/12/1996, S. 6-11.

Baumann, R., Rittberger, V., & Wagner, W. (1998). Macht und Machtpolitik: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Tübingen: Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr.30.

Bechev, D. (2023). Türkiye'nin Balkanlar Politikası: Erdoğan Döneminde Süreklilik ve Değişim [Die Balkanpolitik der Türkei: Kontinuität und Wandel in der Erdoğan-Ära]. In U. Sunata, Türkiye'de Balkanlar (S. 283-299). Istanbul: İletişim Yayınları.

Bence, C. (2020). Die Kin-state Politik der ungarischen Regierungen seit der Systemtransformation gegenüber den „Ungarn jenseits der Grenzen“ im Vergleich. Andrássy Working Papers zur Demokratieforschung Nr. 9. Budapest: Centre of Democracy Studies of the Danube Institute of Andrássy University. Zuletzt geprüft am 19. 01 2025 von https://www.andrassyuni.eu/pubfile/de-304-die-kin-state-politik-der-ungarischen-regierungen.pdf

BİA Haber Merkezi (2017). Türkiye - Bulgaristan Krizinin Nedeni Genel Seçimlere Katılan HÖH ve DOST Partileri [Die Ursache der Türkei-Bulgarien-Krise: DPS- und DOST-Parteien nehmen an Parlamentswahlen teil], 21.03.2017. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von https://bianet.org/haber/turkiye-bulgaristan-krizinin-nedeni-genel-secimlere-katilan-hoh-ve-dost-partileri-184704

Biçer, R., & Dalkılıç, M. (2022). Balkanlarda Dinî Radikalizm [Religiöser Radikalismus auf dem Balkan]. Düşünce Dünyasında Türkiz, 5(26), 25/03/2022, S. 73-86.

Bieber, F. (2023). Pulverfass Balkan. Berlin: ZpB.

Bilgili, O., & Siegel, M. (2011). Understanding the changing role of the Turkish diaspora. UNU-MERIT, Maastricht Economic and Social Research and Training Centre on Innovation and Technology. Zuletzt geprüft am 11.10.2024 von http://digitalarchive.maastrichtuniversity.nl/fedora/get/guid:fd69cf9a-fee9-4b3b-9983-7a92c0bf7deb/ASSET1

Bozkurt, A. (2010). “Growing ties with Turkey more important than EU, Serbian Parliament speaker says”, 23.12.2010. Interview with the President of the National Assembly of the Republic of Serbia, Dr. Slavica Djukic-Dejanovic. Todayszaman.

Braun, G., & Rösel, J. (1988). Ethnische Konflikte im Internationalen System. Aktuelle Informationspapiere zu Entwicklung und Politik. (Bd. 13). Freiburg: ABI Verlag.

Brljavac, B. (2011). Turkey Entering the European Union Through the Balkan Doors: In the Style of a Great Power? Romanian Journal of European Affairs, 11(2), 6/2011, S. 82-91.

Brooks, S. G. (1997). Dueling Realisms. International Organization, 51, S. 445-477.

Brubaker, R. (1995). National Minorities, Nationalizing States, and External National Homelands in the New Europe. Daedalus, 124(2), Spring/1995, S. 107-132.

Brubaker, R. (1996). Nationalism Reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Brunnbauer, U. (2012). Südosteuropa. In Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Zuletzt geprüft am 19.01.2025 von https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/suedosteuropa

BTSO (ohne Jahr). Makedonya Cumhuriyeti Ülke Raporu [Länderbericht Republik Mazedonien]. Zuletzt geprüft am 20.01.2025 von Bursa Ticaret ve Sanayi Odası (BTSO): https://btso.org.tr/documents/countryreport/25.pdf

BULTÜRK Gazetesi (2020). Çavuşoğlu ile Zaharieva birlikte basın toplantısı düzenlendi [Gemeinsame Pressekonferenz zwischen Çavuşoğlu und Zaharieva], 02.02.2020.

Zuletzt geprüft am 21.12.2024 von https://bulturk.net/tr/cavusoglu-ile-zaharieva-birlikte-basin-toplantisi-duzenlendi/

BULTÜRK Gazetesi (2024). Karlovo'daki Kurşum Camii kapılarını müze olarak açıyor [Die Kurşum -Moschee in Karlovo öffnet ihre Türen als Museum], 28.04.2024. Zuletzt geprüft am 20.12.2024 von https://bulturk.net/tr/karlovodaki-kursum-camii-kapilarini-muze-olarak-aciyor/

Bundespräsidialamt (2017). Antrittsbesuch in Schleswig-Holstein: Kongress des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, 06.10.2017. Zuletzt geprüft am 16.12.2024 von https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/10/171006-Gemeindetag-Schleswig-Holstein.html

Çağ, G. (2021). Balkanlar. Öteki Avrupa'nın Kökleri ve İnşası [Der Balkan. Die Wurzeln und der Aufbau des anderen Europa]. Kaş-Antalya: Otorite Yayınları.

Çalış, Ş. H. (2006). Türkiye Avrupa Birliği İlişkileri: Kimlik Arayışı, Aktörler ve Değişim [Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU: Identitätssuche, Akteure und Wandel]. Ankara: Nobel Yayınları.

Çeçen, A. (2016). Türkiye ve Balkanlar [Die Türkei und der Balkan]. Ankara: Astana Yayınları.

Çelik, B. (2013). Dağılan Yugoslavya Sonrası Kosova ve Makedonya Türkleri [Die Kosovo- und Mazedonien-Türken nach der Auflösung Jugoslawiens]. Istanbul: Gürer Yayınları.

Çelik, S. (2018). Cumhurbaşkanı Erdoğan'dan Kosova Başbakanına tepki [Heftige Reaktion von Präsident Erdoğan an den Premierminister des Kosovo], 31.03.2018. Anadolu Ajansı. Zuletzt geprüft am 11.12.2024 von https://www.aa.com.tr/tr/gunun-basliklari/cumhurbaskani-erdogandan-kosova-basbakanina-tepki-/1104783

Cem, İ. (2004). Türkiye, Avrupa, Avrasya [Die Türkei, Europa, Eurasien]. Istanbul: Bilgi Üniversitesi.

Chellaney, B. (2024). Ende der westlichen Vorherrschaft? Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). (49-51/2024), S. 4-10.

CNN Türk (2014). Asimilasyon ve Göç: Bulgaristan Türkleri'nin Öyküsü [Assimilation und Migration: Die Geschichte der Bulgarien-Türken], 03.07.2014. Zuletzt geprüft am 19.10.2024 von https://www.cnnturk.com/turkiye/asimilasyon-ve-goc-bulgaristan-turklerinin-oykusu-415996

Cocozzelli, F. (2008). Small Minorities in a Divided Polity: Turks, Bosniaks, Muslim Slavs and Roms, Ashkalis and Egyptians in Post-Conflict Kosovo. Ethnopolitics, 7(2-3), S. 287-306.

Davutoğlu, A. (2009). Stratejik Derinlik [Strategische Tiefe]. Istanbul: Küre.

Demiray, M. (2001). Die regionale Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei in der Ära Özal (1983-1993). Hamburg: Dissertation an der Universität Hamburg.

Demirci, Z., & Radoykov, İ. (2017). DOST Partisi'nden Türk karşıtlarının aday gösterilmesine tepki [Heftige Reaktion der DOST-Partei auf die Nominierung türkenfeindlicher

Kandidaten], 24.02.2017. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Anadolu Ajansı: https://www.aa.com.tr/tr/dunya/dost-partisinden-turk-karsitlarinin-aday-gosterilmesine-tepki/758618

Demirtaş, B. (2015). Turkish foreign policy towards the Balkans: A Europeanised foreign policy in a de-europeanised national context? Journal of Balkan and Near Eastern Studies, 17(2), S. 123-140.

Demirtaş-Coşkun, B. (2001). Bulgaristan'la Yeni Dönem [Neue Ära mit Bulgarien]. Ankara: ASAM.

Dervişi, Ş. (2005). Makedonya-Türkiye Ekonomik İlişkilerin Yapısal Analizi [Strukturanalyse der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Mazedonien und der Türkei]. Eskişehir: Masterarbeit an der Anadolu Üniversität.

Diyanet Haber (2021). Başkan Erbaş'tan Kosova'da selefi akım ve FETÖ'ye karşı, tedbir çağrısı [Präsident Erbaş fordert Vorsichtsmaßnahmen gegen die salafistische Bewegung und FETÖ im Kosovo], 21.06.2021. Zuletzt geprüft am 12.12.2024 von https://www.diyanethaber.com.tr/baskan-erbastan-kosovada-selefi-akim-ve-fetoye-karsi-tedbir-cagrisi

Dumont, G.-F. (2016). Die wachsende Macht der Minderheiten. Über die Rolle großer Diaspora-Gemeinden in der Außenpolitik. Zuletzt geprüft am 12.09.2023 von Journal für Internationale Politik und Gesellschaft (IPG): https://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/die-wachsende-macht-der-minderheiten-1471/

Dursun-Özkanca, O. (2023). Türkiye-Batı İlişkileri. İttifak İçi Muhalefet Siyaseti [Die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Westen: Bündnisinnere Opposition]. Istanbul: Koç Üniversitesi Yayınları.

Efe, İ. (2023). Bulgaristan Türklerinin 1989 Yılında Türkiye'ye Zorunlu Göçü: Göçün Sebepleri, Türk Kamuoyundaki Akisleri ve Sonuçları [Zwangsmigration der Bulgarien-Türken in die Türkei im Jahr 1989: Gründe, Folgen und Meinungen der türkischen Öffentlichkeit zu der Migration]. ESAR Journal, 4(1), 31/07/2023, S. 32-55.

Elman, C. (1996). Horses for Courses: Why not Neorealist Theories of Foreign Policy. Security Studies, 6(1), S. 7-53.

Emin, E. (2017). Kosova'da Oluşturulmaya Çalışılan Türkofobi [Versuche eines Aufbaus einer Türkenphobie in Kosovo]. Zuletzt geprüft am 10.12.2024 von INSAMER: https://www.insamer.com/tr/?output=pdf&type=post&id=4456

Ercan, M., & Pektaş, Z. (2018). Balkan Siyasetinde Kosova'nın Bağımsızlık ve Egemenlik Sorunu [Die Unabhängigkeits- und Souveränitätsproblematik Kosovos in der Balkanpolitik]. Ankara: Nobel Yayıncılık.

Eren, E. (2024). 2002'den Günümüze Türkiye'nin Balkanlar Politikasının Akıllı Güç Teorisi Perspektifinde Analizi: Bütüncül Balkan Politikasının İnşası [Analyse der türkischen Balkanpolitik von 2002 bis heute aus der Perspektive der Smart-Power-Theorie: Aufbau einer integrierten Balkanpolitik]. Istanbul: Dissertation an der Istanbul Yeni Yüzyıl Universität.

Faulstroh, N. (2015). Die Balkankrisen von 1908-1914 und die Jugoslawienkonflikte von 1991-1999 im Beziehungsgeflecht der Großmächte. Baden-Baden: Nomos.

Feffer, J. (2010). Stealth Superpower. How Turkey is chasing China to become the next big thing. Zuletzt geprüft am 19.01.2025 von Foreign Policy In Focus (FPIF): https://fpif.org/stealth_superpower/

Feilcke, A. (2016). Kosovo - Brutstätte des Islamismus?, 23.12.2016. Deutsche Welle. Zuletzt geprüft am 12.12.2024 von https://www.dw.com/de/kosovo-brutst%C3%A4tte-des-islamismus/a-36893448

Fuller, G., & Lesser, I. O. (1994). Turkey’s New Geopolitics. From the Balkans to Western China. Boulder: Westview Press.

Gieler, W. (2013). Die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik zwischen „Neo-Osmanismus und regionaler Führungsmacht“ – Eine Bestandsaufnahme. In O. Leiße, Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken (S. 37-53). Baden-Baden: Nomos.

Glos, W., & Lange, N. (2021). Von Brücken und Toren. Das Regionalmachtstreben der Türkei. Von Konrad-Adenauer-Stiftung. Newsletter Auslandsinformationen: https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/von-bruecken-und-toren. Zuletzt geprüft am 17.01.2024

Göksu, S. (2011). Geostrategische Motive der Türkei auf dem Weg zum Energie-Transitland. Hagen: Bachelorarbeit an der FernUniversität Hagen.

Göral, E. (2013). Değişen Uluslararası Sistemde Türkiye'nin Balkan Politikasının Türkiye - Avrupa Birliği İlişkilerine Etkisi [Die Auswirkungen der türkischen Balkanpolitik auf die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischer Union im Wandel des internationalen Systems]. Marmara Avrupa Araştırmaları Dergisi, 21(2), S. 99-118.

Grigorova, B. (2009). Eiserner Vorhang Bulgarien, 09.11.2009. Zuletzt geprüft am 19.10.2024 von Deutsche Welle: https://www.dw.com/de/die-palastrevolution-in-bulgarien/a-4866888

Gruber, I. B. (2015). Die Minderheitenpolitik der Republik Ungarn gegenüber den ungarischen Minderheiten im abgrenzenden Ausland nach der Wende 1989. Budapest: Dissertation an der Andrássy Universität Budapest.

Gürsel, S. (2013). İç Ortam ve Dinamikler [Innere Gegebenheiten und Dynamiken]. In B. Oran, Türk Dış Politikası. Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar, Cilt III 2001-2012 (S. 52-70). Istanbul: İletişim Yayınları.

Gvosdev, N. K., & Marsh, C. (2014). Russian Foreign Policy. London et al.: CQ Press/SAGE.

Haber 7 (2009). Cumhurbaşkanı Gül'den 'Ayrılık' açıklaması [Staatspräsident Gül gibt Trennung bekannt], 16.10.2009. Zuletzt geprüft am 14.11.2024 von https://m.haber7.com/siyaset/haber/445218-cumhurbaskani-gulden-ayrilik-aciklamasi

haberler.com (2012). Dışişleri Bakanı Davutoğlu, Makedonya'da [Außenminister Davutoğlu in Mazedonien], 20.12.2012. Zuletzt geprüft am 16.11.2024 von https://www.haberler.com/disisleri-bakani-davutoglu-makedonya-da-4188094-haberi/

Habertürk (2024). Dışişleri Bakanı Fidan: Balkanların huzur içinde olması bir numaralı stratejimiz [Außenminister Fidan: Frieden auf dem Balkan ist unsere Strategie Nummer eins], 07.09.2024. Zuletzt geprüft am 15.12.2024 von https://www.haberturk.com/disisleri-bakani-fidan-balkanlarin-huzur-icinde-olmasi-bir-numarali-stratejimiz-3717919?page=6

Hacısalihoğlu, M. (2012). "89 Göçü" İle İlgili Tarih Yazımı ve Kamuoyu Algıları [Historiographie und öffentliche Wahrnehmung in Bezug auf die „89-Migration“]. In N. Ersoy-Hacısalihoğlu, & M. Hacısalihoğlu, 89 Göçü. Bulgaristan’da 1984-89 Azınlık Politikaları ve Türkiye’ye Zorunlu Göç (S. 31-74). Istanbul: Yıldız Teknik Üniversitesi Balkan ve Karadeniz Araştırmaları Merkezi (BALKAR) & Balkanlar Medeniyet Merkezi (BALMED).

Hacke, C. (2003). Außen- und Sicherheitspolitik. In H. Münkler, Politikwissenschaft. Ein Grundkurs (S. 324-372). Reinbek bei Hamburg: rowohlts enzyklopädie.

Hatipoğlu, M. (2017). Cumhurbaşkanı Erdoğan'ın Batı Trakya ziyareti sevinç ve umut yarattı [Der Besuch von Präsident Erdoğan in Westthrakien löst Freude und Hoffnung aus], 09.12.2017. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Anadolu Ajansı: https://www.aa.com.tr/tr/dunya/cumhurbaskani-erdoganin-bati-trakya-ziyareti-sevinc-ve-umut-yaratti/999659#!

Heckmann, F. (1992). Ethnische Minderheiten, Volk und Nation: Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart: Enke.

Hellmann, G. (2010). Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Hagen: Studienbrief der FernUniversität Hagen.

Herdegen, M., & Schlie, U. (2023). Geopolitische Machtverschiebungen im Balkanraum. Zuletzt geprüft am 25.10.2024 von Hanns-Seidel-Stiftung: https://www.hss.de/download/publications/AA_97_Balkan.PDF

Holleis, J., & Knipp, K. (2021). Türkische Umarmungsversuche in Riad und Kairo, 13.05.2021. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Deutsche Welle: https://www.dw.com/de/umarmungsversuche-der-t%C3%BCrkei-in-riad-und-kairo/a-57507790

Holsti, K. J. (1992). International Politics: A Framework for Analysis. Englewood Cliffs (New Jersey): Prentice-Hall International.

İhlas Haber Ajansı (2011). Erdoğan Makedonyalılara Seslendi [Erdoğan wendet sich an die Mazedonier], 30.09.2011.

İnginar, A. (2010). Bulgaristan’dan Türk Göçü (1985-1989) [Türkische Zuwanderung aus Bulgarien (1985-1989)]. Istanbul: Masterarbeit an der Marmara Universität.

İnginar Kemaloğlu, A. (2012). Bulgaristan’dan Türk Göçü (1985-1989) [Türkische Zuwanderung aus Bulgarien (1985-1989)]. Ankara: Atatürk Araştırma Merkezi Yayınları.

International Herald Tribune (1995). Vom 19.05.1995

Kabza, C. (2014). Batı Trakya Müslüman Türk Azınlığı [Die muslimisch-türkische Minderheit in Westthrakien]. In T. Ersoy Öztürk, 100. Yılında Balkan Savaşları. Çatışmaların Önlenmesi, Barış ve Refah Vizyonu (S. 135-147). Istanbul: TASAM Yayınları.

Kamisli, Y. (2021). Griechenland schickt Militärschiffe - Türkei reagiert auf „Provokation“, 21.09.2021. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Frankfurter Rundschau: https://www.fr.de/politik/spannungen-zwischen-tuerkei-griechenland-mittelmeer-konflikt-militaerschiffe-provokation-90994359.html

Karacakaya, S. F. (2024). 1967-1995 Yıllarında Batı Trakya Türkleri [Die Westthrakientürken zwischen 1967-1995]. In N. Erdem, Batı Trakya'dan Türkiye'ye Göç (S. 202-253). Ankara: YTB Yayınları.

Karadağ, H. (2019). NATO, Balkanlar ve Türkiye [Die NATO, der Balkan und die Türkei]. Güvenlik Yazıları Serisi (49). Zuletzt geprüft am 11.05.2024 von https://trguvenlikportali.com/wp-content/uploads/2019/12/NATOBalkanlarTurkiye_HalukKaradag_v.1.pdf

Karamuço, S. (2018). Kosova Türklerinin Siyasal Örgütlenme Girişimleri: Kosova Demokratik Türk Partisi [Politische Organisationsbestreben der Kosovo-Türken: Die Demokratisch Türkisch Partei Kosovos]. Edirne: Dissertation an der Trakya Universität.

Kasap, E. (2018). Kosova Meclisi FETÖ'cülerin sınır dışı edilmesini görüştü [Das kosovarische Parlament diskutiert über die Abschiebung von FETO-Mitgliedern], 04.04.2018. İhlas Haber Ajansı. Zuletzt geprüft am 12.12.2024 von https://www.iha.com.tr/haber-kosova-meclisi-fetoculerin-sinir-disi-edilmesini-gorustu-720294

Ketenci, A. (2023). Türkiye's Soft Power in the Balkans & Kosovo Case. Marmara Üniversitesi İktisadi Ve İdari Bilimler Dergisi, 45(2), 8/12/2023, S. 263-277. Zuletzt geprüft am 09.12.2024 von https://dergipark.org.tr/tr/pub/muiibd/issue/80223/1337067

Keyman, F. E., & Gumuscu, S. (2014). Democracy, Identity and Foreign Policy in Turkey. London: Palgrave Macmillan.

Kirişci, K. (2009). The transformation of Turkish foreign policy: The rise of the trading state. New Perspectives on Turkey (40: Special Issue on Turkish Foreign Policy), Spring/2009, S. 29-56.

Kosova Haber (2013). Erdoğan: "Unutmayın, Türkiye Kosova'dır, Kosova Türkiye'dir" [Erdoğan: „Vergesst nicht, die Türkei ist Kosovo, Kosovo ist die Türkei“], 23.10.2013.

KOSOVAPORT (2020). Priştine'de Yeni Caminin İnşası Protesto Edilecek [Protest gegen den Bau der neuen Moschee in Pristina], 21.07.2020. Zuletzt geprüft am 29.112024 von https://www.kosovaport.com/pristinede-yeni-caminin-insasi-protesto-edilecek/

Kramer, H. (2010). Die neue Außenpolitik-Konzeption der Türkei. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Küçük, H. (2020). 1989 Zorunlu Göçü'nün Türkiye-Bulgaristan İlişkilerine Etkileri [Die Auswirkungen der Zwangsmigration von 1989 auf die Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien]. Bursa: Masterarbeit an der Bursa Uludağ Üniversität.

Kurt, H., & Yaşar, A. (2018). Balkan Yarımadası'nın Jeopolitiği [Die Geopolitik der Balkanhalbinsel]. IBANESS Conference Series (S. 428-444). Tekirdağ: IBANESS.

Kut, Ş. (2005). Balkanlar'da Kimlik ve Egmenlik [Identität und Souveränität auf dem Balkan]. Istanbul: Bilgi Üniversitesi Yayınları.

Lauth, H.-J., & Winkler, J. R. (2002). Methoden der Vergleichenden Politikwissenschaft. In H.-J. Lauth, Vergleichende Regierungslehre (S. 41-79). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Lauth, H.-J., Pickel, G., & Pickel, S. (2009). Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lemke, C. (2018). Internationale Beziehungen. Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg.

Lobell, S. E., Ripsman, N. M. & Taliaferro, J. W. (2009). Neoclassical Realism, the State, and Foreign Policy. New York: Cambridge University Press.

Lobell, S. E. (2009). Threat assessment, the state, and foreign policy: a neoclassical realist model. In L. S. E., R. N. M., & T. J. W., Neoclassical Realism, the State, and Foreign Policy (S. 42-74). New York: Cambridge University Press.

Lüle, Z. (1997). Yunan Cumhurbaşkanı'ndan münasebetsiz konuşma [Unangemessene Rede des griechischen Präsidenten], 04.05.1997. Batı Trakya'nın Sesi (82), S. 16.

Lütem, Ö. E. (2000). Türk-Bulgar İlişkileri 1983-1989, Cilt I, 1983-1985 [Türkisch-Bulgarische Beziehungen 1983–1989, Band I, 1983–1985]. Ankara: ASAM Yayınları.

Lütem, Ö. E. (2005). Türk-Bulgar İlişkileri 1983-1989, Cilt II, 1986-1987 [Türkisch-Bulgarische Beziehungen 1983–1989, Band II, 1986–1987]. Ankara: ASAM Yayınları.

Maeva, M. M. (2006). Bălgarskite turci-preselnici v Republika Turcija Kultura [Bulgarien-Türken: Kulturbotschafter in der Republik Türkei]. Sofia: IMIR.

Maihold, G., & Müller, M. (2024). Von BRIC zu BRICS Plus. Aufstieg eines weltpolitischen Akteurs. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) (49-51/2024), S. 11-17.

Maral, F. (2010). Bulgaristan'dan Türkiye'ye 1989 Göçü [Die Migration 1989 von Bulgarien in die Türkei]. Istanbul: Dissertation an der Universität Istanbul.

Masala, C. (2005). Kenneth N. Waltz. Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern. Baden-Baden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Mennel, R. (1999). Der Balkan. Einfluß- und Interessensphären. Eine Studie zur Geostrategie und Politischen Geographie eines alten Konfliktraums. Osnabrück: Biblio Verlag.

Milliyet (1982). Batı Trakya'daki Türk Malları İçin Yunanistan'a Nota Verdik [Diplomatische Note an Griechenland wegen den türkischen Besitztümern in Westthrakien], 02.02.1982.

Milliyet (1983). Batı Trakya'da Durum Ciddi [Die Lage in Westthrakien ist ernst], 19.05.1983.

Milliyet (1988). Batı Trakya Zulmü Meclis'te [Die Repressalien in Westthrakien kommen in das Parlament], 13.01.1988.

Morgenthau, H. (1946). Scientific man vs. power politics. Chicago: University of Chicago Press.

Morgenthau, H. (1948). Politics among nations. New York: Alfred A. Knopf.

Most, B. A., & Starr, H. (1980). Diffusion, Reinforcement, Geopolitics, and the Spread of War. American Political Science Review, 74(4), 12/1980, S. 932-946.

Neziroğlu, İ., & Yılmaz, T. (2004). Türkiye Büyük Millet Meclisi, Cumhurbaşkanlarımız ve Genel Kurul Konuşmaları [Große Türkische Nationalversammlung: Reden des Staatspräsidenten und im Plenum] (Bd. 8). Ankara: TBMM Basımevi.

NSI (2025a). Naselenie po mestozhiveene, pol i etnicheska grupa [Besiedlung nach Wohnort, Geschlecht und ethnischer Gruppe]. Zuletzt geprüft am 25.01.2025 von National Statistical Institute, Republic of North Bulgaria: https://censusresults.nsi.bg/Census/Reports/1/2/R7.aspx

NSI (2025b). Population by Ethnic Group, Statistical Regions and Districts as of 07.09.2021. Zuletzt geprüft am 25.01.2025 von National Statistical Institute, Republic of North Bulgaria: https://infostat.nsi.bg/infostat/pages/module.jsf?x_2=344

Öcal, M. (2004). Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West Konflikts (1990 - 2001). Schenefeld: EB-Verlag.

Öksüz, H. (2016). Yirminci Yüzyılda Türkiye ve Balkanlar [Die Türkei und der Balkan im 20. Jahrhundert]. Trabzon: Serander Yayınları.

Öktem, K. (2010). New Islamic actors after the Wahhabi intermezzo: Turkey’s return to the Muslim Balkans. European Studies Centre, University of Oxford, 12/2010, S. 2-57.

Öktem, K. (2023). Building AKP Modernity in Turkey and the Balkans. Vortrag am 11.08.2023 von 20:30 bis 21:30 Uhr an der CEST Venice Summer School, Venedig (06.08.-13.08.2023).

Oran, B. (1986). Türk-Yunan İlişkilerinde Batı Trakya Sorunu [Das Westthrakien-Problem in den türkisch-griechischen Beziehungen]. Ankara: Mülkiyeliler Birliği Vakfı Yayınları.

Oruç, Z. (2011). Balkanlarda Osmanlı Mirası ve Ulusçuluk Çerçevesinde Balkan Türklerinin Kimlik ve Yönetim Sorunları (Kosova ve Makedonya Örneği) [Das osmanische Erbe im Balkan und die Identitäts- und Regierungsprobleme der Balkantürken (im Beispiel Kosovos und Mazedoniens)]. Sakarya: Dissertation an der Sakarya Universität.

Ouzoungiol, A. (2021). Batı Trakya Türk Azınlığının Mücadelesi: Dr. Sadık Ahmet'in Liderliği [Der Kampf der türkischen Minderheit in Westthrakien: Die Führerschaft Dr. Sadık Ahmets]. Istanbul: Masterarbeit an der Istanbul Ticaret Universität.

Özcan, D. (2019). Türkiye Yunanistan ilişkilerinin Batı Trakya Müslüman-Türk ve Türkiye Ortodoks-Rum Azınlığına Yansımaları [Auswirkungen der türkisch-griechischen Beziehungen auf die muslimisch-türkische Minderheit in Westthrakien sowie die

griechisch-orthodoxe Minderheit in der Türkei]. Edirne: Masterarbeit an der Trakya Universität.

Özgöker, U., & Batı, G. F. (2016). AB'nin Doğu Sınırı Balkanlar [Die Ostgrenze der EU: Der Balkan]. Istanbul: Derin Yayınları.

Özlem, K. (2016). Türkiye'nin Balkan Türkleri Politikası (1991-2014) [Die Balkantürkenpolitik der Türkei (1991–2014)]. Bursa: Dora.

Öztürk, Ü. (2021). Balkanlarda Türk Kimliğinin Bakiyesi. Kuzey Makedonya ve Kosova [Das Erde der türkischer Identität auf dem Balkan. Nordmazedonien und Kosovo]. Ankara: Astana Yayınları.

Pan, C. (2016). Die Schutzfunktion der "Mutterstaaten" - Möglichkeiten und Grenzen. In C. Pan, B. S. Pfeil, & P. Videsott, Die Volksgruppen in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen Band 1 (S. 311-324). Wien: Verlag Österreich.

Pan, C., Pfeil, B. S., & Videsott, P. (2016). Die Volksgruppen in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen Band 1. Wien: Verlag Österreich.

Papuççular, H. (2023). Cumhuriyet'in Dış Politikası. Olaylar, Aktörler, Kurumlar [Die Außenpolitik der Republik. Ereignisse, Akteure, Institutionen]. Istanbul: Türkiye İş Bankası Kültür Yayınları.

Petritsch, W. (2018). Geopolitik am Balkan: China, Russland, Türkei und die arabischen Golfstaaten als Akteure in Südosteuropa. Europaeische Rundschau (3/2018), S. 23-37.

Petrovic, K. (2013). Die Türkei auf dem Balkan. In O. Leiße, Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken (S. 101-127). Baden-Baden: Nomos.

Pınar, L. (2018). Atatürk Dönemi Türk Dış Politikasında Güvenlik Arayışları: İdealizm-Realizm Kıskacında Türkiye [Das Streben nach Sicherheit in der türkischen Außenpolitik während der Atatürk-Ära: Die Türkei im Zangengriff zwischen Idealismus und Realismus]. In İ. Şahin, Atatürk Dönemi Türk Dış Politikası I (S. 11-56). Istanbul: İdeal Kültür .

Preissler, F. (2014). Bestimmungsfaktoren auswärtiger Minderheitenpolitik: Russland und die Frage der Russischsprachigen im Baltikum, 1991–2004 (unter besonderer Berücksichtigung Lettlands). Berlin: Lit Verlag.

Purde, F. (2016). 2001 Yılından Günümüze Makedonya Türkleri [Mazedonien-Türken von 2001 bis heute]. Zuletzt geprüft am 15.11.2024 von Rusya Araştırmaları Enstitüsü (RUSEN): http://www.rusen.org/makedonya-turkleri.pdf

Radio Liberty (2018). EU Criticizes Kosovo, Turkey Over Deportation Of Six Erdogan Political Foes, 04.04.2018. Zuletzt geprüft am 15.12.2024 von https://www.rferl.org/a/eu-criticizes-kosovo-turky-over-deportation-six-erdogan-political-foes/29144413.html

Reinkowski, M. (2016). Verlustsache Rumelien. In M. Baleva, & B. Previsic, "Den Balkan gibt es nicht". Erbschaften im südöstlichen Europa (S. 25-39). Köln: Böhlau Verlag.

Remenski, F. (2013). Vortrag an der Konferenz: "Kuzey Makedonya ve Kuzey Makedonya Türkleri'nin Geleceği ve AB" [Die Zukunft Nordmazedoniens und der Nordmazedonien-Türken sowie die EU], 14.12.2013.

Reuter-Hendrichs, I. (1992). Minderheitenkonflikte im Kontext zwischenstaatlicher Beziehungen auf dem Balkan. In G. von Seewann, Minderheitenfragen in Südosteuropa. Beiträge der Internationalen Konferenz: The minority question in historical perspective 1900-1990, Inter University Center Dubrovnik, 8.-14.4.1991 (S. 421-432). München: Oldenbourg.

Sadal, V. (2021). Bulgaristan Türkleri ve Siyasal Hayata Katılım [Die Bulgarien-Türken und die politische Beteiligung]. Konya/Istanbul: Çizgi Kitapevi.

Şahinbaş, İ. (2007). Zorunlu göç olgusu bağlamında Bulgaristan Türkleri [Bulgarien-Türken im Kontext der Zwangsmigration]. Sakarya: Masterarbeit an der Sakarya Universität.

Sander, O. (2013). Türkiye'nin Dış Politikası [Die Außenpolitik der Türkei]. Ankara: İmge Kitapevi Yayınları.

Sander, O. (2018). Balkan Gelişmeleri ve Türkiye [Die Entwicklungen auf dem Balkan und die Türkei]. Ankara: İmge Kitapevi Yayınları.

Schneckener, U. (2002). Auswege aus dem Bürgerkrieg. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Sheffer, G. (1986). Conclusion. In G. Sheffer, Modern Diasporas in International Politics (S. 333-349). New York: St. Martin's Press.

Shtavica, M. (2018). The Construction of FETÖ in Kosovo. Istanbul: Marmara Universität. Zuletzt geprüft am 10.12.2024 von https://www.researchgate.net/publication/331154717_THE_CONSTRUCTION_OF_FETO_IN_KOSOVO_THE_CONSTRUCTION_OF_FETO_IN_KOSOVO

Siedschlag, A. (1997). Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Şimşir, B. N. (2012). Bulgaristan Türkleri (1878-2008) [Bulgarien-Türken (1878-2008)]. Ankara: Bilgi Yayınevi.

Smith, P. (1990). Intodruction. In Smith P., (Koufa, K., Suppan A.), Ethnic Groups in International Relations (Comparative Studies on Governments & Non-dominant Ethnic Groups in Europe (1850-1940) (S. 1-11). New York: Dartmouth Publishing.

Sönmezoğlu, F. (2016). Soğuk Savaş Döneminde Türk Dış Politikası [Die türkische Außenpolitik während des Kalten Krieges]. Istanbul: Der Kitapevi Yayınevi.

SSO (2022). Census of Population, Households and Dwellings in the Republic of North Macedonia, 2021 - first dataset, 30.03.2022. Zuletzt geprüft am 25.01.2025 von State Statistical Office, Republic of North Macedonia: https://www.stat.gov.mk/PrikaziSoopstenie_en.aspx?rbrtxt=146

Steinbach, U. (1997). Die europäische Rolle der Türkei im Angelpunkt zwischen den Krisenregionen Balkan, Kaukasus, Mittlerer Osten und Naher Osten. In

Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik (S. 184-192). Graz, Wien, Köln: Styria.

Suroy, D. (2020). Nüfus Sayım Politikaları Bağlamında Kosova'da Türk Toplumunun Kültürel Sosyal ve Siyasi Yaşamı [Kulturelles, soziales und politisches Leben der türkischen Gemeinschaft im Kosovo im Kontext der Volkszählungspolitik]. Istanbul: Masterarbeit an der Universität Istanbul.

T.B.M.M. (1993). Batı Trakya Raporları EK [Westthrakien-Report ANLAGE] (8). Von http://www.turkishgreek.org/index.php/kuetuephane/indirilebilir-kaynaklar/download/3-az-nl-klara-iliskin-kaynaklar/7-kr-19batitrakya Zuletzt geprüft

T.B.M.M. (1995a). Türkiye Büyük Millet Meclisi Genel Kurul Tutanağı. 19. Dönem 5. Yasama Yılı 22. Birleşim 03/11/1995 Cuma [Protokoll der Generalversammlung der Großen Türkischen Nationalversammlung. 19. Wahlperiode, 5. Legislaturjahr, 22. Versammlung, Freitag, 11.03.1995]. Zuletzt geprüft am 03.11.2024 von https://www5.tbmm.gov.tr/develop/owa/tutanak_sd.birlesim_baslangic?P4=540&P5=T&PAGE1=66&PAGE2=&web_user_id=20587638

T.B.M.M. (1995b). Türkiye Büyük Millet Meclisi Genel Kurul Tutanağı. 19. Dönem 4. Yasama Yılı 98. Birleşim 12/04/1995 Çarşamba [Protokoll der Generalversammlung der Großen Türkischen Nationalversammlung. 19. Wahlperiode 4. Legislaturjahr 98. Versammlung, Mittwoch, 04.12.1995]. Zuletzt geprüft am 03.11.2024 von https://www5.tbmm.gov.tr/develop/owa/tutanak_sd.birlesim_baslangic?P4=651&P5=T&PAGE1=63&PAGE2=&web_user_id=20587638

T.B.M.M. (1995c). Türkiye Büyük Millet Meclisi Genel Kurul Tutanağı. 9. Dönem 5. Yasama Yılı 6. Birleşim 11/10/1995 Çarşamba [Protokoll der Generalversammlung der Großen Türkischen Nationalversammlung. 9. Wahlperiode, 5. Legislaturjahr, 6. Versammlung, Mittwoch, 10.11.1995]. Zuletzt geprüft am 03.11.2024 von https://www5.tbmm.gov.tr/develop/owa/tutanak_sd.birlesim_baslangic?P4=525&P5=T&PAGE1=1&PAGE2=&web_user_id=20587638

T.B.M.M. (1995d). Türkiye Büyük Millet Meclisi Genel Kurul Tutanağı. 19. Dönem 5. Yasama Yılı 1. Birleşim 01/10/1995 Pazar [Protokoll der Generalversammlung der Großen Türkischen Nationalversammlung. 19. Wahlperiode 5. Legislaturjahr 1. Versammlung, Sonntag, 01.10.1995]. Zuletzt geprüft am 01.11.2024 von https://www5.tbmm.gov.tr/develop/owa/tutanak_sd.birlesim_baslangic?P4=520&P5=T&web_user_id=20587638&PAGE1=7&PAGE2=7

T.C. Cumhurbaşkanlığı (2023). “Kosova’nın tüm komşularıyla barış ve huzur içinde ilişkiler geliştirmesine büyük önem atfediyoruz” [„Wir legen großen Wert darauf, dass Kosovo friedliche Beziehungen zu allen seinen Nachbarn aufbaut“], 03.02.2023. Zuletzt geprüft am 13.12.2024 von https://www.tccb.gov.tr/haberler/410/142744/-kosova-nin-tum-komsulariyla-baris-ve-huzur-icinde-iliskiler-gelistirmesine-buyuk-onem-atfediyoruz-

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2014). Kosova'da Yeni Hükümetin Güvenoyu Alarak Göreve Başlaması Hk. [Bezüglich der neuen Regierung in Kosovo, die ein Vertrauensvotum erhält und ihr Amt antritt], No: 384, 09.12.2014. Zuletzt geprüft am 13.12.2024 von

https://www.mfa.gov.tr/no-_-384_-9-aralik-2014_-kosova_da-yeni-hukumetin-guvenoyu-alarak-goreve-baslamasi-hk_.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2015). Makedonya'nın Kumanova Kentinde Meydana Gelen Son Gelişmeler Hk. [Über die neuesten Entwicklungen in Kumanovo, Mazedonien], 11.05.2015, No:149. Zuletzt geprüft am 16.12.2024 von https://www.mfa.gov.tr/no_-149_-11-mayis-2015_-makedonya_nin-kumanova-kentinde-meydana-gelen-son-gelismeler-hk_.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2017a). Dışişleri Bakanı Sayın Mevlüt Çavuşoğlu'nun Kosova Başbakan Birinci Yardımcısı ve Dışişleri Bakanı Behgjet Pacolli ile Ortak Basın Toplantısı [Gemeinsame Pressekonferenz des Außenministers, Herrn Mevlüt Çavuşoğlu, mit dem Ersten Vizepremierminister und Außenminister des Kosovo, Behgjet Pacolli], 26.10.2017. Zuletzt geprüft am 08.12.2024 von https://www.mfa.gov.tr/disisleri-bakani-sayin-mevlut-cavusoglu_nun-kosova-basbakan-birinci-yardimcisi-ve-disisleri-bakani-ile-ortak-basin-toplantisi.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2017b). Makedonya'daki Son Gelişmeler Hk. [Über die neuesten Entwicklungen in Mazedonien], 28.04.2017, No: 134. Zuletzt geprüft am 16.12.2024 von https://www.mfa.gov.tr/no_-134_-makedonya_daki-son-gelismeler-hk_.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2020). Dışişleri Bakanı Sayın Mevlüt Çavuşoğlu'nun Kosova Dışişleri ve Diaspora Bakanı Sayın Meliza Haradinaj-Stublla ile Ortak Basın Toplantısı [Gemeinsame Pressekonferenz des Außenministers, Herrn Mevlüt Çavuşoğlu, mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und Diaspora des Kosovo, Frau Meliza Haradinaj-Stublla], 28.12.2020. Zuletzt geprüft am 13.12.2024 von https://www.mfa.gov.tr/disisleri-bakani-sayin-mevlut-cavusoglu-nun-kosova-db-ile-ortak-basin-toplantisi.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2020). Kuzey Makedonya'nın NATO'ya Tam Üyeliği Hk. [Über die Vollmitgliedschaft Nordmazedoniens in der NATO], 28.03.2020, No: 81. Zuletzt geprüft am 19.12.2024 von https://www.mfa.gov.tr/no_81_-kuzey-makedonya-nin-nato-uyeligi-hk.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2022). Türkiye Cumhuriyeti ile Kuzey Makedonya Cumhuriyeti Arasında Diplomatik İlişkilerin Tesisinin 30. Yıldönümü Hakkında Ortak Açıklama [Gemeinsame Erklärung zum 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Republik Türkei und der Republik Nordmazedonien], 26.08.2022, No: 265. Zuletzt geprüft am 19.12.2024 von https://www.mfa.gov.tr/no_-265_-turkiye-cumhuriyeti-ile-kuzey-makedonya-cumhuriyeti-arasinda-diplomatik-iliskilerin-tesisinin-30-yildonumu-hakkinda-ortak-aciklama.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2024). Dışişleri Bakanı Sayın Hakan Fidan'ın Kosova Dışişleri Bakanı Gerwalla-Schwarz ile Ortak Basın Toplantısı [Gemeinsame Pressekonferenz des Außenministers, Herrn Hakan Fidan, mit der Außenministerin des Kosovo, Gerwalla-Schwarz], 06.09.2024. Zuletzt geprüft am 15.12.2024 von https://www.mfa.gov.tr/disisleri-bakani-sayin-hakan-fidan-in-kosova-disisleri-bakani-gerwalla-schwarz-ile-ortak-basin-toplantisi-6-9-2024.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2025a). Türkiye – Bulgaristan İlişkileri [Die Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien]. Zuletzt geprüft am 25.01.2025 von https://www.mfa.gov.tr/turkiye-bulgaristan-siyasi-iliskileri-.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2025b). Türkiye – Yunanistan İlişkileri [Die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland]. Zuletzt geprüft am 25.01.2025 von https://www.mfa.gov.tr/turkiye-yunanistan-siyasi-iliskileri.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2025c). Türkiye – Kuzey Makedonya İlişkileri [Die Beziehungen zwischen der Türkei und Nordmazedonien]. Zuletzt geprüft am 25.01.2025 von https://www.mfa.gov.tr/turkiye-makedonya-cumhuriyeti-siyasi-iliskileri-.tr.mfa

T.C. Dışişleri Bakanlığı (2025d). Türkiye – Kosova İlişkileri [Die Beziehungen zwischen der Türkei und Kosovo]. Zuletzt geprüft am 25.01.2025 von https://www.mfa.gov.tr/turkiye-kosova-siyasi-iliskileri-.tr.mfa

Tabak, H. (2016). The Kosovar Turks and Post-Kemalist Turkey. London/New York: I.B. Tauris.

Tarhan, M., & Radoykov, I. (2023). Dışişleri Bakanı Çavuşoğlu, Bulgaristan'da Bohçalar kasabasındaki şehitler anıtını ziyaret etti [Außenminister Çavuşoğlu besucht das Märtyrerdenkmal in der bulgarischen Stadt Bohçalar], 12.04.2023. Zuletzt geprüft am 21.12.2024 von Anadolu Ajansı: https://www.aa.com.tr/tr/gundem/disisleri-bakani-cavusoglu-bulgaristanda-bohcalar-kasabasindaki-sehitler-anitini-ziyaret-etti/2870441#!

Tayfur, K. (2012). Balkan Göçü: 1912-2012 Yüz Yıllık Sürgün [Balkanmigration: Hundert Jahre Exil 1912-2012]. Zuletzt geprüft am 28.01.2023 von Atlas Dergisi: https://www.atlasdergisi.com/kesfet/kultur/balkan-gocu-1912-2012-yuz-yillik-surgun.html

TDBB (ohne Jahr). Balkanlar'ın "En büyük Türk Okulu" birliğimizin katkıları ile açıldı [Mit den Beiträgen unseres Verbandes öffnete die „größte türkische Schule" auf dem Balkan]. Zuletzt geprüft am 14.11.2024 von Türk Dünyası Belediyeler Birliği: https://www.tdbb.org.tr/?p=2236&lang=tr#

Tekin, C., & Altunsoy, Y. (2019). Cumhuriyet Döneminde Bulgaristan'dan Türkiye'ye Kitlesel Göçler [Die Massenmigrationen aus Bulgarien in die Türkei während der republikanischen Ära]. Karatay Sosyal Araştırmalar Dergisi(2), S. 119-147.

TİKA (2011). Annual Report 2011. Ankara: Türk İşbirliği ve Koordinasyon Ajansı Başkanlığı.

Toprak, S. (2018). Atatürk Dönemi Balkan Politikası ve Balkan Devletleri ile Olan İlişkiler [Die Balkanpolitik während der Atatürk-Ära und die Beziehungen zu den Balkanstaaten]. In İ. Şahin, Atatürk Dönemi Türk Dış Politikası I (S. 149-200). Istanbul: İdeal Kültür.

Toprak, Ş. (2020). Kosova Türklerinin azınlık hakları (1974-2008) [Minderheitenrechte der Kosovo-Türken (1974-2008)]. Bursa: Masterarbeit an der Bursa Uludağ Üniversität.

TRT Avaz (2022). YTB Başkanı Abdullah Eren Bulgaristan'da iftar programına katıldı [YTB-Präsident Abdullah Eren nahm am Fastenbrechen-Programm in Bulgarien teil],

23.04.2022. Zuletzt geprüft am 21.12.2024 von https://www.trtavaz.com.tr/haber/tur/avrasyadan/ytb-baskani-abdullah-eren-bulgaristanda-iftar-programina-katildi/6263263301a30a38506a6bda

Türk, F. (2014). Türk Kültür Dış Politikası [Türkische Außenkulturpolitik]. İskitler-Ankara: Paradigma Akademi.

Türkeş, M. (2008). Türkiye'nin Balkan Politikasında Devamlılık ve Değişim [Kontinuität und Wandel in der türkischen Balkanpolitik]. Avrasya Dosyasi, 14(1), S. 253-280.

Ünlü Bilgiç, T., & Bilgiç, B. S. (2012). Kosova Türkleri: 'Sıradışı' Bir Türk Diasporası [Kosovo-Türken: Eine „außergewöhnliche" türkische Diaspora]. Bilig: Türk Dünyası Sosyal Bilimler Dergisi, (62), S. 41-62.

Ünver, O. C. (2013). Changing Diaspora Politics of Turkey and Public Diplomacy. Turkish Policy Quarterly, 12(1), S. 181-189.

Vanev, P. (2019). North Macedonia's Unusual Waltz with Turkey – Will it frustrate the EU and NATO? Zuletzt geprüft am 19.12.2024 von VOCAL EUROPE: https://www.vocaleurope.eu/north-macedonias-unusual-waltz-with-turkey-will-it-frustrate-the-eu-and-nato/

Vuksanović, V., & Hercigonja, S. (2023). Between Emotions and Realism: Two Faces of Turkish Foreign Policy in the Balkans. Zuletzt geprüft am 11.11.2024 von Belgrade Centre for Security Policy: https://bezbednost.org/wp-content/uploads/2023/07/turkey-ENG-03.pdf

Waltz, K. N. (1979). Theory of international politics. MA: Wesley.

Waltz, K. N. (1996). International politics is not foreign policy. Security Studies, 6(1), S. 54–57.

Waterbury, M. A. (2010). Between State and Nation. Diaspora Politics and Kin-state Nationalism in Hungary. New York: Palgrave Macmillan.

YENİ BALKAN (2018). Yıldırım: "FETÖ'yle Mücadelede Makedonya'nın Desteğine Teşekkür Ediyoruz" [Yıldırım: „Wir danken Mazedonien für die Unterstützung im Kampf gegen FETÖ]", 12.02.2018. Zuletzt geprüft am 19.12.2024 von https://www.yenibalkan.com/haber/yildirim-fetoyle-mucadelede-makedonyanin-destegine-tesekkur-ediyoruz-12583.html

Yenigün, C. (2007). Batı Trakya [Westthrakien]. In K. İnat, Dünya Çatışma Bölgeleri (S. 225-243). Ankara: Nobel Akademik Yayıncılık.

Yiğit, M. (2023). Nüfuz Alanı Bağlamında Türkiye-Kuzey Makedonya İlişkileri (2010-2020) [Die Beziehungen zwischen der Türkei und Nordmazedonien im Kontext der Einflusssphäre (2010–2020)]. İnsan ve Toplum Bilimleri Araştırmaları Dergisi, 12(5), 12/2023, S. 2870-2886. Zuletzt geprüft am 15.11.2024 von https://dergipark.org.tr/tr/download/article-file/3435123

Yıldızeli, F. B. (2018). ANAP'ın 1989 Bulgaristan Göçü'ne Dair Politikaları Üzerine Bir Analiz [Eine Analyse der ANAP-Politik in Bezug auf die Zuwanderung aus Bulgarien

im Jahr 1989]. Uluslararası Necatibey Eğitim ve Sosyal Bilimler Araştırmaları Kongresi (S. 439-447). Balıkesir: UNESAK.

YTB (2024). YTB Başkanı Eren Manastır'daki Yeni Cami'nin Müze Olarak Hizmete Açılmasına Tepki Gösterdi [YTB-Präsident Eren reagiert heftig auf die Eröffnung der Yeni Moschee in Manastır als Museum], 23.11.2024. Zuletzt geprüft am 19.12.2024 von https://ytb.gov.tr/haberler/ytb-baskani-eren-manastirdaki-yeni-caminin-muze-olarak-hizmete-acilmasina-tepki-gosterdi

Yüzbaşıoğlu, N. (2020). YTB Başkanı Eren'den Yunanistan'ın Batı Trakya Türklerine yönelik tutumuna tepki [Heftige Reaktion von YTB-Präsident Eren auf Griechenlands Haltung gegenüber den Westthrakientürken], 16.08.2020. Zuletzt geprüft am 24.12.2024 von Anadolu Ajansı: https://www.aa.com.tr/tr/turkiye/ytb-baskani-erenden-yunanistanin-bati-trakya-turklerine-yonelik-tutumuna-tepki/1943727

Zaman (2003). Dışişleri Bakanı Gül Sofya'dan Memnun Döndü [Außenminister Gül kehrt zufrieden aus Sofia zurück], 14.05.2003.

Zaman Makedonya (2012). 21 Aralık Türkçe Bayramı Coşkuyla Kutlandı [Der Türkisch-Feiertag am 21. Dezember wurde mit Begeisterung gefeiert], 27.12.2012.

Interviewpartner

Name	Funktion/Eigenschaft	Datum	Ort
Prof. Dr. Hüseyin Bağcı	Experte der türkischen Außenpolitik	24.09.2024	Ankara
Dr. Erdem Eren	Experte der türkischen Balkanpolitik	27.09.2024	Istanbul
Dr. Marian Karagyozov	Experte der bulgarisch-türkischen Beziehungen	25.09.2024	Ankara
Anonym	Angehörige der türkischen Minderheit in einem Balkanstaat	08.08.2023	Venedig
Onur Suleiman	Angehöriger der türkischen Minderheit in Griechenland	31.05.2024	Komotini
Rafet Karanlık	Journalist, Angehöriger der tatarischen Minderheit in Rumänien	14.04.2019	Köln